

Rosenland



Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 25

Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge	
Andreas Ruppert „Es ist ganz anders gekommen“ - Anmerkungen zu den Kriegserinnerungen des August Otto	2
Joachim Kleinmanns Kriegsschäden in Detmold am Ende des Zweiten Weltkriegs	31
Jürgen Scheffler Der Lemgoer Schulkonflikt der 50er Jahre und die 68er Bewegung. Eine Erinnerung an den Schriftsteller und Verleger Volkhard Brandes (1939 – 2020)	50
Jürgen Hartmann Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld 1939 bis 1943	68
Rezensionen	
R. Linde, Lemgo auf dem Weg in die Moderne. Die Stadt- geschichte 1618-1918.	152
M. Raveh, Shmuel Raveh (1925-1986). Die Geschichte meines Vaters	154
W. Günther/O. Nickel/U. Pastoor (Hg.), Das Sozialwerk Stukenbrock. Impulse für Forschung und Musealisierung	156
Impressum	158

Editorial

Die Geschichte ist nicht das Feld des Wahren, Schönen und Guten, die Beschäftigung mit ihr kann zutiefst beunruhigen und lässt wenig Spielraum für Optimismus. Dies wird im Beitrag von Jürgen Hartmann deutlich, in dem der perfekt bürokratische und das Mitwirken der Betroffenen auf jeder Ebene erzwingende Ablauf der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik dargestellt wird.

Zwei weitere Beiträge greifen die Wirkungen von Kriegen auf, die auch in Lippe zu spüren waren. Joachim Kleinmanns beschreibt die Kriegsschäden, die Luftangriffe auf Detmold in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs angerichtet hatten. Andreas Ruppert begleitet den lippischen Landwirtsohn August Otto auf seinem fast ein Jahr dauernden Weg im deutsch-französischen Krieg von 1870/71, der vor genau 150 Jahren mit der Rückkehr auf den elterlichen Hof endete.

Jürgen Scheffler erinnert mit Volkhard Brandes an einen Mann, der sich zeitlebens um ein anderes Leben und eine andere Politik bemüht und gezeigt hat, dass beide möglich sind.

„Es ist ganz anders gekommen“ Anmerkungen zu den Kriegserinnerungen des August Otto¹

von Andreas Ruppert

„Aber die Reflexion über die Schlacht als historiographisches Thema ist noch immer nützlich: lässt sie doch indirekt eine prinzipielle Aporie des historischen Handwerks erkennen.“
(Carlo Ginzburg)²

Eines der interessantesten methodischen Probleme ist die Verbindung „großer“ und „kleiner“ Geschichte, die Spannung zwischen makrohistorischer und mikrohistorischer Ebene. Die eine Ebene ist hier der Deutsch-Französische Krieg mit allen seinen Facetten: seiner Vorgeschichte, den Intentionen der Kriegstreiber auf beiden Seiten – kurz: auf französischer Seite die Angst vor Preußen nach der „surprise de Sadova“ 1866 in Verbindung mit Napoleons III. Hoffnung, seine Herrschaft durch eine außenpolitische Aggression retten zu können, und auf preußischer Seite das Interesse der politischen und militärischen Elite, Preußens Führungsrolle in Deutschland zu verfestigen und dafür den Nationalismus in einem provozierten Verteidigungskrieg zu instrumentalisieren –, der militärischen Aktion, den innen- und außenpolitischen Folgen, d. h. der Reichsgründung und der Demütigung Frankreichs durch die Abtrennung von Elsass-Lothringen. Diese Ebene ist hinreichend beschrieben worden, bezeichnenderweise als erstes vom wichtigsten militärischen Akteur auf preußischer Seite, dem Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke, der den Krieg schon im Jahre 1866 für „unvermeidlich“ erklärt hatte.³ Die andere Seite, die Erfahrungen der einfachen Soldaten, ist zwar in zahlreichen Erlebnisberichten dokumentiert, ist aber erst spät im Rahmen der modernen Mentalitätsgeschichte in den Fokus der Forschung geraten.⁴ Eine Besonderheit aber stellt der ausführliche Bericht eines einfachen Soldaten des Infanterie-Regiments (6. Westfälisches) No. 55 dar, der den Feldzug in ganzer

¹ AUGUST OTTO, *Meine Erlebnisse in Frankreich 1870/71. Kriegserinnerungen eines Füsiliers vom Infanterie-Regiment Nr. 55, Oldenburg i. Gr. o. J. [1914]*.

² CARLO GINZBURG, *Mikro-Historie. Zwei oder drei Dinge, die ich von ihr weiß*, in: *HISTORISCHE ANTHROPOLOGIE*, Bd. 1, 1993, 169-192, hier 184.

³ Hier zitiert nach EBERHARD KAULBACH, *Der Feldzug 1870 bis zum Fall von Sedan. Zur deutschen Führung in heutiger Sicht.*, in: WOLFGANG V. GROOTE u. URSULA V. GERSDORFF (Hg.), *Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg*, Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1970, 44-104, hier 61; HELMUTH VON MOLTKE, *Geschichte des Deutsch-französischen Krieges von 1870/71* (Schriften des General-Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke, Volksausgabe, Bd. 3), Berlin 1895; JAN GANSCHOW, OLAF HASELHORST u. MAIK OHNEZEIT (Hg.), *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*, 2. Aufl. Graz 2013; GEOFFREY WAWRO, *The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870-1871*, Cambridge 2003.

⁴ FRANK KÜHLICH, *Die deutschen Soldaten im Krieg von 1870/71. Eine Darstellung der Situation und der Erfahrungen der deutschen Soldaten im Deutsch-Französischen Krieg*, Frankfurt/Main 1995; zu den verschiedenen Blickwinkeln auf den Feldzug s. TOBIAS ARAND, *1870/71. Der Deutsch-Französische Krieg erzählt in Einzelschicksalen*. 3. Aufl. Hamburg 2019; der Bericht August Ottos ist darin nicht erwähnt.

Länge erlebt hatte und ihn aus diesem Blickwinkel in Erinnerung rief.⁵ Er bildet das Pendant zur von Otto von Blomberg und Stanislaus von Leszczyński unter kriegswissenschaftlichem Gesichtspunkt erarbeiteten „offiziellen“ Geschichte des Regiments.⁶ In seinem Bericht wird immer wieder der Widerspruch zwischen makrohistorischer Deutung und mikrohistorischer Erfahrung deutlich, die nur in wenigen konkreten Momenten zusammenfallen.

Der lippische Füsilier

„In der Schenkschen Buchhandlung in Detmold kaufte ich mir kurz vor dem Ausmarsch ein Notizbuch. In diesem Buch habe ich tagtäglich alle wichtigen Begebenheiten und alles das eingetragen, was mir interessant erschien.“⁷

August Otto ist am 24. November 1845 geboren und am 26. Februar 1930 gestorben.⁸ Er war der Sohn eines Landwirts der Bauerschaft Hedderhagen bei Heiden, übernahm später den Hof und gab ihn 1910 an seinen gleichnamigen ältesten Sohn weiter. Er war zeitweilig Vorsteher der Bauerschaft, hatte aber auch darüber hinaus ein hohes Ansehen in Lippe, so war er zur Verlobung des Fürsten Leopold mit seiner zweiten Gemahlin Anne eingeladen, die am 18. März 1922 in Rotenburg an der Fulda gefeiert wurde, und der Fürst besuchte Otto auf dessen Einladung hin mit Frau und zwei Kindern drei Monate später in seiner Leibzucht.⁹

Aus Ottos eigenen Angaben erfährt man, dass er die Volksschule in Heiden besucht hatte – allerdings wundern sich Leserin und Leser über die öfter aufblitzende Bildung des jungen Soldaten. Beim Passieren von Trier fiel ihm der im 16. Jahrhundert ausgetragene Konflikt zwischen dem dortigen Bischof und Franz von Sickingen ein, er zitiert an anderer Stelle Dante und auch das „Reiterlied“ des revolutionären Dichters Georg Herwegh, und als den Soldaten am 3. Oktober 1870 die Kapitulation von Straßburg bekanntgegeben wurde, erinnerte er sich, als Neunjähriger in einem Buch Abbildungen des Straßburger Münsters betrachtet zu haben.¹⁰

Seinen Wehrdienst hatte er als Soldat der 12. Kompanie im III. Bataillon im Infanterie-Regiment 55 abgeleistet. Am 26. Juni 1867 hatte Lippe mit Preußen eine Konvention abgeschlossen, nach der sich das lippische Bataillon auflöste, seine Angehörigen aber in das dritte (Füsilier-) Bataillon des genannten preußischen Regiments 55 übernommen wurden. Diese Einheit wurde später auch als „Lippisches Bataillon“ angesehen. Gleichzeitig galt nun auch für die Lipper die

⁵ Auch für die Teilnahme des Bataillons Lippe am preußisch-österreichischen Krieg des Jahres 1866 liegt eine auf Tagebuchaufzeichnungen gegründete Darstellung aus dem Blickwinkel eines Offiziers vor: L[UDWIG] HÖLZERMANN, Der Antheil des Bataillons Lippe an dem Feldzuge der Main-Armee im Sommer 1866. Ausgearbeitetes Tagebuch, Detmold 1866. Der Autor ist am 10. August 1870 bei Sulz (Sultz-sous-Forêt) gefallen.

⁶ [OTTO] V. BLOMBERG u. [STANISLAUS] V. LESZCZYŃSKI, Geschichte des 6. westfälischen Infanterieregiments 1860–2.9.1877, Detmold 1877; v. Leszczyński hatte als Seconde-Lieutenant der 2. Kompanie am Krieg teilgenommen und war am 14. August 1870 bei Colombey schwer verwundet worden.

⁷ OTTO, Eintrag zum 2. Dezember 1870, 179 – (Im Folgenden beziehen sich Einträge immer auf Ottos Buch).

⁸ Mit Dank an Wolfgang Bechtel für die Übermittlung dieser Daten.

⁹ Freundlicher Hinweis von Dr. Stefan Wiesekepsieker.

¹⁰ Zu Trier s. Eintrag zum 31. Juli, 24; Dante am 21. September 1870, 104; Herwegh am 30. September, 125; Straßburg am 3. Oktober, 129.

allgemeine Wehrpflicht, mit dem Privileg, dass sie bevorzugt in eben dieses „lippische“ Bataillon eingezogen werden sollten. Drei Monate später verlegten dieses Bataillon und der Regimentsstab nach Detmold.¹¹ Das Infanterie-Regiment 55 bildete zusammen mit dem Infanterie-Regiment 15, aus dem es hervorgegangen war, die 26. Brigade der 13. Division im VII. Armee-Korps mit Sitz in Münster. Kommandeur des Regiments war von 1869 bis 1873 Oberst Rudolf von Barby, Major Otto Wilhelm von Wichmann befehligte das III. Bataillon und Hauptmann Guido von Lattre die 12. Kompanie.



*Abb. 1: August Otto, Aufnahme datum unbekannt.
(Lippische Landesbibliothek, BALP-17-23)*

Als August Otto eingezogen wurde, riet ihm sein Vater, seine Beobachtungen schriftlich festzuhalten. Tatsächlich hat er dann akribisch alles Erlebte und Gesehene in mehreren Notizbüchern verzeichnet und diese durch alle Fährnisse samt mehrfach völlig durchnässter Kleidung aufbewahren und mit nach Hause bringen können.

Die Erinnerungsarbeit hatte auch an anderer Stelle schon eingesetzt, bevor der Feldzug zu Ende ging. So wurde im März 1871 den Soldaten noch in Frankreich ein entsprechendes Buch zum Kauf angeboten, „eine Beschreibung oder kurze Darstellung des Feldzugs, der Preis sei 5 Sgr. Ich mochte keins nehmen, weil ich bereits vieles wusste.“¹²

Das, was Otto bereits wusste, stand in seinen Notizheften. Aber hin und wieder schließen sich spätere Reflexionen an, wenn sie auch meist nicht so deutlich erkennbar sind wie beim Eintrag

¹¹ S. dazu die Erinnerungen von August Otto in der LIPPISCHEN LANDES-ZEITUNG vom 13. Juni 1926.

¹² Eintrag zum 31. März 1871, 309-310.

zum 21. April 1871, der wie so oft von Klagen über die tägliche Langeweile geprägt ist, eine Erfahrung, die in späteren Begegnungen mit Veteranen aber ganz verschwunden sei:

„Trifft man mal einen, so ist das liebste, ja fast das einzige Thema dann immer die Kriegserinnerungen. All das Ungemach, das uns damals so unerträglich erschien, verliert im Laufe der Zeit alle Bitternis, es verwischt sich allmählich, und manches erscheint später in Verbindung mit anderem weniger unangenehm oder gar erhebend, wie mit einem Glorienschein überstrahlt.“¹³

Man wird davon ausgehen können, dass Otto nach seiner Rückkehr einem der damals an vielen Orten gegründeten lokalen Kriegervereine angehörte und dass bei den Treffen der Veteranen der Feldzug „das liebste Thema“ war.¹⁴ Aus diesem Kreis entstand, wie Otto berichtet, der Wunsch, dass er seine Aufzeichnungen und Erinnerungen in Buchform veröffentlichen solle. Nachdem er 1910 den Hof an seinen Sohn übergeben hatte,

„habe ich die freie Zeit dazu benutzt, die Notizen soweit zu vervollständigen, dass meine Kinder und Enkel später daraus ersehen könnten, wie es ihrem Vater und Großvater im Kriege 1870/71, wo wir für Deutschlands Freiheit und Einigkeit rangen, ergangen ist.“¹⁵

Die Erinnerungen sind 1914 in Buchform veröffentlicht worden.¹⁶ Am 13. Juni 1926 meldete sich August Otto noch einmal in der Lippischen Landes-Zeitung zu Wort und erinnerte sich an die Auflösung des alten Bataillons Lippe und seinen Übergang in die preußische Armee am 30. September 1867 – ein weiteres Zeichen dafür, welche Bedeutung die Militärdienstzeit in seinem Leben hatte.¹⁷

Augusts jüngerer Bruder Wilhelm¹⁸ hatte seinen Wehrdienst in Bückeburg im Westfälischen Jägerbataillon No. 7 („Bückeburger Jäger“) abgeleistet, das der gleichen 26. Infanterie-Brigade in der 13. Infanterie-Division wie die Infanterie-Regimenter 15 und 55 zugeordnet war. Er war zeitgleich mit August eingezogen und die Brüder sind sich auf dem Feldzug erst in Trier und dann in Frankreich mehrfach begegnet. Der Bruder kam auch tatsächlich einen Tag nach August nach Hedderhagen zurück.

¹³ Eintrag zum 21. April, 317.

¹⁴ Die Recherche nach einem Kriegerverein in Heiden blieb ergebnislos. Sicher gehörte Otto auch dem Bund ehemaliger 55er an, der allerdings erst 1921 gegründet wurde; zur Überlieferung des Bundes s. LANDESARCHIV NRW ABT. OWL, D 107 K - Bund ehemaliger 55er und Offiziersverein Alt-55.

¹⁵ OTTO, Vorrede, 1.

¹⁶ Von August Otto existiert auch ein mit „Erinnerungen“ betiteltes Manuskript von ca. 300 Seiten; das Original und Kopien liegen in Privatbesitz, eine Kopie in einem öffentlichen Archiv konnte nicht ermittelt werden.

¹⁷ Mit Dank an Saskia Reinhardt, STADTARCHIV DETMOLD, für die Übermittlung des Beitrags.

¹⁸ Geb. am 17. August 1847 in Hedderhagen, gest. am 9. März 1932 in Mira Loma, Californien (freundliche Mitteilung von Wolfgang Bechtel).

Nach Frankreich

„Rechts vom Wege, auf steiler Bergeshöhe, stand eine Burg, die erste, die ich in meinem Leben sah.“¹⁹

Im Hochsommer 1870 brachen vier junge Männer in bester Laune aus Hedderhagen zu einer Reise ins Unbekannte auf. Die Stimmung wird im Rückblick beschrieben, in Kenntnis dessen, was sie auf ihrer Reise erlebt hatten und in Kenntnis vor allem der Tatsache, dass allgemeines Ziel und Ergebnis der Reise in einen nationalen Freudenrausch führten. Andererseits ist die Freude vorstellbar: Es ging erstmals hinaus, über Lippes Grenzen, und in der Jugend ist das Unbekannte immer etwas, das in freudiger Aufregung angegangen wird. Der Militärdienst der jungen Leute war schon abgeleistet, aber der Schrecken des Krieges war ihnen unbekannt, am Einsatz lippischer Soldaten in den preußischen Kriegen gegen Dänemark 1864 und gegen Bayern 1866 hatten sie noch keinen Anteil gehabt. Doch der Autor war nicht naiv und wob nicht an Mythen – schon in die Schilderung des Aufbruchs flicht er einen schwarzen Faden ein – denn einer der Vier hat die Heimat nicht wiedergesehen.

Lippe war mit der Welt verbunden. Frühere Grafen hatten Cavalierstouren durch die Niederlande, nach Frankreich und England unternommen; die Fürstin Pauline war nach Paris und nach Amsterdam gereist. Ihre Soldaten hatten in Tirol, Spanien und Russland für Napoleon I. gekämpft und damit die Herrschaft des Hauses zur Lippe gerettet, was später zur „Rettung der Selbständigkeit des Landes Lippe“ verklärt wurde. Georg Rosen, gebürtiger Detmolder, durchquerte in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts das Osmanische Reich und den Kaukasus, um zuletzt als Dolmetscher der preußischen Gesandtschaft in Konstantinopel, dann als Konsul in Jerusalem und zuletzt als Konsul und Gesandter in Belgrad zu leben und zu wirken, Georg Weerth starb auf Kuba. Und doch war es für einen lippischen Landmann ungewöhnlich, nach Frankreich zu reisen, und doch war lippischen Landleuten das moderne Verkehrsmittel der Eisenbahn noch unbekannt.

Dass die französische Vorstellung – von einem ausgearbeiteten Operationsplan kann nicht die Rede sein -, den Krieg schnell nach Deutschland zu tragen und die süddeutschen Staaten von Preußen zu trennen, militärisch nie zum Tragen kam, lag wesentlich an der exakten eigenen Aufmarschplanung des preußischen Generalstabs. Truppenverlegungen per Eisenbahn hatte es im großen Stil erstmals im Amerikanischen Bürgerkrieg gegeben, der von preußischen Militärs genau analysiert worden war. Das preußische Militär hatte früher und konsequenter als das Frankreichs auf die Eisenbahn als Transportmittel im Kriegsfall gesetzt, von mehreren Seiten konnten nun Verbände dorthin geschickt werden, wo der französische Einmarsch anzunehmen war: in der Pfalz, an der Saar, im nördlichen Elsass.

Auch in den nächsten beiden deutschen Kriegen sollte die Eisenbahn eine wichtige Rolle spielen. Aber sie konnte nicht mehr das halten, was sich der Generalstab von ihr versprochen hatte. Im Ersten Weltkrieg brachte sie die Truppen nur bis in Frontnähe, danach folgten Märsche, während Frankreich auf das beweglichere Mittel des Automobils setzte. Der mit Hindenburg

¹⁹ Eintrag zum 27. Juli 1870, Marsch durch die Eifel, 17.

verantwortliche Oberbefehlshaber der letzten beiden Kriegsjahre, Erich von Ludendorff, konnte deshalb rückblickend in unnachahmlicher Simplifizierung feststellen, das französische Automobil habe die deutsche Eisenbahn besiegt. Im Zweiten Weltkrieg trug dagegen der starke Ausfall der Dampflokomotiven im ersten Kriegswinter in Russland wesentlich dazu bei, den Vormarsch der Wehrmacht im Spätherbst 1941 zum Stehen zu bringen.

Für den jungen lippischen Füsilier aber war hatte die Eisenbahn keine Funktion in einem Operationsplan, sondern war eine neue, erste und ganz sinnliche Erfahrung, wie er sie sonst vermutlich erst zwei Jahrzehnte später gemacht hätte.²⁰ Da Detmold noch ohne Bahnanschluss war, musste die erste Etappe der langen Reise zu Fuß über die Gauseköte nach Paderborn zurückgelegt werden. Erst von dort ging es mit der Bahn weiter. Dass seine Einheit aber schon im Eifelstädtchen Kall, mehrere Tagesmärsche vor Trier, den Zug verlassen musste, führte bei Otto zum Eindruck, die Strecke sei noch nicht fertiggestellt. Von Trier aus wurde dann neben fertiggestellten Schienen marschiert - tatsächlich hatte der preußische Generalstab ein vorzeitiges Verlassen der Transportzüge angeordnet, um mögliche Störungen durch französische Angriffe auf die Zielbahnhöfe zu vermeiden.²¹ Kall war dabei der Sammelort für die Einheiten der oben genannten 13. Division unter Generalleutnant Adolf von Glümer.

Bedingungen des Krieges

„Wer zu einer sachlichen Bestandsaufnahme gelangen will, lässt sich von fünf Gesichtspunkten leiten und wägt eine Reihe von Voraussetzungen ab: erstens die Moral, zweitens das Klima, drittens das Gelände, viertens die Führung und fünftens die Ordnung.“ (Sunzi)²²

Die fünf Gesichtspunkt, vom chinesischen General Sunzi im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung als Bedingungen genannt, die einen Feldzug bestimmen, galten auch 1870. Drei von ihnen, Moral, Führung und Ordnung, können geplant werden.

Die Moral der Soldaten war intakt, weniger aus einem nationalistischen Überschwang oder einer Überzeugung von „Gerechtigkeit“ geprägt, als vielmehr von einem Pflichtgefühl, wie es in den Erinnerungen deutscher Soldaten seit den Memoiren von Offizieren der Rheinbundstaaten im Spanienkrieg Napoleons I. immer wieder betont wurde. Als August Otto einmal im Brief an den Vater seine Unlust an der täglichen Langeweile beklagte und sie mit seiner Arbeit auf dem Felde daheim verglich, wies ihn der Vater zurecht:

„das solle mir doch ganz gleich sein, ob ich vor Metz unter dem Gewehr stände oder in Hedderhagen hinter dem Pfluge ginge. Jetzt sei das erstere meine Pflicht und er erwarte, dass ich diese nach besten Kräften erfülle.“²³

²⁰ Zu dieser ersten Eisenbahnfahrt s. die Einträge zum 25. und 26. Juli 1870, 14-15.

²¹ Einträge zum 26. Juli und zum 2. August 1870, 16, 26.

²² SUNZI, Die Kunst des Krieges, Berlin 2011, 11.

²³ Eintrag zum 3. September 1870, 89. Bemerkenswert ist der rege Austausch zwischen Heimat und Front, tatsächlich wurde in diesem Krieg die Feldpost institutionalisiert.

Die allgemeine Forderung nach Pflichterfüllung gehört zum Ethos von Menschen, die unter schwierigen Bedingungen ihr Leben und ihren Alltag bewältigen müssen. Sie wird in dem Moment problematisch, in dem ihr jeder Inhalt ohne weitere Prüfung subsumiert wird und Pflug und Bajonett gleichgesetzt werden – ein immer wiederkehrendes Problem deutschen Soldatentums.

Gestärkt wird die Moral aber auch durch die Heimat, die nicht nur emotionalen Anteil am Erleben im Felde nimmt, sondern durch „Liebesgaben“ die Soldaten unterstützt. So erhielt August Otto von seinem Vater sogar einmal ein paar neuer Stiefel geschickt – unschätzbar in einer Zeit endloser Märsche und zahlloser Berichte beider Seiten über zerschlissenes und sogar gänzlich verlorenes Schuhwerk.²⁴

Es ist nicht verwunderlich, dass sich bei der Zusendung von „Liebesgaben“ Lehrer und Pfarrer besonders hervortaten. Auch im Felde leisteten die Geistlichen ihren Anteil, die Moral der kämpfenden Truppe zu unterstützen – die Prediger der „Religion der Liebe“ standen an vorderster Front und beschworen das „Gott mit uns“ gegenüber einem Feind, dessen Prediger vermutlich das Gleiche verkündeten. Otto nennt den evangelischen Feldprediger von Bodelschwingh, der am 14. August 1870 nachmittags zur Schlacht aufrief,²⁵ und berichtet auch von einem katholischen Geistlichen, der den Soldaten vor dem Kampf die Absolution erteilte.²⁶

Die Beurteilung der Heeresführung im Krieg von 1870/71 ist umstritten. Die überlegene Planung des preußischen Generalstabschef Graf von Moltke war zuletzt erfolgreich, aber der Sieg verdeckt, wie verzweifelt Moltke öfter über seine Generäle war, die von seinen Plänen abwichen und durch falsche Entscheidungen ihre Männer in sinnlosen Aktionen opferten.²⁷ Von der Basis aus gab es aber ein starkes Vertrauen zu den Vorgesetzten – mehrfach äußerte sich Otto z. B. anerkennend über einen Leutnant Kluck in seiner 12. Kompanie, jenen Alexander Kluck, der später in die höchsten Ränge aufsteigen sollte und 1909 geadelt wurde, bis ihm zuletzt die Niederlage in der Marneschlacht Anfang September 1914 angelastet wurde.²⁸ Umgekehrt kann Otto, der die Handlungen des Gegners registriert und die gegnerischen Soldaten sieht, zur Einschätzung gelangen, dass die französische Niederlage in erster Linie deren Führung anzulasten sei:

„Wer weiß, was wir in Frankreich erlebt hätten, wenn die französische Armee solche Offiziere und solche Führer gehabt hätten, wie wir sie hatten.“²⁹

²⁴ Eintrag zum 23. Oktober 1870, 149.

²⁵ Eintrag zum 1. August 1870, 49.

²⁶ Eintrag zum 7. Oktober 1870, 132.

²⁷ „Moltkes Generale hatten damals weder seinen Operationsplan noch das Prinzip der Auftragstaktik wirklich verstanden“, HORST ROHDE u. ARMIN KARL GEIGER, Militärgeschichtlicher Reiseführer Metz, Hamburg 1995, 23.

²⁸ EUGEN WOLBE, Alexander von Kluck. Ein Lebensbild, Berlin u. Heidelberg 1917; der Autor verweist auf den Seiten 20-21 auf August Otto Darstellung; 1908 suchte Otto den Kontakt zu Kluck, nunmehr im Generalsrang, der ihn im Herbst des Jahres sogar in Hedderhagen besuchte, s. den Bericht in der LIPPISCHEN LANDES-ZEITUNG vom 17. Juni 1917 (mit Dank an Saskia Reinhardt, Stadtarchiv Detmold, für die Übermittlung des Textes).

²⁹ Eintrag zum 29. Oktober 1870, 158.

Auch die von Sunzi geforderte Ordnung lässt sich planen. Hier wird deutlich, wie der zuvor abgeleistete Wehrdienst nach preußischen Regeln die Haltung der Truppe bestimmte. Das Muster dieser antrainierten Ordnung lässt sich immer wieder erkennen, im Feldlager unter erschwerten Bedingungen der Witterung und der Verpflegung, und auch später bei den Einquartierungen in den verschiedenen Dörfern und Kleinstädten im Innern Frankreichs. Plünderungen und gewaltsame Übergriffe waren in der preußischen Armee sehr selten, einem Füsilier wie August Otto waren sie offensichtlich auch wesensfremd. Kritische Töne gibt es in dieser Hinsicht eher gegenüber den reklamierten Reservisten und den „Einjährigen“.

Verlorengehen kann die Ordnung aber beim Aufeinandertreffen der feindlichen Truppen in der Schlacht. In Colombey, der einzigen Schlacht, in der Ottos Einheit beteiligt war, lässt sich das erkennen. Aber auch bei den wenigen erfolgreichen französischen Gegenangriffen ging die Ordnung sehr schnell verloren, wie ein Beispiel zeigt. Im Rahmen der Einschließung der Festung Metz war Ottos Regiment im Dorf Peltre einquartiert, dort lag ein Teil der Mannschaft auf einem von einer Mauer umgebenen Klostergelände. Bei einem plötzlichen französischen Angriff am 27. September aber gab es kein Halten, die völlig überraschten Soldaten rannten unter heftigem Gewehrbeschuss zu einem nahegelegenen Wald und ließen nicht nur ihr Gepäck, sondern auch eine Bataillonsfahne zurück. 125 Mann wurden gefangen genommen und später wieder ausgetauscht.³⁰ Tatsächlich hatten die Angreifer es aber nicht auf eine militärische Konfrontation abgesehen, sondern auf die Requirierung von Lebensmitteln für die eingeschlossene und ausgehungerte Garnison in Metz. Beim Rückzug ließen sie sogar die Fahne unbeachtet. Die Konsequenz der preußischen Offiziere bestand darin, das Dorf Peltre samt anderen Dörfern, die zwischen der Festung und dem deutschen Belagerungsring lagen, komplett niederzubrennen und auch alle Eisenbahnbrücken zu zerstören, um Truppentransporte zu Ausfällen aus der Festung zu unterbinden.

Für August Otto kam dieser Tag später noch einmal zur Sprache. Im März 1871 wurden 25 Angehörige seiner Kompanie für die Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz vorgeschlagen, die sich bei jenem Überfall tapfer verhalten hatten. Otto aber war nicht darunter und grämte sich – er war seinerzeit zur Wache am etwas entfernter liegenden Bahnhof von Peltre abgeordnet und hatte den Überfall nicht direkt miterlebt. Dass er zu den 40 Kameraden gehörte, die am gleichen Tag für eine silberne lippische Auszeichnung vorgeschlagen wurden, schien ihm kein rechter Trost gewesen zu sein.³¹

³⁰ Otto, der den Überfall vom Bahnhof in Peltre aus beobachtete, betont auch hier die Überlegenheit der französischen Chassepot-Gewehre, 112-120; die Verluste des Tages sind aufgelistet in: VERLUST-LISTEN DER KÖNIGLICH PREUSSISCHEN ARMEE UND DER GROSHERZOGLICH BADISCHEN DIVISION AUS DEM FELDZUGE 1870-1971, Berlin 1871, Liste 97 (S. 771); online <http://digital.ub.uni-duesseldorf.de/urn:urn:nbn:de:hbz:061:1-79262> (Aufruf am 27. November 2020); der Austausch der Gefangenen im Eintrag zum 6. Oktober 1870, 131.

³¹ Eintrag zum 26. März 1871, 307. Tatsächlich ging Otto leer aus, vgl. die Liste der Auszeichnungen bei v. BLOMBERG u. v. LESZCZYNSKI, 575 ff.; 18 Angehörige der 12. Kompanie erhielten das Fürstlich Lippische silberne Ehrenzeichen, ebd. 587.

Zu fragen wäre nun, wieweit die Logistik auch zur Ordnung gehörte. Denn eine Klage wurde zum Dauerthema, die über die unzureichende Verpflegung. Hier sei nur ein Ausruf zitiert, den Otto am 29. September 1870 notierte:

„Das Beste, was dem Soldaten im Felde geboten werden kann, ist eine gute Mahlzeit. Einmal am Tage muss er sich ordentlich satt essen können!“³²

Otto schreibt dies als Ausdruck des Leidens unter diesem Mangel, aber er sieht auch die funktionale Verbindung zum militärischen Auftrag: Von gut ernährten Soldaten sei in der Erfüllung ihres Auftrags viel mehr zu erwarten.³³ Die Versorgung klappt oft nicht, der Hunger wird immer wieder beschworen.

Diese Situation eröffnete umgekehrt den die Truppe betreibenden Marketendern große Verdienstmöglichkeiten. Otto zeichnet ein beeindruckendes Bild dieser Einrichtung, die sonst in der Kriegsgeschichte keine eigene Erwähnung erfährt, und von einem ihrer Vertreter. „Vater Kiehn“, der Marketender des Bataillons, war zur Stelle, wenn Lebensmittel dringend gebraucht wurden, er war spurlos verschwunden, sowie es ins Gefecht ging, tauchte aber wieder auf, wenn die Waffen schwiegen – irgendwie war er immer dabei und verdiente gut an „seinen“ Soldaten. Der unbefangene Leser bekommt keinen guten Eindruck von diesem Mann, der für die Truppe aber unverzichtbar geworden war und sie den ganzen Feldzug über begleitete. August Otto widmet ihm, der im Alter beim Schwimmen in der Weser bei Minden ertrunken sein soll, sogar einen kleinen Nachruf.³⁴

Nur begrenzt planbar ist das Gelände, auf dem die militärischen Auseinandersetzungen ausgetragen werden, und überhaupt nicht planbar ist das Klima. Die drei Schlachten bei Metz, die vor der Entscheidung in Sedan geschlagen wurden – Colombey, Vionville – Mars-La-Tour und Gravelotte – St. Privat – zeigten, dass die französische Seite die Geländebedingungen sehr gut für Verteidigungsstellungen genutzt hatte, während sie umgekehrt der deutschen Seite die größten Opfer abforderten. Alle Berichte wundern sich auch nachträglich darüber, dass der französische Oberbefehlshaber Bazaine die Möglichkeiten nicht genutzt hatte, die sich seinen Truppen mehrfach boten, und sich stattdessen regelmäßig für den Rückzug entschied. Die Schwierigkeiten des nicht selbst gewählten Geländes wurden auch in der Schlacht von Colombey offenbar.

Eine weitere, von August Otto regelmäßig wiederholte Klage betraf das, was Sunzi als „Klima“ bezeichnete, wobei tatsächlich die Wetterbedingungen gemeint waren. Es sind zwei Elemente, unter denen die Füsilier leiden: an manchen Tagen Hitze und Sonne, aber an vielen Tagen und vor allem in vielen Nächten der Dauerregen im Hochsommer, in dem anderes zu erwarten wäre:

„Heute wieder viel Regen; man wusste fast nicht, wo sich aufhalten. Die Kameraden sah man an den Häusern stehen, mit dem Rücken an die Wand

³² Eintrag zum 29. September 1870, 124.

³³ So explizit geäußert im Eintrag vom 26. September 1870, 111.

³⁴ Eintrag zum 3. Juni 1871, 342.

gedrückt, um sich nur einigermaßen vor dem unaufhörlich niederströmenden Regen zu schützen. Auf unserem Appellplatz war es geradezu trostlos. Unsere Gewehre waren ganz verrostet, der Inhalt der Tornister begann schimmlich zu werden, und immer folgte ein Regenschauer dem anderen.“³⁵

Auch hier stehen, wie bei der über die mangelhafte Ernährungslogistik, die Klagen über die quälende Nässe und Kälte neben dem Hinweis auf die Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit der Soldaten und ihrer Waffen.

Der Verlauf des Krieges

“General Frossard, undefeated, thought he had been defeated, and so he was. General von Zastrow was half-defeated, but refused to be and so was not. This was the secret of the Prussian victory.”
(Henri Bonnal)³⁶

Der Krieg von 1870/71 lässt sich in vier unterschiedliche Phasen einteilen. Die erste dauert von den „Grenzschlachten“ (Wissembourg, Froeschwiller/Wörth, Spicheren) über die Schlachten vor der Einkesselung der Festung Metz (Colombey – Nouilly, Vionville - Mars-la-Tour, Gravelotte - St. Privat) bis zur Kapitulation der „Chalôns-Armee“ des Marschalls Mac-Mahon in Sedan, der die Kapitulationen von Metz und Strasbourg folgten. Die zweite endete mit der Beschießung und Kapitulation von Paris. Frankreich sah sich jedoch noch nicht als besiegt an, sondern leistete mit einem Guerillakrieg und mit den regulären Truppen der „Südarmee“, die sich bis zur Loire zurückgezogen hatte, und der von ihr abgespaltenen „Ostarmee“ in Burgund weiterhin Widerstand, bis zuletzt nach mehrfach verlängerten Waffenstillstandsvereinbarungen die Verhandlungen über einen Friedensvertrag begannen und mit dem am 10. Mai 1871 in Frankfurt/Main beschlossenen Frieden der Krieg tatsächlich zu Ende war. Die letzte Phase zeigt eine deutsche Besatzung des Landes bis zur Erfüllung der Vertragsbedingungen, vor allem der Zahlung der Frankreich auferlegten Reparation in Höhe von fünf Milliarden Goldfrancs.

Gleich zu Beginn des Krieges zeigte sich eine eklatante Fehleinschätzung der französischen Militärführung, die den Krieg auf deutschem Boden führen wollte, tatsächlich aber im eigenen Land, in Lothringen und im Elsass, sofort eine Verteidigungshaltung einnahm. Bei der Abwehr deutscher Angriffe zeigte sich wiederholt ein gleiches Muster: Frontalangriffe der deutschen Infanterie und zum Teil auch der Kavallerie mit sehr hohen Verlusten, da der Raum zwischen der Reichweite der eigenen Gewehre und den doppelt so weit reichenden Chassepot-Gewehren der französischen Infanterie nicht überwunden werden konnte. Die von der Angriffswut beeindruckten französischen Einheiten wurden zuletzt von der preußischen Artillerie zur Aufgabe ihrer Stellungen und zum Rückzug gezwungen. In allen diesen Gefechten blieb die preußische Seite siegreich, jedes einzelne hätte allerdings auch anders ausgehen können, wobei

³⁵ Eintrag zum 9. Oktober 1870, 134-135.

³⁶ HENRI BONNAL, L'Esprit de la guerre moderne. La manoeuvre de St. Privat, 18 juillet – a 18 aout 1870, Paris 1904, Bd. 1, 338f., Anmerkung zur Schlacht von Spicheren, hier zitiert nach HOWARD, 98.

die Mentalität eine entscheidende Rolle gespielt zu haben scheint, wie sie Henri Bonnal am Beispiel der Schlacht von Spichern auf den Punkt gebracht hatte. Ob ein französischer Teilerfolg am Gesamtergebnis etwas geändert hätte, ist jedoch zweifelhaft.

Nachdem der französische Einmarsch nach Deutschland gescheitert war, wurde die französische Verteidigungslinie zurückgezogen, wobei es der französischen Seite bezeichnenderweise an geeignetem Kartenmaterial für das eigene Terrain mangelte. Napoleon III. selbst hielt sich bei der „Chalôns-Armee“ auf und schwankte zwischen einem Rückzug zur Verteidigung von Paris oder einem weiteren Einsatz im Osten. Die elsässische Armee unter Marschall Mac-Mahon sollte sich bei Chalôns mit dieser Armee vereinigen, während von der von Marschall Bazaine geführten „Rhein-Armee“, die sich über die Mosel zurückgezogen hatte und die Festung Metz verteidigte, Unterstützung erwartet wurde. Ein klarer Operationsplan war auch hierin nicht zu erkennen. Dem preußischen Generalstabschef Moltke, der jetzt die Operationen selbst leitete, gelang es, Bazaine in Metz einzuschließen und die Verbindung beider Armeen zu verhindern. Napoleon kam Moltkes Plänen entgegen, als er sich gegen den Rückzug nach Paris und für einen Entsatz von Metz entschied. Die „Chalôns-Armee“ musste dazu aus logistischen Gründen den Umweg über Sedan machen, und dort gelang es Moltke, sie einzukesseln und am 1. September 1870 zur Kapitulation zu zwingen.

Am 14. August 1870 hatte Bazaine seiner Armee den Rückzug auf das Westufer der Mosel befohlen. Der Übergang über die Mosel erwies sich für seine Truppen als schwierig. Die Straßen waren ebenso verstopft wie die Brücken über die Seille und die Mosel, insgesamt lief der ganze Rückzug zögerlich ab. Am Nachmittag des Tages standen immer noch größere Einheiten auf dem Ostufer. Gegen 15 Uhr befahl Generalmajor von der Goltz, der Kommandeur der 13. Division, zu der Ottos Regiment gehört, bei Colombey und Nouilly, etwa 5 km westlich von Metz – die Glockenschläge der Kathedrale waren zu hören –, den Angriff, um die Absetzbewegung des französischen Corps zu stören. Mit August Ottos Schilderung dieses Tages ist der Climax seiner Erzählung erreicht, an dem sich die große Geschichte des preußischen Aufstiegs und die kleine individuelle des August Otto am nächsten kommen, ja, sich berühren.

14. August 1870, der Tag von Colombey³⁷

„Heulend und zischend fuhren die Granaten herüber, wühlten den Boden auf und wo sie trafen, wurden die Männer bleich und der Boden rot.“³⁸

Der Tag begann friedlich: „Herrlich ging am Morgen die Sonne auf ...“.³⁹ Der Tagesablauf wird von Otto detailliert geschildert, in einer dramatischen Abfolge von einem ruhigen Morgen samt einer kuriosen Nebenerzählung bis zu einem ruhigen Abend, in dem auch die Nebenerzählung ihren Abschluss findet. Die Gewehre waren in Pyramiden aufgestellt, Bataillonskommandeur

³⁷ In der deutschen Darstellung ist es die Schlacht von Colombey-Nouilly; für die französische Seite angesichts ihrer eigenen Stellung die Schlacht von Borny.

³⁸ Eintrag zum 14. August 1870, 53.

³⁹ Eintrag zum 14. August 1870, 48.

Major von Wichmann hatte sich zurückgezogen, die vor seinem Zelt aufgehängte Ente wurde ihm gestohlen. Da am Tag zuvor eine eigene Attacke angekündigt worden war, lag dennoch eine gewisse Spannung auf der Truppe.



Abb. 2: Das Gefecht von Colombey und Nouilly am 14. August 1870.
(Karte aus: Großer Generalstab, Studien zur Kriegsgeschichte und Taktik,
Bd. 3, Atlasband, Skizze 54)

Um 15 Uhr kamen von Generalmajor von der Goltz ohne Rückfrage bei der militärischen Führung die Befehle zu Marsch und Angriff. Es war ein gewagtes Unternehmen, das anfangs nur von der 26. Brigade mit den beiden Infanterie-Regimentern 15 und 55 und dem Jäger-Bataillon 7 getragen wurde. Die Offiziere müssen gewusst haben, was sie tun sollten – Otto bewundert ihre Haltung und ihren Mut – die Füsilier aber sahen den Sinn des Ganzen nicht, er wurde ihnen nach der Schlacht knapp erläutert. Sie marschierten vorwärts, durch unwegsames Gelände von gewundenen Senken – Moltke schreibt vom „tiefen Thal des Colombey-Baches“⁴⁰ –, Büschen, manchmal bewaldeten, manchmal offenen Anhöhen und stürmten gegen die Kugeln der Chassepot-Gewehre und gegen Artilleriebeschuss, z. T. von der neuen Waffe der Mitrailleuse, die allerdings nicht sonderlich effektiv gewesen war, aber auch von Granaten, die von den Metzger Forts abgefeuert worden waren. August Otto sah, wie seine Kameraden rechts und links liegen blieben, verwundet, tödlich verwundet und tot. Es konnte in der eigenen Vorwärtsbewegung keine Hilfe für sie geben, es blieb nur, dem Befehl zu folgen. Wie unberechenbar und wie nahe der Tod jedem Einzelnen war, lässt sich durch den fast nebenbei erwähnten Hinweis Ottos ermessen, dass ihm der Riemen durchschossen wurde, mit dem er

⁴⁰ MOLTKE, 22.

seinen Mantel am Körper hielt. In Sorge vor der nächsten kühlen und verregneten Nacht entschied er sich, den Mantel eines gefallenen Kameraden an sich zu nehmen. Das Eigentümliche war in Ottos Augen, dass der Feind unsichtbar blieb: „Immer schrecklicher wurde es hier, und das schlimmste war, man sah keinen Feind“⁴¹, und so wirkt es konsequent, dass von eigenen Handlungen, Schüssen oder gar Nahkampf mit dem Bajonett, nicht die Rede ist, obwohl dies das eigene Vorstürmen ausmachen und nach Ottos Aussagen den Feind beeindrucken sollte.

Gegen Abend wankte der Angriff, die Situation wurde für die preußischen Infanteristen prekär, bis infanteristische Einheiten aus anderen Truppenteilen zu Hilfe kamen, und die Entscheidung fiel, als zuletzt auch mehrere Batterien der preußischen Artillerie eingesetzt wurden. Das Gewehrfeuer endete mit Einbruch der Dunkelheit, die Kanonen schossen bis gegen 22 Uhr: „Dann wurde es still.“⁴² Am Abend zählte das Bataillon seine Verluste:

„Unser Füsilierbataillon hatte furchtbar gelitten. In der kurzen Zeit, die der Kampf gedauert, hatte es 322 Mann verloren, davon 64 tot.“⁴³

Abends wurde Wein ausgegeben – und sogar die „requirierte“ Ente des Bataillons-Kommandeurs tauchte wieder auf. Zuletzt dankte Otto Gott für den Sieg und für die eigene Bewahrung.

Am nächsten Tag wurden die Erfahrungen ausgetauscht und es wird deutlich, wie nah der Tod auf dem Schlachtfeld war und wie es vom Glück abhing, wer überlebt hatte und wer nicht. Vom erwähnten Leutnant Kluck wird berichtet, dass ihn seine Taschenuhr gerettet habe – eine Chassepotkugel hatte sie getroffen und zertrümmert, ihr Träger wurde von dem Schlag zu Boden geworfen.⁴⁴

Wenn man davon ausgeht, dass der Autor nicht seine Erinnerungen, sondern seine damals unmittelbar nach dem Ereignis angefertigten Aufzeichnungen präsentierte, kommt man der Wirklichkeit einer Schlacht so nah wie nur irgend möglich – und erkennt gleichzeitig, wie entfremdet der Einzelne sich bewegte, wie entfremdet er den taktischen Zielsetzungen der Makroebene gegenüberstand, wie er „dabeigewesen“ war und doch im Moment des Ereignisses nicht wusste, *wobei*.⁴⁵ Victor Klemperer hat diese merkwürdige Erfahrung später einmal im Bonmot zusammengefasst: „Von der Vergangenheit weiß ich nichts, weil ich nicht dabeigewesen bin; und von der Gegenwart weiß ich nichts, weil ich dabeigewesen bin.“⁴⁶

⁴¹ Eintrag zum 14. August 1870, 52.

⁴² Eintrag zum 14. August 1870, 57.

⁴³ Eintrag zum 14. August 1870, 57; s. VERLUST-LISTEN, Listen 29 (S. 228-230) und 33 (255-257).

⁴⁴ Eintrag zum 15. August 1870, 58.

⁴⁵ „Eine Schlacht ist streng genommen unsichtbar, was uns die Fernsehaufnahmen während des Golfkrieges – nicht nur auf Grund der militärischen Zensur – deutlich gemacht haben“, GINZBURG, 184.

⁴⁶ VICTOR KLEMPERER, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942-1945, Berlin 1995, 49.

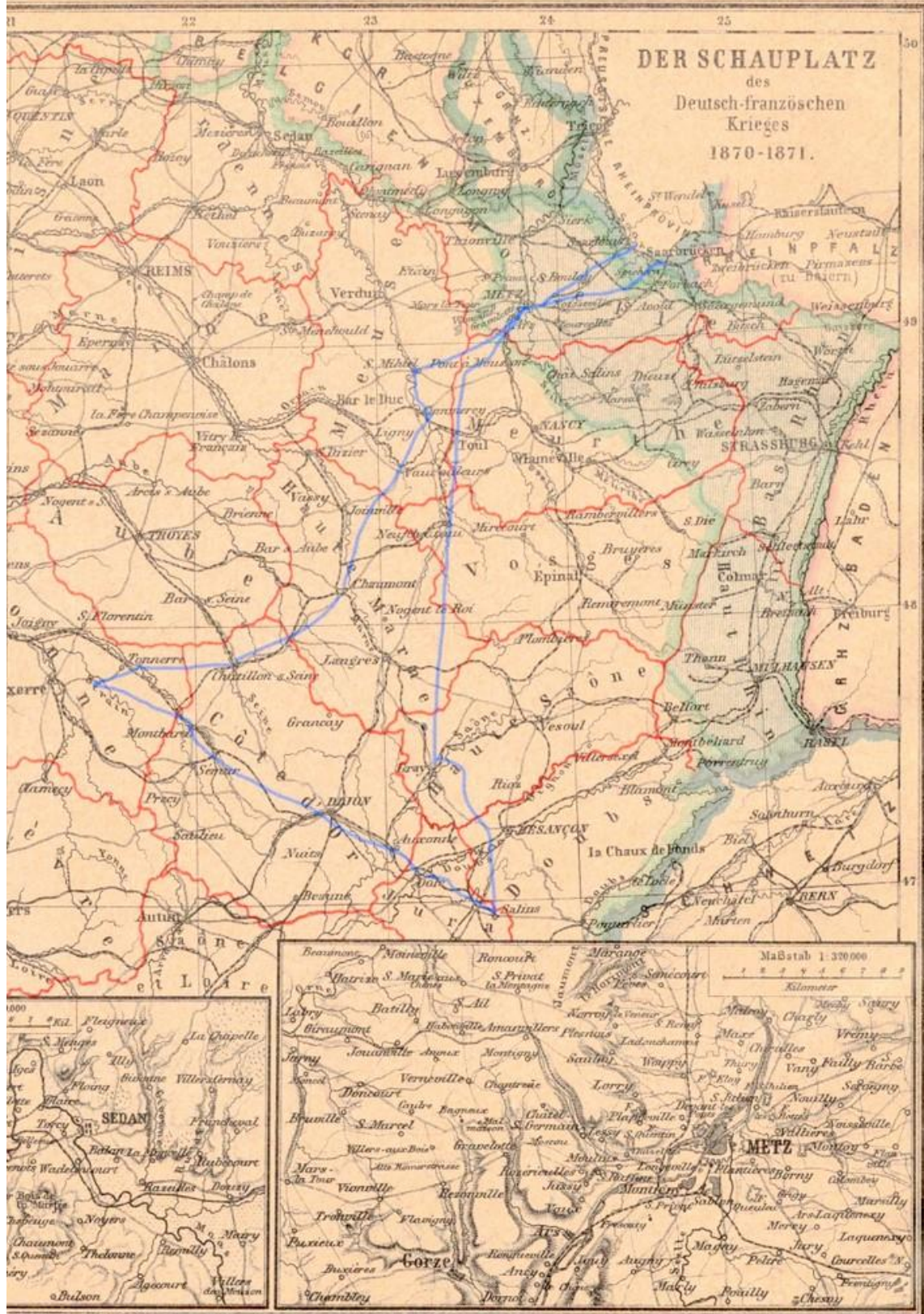


Abb. 3: Ottos Weg durch Frankreich.
(Karte aus: Heinrich Kiepert/Carl Wold, Historischer Schul-Atlas zur Alten, Mittleren und Neueren Geschichte in sechsunddreißig Karten, 8. Aufl., Berlin o.J. (um 1900), 36)

Für die Schlacht von Colombey-Nouilly liegen Schilderungen auf drei unterschiedlichen Ebenen vor. Während August Otto die Sicht des einfachen Soldaten präsentiert und man sich in seine Situation hinein fühlen kann, wird die Makroebene vom preußischen Generalstab wiedergegeben. Alle Widersprüche überspielend wurden die Schlacht und der Offizier, der sie begann, positiv bewertet, es zählte nur das Ergebnis, und so wurde sie in die Reihe der Erfolge um Metz eingereiht:

„So bilden die Ereignisse des 14. August das erste Glied in der Reihe der großen Kämpfe um Metz, welche zumindest zur Einschließung und schließlich zur Waffenstreckung der französischen Hauptarmee führte.“⁴⁷

Es liegt noch ein dritter Bericht vor, der zwischen den beiden genannten Ebenen anzusiedeln ist. Leutnant Stanislaus von Leszczyński, Mit-Autor der offiziellen Geschichte des Infanterie-Regiments 55, hat einerseits den Tagesablauf dieser Schlacht nach eigener Einschätzung und vermutlich auch nach Aussagen überlebender befehlsgebender Offiziere nachgezeichnet, war aber als Zugführer der 11. Kompanie auch selbst beteiligt und wurde früh schwer verletzt. Er gibt die Perspektive der beteiligten Offiziere wieder und arrangiert den Ablauf der Schlacht so, dass das Bild einer kohärenten Beherrschung der Lage entsteht, und damit eher das Gegenteil des von Otto vermittelten Eindrucks. Aus seinen Aussagen werden allerdings auch drei Momente deutlich, die sein Bild etwas korrigieren: Wie prekär mehrfach die Lage der attackierenden Truppe war, dass die französische Seite – ein Muster, das sich wiederholen würde – ihre Chance zum Gegenangriff nicht sah und nicht nutzte, und zuletzt die große Bedeutung, die dem III. Bataillon des Infanterie-Regiments 55 bei der Sicherung der rechten Flanke der preußischen Angriffsbewegung zukam – gespiegelt in den hohen Verlusten und sehr kühl aufgezeigt in der Auflistung der verbrauchten Geschwundmunition, wo 16.680 Patronen des III. Bataillons den 9.650 des II. und den 7415 des I. gegenübergestellt werden.⁴⁸

Militärsgeschichte ist der beste Nährboden für Mythen, am stärksten auf Seiten der Unterlegenen, die ihre Niederlage allen möglichen widrigen Umständen zuzuschreiben versuchen, aber auch auf Seiten der Sieger, die ihren Sieg gerne überhöhen. Geschichte contra factum zu erzählen ist sinnlos, trotzdem dürfen Überlegungen durchgespielt werden – denn die Gegenwart ist in jedem Augenblick offen, verwandelt sich jedoch in jedem Moment auch in Geschichte – die dann nicht mehr offen ist. Das Handeln des Infanterie-Regiments 55 hat im Bewusstsein seiner Angehörigen den Sieg für die preußische Armee gerettet, und so wurde der Tag, an dem der lippische Füsilier mehrfach das „vollständig unübersichtliche Terrain des bewaldeten Grundes“⁴⁹ durchquerte, auch zum Erinnerungstag dieses Regiments. Die französische Seite, die am nächsten Tag ihren Rückzug über die Mosel ungestört fortsetzen konnte, sah im Übrigen am 14. August 1870 keine Niederlage.

⁴⁷ Hier zitiert nach V. BLOMBERG u. V. LESZCZYŃSKI, 348-349.

⁴⁸ V. BLOMBERG u. V. LESZCZYŃSKI, zu Colombey 321 – 349, Einsatz des III. Bataillons 335 – 345, Munitionsverbrauch 348.

⁴⁹ V. BLOMBERG u. V. LESZCZYŃSKI, 336.

Im Rückblick kann man dem Angriff der Preußen, der auf französischer Seite den Verlust von 3.608 Mann, auf deutscher Seite aber den von 177 Offizieren und 4.790 Mann gebracht hatte,⁵⁰ keinen rechten Sinn abgewinnen. Der deutsche Militärhistoriker Emil Daniels meint, dass der französische Rückzug durch Colombey um keine Minute verzögert worden sei, dagegen sei aber der deutsche Vormarsch behindert worden. Der englische Historiker Michael Howard kommt allerdings zum Schluss, dass dieser Rückzug um zwölf Stunden aufgehalten worden sei, wobei allerdings die erwähnten Schwierigkeiten des Abmarschs selbst stärker gewogen haben dürften als die preußische Attacke.⁵¹ Die Frage nach dem sinnlosen Opfer der attackierenden Infanteristen verfolgt den Betrachter im Rückblick auf alle Gefechte bis zur Entscheidungsschlacht bei Sedan.

Moltke war es bewusst, wie bedenklich diese Schlacht angesichts der hohen zahlenmäßigen Überlegenheit und günstigen Stellung des französischen III. Corps war, auch wenn er jede kritische Äußerung vermied.⁵² Grundsätzlich wurde solches Vorgehen in der preußischen Armee jedoch gutgeheißen. Der preußische König, der mit Moltke zusammen am 15. August das Schlachtfeld inspizierte, verlieh von der Goltz sogar das Eiserne Kreuz I. Klasse. August Ottos III. Bataillon sollte an diesem Tag dem König vorgestellt werden, aber als es bereit dazu war, „war Se. Majestät bereits wieder fortgefahren.“⁵³

Später, als Lothringen deutsch und Metz die größte deutsche Garnisonsstadt geworden war, wurden die Gefallenen des 14. August 1870 mit Denkmälern geehrt. Nahe der heutigen Ferme mit dem Namen Colombey entstand eine ganze „Allee der Toten“, mit Denkmälern aller am 14. August beteiligten Einheiten. Die Diskrepanz aber zwischen der makrohistorischen Bedeutung einer Schlacht und dem Erleben eines einfachen Soldaten ist sowohl in der Belletristik wie in den Erfahrungsberichten des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder ein Thema geworden.

Die Belagerung von Metz

„Von der Kathedrale in Metz war jeder Glockenschlag zu hören. Man hätte glauben mögen, es lagere tiefer Frieden über dem weiten Gefilde, wenn nicht der häufige Knall eines Gewehrs, der bei der herrschenden Grabesstille ganz eigentümlich scharf klang, an die rauhe Wirklichkeit erinnert hätte.“⁵⁴

Das Ziel der deutschen Führung war es nun, die von Marschall Bazaine geführten Truppen unter allen Umständen von einer Vereinigung mit der bei Chalons stehenden Armee von Marschall Mac-Mahon und Napoleon abzuhalten und sie stattdessen in Metz einzuschließen.

⁵⁰ Angaben des Großen Generalstabs, hier zitiert nach KAULBACH, 101, Fußnote 70.

⁵¹ HANS DELBRÜCK, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Fortgesetzt von EMIL DANIELS, Sechster Teil, Neuzeit (Fortsetzung), Berlin 1932, 155 ff; MICHAEL HOWARD, The Franco-Prussian War. The German Invasion of France 1870-1871, London 1962, 144; beide zitiert nach KAULBACH, 101, Fußnote 72.

⁵² Milder lässt sich eine Kritik kaum formulieren: „Die Art, wie die Schlacht entstanden, schloss ihre einheitliche Leitung aus“, MOLTKE, 26.

⁵³ Eintrag zum 15. August 1870, 58-59.

⁵⁴ Eintrag zum 18. Oktober 1870, 145-146.

Dies gelang nach fürchterlichen Schlachten bei Vionville und Mars-La-Tour am 16. August und bei Gravelotte und St. Privat am 18. August. August Ottos III. Bataillon hatte zwar auf einer von Pionieren über den Fluss geschlagenen Brücke die Mosel überquert, war aber in diese Schlachten nicht involviert. Aber der Geschützdonner war zu hören und der Widerschein brennender Gehöfte und ganzer Dörfer war zu sehen.⁵⁵ Die Belagerung der Stadt war danach defensiv ausgerichtet – sie sollte nicht erobert, sondern ausgehungert werden. Ottos Einheit erhielt ihre Funktion vor Metz zuletzt doch auf dem östlichen Ufer, um hier den Belagerungsring zu schließen und Ausfallversuche abzuwehren.



*Abb. 4: Der römische Aquädukt zwischen Ars-sur-Moselle und Ancy-sur-Moselle.
(Foto Verf., 2005)*

Beim Übergang über die Mosel fällt wieder Ottos Interesse an außerhalb des militärischen Alltags gelegenen Erscheinungen auf, es wirkt manchmal wie ein Lichtstrahl von „Normalität“ in einer absurden Umgebung. So entging seinem Blick nicht der bei Ars-sur-Moselle noch in Resten erhaltene römische Aquädukt, dem er einige Zeilen widmet.⁵⁶ Heute liegt in unmittelbarer Nähe, zwischen den Gemeinden Ars-sur-Moselle und Ancy-sur-Moselle, ein kleiner Friedhof für deutsche Gefallene.

Tatsächlich gab es noch zweimal Versuche, die Lage militärisch zu ändern. Der Krieg war nicht zu Ende, auch nach dem preußischen Sieg über die Armee Mac-Mahons bei Sedan am 2. September blieb die Lage vor Metz unverändert. Immer noch plante Marschall Bazaine den

⁵⁵ Eintrag zum 18. August 1870, 70.

⁵⁶ Eintrag zum 16. August 1870, 64.

Durchbruch, um im Westen die Preußen am Marsch nach Paris zu hindern. Da angesichts der geringen Vorräte an Lebensmitteln und Munition nur ein Durchbruch moselabwärts zum noch nicht eroberten Thionville sinnvoll erschien, gab es am 26. August und am 31. August und 1. September mehrere Ausbruchsversuche auf dem östlichen Flussufer, wobei auch Colombey wieder von Kampfhandlungen erfasst wurde. Keiner dieser Ausfälle war jedoch erfolgreich.



*Abb. 5: Deutscher Soldatenfriedhof zwischen
Ars-sur Moselle und Ancy-sur-Moselle.
(Foto Verf., 2005)*

Die Lage in Metz war inzwischen unerträglich geworden – Otto verwies später auf die vielen verhungerten Pferde, die er in Metz zu sehen bekam. Zwar wundert er sich am 18. Oktober darüber, dass aus der Stadt noch lustige Musik zu hören sei, doch am Nachmittag des gleichen Tages gab es ein deutliches Zeichen für die dort eskalierenden Widersprüche: Bürger hatten an

der Kathedrale eine weiße Fahne gehisst, Soldaten hatten sie wieder heruntergerissen.⁵⁷ Es sollte noch zehn Tage bis zur Kapitulation am 28. Oktober dauern.

Besatzungsmacht in Frankreich

„Die Bauern in dieser Gegend waren auch mit allem Fleiß dabei, den Acker zu bestellen. Wie gern wäre auch ich hinter dem Pflug hergegangen! Aber unsere Bestimmung war jetzt eine andere.“⁵⁸

Für Otto schien der Krieg mit der Einnahme von Metz zu Ende zu sein, auch wenn er bis über das Jahresende hinaus in Metz bzw. nahe Metz stationiert blieb, wobei seine Einheit mit eher polizeilichen als militärischen Aufgaben befasst war.

Aber der Krieg war noch nicht zu Ende, trotz eines am 26. Januar in Versailles beschlossenen Waffenstillstands gab es weiterhin französischen Widerstand, da die Departements Cote d'Or, Doubs und Jura davon ausgenommen waren. Hier zeigte sich die fast 90.000 Mann starke „Ostarmee“ unter General Bourbaki als noch kampfbereit. Außerdem hoffte die Regierung immer noch auf eine Unterstützung aus dem Ausland, vor allem aus Italien. Bourbaki wurde von preußischen Truppen geschlagen und zog sich immer weiter zurück, zuletzt im Departement Jura bis an die Schweizer Grenze. Zuletzt besaß diese letzte Hoffnung Frankreichs keine Handlungsfähigkeit mehr und trat am 1. Februar 1871 auf Schweizer Gebiet über, um dort entwaffnet und interniert zu werden. Eine Nachhut von ca. 15.000 Mann kämpfte weiter und fügte den deutschen Truppen noch schwere Verluste zu, auch Gerüchte über einen Einfall Garibaldis in Burgund waren Otto schon früh zu Ohren gekommen,⁵⁹ seine Einheit kam aber später nicht mit dieser militärisch sinnlosen Aktion in Berührung.

Das Infanterie-Regiment 55 war für Einsätze im Rahmen der Kämpfe gegen die „Bourbaki-Armee“ vorgesehen. Am 7. Dezember erfuhr Otto, dass seine Einheit am nächsten Morgen Richtung Süden verlegen würde. Am gleichen Tag hatte er noch die Metzter Kathedrale besichtigt. Am nächsten Tag kam die Einheit mit der Bahn nach Châteauvillain, von dort aus wurde marschiert. Otto notierte die Namen der Dörfer und kleinen Städte, in denen Quartier gemacht wurde, manchmal erfuhr er die Namen nicht, Ortsschilder gab es nicht. Über Châtillon-sur-Seine ging es nach Laignes, Montbard, Chablis, Tonnerre, und mit der Kleinstadt Arbois unmittelbar vor dem Juragebirge war der südlichste Punkt erreicht. Von hier aus ging es in fast täglichen Fußmärschen über Dôle zurück, das Ziel war die an der Maas gelegene Kleinstadt Commercy. Hier verblieb das I. Bataillon, während das III. Bataillon mit Ottos 12. Kompanie in das weiter maasabwärts gelegene Saint-Mihiel verlegte. In diesen letztgenannten Städten waren keine Kampfhandlungen mehr zu erwarten, die Einheit verblieb jetzt nur noch in Frankreich, bis die im Friedensvertrag festgelegten Reparationszahlung erzwungen war.

⁵⁷ Eintrag zum 18. Oktober 1871, 145.

⁵⁸ Eintrag zum 27. Februar 1871, 281; Ottos Einheit lag in jenen Tagen in einem Dorf zwischen Dôle und Dijon.

⁵⁹ Eintrag zum 24. Dezember 1870, 204.

Der Krieg war in jener Zeit dennoch nahe. August Otto erfuhr von Überfällen der Franc Tireurs, er wusste über die „Bourbaki-Armee“ Bescheid, er hört von Scharmützeln und hört auch Kanonendonner und Gewehrfeuer, war aber selbst nicht mehr betroffen. Er sah die Folgen etwa eines Gefechts bei Byans, als wieder einmal die preußische Artillerie die schnelle Entscheidung herbeigeführt hatte. Ein Eisenbahnzug, der mit französischen Soldaten den Bahnhof verlassen wollte, war mit Granatbeschuss gestoppt worden:

„Einige weitere Granaten waren neben dem Zuge eingeschlagen. Einem Soldaten, der aus dem Zuge hatte springen wollen, war von einem Granatsplitter der Kopf schräg abgerissen und so genau war das geschehen, als wäre es mit einem scharfen Messer gemacht. Von dem Schnurrbart des Getroffenen war die eine Hälfte fort, während die andere unversehrt geblieben und sogar noch fein aufgedreht war.“⁶⁰

Der Anblick dieses Toten und einiger weiterer berührte Otto, das Sterben der Gegner war ihm nicht gleichgültig. Ende Januar erlebt er die Kapitulationen kleinerer französischer Kampfeinheiten. Dabei inspizierte er erstmals jene neue Waffe, einen Vorläufer der Maschinengewehre, die von den attackierenden Preußen neben den Chassepot-Gewehren am meisten gefürchtet war:

„Vor dem Dorfe Oslam standen auf einem freien Platz eine Anzahl französische Geschütze, darunter allein vier Mitrailleusen, die ersten, die ich so nahe gesehen. Sie sind den Kanonen ähnlich und ruhen wie diese auf Lafetten. 25 Gewehrläufe, durch einen Metallmantel zusammengehalten, bilden das Geschützrohr; hinten an diesem befindet sich eine Kurbel, die beim Abfeuern gedreht wird. Die Mitrailleusen waren mit vier Pferden bespannt. Es waren durchweg Schimmel. Die Bespannung war sehr abgetrieben. Die Tiere ließen ihre Köpfe bis auf den Schnee hängen.“⁶¹

Am gleichen Tag war die Kapitulation von Paris bekanntgegeben worden, doch erst mit dem allgemein gültigen Waffenstillstand, der am 14. Februar verkündet wurde, war Ottos Einheit endgültig beruhigt. Bis dahin gehörten die immer wieder geforderten Marschleistungen und die Notwendigkeit, sich abends in Dörfern und Kleinstädten um Quartier und Verpflegung zu kümmern, die von den Einheimischen eingefordert, aber auch bezahlt wurden, zu den täglichen Widrigkeiten. Manchmal traf es sich gut, manchmal schlecht, und mit einer gewissen Selbstironie wies Otto im Chablis darauf hin, dass er inzwischen zum Weinkenner geworden sei:

„Wein bekamen wir hier, soviel wir wollten, aber in dem vorigen Quartier war er besser. Wir waren nachgerade Weinkenner geworden und wussten gleich,

⁶⁰ Eintrag zum 24. Januar 1871, 243.

⁶¹ Eintrag zum 30. Januar 1871, 253-254.

wenn wir die Flasche oder das Glas gegen das Licht hielten, ob der Wein „bon“ oder „pas bon“ war.“⁶²

Er erlebte die absolute Langeweile, die einer Besatzungsmacht droht, die noch als notwendig angesehen wird und sich in ständiger Bereitschaft halten muss - „und auf dem Hofe, bei den Eltern wäre man so nötig gewesen.“⁶³

Das Auffälligste an Ottos Schilderungen aus dieser Zeit ist dennoch nicht die Langeweile, ist nicht der häufige Ärger um die Quartiersuche, ist nicht die Ungewissheit über den Sinn des ganzen Unternehmens, sondern das Fehlen jeden Ressentiments gegenüber den Einheimischen, wie umgekehrt diese zwar sicher keine freundschaftlichen Gefühle gegenüber den Besatzern hegten, aber in den meisten Fällen auch keine aggressive Abwehr zeigten. Er beobachtete die Menschen und konnte keine grundlegende Feindseligkeit erkennen, umgekehrt war ihm selbst ein Überheblichkeitsgefühl völlig fremd. Es ging ihm und seiner Einheit auch nicht schlecht – für akzeptable Unterkünfte war ebenso gesorgt wie für die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, und anders als etwa den Truppen, die Paris belagert hatten, blieben die Angehörigen des Infanterie-Regiments 55 von Krankheiten und Seuchen verschont.

Natürlich gab es zwischen den lippischen Füsiliern und den einfachen Franzosen, denen sie in den Dörfern und Kleinstädten begegneten, keine Diskussion über den Krieg. Und doch schimmert durch Ottos Aufzeichnungen das Bild einer Landbevölkerung durch, die an diesem Krieg wenig, an einem Frieden aber sehr interessiert war. Das Kriegsgeschrei nach der „surprise de Sadova“, die Bedeutung, die einer Thronfolge der Hohenzollern in Spanien zugemessen wurde und zuletzt die aufgesetzte Empörung durch die angebliche Beleidigung des französischen Kaisers durch den preußischen König ging an der Lebenswelt der Landbevölkerung vorbei – geschrien und gehetzt wurde in Paris, gewollt wurde der Krieg in Paris und in Potsdam und Berlin. Die Aufrufe zum totalen Kampf durch Politiker, die südlich der Loire in Sicherheit waren, waren ihnen ebenso wesensfremd wie dem lippischen Soldaten die Brutalität eines Bismarck und eines Moltke fremd war, die damit drohten, die Zivilbevölkerung in Paris zu massakrieren. Als August Otto spontan den Wunsch empfand, wie die einheimischen Landleute hinter dem Pflug herzugehen, war in der punktuellen Übereinstimmung des Wunsches eines einfachen deutschen Soldaten mit der Mentalität französischer Landbevölkerung auch wieder ein Moment des Zusammenfalls von Makro- und Mikrohistorie zu erkennen.

August Otto war neugierig und hatte Zeit zu beobachten und das Auffällige zu notieren: Landschaften, die ihm gefielen, Wälder, bebaute Felder, Obstgärten, Friedhöfe. Auch andere Sitten wurden wahrgenommen, so wunderte er sich, dass im katholischen Frankreich der Karfreitag nicht beachtet würde. Seine letzten Wochen in Frankreich zeigen manchmal einen Anflug von Tourismus, so wenn ihm bei einem Ausflug in die Umgebung von Saint-Mihiel die Ähnlichkeit einer dortigen Felsengruppe mit den Externsteinen auffiel, oder wenn er kurz vor

⁶² Eintrag zum 7. Januar 1871, 220. Der Weinkonsum deutscher Soldaten, vor allem nach Plünderungen, war legendär, in diesem Krieg wie auch schon bei den Soldaten der Rheinbundstaaten, die für Napoleon I. und den Erhalt der Herrschaft ihrer Fürsten in Spanien kämpften, insofern ist es erstaunlich, dass Otto niemals von Exzessen berichtet.

⁶³ Eintrag zum 12. April 1871, 314.

dem Ende des Weges durch Frankreich noch „Andenken“ kaufte.⁶⁴ Und er registrierte zaghafte Ansätze zu einer Normalisierung des Lebens, wie sie symbolisch im Drehen eines Karussells in Saint-Mihiel erschienen:

„Heute ist es Sonntag. Um 12 Uhr Appell. Am Nachmittag spielte auf einem freien Platz der Stadt ein Karussell. Außer anderen hatte sich eine Anzahl Füsiliere dabei eingefunden, anfangs nur als Zuschauer, dann aber hatte der eine oder andere sich auch hineingesetzt und war mitgefahren.“⁶⁵

Am 23. Mai 1871 gab Hauptmann von Lattre seiner Kompanie zwei Nachrichten bekannt, eine über der Kompanie vom lippischen Fürsten verliehene Orden, und dann die wichtigere über den unmittelbar bevorstehenden Abmarsch:

„schon am 4. Juni würden wir in Detmold einmarschieren. Also wieder nach der Heimat! Diese Freude! Gott sei ewig Lob und Dank dafür.“⁶⁶

Tatsächlich konnte am 3. Juni in Saarlouis der Zug bestiegen werden, der am nächsten Tag in Paderborn ankam. Über Schlangen und die Gauseköte ging es nach Detmold, in Berlebeck kamen ihm der Vater und eine Schwester entgegen. Die Einheit hielt auf dem Schlossplatz ihren Schlussappell. Am 6. Juni folgten die Entlassung und die Heimkehr nach Hedderhagen.

Der Preis des Sieges

„Am 14. August hat er dann auch einen Schuss in den Unterleib bekommen. Auf dem Verbandplatze in Pange, so hörte ich später von einem Augenzeugen, sollte er operiert werden. Als die Reihe an ihn kam und er auf den Operationstisch gelegt wurde, habe er plötzlich einen lauten Schrei ausgestoßen und sei dann tot gewesen.“⁶⁷

Der Siegesjubiläum war groß und übertönte die Klagen der Eltern, Geschwister, Bräute, Frauen und Kinder der Gefallenen. Die Berichte über ihren Tod sind lapidar, wie der von August Otto über seinen gefallenen Nachbarn aus Heiden. Die Berichte sind aber Momente der Wahrheit: Das Sterben im Krieg ist statistisch gesehen banal, aber es ist nicht „süß und ehrenvoll“, und es ist auch trotz unzähliger Denkmäler, die anderes behaupten, nicht heldenhaft, weder auf dem Schlachtfeld noch in den Lazaretten oder in den Unterkünften. Das Heldenhafte gehört zur Mythologie, hat aber mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Fritz Seppmann ist eines der Opfer am Wege, die das Ziel verklagen und denen auch die nachträgliche Verklärung ihres Todes im

⁶⁴ An den Felsen sah er eine als „Grab Christi“ ausgehauene Grotte, im Unterschied zum lippischen „Grabfelsen“ war sie mit einer Christusfigur versehen, Eintrag zum 23. März 1871, 305; Andenkenkauf im Eintrag zum 17. Mai 1871, 326.

⁶⁵ Eintrag zum 14. Mai 1871, 325.

⁶⁶ Eintrag zum 23. Mai 1871, 328.

⁶⁷ Otto nennt ihn irrtümlich „Steppmann“, 11-12; gemeint ist der am 25. Juni 1847 in Heiden geborene Fritz Seppmann; mit Dank an Wolfgang Bechtel für die auch hier geleistete Unterstützung.

Denkmal, das Singen der Nationalhymne am Sedanstag und feierliche Nachrufe ihr Leben nicht zurückgeben.

Nach Sedan ging die Schere zwischen Mikrohistorie und Makrohistorie wieder weit auseinander. Während ein Teil der Soldaten sehnsüchtig an die Heimat dachte,⁶⁸ aber noch lange Wochen ausharren musste, wurde am Verhandlungstisch „große Politik“ inszeniert. Frankreich, dem zuerst nur eine Funktion in der Konstruktion des preußisch-deutschen Reiches zugedacht war, wurde mit der Abtrennung von Elsass-Lothringen gedemütigt, und niemand konnte darüber im Zweifel sein, dass es das auf Dauer nicht hinnehmen würde. Die Weichen für den nächsten Krieg waren damit gelegt. Die politisch Verantwortlichen versuchten, sich durch ein diplomatisches Bündnissystem gegen die Folgen abzusichern. Die militärisch Verantwortlichen dagegen waren berauscht von zwei Ideen, an denen sie bis zum Zweiten Weltkrieg unbeirrbar festhielten: Dass der kommende Krieg einen nur kurzen Feldzug benötigen werde und die Entscheidung in einer einzigen Kesselschlacht fallen müsse. Die Fehldeutung der Erfahrung von „Sedan“ wurde zum Traum von „Cannae“. Beide Vorstellungen erwiesen sich in zwei Weltkriegen als falsch und führten zweimal in Katastrophen.

August Otto kam gesund zurück nach Lippe. Er hat die Triumphbögen in Detmold und in Heiden gesehen und in Hedderhagen vom Sieg berichtet. Er hat sein „normales“, vorgesehenes Leben geführt, in dem jene Reise nach Frankreich jedoch einen unlöschbaren Eindruck hinterlassen hatte. Die spätere Persiflage auf die lippischen Teilnehmer an jenem Kriegszug im Lied von den „Lippischen Schützen“, die nach ihrer Heimkehr aus Frankreich sofort einen „Kriegergedenkverein“ gründeten, trifft mit diesem letzten Hinweis durchaus ins Schwarze: Überall entstanden ab 1871 Kriegervereine. Die Kriegsgeschichte zeigt, dass in solchen Ausnahmesituationen – der Wehrdienst in Friedenszeiten gibt davon schon eine Vorahnung – wie einem Krieg Beziehungen zwischen den Männern entstehen, die wochen-, monate- und manchmal jahrelang auf engstem Raum nebeneinander leben und sterben, die unauflösbar erscheinen. Gleichzeitig deutet die Forschung zu den Veteranen darauf hin, dass unter denen, die tatsächlich einen Krieg erlebt haben, keine Kriegsbegeisterung mehr aufkommt. Am Vorabend vor dem Gefecht bei Colombey, trug August Otto in der Gewissheit, dass er kurz vor dem ersten Kampfeinsatz stehe, in sein Notizheft ein:

„Aber es ist doch ein eigen Ding, zum ersten Male auf Menschen zu schießen. Auch unsere Gegner sind Gottes Geschöpfe; auch um sie werden ihre Lieben trauern.“⁶⁹

Otto hat die Toten nicht vergessen – vom ersten französischen Gefallenen, den er am 7. August 1870 in Forbach sah, bis zu jenem Soldaten aus Eichholz, der auf dem Rückmarsch im Mai den Strapazen nicht mehr gewachsen war und dessen Eltern nach Ottos Worten nicht einmal den

⁶⁸ Die Berufssoldaten waren mit dem weiteren Verbleib in Frankreich eher einverstanden, da sie dafür die doppelte Löhnung erhielten, Eintrag zum 4. April 1871, 311.

⁶⁹ Eintrag zum 13. August 1870, 46.

Trost hatten, dass er im Kampfe „fürs Vaterland“ gefallen sei.⁷⁰ Auch beim triumphalen Empfang in Detmold gedachte er derer, die nicht heimgekommen waren:

„Aber der Betrüben war heute auch eine große Zahl, sie gingen oder standen abseits vom Wege und manche bittere Träne floß im Andenken an die Lieben, die nicht hier waren, die den Sieg und die gewaltigen Erfolge unseres Heeres mit ihrem Leben bezahlt hatten. Die Trauer ihrer Angehörigen machte sich um so schmerzlicher fühlbar, je größer die Freude der Heimkehrenden war.“⁷¹

August Ottos Verwunderung über jene Zeit in seinem Leben ist bis zuletzt spürbar. Zweifel an der Richtigkeit dieses Krieges und an der Rechtmäßigkeit der Friedensbestimmungen kannte er nicht, das erreichte Ziel rechtfertigte alles:

„die Vereinigung der deutschen Stämme und letzten Endes die Erfüllung des sehnsuchtsvollen Traumes unserer Väter: ein Deutsches Reich und einen Deutschen Kaiser.“⁷²

Ein den Opfern gegenüber gleichgültiger Kriegstreiber war er dennoch nicht.

Erinnerungen

„Welche Erinnerungen umfasst für uns der Name „Metz“? Erinnerungen für das ganze Leben!“⁷³

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich ein spezifischer Totenkult für gefallene Soldaten. Waren sie früher unbeachtet und nach ihrem Tod sofort vergessen, so wurde ihrer nun im Zusammenhang der Wehrpflicht und der Idee von Vaterland und Nation in Epitaphien und mit Denkmälern gedacht. Auch das 1871 in Versailles errichtete deutsche Reich wurde mit einer ganzen Welle von Kriegerdenkmälern überzogen, Siegeszeichen, die den Toten einen Sinn geben sollten, letzten Endes aber doch eher den Triumph der Lebenden über die Toten offenbarten. Nur wenige Ausnahmen lassen den unfassbaren Widerspruch aufblitzen, der zwischen der Möglichkeit einer friedlichen Existenz in einer friedlichen Landschaft und dem Tod für die Ideologie einer nationalen Einheit und der Stabilisierung der Herrschaft der preußischen Elite bestand. Auch Metz und seine Umgebung ist von einem Kranz von Gefallenfriedhöfen und Regimentsdenkmälern geprägt.

⁷⁰ Zu Forbach der Eintrag vom 7. August 1870: „In der Mitte des Weges lag, lang ausgestreckt, das Gesicht nach unten, ein toter Franzose, mit einem Schuss im Kopf“, 36; zum Soldaten aus Eichholz s. den Eintrag zum 26. Mai 1871, 331.

⁷¹ Eintrag zum 5. Juni 1871, 344.

⁷² Eintrag zum 18. April 1871, 316.

⁷³ Eintrag zum 7. Dezember 1870, 184.

Beim langsamen Rückmarsch des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 55 wurde auch Metz wieder passiert., ebenso ein Schicksalsort für Otto wie Colombey. Hauptmann von Lattre verlas vor Ort die Namen der 27 Gefallenen der 12. Kompanie und teilte anschließend mit,

„dass er kommandiert sei, die Toten von unserem Regiment vor Metz wieder ausgraben zu lassen, um sie dann alle auf einer Stelle zu beerdigen. Dann wurde bei der Kompagnie angefragt, wer dazu beitragen wolle, um den Gefallenen ein Denkmal zu errichten; die ganze Kompagnie war dazu bereit.“⁷⁴

Zwei Wochen später berichtete er, dass er alle Gräber gefunden habe, „doch sei es noch nicht entschieden, ob das Denkmal auf dem Schlachtfelde oder in Detmold errichtet werden solle.“⁷⁵ Zuletzt wurde an beiden Orten an die Gefallenen erinnert. In Colombey wurde am ersten Jahrestag der Schlacht – der Jahrestag war bis 1936 der Ehrentag des Regiments⁷⁶ – ein schlichtes Erinnerungsmal gesetzt. An der Feier, die gleichzeitig mit der Einweihung des Denkmals für das Infanterie-Regiment 15 vorgenommen wurde, nahmen neben hohen Offizieren, die teils angereist und teils von der Garnison in Metz delegiert waren, auch drei einfache Regimentsangehörige teil. Die Ansprachen hielten der evangelische Divisionspfarrer Adolf Stoecker, der später als antisemitischer Vorkämpfer in der Berliner Reichspolitik berüchtigt werden sollte, und der katholische Divisionspfarrer Bathe.

Im Denkmal von Colombey spiegelt sich, dass Preußen eine Klassengesellschaft war und es auch im neuen Nationalstaat blieb, auch die offizielle Regimentsgeschichte ist von einem Klassenstandpunkt geprägt. Nach von Blomberg und von Leszczyński habe Oberst Barby seinerzeit die Errichtung eines Denkmals angeregt und das Offizierskorps sei für die Kosten aufgekommen, von einem Engagement der einfachen Soldaten und der Unteroffiziere ist nicht die Rede. Auch die Inschrift am Denkmal selbst lieferte an seiner der „Allee der Toten“ zugewandten Seite diese Version; die Metz zugewandte Seite nannte die Namen der gefallenen Offiziere, für die gefallenen Unteroffiziere und einfachen Soldaten reichte es, ihre Anzahl aufzuführen. Im Bewusstsein der preußischen Armee machte der Tod nicht alle Menschen gleich.⁷⁷

Drei Jahrzehnte später genügte der Stein in Colombey den heimgekehrten Regimentsangehörigen nicht mehr, er wurde durch ein vom Detmolder Bildhauer Meier geschaffenes „größeres und würdigeres ersetzt, während der alte Denkstein bei der Kaserne III in Detmold aufgestellt

⁷⁴ Eintrag zum 15. April 1871, 315

⁷⁵ Eintrag zum 30. April 1871, 320.

⁷⁶ 1936 wurde der 6. September als Tag der Schlacht von Dennewitz (1813) als neuer Ehrentag des Regiments bestimmt, das seit 1889 den Namen „Graf Bülow von Dennewitz“ trug (Infanterie-Regiment Graf Bülow von Dennewitz (6. Westfälisches) Nr. 55.

⁷⁷ V. BLOMBERG u. V. LESZCZYŃSKI, 519-521. Die Differenzierung blieb beim Infanterie-Regiment 55 bis zuletzt erhalten, das 1926 eingeweihte Weltkriegsdenkmal auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Detmold unterscheidet noch zwischen gefallenen Offizieren einerseits, Unteroffizieren und Mannschaften andererseits; auch bei den Veteranen bestand neben dem allgemeinen Bund ein eigenständiger Verein der Offiziere. Ein Gegenbild stellt allerdings das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Gefreiten August Otto und dem General bzw. später Generaloberst Alexander von Kluck dar, bei der nur die „Regimentskameradschaft“ zählte, s. Anmerkung 28.

wurde“.⁷⁸ Meier wollte möglicherweise eine heimische Tradition nach Lothringen übertragen und stilisierte das Denkmal wie einen Findling, bekrönt von einem bronzenen Adler. Da der Adler später entfernt wurde, sticht das Denkmal des Infanterie-Regiments heute durch seine fehlende Ästhetik in der „Allee der Toten“ hervor. Aber es ist heute auf der Texttafel nur noch von „Gefallenen Kameraden“ die Rede. Die Kaserne III an der Detmolder Emilienstraße war später Sitz des Verteidigungsbezirkskommando 35 der Bundeswehr, bei dessen Umzug in die Kaserne nach Augustdorf im Herbst 1995 der alte Gedenkstein mitgenommen wurde.



*Abb. 6: Das Denkmal für die Gefallenen des Infanterie-Regiments 55
in der „Allee der Toten“ bei der Ferme Colombey.
(Foto Verf., 2005)*

In Detmold wurde dann am fünften Jahrestag der Schlacht – und einen Tag vor der Einweihung des Hermannsdenkmals – ein Landesdenkmal auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz eingeweiht.⁷⁹ Auf

⁷⁸ NACHRICHTENBLATT DES BUNDES EHEM. 55ER, 10. Jg (1935), Nr. 6.

⁷⁹ Die Einweihungsfeierlichkeiten sind ausführlich beschrieben bei v. BLOMBERG u. v. LESZCZYNSKI, 522-526.

ihm sind neben anderen Orten zwei genannt, die auch für August Ottos 12. Kompanie Schicksalsorte geworden waren: Colombey und Peltre.

Erbfeinde 1

„Ein reiches, gesegnetes und schönes Land ist Frankreich.“⁸⁰

Damals wurde in jüdischen Kreisen beider Länder gefragt, warum deutsche Juden auf französische Juden schießen sollten und umgekehrt. Tatsächlich kann die Frage viel weiter gedehnt werden: Welches Interesse hatte ein badischer Fischer vom Bodensee daran, einen französischen Schuhmacher zu erschießen, und was lag einem Winzersohn aus dem Chablis daran, auf einen lippischen Bauernsohn zu schießen? Der Krieg war bewusst für Interessen provoziert worden, die nicht die der einfachen Menschen gewesen sein können, die dafür aber aufeinander schießen mussten. Eines der Rätsel der Geschichte ist es aber, warum es gelang, Teile ihrer Bevölkerung für diese Auseinandersetzung zu begeistern – warum gab es in Paris Massenversammlungen, die den Einmarsch nach Deutschland forderten, warum ließen sich die preußischen Soldaten so leicht vor diesen Karren spannen? Dass die großen und kleinen deutschen Fürsten sofort Gewehr bei Fuß standen, ist noch nachvollziehbar: Es war der Preis für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Herrschaft, ob ihre Untertanen begeistert waren, bleibt unklar. Die richtige Propagandamaschine lief allerdings erst nach dem Friedensschluss an, als zwei Mythen gesponnen wurden: Der vom schnellen Sieg Deutschlands über den Feind im Westen, und die Erklärung Frankreichs zum Erbfeind. Der Mythos warf einen sehr langen Schatten, bis hin zu den Eisenbahnwaggons, die im August 1914 Soldaten zur Westfront transportierten, und auf denen „Jeder Stoß ein Franzos“ stand.⁸¹

Von all dem ist in August Ottos Bericht nichts zu spüren, obwohl der Autor fest von der Idee des Nationalstaates und seiner monarchischen Ordnung überzeugt war. In der am meisten berührenden Szene seines Berichts führt Otto den Leserinnen und Lesern die Männer vor Augen, die nach der langen Verteidigung der Festung Metz kapitulieren mussten und nun in die Gefangenschaft zogen. Den ausgemergelten Geschlagenen wurde hohe Anerkennung gezollt. Es ist kein Triumph in dieser Beschreibung zu finden, tatsächlich leerten die deutschen Soldaten spontan ihre Taschen und gaben Tabak und Zigarren an die Besiegten weiter.

Aber auch sonst findet sich bei Otto keine abfällige, keine ideologisch begründete negative Äußerung über die Franzosen, denen er fast ein Jahr lang begegnet war. Er beobachtet genau, er vergleicht mit seiner beruflichen Erfahrung Arbeit und Leben in Frankreich, er versteht den Widerstand in einzelnen Dörfern gegen Einquartierung und Requirierung von Lebensmitteln, er gewinnt an manchen Stellen Interesse an Frankreich.

⁸⁰ Eintrag zum 2. Februar 1871, 263.

⁸¹ Die Pendants lauteten „Jeder Tritt ein Brit“, „Jeder Schuss ein Russ“ und „Serbien muss sterben“; ungeklärt bleibt dabei, ob die Parolen wirklich die Vorstellungen der Soldaten wiedergaben.

Gleichzeitig hat man den Eindruck, dass ihm der Widerspruch zwischen seiner alltäglichen Erfahrung in der Fremde und der blutigen Auseinandersetzung im Rahmen einer aufgesetzten Staatsräson, also der größtmöglichen Distanz zwischen Makrogeschichte und Mikrogeschichte, nie wirklich bewusst wurde. Er kannte keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Krieges, aber aus seinen Schilderungen wird auch kein Kriegsgrund erkennbar, der seine eigene Identität berühren würde. Dieser Widerspruch lässt sich nicht auflösen, weder für ihn noch für die Hunderttausende preußischer, bayrischer, badischer, württembergischer und anderer deutscher einfachen Soldaten, die freudig Interessen dienten, die nicht die ihren waren.

Erbfeinde 2

„Wenn die erst einmal so weit sind, die werden es euch schon zeigen.“⁸²

August Ottos Bruder Wilhelm war in Longwy stationiert, nahe der belgischen Grenze. Es gab auch dort keine offensichtlichen Spannungen zwischen den preußischen Soldaten und den einheimischen Quartiergebern. Aber die Hausfrau deutete auf ihre kleinen Jungs und sagte, dass die es den Preußen später einmal zeigen werden. Wilhelm Otto war um die Antwort nicht verlegen, denn auch der preußische Nachwuchs sei dann gewappnet. Auf beiden Seiten bestand also ein Bewusstsein, mindestens ein Gefühl dafür, dass diese Auseinandersetzung mit dem Friedensschluss in Frankfurt nicht abgeschlossen war.

Es hat eine gewisse Tragik, dass Ottos Buch im gleichen Jahr erschien, als dieser prognostizierte neue Kampf zwischen den beiden Völkern begann. Otto zweifelte an seiner Berechtigung ebenso wenig wie im Jahre 1870 und war stolz darauf, dass vier seiner Söhne eingezogen wurden und sich in diesem neuen Krieg auszeichneten.⁸³ Frankreich aber siegte in diesem Krieg, der unter ganz anderen Bedingungen geführt wurde, ohne dass aber danach ein friedliches Verhältnis beider Völker eingeleitet worden wäre. Im Gegenteil: nun fühlte sich Deutschland gedemütigt und begann zwei Jahrzehnte später einen dritten Krieg. Am Ende triumphierte niemand.

Aussichten

„O, welch ein Unglück ist doch der Krieg! Das weiß nur der, der es selbst mit angesehen und mit durchgemacht hat.“⁸⁴

Am 9. September 1962, nach drei Kriegen zwischen ihren Völkern innerhalb von 75 Jahren, rief der französische Staatspräsident und General Charles de Gaulle in Ludwigsburg vor Hunderten junger Deutscher in einer deutsch gehaltenen Rede zu gegenseitiger Achtung, Vertrauen und

⁸² Eintrag zum 7. April 1871, 313.

⁸³ S. LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 17. Juni 1917.

⁸⁴ Eintrag zum 7. September 1870, 90.

zur Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk auf.⁸⁵ Wir dürfen ziemlich sicher annehmen, dass der ehemalige Füsilier August Otto dem zugestimmt hätte.

⁸⁵ CHARLES DE GAULLE, Rede online: https://www.youtube.com/watch?v=fkxsBJ5_IoE (Aufruf am 19. November 2020).

Kriegsschäden in Detmold am Ende des Zweiten Weltkriegs

von Joachim Kleinmanns

In dem folgenden Beitrag geht es nicht um die kontroverse Frage, ob der alliierte Luftkrieg ein Kriegsverbrechen war. Und er schreibt auch nicht das deutsche Opfernarrativ fort, indem er die Taten der Kriegsgegner gegeneinander aufrechnen wollte.¹ Er schildert, was in Detmold geschah und welche Spuren die aufmerksame Beobachterin noch heute im Stadtbild findet. Somit spiegelt sich die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts im Lokalen – oder andersherum, ist die Heimatgeschichte ein Mosaikstein der Weltgeschichte.

Detmold wurde am Abend des 4. April 1945, fünf Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, von US-amerikanischen Soldaten besetzt. Damit war die größte Gefahr für die Bevölkerung gebannt. Die Strategie der Alliierten, durch Flächenbombardements der Städte die Kriegsmoral der Bevölkerung zu brechen und so die Kapitulation zu erzwingen, hatte zahlreiche Städte noch kurz vor Kriegsende in Schutt und Asche gelegt. Detmold blieb dieses Schicksal glücklicherweise erspart. Ganz ohne Todesopfer und Gebäudeschäden kamen die Einwohner der Residenzstadt jedoch nicht davon.²

Lippe wurde erstmals im September 1939 und regelmäßig seit April 1940 nachts von Maschinen der britischen Royal Air Force überflogen.³ Erste Bombenabwürfe über Detmold erfolgten im Juni 1940, jedoch sind keine Schäden überliefert. Im letzten Quartal 1944 verfünffachte sich die Zahl der ausgelösten Fliegeralarme im Vergleich zu den Vorjahren.⁴ Schon Ende Oktober 1943 hatte das Landestheater geklagt, dass es zwar seine Aufführungszahl gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt, wegen der Fliegeralarme jedoch kaum eine Vorstellung habe zu Ende führen können.⁵

¹ Zu diesen Diskussionen beispielsweise DIETMAR SÜß, *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München, 2011, vor allem 550–554.

² Eine detaillierte statistische Erfassung liegt leider nicht vor. Die 1955 vom Innenminister des Landes als Typoskript herausgegebene Dokumentation „Luftkriegsschäden in Nordrhein-Westfalen 1939–1945“ (Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf, DSPG 6098) erfasst die 50 am stärksten betroffenen Städte, von den übrigen sind die Schäden nur Stadt- und Landkreis weit erfasst. Die Zahl der Spreng- und Brandbomben im Landkreis Detmold wurde auf 400 bzw. 2.000 geschätzt. 122 Tote (Zivilbevölkerung) wurden hier erfasst. Von 1939 vorhandenen 15.500 Gebäuden waren bei Kriegsende 80 zerstört, 103 schwer, 87 mittel und 1.556 leicht beschädigt (S. 17 und 21). Von 8 Brücken waren 2 zerstört bzw. stark beschädigt (S. 29). Den 122 Toten und 12.880 m³ Trümmerschutt im Landkreis Detmold stehen weit furchtbarere Zahlen gegenüber: 6.000 Tote und 1.000.000 m³ in Dortmund, 7.500 Tote und 15.625.000 m³ in Essen und sowie 20.000 Tote und 23.000.000 m³ in Köln (S. 13). Selbst eine Kleinstadt wie das niederrheinische Rees hatte 1.894 Tote und 2.408.170 m³ Trümmer zu beklagen (S. 31).

³ ANDREAS RUPPERT/HANSJÖRG RIECHERT, *Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation* (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 41), Opladen 1998, 82.

⁴ Für Detmold nicht bekannt, die Zahlen für das stärker angegriffene Lage bei RUPPERT/RIECHERT 1998, 82–83; vgl. auch KONRAD SOPPA, *Luftangriffe auf Lage im Frühjahr 1945. „Krachen und Bersten – die Erde schien zu beben“*. Mit neuen Dokumenten aus deutschen und amerikanischen Archiven, Lage 2015.

⁵ RUPPERT/RIECHERT 1998, 84–85.

Das Jahr 1944

Am 26. November 1944 soll das Hermannsdenkmal bombardiert, aber nicht getroffen worden sein, berichtet Alfred Bergmann.⁶ Ein erster Bombenschaden entstand am 7. März 1944 im Palaisgarten, wobei besonders das Palais selbst und der Palais-Marstall getroffen wurden. Hauptsächlich wurden Türen, Fenster und Dächer zerstört, zudem rissen Wände, Deckenputz fiel herab, Vitrinen des hier residierenden Landesmuseums zersplitterten.⁷ Ist hierbei kaum ein strategischer Hintergrund zu erkennen, so muss die Bombardierung Detmolds in der Silvesternacht 1944 gegen 21.30 Uhr als gezielt angesehen werden. Abgeworfen wurden zwei Sprengbomben mit zusammen etwa 10 Zentnern Gewicht.⁸ Im Fokus stand offenbar die Eisenbahnlinie, speziell wohl die Eisenbahnbrücke über die Paulinenstraße. Nach Zerstörung des Schildescher und des Altenbekener Viadukts konzentrierten sich die strategischen Angriffe auf die Bahnumleitungen, die nun über Bielefeld bzw. Herford nach Detmold und von dort über Altenbeken und Hannover bzw. Kassel nach Osten führten.⁹

Bei dem Angriff in der Silvesternacht wurden sieben Menschen getötet und zahlreiche Gebäude beschädigt. Ein Bericht des Kreisbauamts an den „Baubeauftragten beim Reichsverteidigungskommissar Westf.-Nord in Herbern/Krs. Lüdinghausen“ listet am 2. Januar 1945 auf:¹⁰ „Personenschäden: 7 Tote, darunter 1 Wehrmachtsangehöriger (Italiener), 6 Tote geborgen, 1 Toter liegt noch unter den Trümmern. Größere Anzahl Verletzter.“ Es folgen die Gebäudeschäden: „Öffentl. Gebäude 7 leicht. Wohn- u. Geschäftshäuser 16 leicht, 2 mittelschwer, 2 total. Wohnhäuser: 42 leicht, 2 mittelschwer, 1 total.“ Die Totalschäden werden genau benannt: „An Totalschäden ca. 80 % Zerstörung sind entstanden Wohnhaus Frll. Martha Thieme, Hermannstr. 47, Wohn- u. Geschäftshaus Fa. Gutberlet (Vorderhaus) Paulinenstr. 21, Hinterhaus leicht beschädigt. Geschäftshaus der Agfa – zum Hause Vauth Paulinenstr. 19 gehörig – Vorderhaus total, Hinterhaus leicht beschädigt.“ Der gesamte Gebäudeschaden wurde auf rund 150.000 Reichsmark geschätzt, der Sach- und Materialschaden an Mobiliar, Einrichtungen, Waren usw. auf 100.000 Reichsmark.

Der pensionierte Schulrat Martin Wolf erinnerte sich 1966/67:¹¹

„In der Silvesternacht 1944/45 fielen zwei Bomben auf Detmold. Sie hatten das Regierungsgebäude zum Ziel, trafen aber zwei Wohnhäuser diesseits und

⁶ ALFRED BERGMANN, Detmold und die Lippische Landesbibliothek um 1945. Chronik und Briefe, hg. und komm. von Joachim Eberhardt, unter Verwendung von Vorarbeiten von Maria Kock (Digitale Edition LLB; 1), Detmold 2020 (urn:nbn:de:hbz:51:1-23318), 187.

⁷ Siehe Schreiben der Landesregierung Lippe an Abt. I. derselben Behörde vom 13. Oktober 1944 betr. Sachschaden durch feindliche Fliegerangriffe (LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE, im Folgenden LAV NRW OWL, L 80.14, Nr. 982: Kriegssachschäden – Besonderes, 1939–1946).

⁸ LAV NRW OWL, L 80.22, Nr. 591, Bombenschäden im Reg. Gebäude. Danach auch die folgenden Angaben.

⁹ Dazu JÖRG FRIEDRICH, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, Berlin 2004, 207–208.

¹⁰ LAV NRW OWL, 80.22, Nr. 591, Bombenschäden im Reg. Gebäude.

¹¹ In: VOLKER WEHRMANN (Bearb.), Zusammenbruch und Wiederaufbau. Lippe zwischen 1945 und 1949. Eine Dokumentation. Hg. vom Kreis Lippe, Detmold 1987, 60. Das Ziel wird kaum das Regierungsgebäude gewesen sein, da dieses keinerlei strategische Bedeutung hatte. Ziel war die Bahnlinie, welche Nachschub und Truppen Transporte ermöglichte.

jenseits des großen Häuserblocks. Die zweite Bombe zerstörte das Haus Hermannstraße 47, nur drei Häuser von unserem [Hermannstraße 41] entfernt. Bei dem anderen Haus handelte es sich um Paulinenstraße 19.“¹²

Ganz unbeschädigt kam das Regierungsgebäude allerdings nicht davon, auch wenn es nicht direkt getroffen wurde. Die Schäden wurden noch im Januar repariert.¹³

Emotionaler als Wolfs Schilderung klingt die des Oberpostrats Walther Seehausen, der damals dem Detmolder Postamt vorstand und dort auch seine Dienstwohnung hatte:

„Da, um 9 Uhr abends, ohne Allarmierung [sic] plötzlich Motorengeräusch und ein einzelnes Flugzeug im Tiefflug über der Stadt. War's ein Eigenes? Zwei Donnerschläge, wie aus heiterem Himmel, und mit dem süßen Träumen war es aus! Zwei Häuser, Paulinenstraße Nr. 21 und Hermannstraße Nr. 45 [recte: 47], lagen in Trümmern, also ganz in der Nähe der Post. Acht [recte: sieben] unschuldige Menschen, die auch noch auf ein gutes Ende gehofft hatten, lagen unter dem Schutt begraben. Die ersten Opfer in der Stadt! An Stelle der Sylvesterfeiern die Straße voll neugieriger Menschen. Voll Entsetzen betrachten sie den Ort des Grauens, aber helfen konnte den Armen niemand mehr.“¹⁴

Am Regierungsgebäude wurden Teile des Daches, 244 Fensterscheiben und bei 40 Fenstern die Verdunkelungsrollos zerstört, drei Fuder Schutt mussten weggefahren werden.¹⁵ Die Ausbesserungen begannen schon Anfang Januar.

Das Frühjahr 1945

Die Stimmung zu Beginn des Frühjahrs schildert der Major und Oberarbeitsführer a. D. Hans Meurer:

„Detmold war bisher immer verschont geblieben, nur 2 Bomben waren in der letzten Neujahrsnacht auf Detmold gefallen. Man wartete geradezu, daß der Feind auch uns beehren würde. Als es dann wirklich eintrat, regte sich außer den Betroffenen niemand sonderlich auf! Ein sechsjähriger Krieg stumpft außerordentlich ab.“¹⁶

¹² Siehe Kriegsschäden-Karte der Stadt Detmold, Abb. 14.

¹³ Maurer-, Zimmerer- und Malerarbeiten für 752,30 RM (LAV NRW OWL, L 80.14, Nr. 982: Kriegssachsäden - Besonderes, 1939–1946).

¹⁴ WALTHER SEEHAUSEN, Typoskript, in: LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157, Bl. 1.

¹⁵ LAV NRW OWL, L 80.22, Nr. 591, Bombenschäden im Reg. Gebäude.

¹⁶ HANS MEURER, Die erste Aprilwoche 1945 in Detmold, Manuskript in LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157, Bl. 2.

Ab Februar erweiterte sich der Kreis der bombardierten Städte. Nun traf es auch Städte und Regionen, die vom Luftkrieg bis dahin weitgehend verschont geblieben waren.¹⁷ Am 24. und 28. März 1945 war es dann soweit. Der 24. März, ein Samstag, war ein klarer, sonniger Tag. Das Thermometer erreichte etwa 4 Grad Celsius über Null. Gisela Knoll wohnte in der Wiesenstraße 3 [zwischen Mühlenstraße und Mühlendamm] und erinnert sich:

„Plötzlich kreisten drei Flieger über Detmold. Das war ungewöhnlich, denn bis zu diesem Zeitpunkt waren alle Flugzeuge nur über uns hinweg Richtung Lage geflogen. Doch diesmal war es anders, und Detmold erlebte [um 17.33 Uhr¹⁸] den ersten und einzigen schweren Bombenangriff des zweiten Weltkrieges.“¹⁹

Detaillierter und auch emotionaler sind die Aufzeichnungen des Postamtsleiters Seehausen:

„Da, 5 Uhr nachmittags, wieder Allarm [sic]! [...] Überall vereinzelte Flugzeuge oder auch mehrere im Luftbereich; auch über Detmold kreisten dauernd 5–6 dieser üblen Vögel, mal hier, mal dort; mal waren sie verschwunden und man atmete auf, aber schon waren sie wieder da und gerade über unserem Stadtgebiet, d. h. über Bahnhof und Post. Niemand wußte, was sie im Schilde führten, deshalb war Vorsicht geboten, obwohl diese Einzelflugzeuge noch keine Bomben geworfen hatten. Wir befanden uns alle im Keller [der Post], nur einige Wenige auf dem Posthof zur Beobachtung, darunter mein Sohn. Er beobachtete scharf die Flieger, die nicht sehr hoch am Himmel standen. Plötzlich sieht er mit bloßem Auge, daß sich die Bodenklappen öffnen, gerade als sie etwa die Bahnüberführung überflogen, und heraus fallen 6–8 Bomben. Mit einem Satz war alles im Keller. Und schon folgten mehrere Donnerschläge mit ohrenbetäubendem Krachen. Das ganze Gebäude zitterte und der Keller war in eine dicke Staubwolke gehüllt. Wir nahmen an, daß das Postamt getroffen war. Da sagt jemand, sehen konnte man nichts ›oben ist alles kaput [sic]!‹ Hinauf, um festzustellen, was los war. Überall Staub, Glassplitter und Scherben. Einige Türen, die leider nicht geöffnet waren, waren aus der Berahmung gesprungen, die Fensterscheiben nach der Hofseite zum größten Teil zersprungen. Aber sonst war nichts passiert, das Gebäude nicht getroffen. Als wir hinaufsehen, standen über dem Bahnhofsgebäude kirchturmhohe, undurchdringliche Staubwolken, der Posthof und das flache Dach des unteren Stockwerkes waren übersät mit Stein- und Bombensplittern. [...] mehrere Gebäude hinter der Bahn standen in hellen Flammen. Später erfuhren wir, daß mehr als 60 Menschen ums Leben gekommen waren, darunter viele Soldaten,

¹⁷ Süß 2011, 14.

¹⁸ A[UGUST] K[OCH], Heute vor 11 Jahren totaler Bombenschaden. Der 24. März ist ein trauriger Erinnerungstag für die Stadt Detmold. Schwergewährte Familien warten noch auf Entschädigung, in: LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 24. März 1956, 3.

¹⁹ In: ANNETTE DRECHSLER/JÜRGEN SPINDLER (Hg.), Zwischen Angst und Befreiung. Zeitzeugen berichten über das Kriegsende in Lippe, Detmold 1995, 12. Abweichend von Knolls Erinnerung war es weder der erste noch der einzige schwere Bombenangriff auf Detmold, doch mit 60–80 Toten tatsächlich der schwerste.

die unter den Bäumen an der Bahn auf Abtransport warteten und nicht in dem nahen Bunker Schutz gesucht hatten.“²⁰

23 Zivilisten, unter ihnen auch ein drei Monate altes Baby mit seiner Mutter, verloren ihr Leben.²¹ Die Treffer in Bahnhofsnähe kosteten auch Auswärtige, die sich zufällig in Detmold aufhielten, das Leben.



*Abb. 1: Haus Niedermeier, Wiesenstraße 6, nach dem Bombentreffer vom 24. März 1945.
(Foto: August Blanke, Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 2183)*

Mehrere Gebäude in der Wiesenstraße mit angrenzender Mühlenstraße und in der Paulinenstraße nördlich der Bahnüberführung wurden zerstört. In der Wiesenstraße waren dies Nr. 2 bis 8 und gegenüber die Landeskrankenkasse, Nr. 1a, und die Papierhandlung Werner, Nr. 3. Rohrmeister August Blanke – sein Haus Wiesenstraße 10 war glücklicherweise verschont

²⁰ SEEHAUSEN o. J., 7–8.

²¹ Namens- und Adressliste; in: LAV NRW OWL, D 21 B, Nr. 1357.

geblieben – fotografierte die Ruinen (Abb. 1 und 2).²² Dies war keineswegs verboten, nur militärische Anlagen, Rüstungsbetriebe oder Gleisanlagen durften nicht abgelichtet werden.²³ 1992 schilderte die damals 14-jährige Tochter Erika des Schneiders Niedermeier, wie sie im Keller des Hauses Wiesenstraße 6 verschüttet worden war.²⁴ Die Kellerdecke hatte nachgegeben und die Nähmaschine aus dem Erdgeschoss war auf sie gefallen. Befreit wurde sie von der Technischen Nothilfe, dem Vorläufer des THW. Ihre Mutter starb an den Folgen des Angriffs im Krankenhaus, im Keller waren die Nachbarin Frau Woitzel und die fünfjährige Renate Nieschmidt umgekommen.



*Abb. 2: Wiesenstraße 4 und 6, 1945.
(Foto: August Blanke, Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 2181)*

Detailliert sind die Beobachtungen von Rolf Pape. Demnach war es ein amerikanischer Verband aus etwa acht zweimotorigen Bombern und fünf Begleitjägern.²⁵ Er kam in rund tausend Fuß Höhe von Norden und drehte über Detmold nach Südwesten ab, um kurz darauf erneut von Norden einzufliegen. Beim dritten Kreisen lösten sie dann die Bomben aus. Vom väterlichen Haus, Lagesche Straße 51, sah Pape „das zerstörte Lobecksche Haus [Paulinenstraße 57] mit

²² STADTARCHIV DETMOLD Bildarchiv, Sammlung Blanke, alles März 1945: Nr. 2175: Landeskrankenkasse Wiesenstr./Ecke Mühlenstr.; Nr. 2176: Papierhandlung Werner, Wiesenstr. 3; Nr. 2177: Wiesenstr. 4, Cr. Rodewald; Nr. 2178/79: Wiesenstr. 8, Friedrich Drake; Nr. 2180: Haus Gnade, Wiesenstr. 2; Nr. 2181: Wiesenstr. 4 und 6 (Gnade und Niedermeier); Nr. 2182/83: Wiesenstr. 6, Haus Schneider Niedermeier.

²³ Süß 2011, 91.

²⁴ Handschriftlicher Bericht in LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157.

²⁵ DRECHSLER/SPINDLER 1995, 26. Es war allgemein so, dass die britischen Bomber nachts flogen, die US-amerikanischen tagsüber. Dazu u. a. auch der Eintrag von Fritz Geise, Kriegschronik der Stadt Lage, zum 22. Februar 1944 nach RUPPERT/RIECHERT 1998, 261 (LAV NRW OWL, D 71 Nr. 157).

dem nach Osten hin weggerissenen Treppenhaus und etwas vom getroffenen Autohaus Klöster [recte: Köster, Detmolder Autohaus, Paulinenstraße 55 bzw. Wotanstraße 1] vor der Eisenbahnbrücke“. Der Angriff hatte wiederum der Bahnlinie gegolten (Abb. 3). Nach Papes Informationen betrug die Zahl der Toten beim Volltreffer auf die Tankstelle südlich der Eisenbahnbrücke etwa 70. Hier hatten Reisende unter dem Betondach Schutz gesucht.²⁶ Nach der Erinnerung Wolfs handelte es sich bei diesen „Reisenden“ um etwa 100 Soldaten.²⁷ Die *Lippische Landes-Zeitung* berichtete 1956 von etwa 20 Soldaten.²⁸ Diese tauchen in der Liste der ums Leben gekommenen Zivilisten jedoch nicht auf, so dass die genaue Zahl unklar bleibt.



Abb. 3: Orbker Straße 1 (heute: Industriestraße), Ecke Paulinenstraße, Gasthaus zur Krone, 1945.
(Foto: anonym, Lippische Landesbibliothek, BA DT 27-37)

Nur vier Tage später, am 28. März, erfolgte Vormittags gegen 11 Uhr ein weiterer Fliegerangriff. Seehausen erinnerte sich:

„[...] wieder kleine Fliegerverbände über der Stadt und wieder fielen mehrere Bomben in die Trümmer von Sonnabend und einige in die Häusergruppe [Erika- und Irmgardstraße] vor den Kasernen in der Klütstraße [heute: Lemgoer Straße im Bereich Georgstraße]. Wieder lagen mehrere Häuser in Schutt und Asche und mehrere Menschen darunter begraben. Dieses Mal hatte es außerdem Brandbomben geregnet, mehr als 50 Stück lagen in den Straßen und auf dem Platz vor dem Postamt im Umkreise von nur 100 Metern. Mehrere

²⁶ DRECHSLER/SPINDLER 1995, 26.

²⁷ Niedergeschrieben 1966/67, in: WEHRMANN 1987, 60.

²⁸ K[OCH] 1956.

Häuser brannten. Das Haus des Kaufmanns Dierks [Bismarckstraße 12, Ecke Mühlenstraße] und die Kapelle in der Mühlenstraße. Das Postamt war wie [durch] ein Wunder wieder nicht getroffen. Die städtische Feuerwehr war in Paderborn, wo die ganze Innenstadt brannte; auch der Kaufmann Dierks, dessen Haus in Flammen stand, war dort. Die Frau war allein, niemand konnte helfen. Noch war Allarm [sic] und die Flieger über der Stadt. Es mußte geholfen werden und so leisteten wir mit unserer schwachen Postfeuerwehr die erste Hilfe. Mein Sohn eilte mit einigen beherzten Leuten mit unserem Gerät dorthin, aber der Wasserstrahl aus den schwachen Schläuchen konnte wohl ein schnelles Umsichgreifen des Feuers verhindern, nicht aber das Feuer löschen. Da kam Hilfe vom Flugplatz und von außerhalb und die brennenden Gebäude wurden gerettet. Unter anderen war auch das Haus des Malers Herbst [Bismarckstraße 14] von 4 Brandbomben getroffen, doch ehe sie gezündet hatten, hatte der Hausbesitzer sie rechtzeitig entdeckt und durch ein Bodenfenster auf die Straße befördert. Größerer Schaden wurde so verhütet.“²⁹

Oberamtsrichter Bernhard Ebert [Allee 5] notierte in seinem Tagebuch:

„In der Nähe des Gerichts fielen Spreng- u. Brandbomben, in der Mühlenstraße entstanden mehrere Brände; die Kapelle der Evangel. Gemeinschaft [Mühlenstraße 16] brannte aus, andere Häuser wurden stark beschädigt. Auch am Nachmittag war mehrfach Fliegeralarm.“³⁰

Sechs Menschen in der Braunaustraße [jetzt: Erikastraße] 4 und Donaustraße [jetzt: Irmgardstraße] 3 und 14 wurden dabei getötet.³¹

Seine individuelle Stimmungslage gibt Meurer wieder:

„Wären auf sie [die Stadt Detmold] am 24. und 28. März nicht zwei Fliegerangriffe erfolgt, die bereits sehr aufrüttelnd wirkten, so hätte die Stadt fast ihr gewohntes Bild ohne große Veränderung gezeigt. Selbst nach diesen beiden Angriffen ging alles seinen Gang weiter, und nur in den betroffenen Stadtteilen am Bahnhof und in der Nähe der Post war großer Aufräumbetrieb. Hier hatten die Bomben, die offenbar der Brücke am Bahnhof und diesem selbst galten, erheblichen Schaden angerichtet.“³²

²⁹ SEEHAUSEN o. J., 8–9.

³⁰ Ebert, zit. nach HERMANN NIEBUHR (Bearb.), Die Detmolder Kriegstage 1945. Tagebuchnotizen von [Amtsrichter] Bernhard Ebert, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE 64/1995, 271–277, hier 271; siehe auch ARNOLD EBERT, Zur 40. Wiederkehr der Beendigung des zweiten Weltkrieges. Als die Panzer Lippe überrollten, in: HEIMATLAND LIPPE 78/1985, 102–127, zu Detmold besonders 109–115.

³¹ Namens- und Adressliste in LAV NRW OWL, D 21 B, Nr. 1360.

³² MEURER 1945, 1.

An den folgenden Tagen gab es erneut Luftalarm. „Am Karfreitag, den 30. März fielen wieder Bomben auf die Postgend, erneuten größeren Schaden anrichtend.“³³ Irmgard Hunke, die damals ihr zweites landwirtschaftliches Lehrjahr auf dem Teuthof absolvierte, kam am Karfreitag (30. April 1945) um 15.30 Uhr mit dem Fahrrad von Maspe her in Detmold an:

„Zuerst sehe ich nicht viel von den Bombenschäden, aber am Bahnhof bekomme ich doch einen Schreck. Manche Häuser, am Bahnübergang, wirklich nur ein Trümmerhaufen.“³⁴



*Abb. 4: Ausbesserung der Granateneinschlags-Schäden am Neuen Palais, undatiert.
(Foto: anonym, Lippische Landesbibliothek, BA DT 14-68)*

³³ MEURER 1945, 3.

³⁴ Manuskript in LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157.

Eine letzte Bombardierung der Stadt folgte am Ostermontag, dem 2. April 1945, zwei Tage vor der Besetzung der Stadt durch US-amerikanische Soldaten. Bei dieser Bombardierung wurde das Haus Woldemarstraße 53 zerstört – nur die Fassade blieb stehen.³⁵ Wenige Häuser weiter wurde die Haus-Nummer 43 durch mehrere Artillerie-Treffer am Dach erheblich beschädigt. Zwei einstürzende Schornsteine durchschlugen dabei die Decken im Obergeschoss.³⁶ In der nahegelegenen Altenberndstraße brannten zwei Häuser durch abgeworfene Phosphorkanister ab.³⁷ Auch Wolf erwähnt Brandkanister.³⁸ Bergmann berichtet von weiteren Treffern: dem Strackschen Haus, Alter Postweg 22, außerdem Schäden an der lutherischen Kirche (Schülerstraße) und der Berufsschule (Gewerbeschule, Seminarstraße) durch Artilleriebeschuss,³⁹ Einschlägen in der Richtung Fliegerhorst und Neuem Palais (Abb. 4). Dort war ein gewaltiger Brand zu beobachten.⁴⁰

Ebert schrieb dazu genauer:

„Im Laufe des Nachmittags wurden in unserer Nähe das Palais u. das Haus des Konditors Hoppe [Neustadt 2] getroffen; in letzterem entstand ein – bald gelöschter – Zimmerbrand.“⁴¹

Auch das Haus des Lehrers Ernst Siekmann, Richthofenstraße 26, habe zwei Volltreffer abbekommen.⁴² Das Haus Werrestraße 2 (jetzt Georg-Weerth-Straße) wurde von Phosphorkanistern getroffen und brannte aus (Abb. 5). Die Ruine stand noch über Jahre, bis sie für den Neubau des Landeskirchenamtes abgerissen wurde.⁴³ Am 3. April erhielt das Detmolder Schloss nachmittags gegen halb vier einen Volltreffer in das Dachgeschoss oberhalb des nördlichen Treppenturms durch Artilleriebeschuss und weitere Treffer auf der Terrasse und dem Schlossplatz, im Ganzen etwa zehn.⁴⁴

Heinrich Drake berichtete von pausenlosem Artilleriebeschuss in der Nacht vom 3. zum 4. April 1945. An fünf bis acht Stellen waren Brände ausgebrochen, von denen der an der Ecke Rosental/Lange Straße die ganze Nacht leuchtete.⁴⁵ Das waren das Kaufhaus C. A. Grothe (Lange Straße 75) und das Café Stieve gegenüber (Lange Straße 72).⁴⁶

³⁵ DRECHSLER SPINDLER 1995, 23; Foto des Hauses vor der Zerstörung ebda, 24. Wolf erwähnt, das Haus sei von einer Brandbombe zerstört worden; in: WEHRMANN 1987, 61.

³⁶ LAV NRW OWL, L 80.14, Nr. 982: Kriegssachschäden – Besonderes, 1939–1946.

³⁷ Die Häuser Bley und Werkmeister, siehe: Schwere Tage vor 20 Jahren, in: LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 3. April 1965.

³⁸ In: WEHRMANN 1987, 60.

³⁹ Seite 45.

⁴⁰ Seite 46. Die Kriegsschädenkarte Detmold zeigt in diesem Bereich keine Schäden, auch nicht auf dem Gelände der Neubauten Gartenstr. 13, 15a, 15

⁴¹ EBERT, nach NIEBUHR, 273.

⁴² Seite 52.

⁴³ HEINRICH DRAKE, Lippe unter Military Government, in: FREIE PRESSE vom 10. April 1965.

⁴⁴ WEHRMANN 1987, 63 (Bericht von Ernst Oberschmidt, Kammerrentmeister a. D., in: LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157).

⁴⁵ KARL-ALEXANDER HELLFAIER, Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den letzten Tagen des Dritten Reiches (Kleine Faksimiles aus der Lippischen Landesbibliothek Detmold, Heft 5), Detmold 1981, 3.

⁴⁶ Postkartenansicht um 1925 in der Regiodok der LIPPISCHEN LANDESBIBLIOTHEK (LLB): ME-PK-17-117.

„Unser Haus [hier wohnte Drakes Bruder Friedrich] in Detmold, Wiesenstraße [8], hat einen Granatvolltreffer erhalten (nachdem es schon vor 14 Tagen durch Flieger beschädigt worden war), das Dach vollständig zerstört, auch sonst noch viel Schaden.“⁴⁷ (Abb. 6)



*Abb. 5: Ruine des ausgebrannten Hauses Werrestraße 2, undatiert.
(Foto: anonym, Lippische Landesbibliothek, BA DT 31-65)*

Das Regierungsgebäude wurde erneut beschädigt.⁴⁸ Nach der Schilderung Seehausens setzte am 3. April

„[...] bald nach 17 Uhr [...] wieder stärkerer Artilleriebeschuss ein, sodaß wir im Keller Schutz suchen mußten. Dort hörten wir ununterbrochen das Sausen der Granaten und das Motorengeräusch der Flugzeuge, die in niedriger Höhe über der Stadt kreisten. Wohin geschossen wurde, wußten wir nicht. Bald hier, bald dort, bald nah, bald fern schlugen die Geschosse ein und detonierten. Wir hatten das Gefühl, als ob auch Bomben auf die Stadt herniedergingen. Dazu zog auch ein Frühjahrsgewitter über uns hinweg. Es war ein Krachen ohne Ende und wir wußten nicht, was Donner oder Granaten waren. So erlebten die Detmolder das Tosen der Schlacht und manche verzagte Seele rechnete schon

⁴⁷ Heinrich Drake, nach HELLFAIER 1981, 8.

⁴⁸ LAV NRW OWL, L 80.22, Nr. 591. Wolf beschreibt, Granatfeuer habe sich auf das Regierungsgebäude konzentriert. Am 4. April 1945 gegen 1 Uhr nachts sei „an der Regierung eine schwere Granate geplatzt“; in: WEHRMANN 1987, 61.

mit dem letzten Stündlein. Und das so kurz vor der ›Befreiung‹ durch den Feind. Aber das Gewitter war vielleicht unsere Rettung. So plötzlich, wie das Krachen begonnen hatte, so plötzlich hörte es nach Verlauf von etwa 2 Stunden wieder auf. Und wir erfuhren später, daß der Feind besonders die Straßenkreuzungen am Lippischen Hof, beim Schuhhaus Grothe und bei der Post beschossen hatte, vielleicht weil er vermutete, daß diese Punkte von unseren Truppen auf dem Durchmarsch berührt wurden. Eine Anzahl von Häusern ging dort in Flammen auf. Der Befehlshaber des Feindes, der in der Nähe des Kohlpotts in Pivitsheide seinen Befehlsstand hatte, soll außerdem noch 50 Bomber angefordert gehabt haben, [Seite 17] um in der Stadt den letzten Widerstand zu brechen. Das wäre für uns und die ›schöne Stadt‹ der Rest gewesen. Nur dem Gewitter hatten wir es zu danken, daß die Bomber nicht aufgestiegen sind. Das hat der amerikanische Befehlshaber, einem früheren Angestellten des Postamts, in dessen Hause am Westeingang von Heidenoldendorf er 2 Tage Quartier bezogen hatte, selbst gesagt. Also, wenn es wahr ist, trotz allen Unglücks, Glück! Detmold blieb uns zum größten Teil erhalten.“⁴⁹



*Abb. 6: Ruine des Hause Drake, Wiesenstraße 8, ehemalige Untere Mühle, 1945.
(Foto: August Blanke, Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 2178)*

Lassen wir noch einmal Ebert zu Wort kommen und seine Eindrücke vom 4. April morgens schildern:

⁴⁹ SEEHAUSEN o. J., 16–17.

„Allee u. Neustadt zeigten erhebliche Schäden. Mehrere große Bäume waren entwurzelt u. lagen quer in der Allee. Im Schönfeldschen Hause [Allee] Nr. 4 war eine Granate ins Dach gegangen und hatte die Dachpfannen bis in unseren Gang zum Torweg geschleudert. Das früher Cordes'sche [Amtsgerichtsrat Dr. Fritz Cordes] Haus [Allee] Nr. 7 hatte zwei Treffer erhalten und war bis ins Erdgeschoß beschädigt. Auf der Neustadt hatten das v. Sobbe'sche [Neustadt 7] und das früher Thorbeckesche Haus [Neustadt Nr. 6] Dachschäden erhalten; auch das Theopoldsche Haus – Nr. 3 der Allee – hatte an der Rückwand einen Einschlag, sodaß gerade die ärztlichen Praxisräume [Dr. Ernst Theopold] getroffen worden waren. Fahrdamm und Gehbahnen waren voll von Trümmern und Glassplittern.“⁵⁰

Nachmittags setzten dann bis gegen 18 Uhr Tieffliegerangriffe ein, die „zahlreiche Brandbomben und Kanister abwarfen. In nächster Nähe wurde das Geschäftshaus des Friseurs Hahn in der Langen Straße [9] in Brand gesetzt. Das Haus brannte bis zum Abend völlig aus, desgl. das daneben liegende große Begemannsche Haus (Eisdiele [Nr. 7]) u. das Haus des Drogisten Danjes [Nr. 5]. Andere Brände waren in der Leopoldstraße, Langen Straße (Metzentin, Schuhhaus Grothe, Koopmann) u. Kaserne II.“⁵¹ Diese war vollständig ausgebrannt (Abb. 7).⁵²



Abb. 7: Kaserne II (ehemaliges Strafwerkhaus, heute Sozialgericht), Richthofenstraße 3, 1945.
(Foto: anonym, LAV NRW OWL, D 75 Nr. 6595)

⁵⁰ EBERT, nach NIEBUHR 1995, 274.

⁵¹ EBERT, nach: NIEBUHR 1995, 275. Nach der Bilddatenbank der LLB wurde auch das Haus Lange Straße 3 1945 zerstört (BA-DT-6-7).

⁵² Foto LAV NRW OWL, D 75 Nr. 6595.

Auch das nördliche Terrassenrondell am Theater wurde an diesem Nachmittag durch eine Bombe getroffen und die nördliche Rundmauer dadurch aufgerissen.⁵³ Der Fabrikant Alex Hofmann [Gebr. Klingenberg] erinnerte sich 1950:⁵⁴

„Vor Fliegerangriffen und Artilleriebeschuß hatten in meinem Hause [Rosenstraße 4a] ca. 30 Menschen Schutz gesucht [...]. Der Beschuß Detmolds hatte am 4. April seinen Höhepunkt. Der Abwurf von 3 Kanistern und dadurch entstandene große Rauchpilze über der Hornschen- und Leopoldstraße liessen mich glauben, daß meine Fabrik getroffen war. [...] Am Abend schien ganz Detmold in Flammen zu stehen; von meiner Wohnung aus konnte ich acht Großbrände zählen. Am Abend des 4. April 1945 wurde Detmold von amerikanischen Truppen eingenommen.“

Damit endeten für die Detmolder Bevölkerung nicht nur die Angriffe, sondern auch der Terror des NS-Regimes.

Eberts Rundgang am 6. April ergab:

„Nur wenige Schaufenster sind verschont geblieben; überall bedecken Glasplitter u. Mauerteile die Straßen. Das Gerichtsgebäude hatte einen Volltreffer an der Nordseite erhalten, der in meinen Sitzungssaal eingedrungen [war] und diesen stark beschädigt hatte.“⁵⁵

Hofmann berichtet: „Im Ganzen waren in Detmold 23 Häuser total zerstört und mehr als 100 angeschlagen.“⁵⁶ MEURER gab, ebenfalls am 6. April, seine Eindrücke während der Rückkehr von Friedrichshöhe nach Detmold wieder:

„Rauchschwaden ziehen über die Stadt. Das alte Palais am Eingang ist schwer beschädigt, also gleich das erste Gebäude. Ebenso viele Häuser am Hindenburgdamm [Allee]. Noch schlimmer sieht es nach der Langestrasse zu aus. Ganze Häuserfronten sind eingestürzt. Wir biegen an der Werrebrücke ab, wo es besser ist, laufen am Wasser entlang, am Schlossgraben vorbei, wo auch Einschläge zu beobachten sind, während das Schloss selbst heil zu sein scheint. Wir kommen an das Theater, dessen Giebel ein klaffendes Loch aufweist. Auch die Vorderfront der benachbarten Deutschen Bank ist an einer Stelle aufgerissen.“⁵⁷

⁵³ WEHRMANN 1987, 63.

⁵⁴ LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157.

⁵⁵ EBERT, nach NIEBUHR 1995, 276.

⁵⁶ LAV NRW OWL, D 71, Nr. 157.

⁵⁷ MEURER 1945, 32.

Die langen Schatten

Wenn auch Detmold weit weniger Menschenleben und Ruinen zu beklagen hatte als Städte wie Hamburg mit 34.000 Opfern allein beim Angriff Ende Juli 1943 („Operation Gomorrha“) oder Dresden mit 18.000 bis 25.000 Toten in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945,⁵⁸ so wird dennoch der Schrecken in den Detmolder Schilderungen deutlich. Nicht nur diese literarischen Dokumente werfen ihre langen Schatten bis in die Gegenwart. Bis heute erinnern auch Grabkreuze im ‚Ehrenhain‘ an der Blomberger Straße an einige Bombenopfer.⁵⁹ Und trotz verwischter Spuren infolge von Reparatur und Wiederaufbau sind die Auswirkungen des Luftkriegs an manchen Stellen im Stadtbild bis heute erkennbar, am deutlichsten wohl in der Wiesenstraße 2–6 (Abb. 8) und an der Paulinenstraße hinter der Bahnüberführung an der Kreuzung mit der Industrie- bzw. Wotanstraße (Abb. 9).



*Abb. 8: Wiesenstraße 2–6, Ersatz der drei Wohnhäuser durch eine einfache Gewerbehalle, Zustand 2020.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*

Überdeutlich ist es bei dem Wohn- und Geschäftshaus Lange Straße 9 mit seiner vom roten Hahn zweigeteilten Inschrift auf der Giebelschwelle des Erkers im ersten Obergeschoss: „1945 Zerstört / Aufgebaut 1948“ (Abb. 10).

⁵⁸ SÜß 2011, 13–14.

⁵⁹ Hinweis Dr. Andreas Ruppert, Paderborn.



*Abb. 9: Unbebaute Kriegslücke, Wotanstraße, Ecke Paulinenstraße,
rechts das Bombardierungsziel Bahnüberführung, Zustand 2019.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*



*Abb. 10: Wiederaufbau des Wohn- und Geschäftshauses Hahn, Lange Straße 9, 1948/49
nach Plänen der Architektin Getrud Enzensberger, Zustand 2020.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*



*Abb. 11: Hermannstraße 47, gegenüber dem Regierungsgebäude (jetzt Gericht),
Wiederaufbau nach Totalschaden, Zustand 2020.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*



*Abb. 12: Paulinenstraße 35 (bis 1970 Hausnummer 21),
Wiederaufbau nach Totalschaden, Zustand 2020.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*



*Abb. 13: Abriss des Quelle-Kaufhauses, Lange Straße 72, 2011.
(Foto: Joachim Kleinmanns)*

Einzelne Wiederaufbauten der Fünfzigerjahre wie in der Hermannstraße 47 (Abb. 11) oder der Paulinenstraße 35 (Abb. 12) sind nicht unbedingt als Kriegsfolgen identifizierbar, sondern könnten ebenso aus der weitaus zerstörerischen Abriss-Manie der Nachkriegszeit resultieren. Und mancher Wiederaufbau wie das DAKA-Kaufhaus (später: Quelle-Warenhaus) in der Langen Straße 72, 1952 anstelle des zerstörten Cafés Stieve errichtet, ist schon längst durch einen Neubau ersetzt (Abb. 13). Denn nichts ist beständig, nur der Wandel.

Dank

Für Hilfen und Hinweise danke ich Dr. Joachim Eberhardt, Yvonne Gottschlich, Bettina Rinke, Erika Rosenfeld und Dr. Andreas Ruppert.

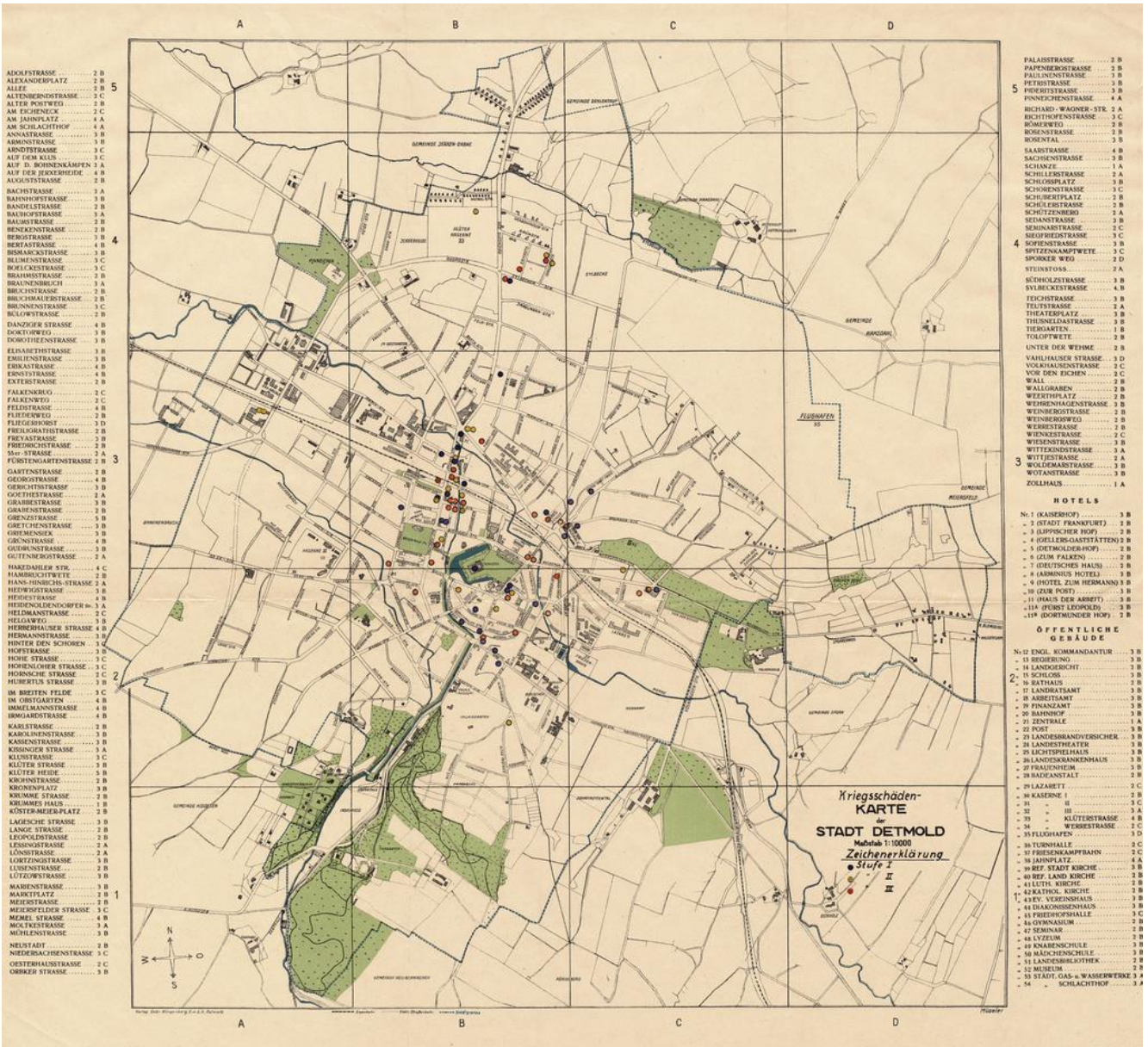


Abb. 14: Die »Kriegsschäden-Karte der Stadt Detmold«, Maßstab 1:10.000, lokalisiert die erfassten Kriegsschäden in drei Schadensstufen von Stufe I dunkelblau (schwach) bis Stufe III rot (stark beschädigt bzw. zerstört) (<https://geoportail.detmold.de/>)

Der Lemgoer Schulkonflikt der 50er Jahre und die 68er Bewegung. Eine Erinnerung an den Schriftsteller und Verleger Volkhard Brandes (1939 – 2020)

von Jürgen Scheffler

Ein „bekennender Alt-68er“

Am 5. Mai 2020 ist der Schriftsteller und Verleger Volkhard Brandes in Berlin im Alter von 80 Jahren gestorben. Er verstand sich, wie er es in einem Gespräch in der *Tageszeitung* (taz) formuliert hat, als ein „bekennender Alt-68er“. Seine Biografie war in großem Maße durch die Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre geprägt.¹ Er hat die Revolte der 60er und 70er Jahre in München, Paris, New York und Frankfurt hautnah erlebt und sich als Autor und politischer Aktivist daran beteiligt. Er gehörte seit Mitte der 60er Jahre dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an und war in den 70er Jahren Mitglied und zeitweilig politischer Sekretär im „Sozialistischen Büro“. Nach jahrelanger Tätigkeit als Lektor in Verlagen der linken Bewegung gründete er zusammen mit Roland Apsel im Jahre 1986 einen eigenen Verlag, den „Brandes & Apsel Verlag“ in Frankfurt.²

Im Gespräch mit der *taz* wurde er danach gefragt, wie er zum „68er“ geworden ist. Seine Antwort:

„Genau genommen fing bei mir die Rebellion schon in den 1950er Jahren an. An meiner Schule, im Engelbert-Kämpfer-Gymnasium, in der damals etwa 20.000 Einwohner zählenden und ziemlich biedereren Kleinstadt Lemgo“.

In seinem autobiografischen Buch „Wie der Stein ins Rollen kam“ hat Volkhard Brandes seinen Weg von der Kleinstadtjugend in der Provinz der 50er Jahre „in die Revolte der sechziger Jahre“ nachgezeichnet.³ Seinen Ausgang nahm die Protestbewegung für ihn mit den Erfahrungen des Lemgoer Schulkonflikts:

„Es war eine spannende Zeit, die den Kern der 1950er Jahre ziemlich genau erfasste: Es war unsere direkte Auseinandersetzung mit der Vätergeneration, die mich auf den Weg zur 68er Revolte führte.“⁴

¹ Die biografischen Daten beruhen auf Angaben von Volkhard Brandes in Autorenverzeichnissen und Publikationen.

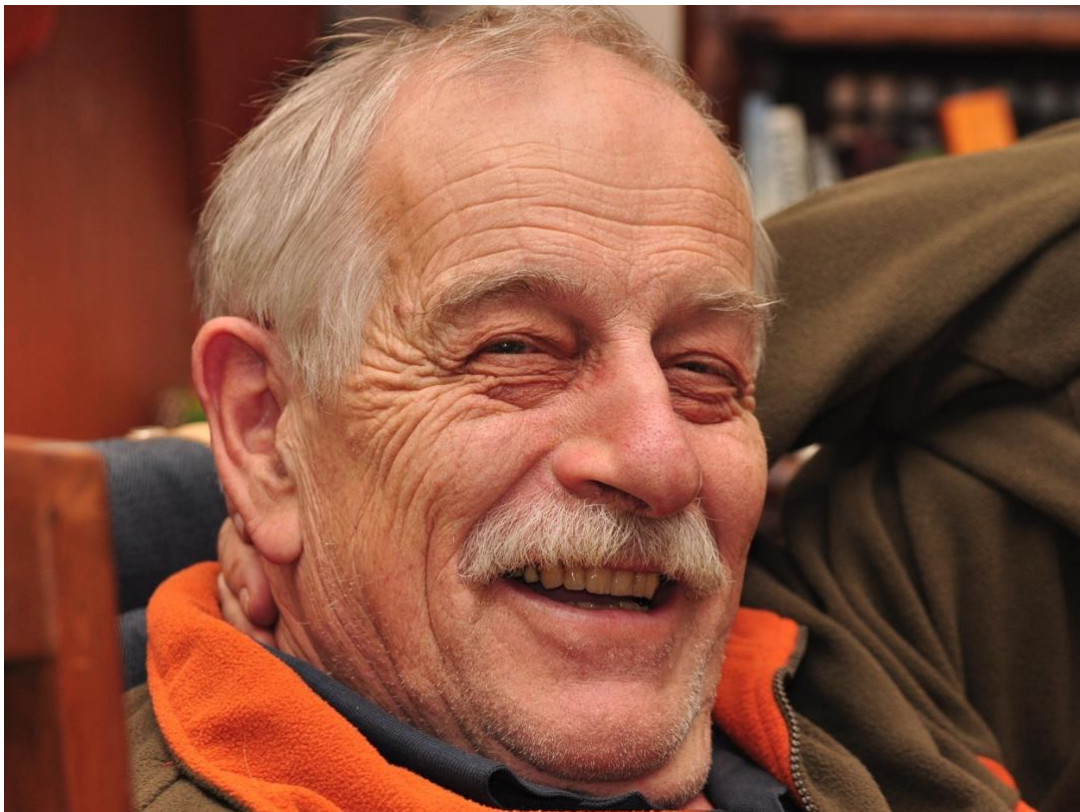
² Im Mai 2020, wenige Wochen nach dem Tod von Volkhard Brandes, gehörte der Verlag zu den Gewinnern des „Deutschen Verlagspreises“ 2020.

³ VOLKHARD BRANDES, *Wie der Stein ins Rollen kam. Vom Aufbruch in die Revolte der sechziger Jahre*, Frankfurt 1988. Der vorliegende Text wurde auf der Grundlage dieses Buches und anderer Veröffentlichungen von Volkhard Brandes verfasst. Archivquellen wurden nicht benutzt.

⁴ „Die Weltrevolution hatte Priorität“, in: TAZ (Die Tageszeitung) vom 23. Juli 2018. Über den Begriff der „68er“, den Volkhard Brandes im taz-Interview zur Selbstbeschreibung nutzt, und seine Bedeutung als „Generationenerzählung“ gibt es mittlerweile eine umfangreiche Literatur. Sie zu berücksichtigen, würde den Rahmen dieses

„Ich verbiete euch zu gehorchen“: Ernst Werner und der Lemgoer Schulkonflikt in den 50er Jahren

Das „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ in Lemgo war in den 1950er Jahren Schauplatz eines Konfliktes, in dessen Mittelpunkt der damalige Schulleiter Ernst Werner stand. Geboren im Jahre 1907 in Lodz (Polen) hatte er nach dem Studium in Leipzig (1926-1933) und der Promotion in Warschau (1934) an Gymnasien in Lodz und in Lissa (Leszno) unterrichtet. Im Jahre 1943 war er zur Wehrmacht eingezogen worden, unter anderem nach Weißrussland und Frankreich. Am Ende des Krieges kam er in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde 1946 entlassen. Von 1946 bis 1949 war er im Kultusministerium in Düsseldorf tätig. Im Jahre 1949 übernahm er, nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers Ulrich Walter, die Leitung des Lemgoer Gymnasiums. Sowohl seine Amtsführung als auch sein Unterricht zeichneten sich durch unkonventionelle Methoden und Inhalte aus. Vor allem wandte er sich gegen unkritische Autoritätsgläubigkeit. „Ich verbiete euch zu gehorchen!“ war eine Aufforderung, an die sich viele Schüler wie an eine Art Leitmotiv für den Unterricht von Ernst Werner erinnerten.⁵



*Volkhard Brandes im Jahr 2012, aufgenommen von Frau Nasrin Siege,
Vorstandsmitglied im Verein Hilfe für Afrika (Frankfurt), während eines Besuchs von Brandes bei ihr in Addis Abeba.
Brandes war 1996 Mitbegründer des Vereins und bis zu seinem Tod Mitglied im Vorstand.
(Mit Dank an Frau Siege für die Genehmigung zum Abdruck des Fotos)*

Beitrages sprengen. Vgl. INGO CORNILS, *Writing the Revolution. The Construction of „1968“ in Germany*, Rochester/New York 2016, 38-72. Der Verfasser führt das Buch „Wie der Stein ins Rollen kam“ in seinem Literaturverzeichnis auf, geht im Text aber nicht darauf ein.

⁵ Zur Biografie von Ernst Werner s. FLORIAN LUEKE, *Zwischen Reform und Restauration. Das heutige Engelbert-Kaempfer-Gymnasium im Spiegel der Biografien seiner Schulleiter (2. Teil: nach 1945)*, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 86/2017, 59-99, hier 66-79.

Den wohl überwiegenden Teil des Lehrerkollegiums und der Elternschaft hatte Ernst Werner mit seiner Autoritätskritik allerdings gegen sich aufgebracht. In der konservativen Lokalpresse erschienen bereits im März 1951 mehrere Artikel, in denen Ernst Werner vorgeworfen wurde, seine Schüler in ihrer Meinungsbildung unzulässig beeinflusst zu haben.⁶ Im Januar 1957 eskalierte der Konflikt. Das Regierungspräsidium in Detmold leitete Vorermittlungen gegen Ernst Werner ein. In einem mehrseitigen Schreiben wurden ihm zahlreiche Vorwürfe gemacht, die sich auf seinen Unterrichtsstil und auf Äußerungen gegenüber Schülern und Lehrern bezogen. So wurde ihm die Verächtlichmachung nationaler Symbole ebenso vorgehalten wie despektierliche Aussagen über Teile der gesellschaftlichen Eliten und seine kritische Haltung zur damaligen Regierungspolitik. Am Schluss des Schreibens wurde ihm vorgeworfen, er habe die Ernsthaftigkeit der Vorermittlungen selbst durch ironische Äußerungen gegenüber seinen Schülern in Frage gestellt:

„Sie sollen geäußert haben, Sie müssten den Schülern reinen Wein einschenken, es werde Ihnen vorgeworfen, Sie hätten in Salzuflen, Detmold und Lemgo eine kommunistische Untergrundbewegung aufgezogen, (...) auf Ihren Spaziergängen holten Sie Geld unter den Steinen hervor, das Agenten des Ostens für Sie deponiert hätten, damit Sie die Untergrundarbeit finanzieren könnten“.

Ernst Werner reagierte mit einer umfangreichen Stellungnahme, in der er sich ausführlich mit den Vorwürfen auseinandersetzte. Dennoch wurde er im März 1957 von der Schulbehörde „krankheitsbedingt“ beurlaubt.⁷

Einige Monate nach seiner Beurlaubung kam es zu einer Diskussion über eine mögliche Rückkehr von Ernst Werner, die nicht nur im „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“, sondern auch in der lokalen Presse geführt wurde, mit Veröffentlichungen von Stellungnahmen und Leserbriefen. Während sich zahlreiche Schüler für die Rückkehr ihres Direktors einsetzten, sprach sich die Mehrheit des Lehrerkollegiums „im Interesse einer ruhigen, sachlichen Erziehungsarbeit“, wie es in einer Stellungnahme hieß, dagegen aus. Ernst Werner entschloss sich, nicht nach Lemgo zurückzukehren, sondern übernahm im Jahre 1958 die Leitung des Staatlichen Altsprachlichen Gymnasiums in Bochum. In den 1960er Jahren leitete er Gymnasien in Darmstadt und Gießen. Im Februar 1970 ließ er sich in den vorzeitigen Ruhestand versetzen und lebte bis zu seinem Tod in Wetzlar.⁸

Ein Jahr nach Ernst Werners Beurlaubung hatte der Konflikt ein Nachspiel. Zahlreiche Abiturienten, die zu seinen Schülern gehört hatten, wollten sich im Rahmen ihrer Abiturfeier bei Ernst

⁶ Es ging dabei u.a. um die Aufführung des 1951 produzierten Films „Unsterbliche Geliebte“ des Regisseurs Veit Harlan, der mit seinem antisemitischen Film „Jud Süß“ (1940) zu den herausgehobenen Repräsentanten des NS-Filmschaffens gehört hatte. Ernst Werner hatte sich in seiner Rede auf der Abiturfeier 1951 kritisch über die Aufführung geäußert.

⁷ Vorermittlungen und Stellungnahme, in VOLKHARD BRANDES/REINER STEINWEG/FRANK WENDE (Hg.), „Ich verbiete euch zu gehorchen“. Ernst Werner – Lehrer aus Leidenschaft wider die politische Unvernunft, Frankfurt 1988, 61-98.

⁸ EBD., 268.

Werner bedanken. Sie hatten sich auf einen Satz verständigt, den ihr Sprecher in seiner Abiturrede vortragen wollte:

„Wie sich das Schulgebäude im Laufe der letzten Jahre von dem alten Schloß zur modernen Schule gewandelt hat, so hat sich in uns im selben Zeitraum eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Entscheidenden Anteil an dem Umbau der Schule hatte Herr Dr. Werner, dem auch unser innerer Umbau sehr am Herzen lag.“

Als ihm die Rede vorgelegt wurde, verlangte der vertretungsweise als Direktor eingesetzte Lehrer Martin Klein von den Abiturienten, die namentliche Erwähnung des früheren Direktors aus der Rede zu streichen. Daraufhin verzichteten die Abiturienten auf die Rede, die traditionellerweise im Rahmen der Abiturfeier gehalten wurde. Erneut erreichte der Konflikt über Leserbriefe und Stellungnahmen die Presse, wo die Handlungsweise des Schulleiters in einem Kommentar als „Skandal erster Ordnung“ bezeichnet wurde.⁹

Zum Nachfolger von Ernst Werner wurde Wilhelm Kemper ernannt, der das „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ von 1959 bis zum Jahre 1969 leitete. Nach den beiden Direktoren Ulrich Walter, der in der NS-Zeit aus dem Schuldienst entlassen worden war, und Ernst Werner, dem die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ein wesentliches Anliegen war, übernahm nun ein Direktor die Leitung des Gymnasiums, der in den Jahren der NS-Herrschaft Leitungsfunktionen in verschiedenen „Nationalpolitischen Erziehungsanstalten“ innehatte, die als NS-Eliteschulen (NAPOLA) galten. Er gehörte der SS an und war im Jahre 1943 zum „SS-Sturmbannführer“ ernannt worden. Nach der deutschen Besetzung der Niederlande im Mai 1940 war er einige Jahre als „Hauptreferent für das Erziehungswesen beim Reichskommissar für Holland“ tätig gewesen. Was die Ernennung eines Schulleiters mit dieser Biografie für die politische Kultur einer Schule und einer Stadt in den 60er Jahren bedeutete, darüber wurde öffentlich erst seit den späten 80er Jahren gesprochen.¹⁰

„Aus Söhnen alter Nazis Menschen machen“: Der Lemgoer Schulkonflikt und die NS-Vergangenheit

Für einen großen Teil der Schüler, die in den 50er Jahren Ernst Werner als Lehrer erlebt hatten, blieb er als Persönlichkeit in Erinnerung, die eine prägende Wirkung für ihren späteren Lebensweg hatte. Reiner Steinweg, Abiturient des Jahres 1959, hat im Gespräch mit seinem ehemaligen Lehrer im Jahre 1983 drei Aspekte genannt, die für ihn im Rückblick bestimmend waren:

⁹ EBD., 119-123.

¹⁰ Zur Biografie von Wilhelm Kemper s. LUEKE 2017, 79-92; FRANK WENDE, Der Nachfolger, in: VOLKHARD BRANDES/REINER STEINWEG/FRANK WENDE (Hg.), „Habe den Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen“. Ernst Werner – Zur Aktualität eines historischen Konflikts. Eine Dokumentation, Frankfurt 1990, 24-29.

„In meiner Erinnerung sind es drei Punkte, wo Sie für mich wirklich lebensbestimmend gewesen sind, bis heute: Das eine ist: Faschismuskritik; das zweite ist Kritik am Militarismus und allen Abarten; und das dritte war für mich – das ist jetzt vielleicht ‘was Besonderes: der Brecht. Sie haben uns mit Brecht bekannt gemacht. Sie sind mit uns zu Brecht-Aufführungen in Bielefeld und Göttingen gefahren.“¹¹

Ernst Werner hatte im Unterricht die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gefördert. Er besuchte mit den Schülern Aufführungen der Theaterstücke von Bertolt Brecht ebenso wie die Vorführung des Films „Nacht & Nebel“ (1956) des französischen Regisseurs Alain Resnais, der als erster Dokumentarfilm über die NS-Vernichtungslager in den späten 50er Jahren in deutschen Kinos zu sehen war. Ernst Werner stellte in seinem Unterricht Autoritäten in Frage und zog mit seinen Provokationen Rituale der NS-Zeit ins Lächerliche.¹² So hatte er, wie sich Volkhard Brandes im Gespräch mit Ernst Werner erinnerte, im Unterricht einen Stuhl auf den Lehrertisch gestellt, „dann sind Sie oben auf den Tisch geklettert; dann auf den Stuhl ,rauf; dann haben Sie die Hand zum ,deutschen Gruß‘ erhoben und gleichzeitig das Bein gehoben und ,pschsch!‘ gemacht. Wie ein Hund. Das war ungeheuer eindrucksvoll für mich.“¹³ Seine provokant distanzierte Haltung gegenüber nationalen Emblemen wurden Ernst Werner in den Vorermittlungen des Regierungspräsidiums ebenso vorgehalten wie kritisch-abschätzige Äußerungen über Juristen, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht, obwohl ihm „bekannt war, daß ein Teil der Anwesenden selbst Offizier gewesen ist oder daß es sich um Söhne von Offizieren handelte.“¹⁴

Die Vermittlung einer kritischen Haltung zur NS-Zeit, die auch zur Infragestellung elterlicher Autorität führen sollte, gehörte zu den Hauptanliegen, die Ernst Werner als Direktor und Lehrer verfolgte. Heinz Schultz, der im Jahre 1954 von Ernst Werner das Angebot erhalten hatte, als Lehrer an das Lemgoer Gymnasium zu kommen, erinnerte sich an einen Satz, der wie ein Leitmotiv für dessen politisch-pädagogisches Selbstverständnis gelten konnte:

¹¹ FRANK WENDE/REINER STEINWEG/VOLKHARD BRANDES und HANFRIED SCHERER, Diskussion mit Ernst Werner. 3. März 1983. Unveröffentlichte Tonbandabschrift, 17. Zur Schülerschaft des „Engelbert-Kaempfer-Gymnasiums“ vgl. FLORIAN LUEKE, Die Schülerschaft des Lemgoer Gymnasiums (Engelbert-Kaempfer-Gymnasiums) im Wandel der Zeit, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 19/2017, 2-20, vor allem 11-14.

¹² REINER STEINWEG, Provokation, gestische Demonstration und andere Elemente praktischer Gewaltkritik. Die pädagogische Methode Ernst Werners, in: VOLKHARD BRANDES/REINER STEINWEG/FRANK WENDE (Hg.) 1988, 256-266.

¹³ Diskussion mit Ernst Werner, in: WENDE/STEINWEG/BRANDES/SCHERER 1983, 11.

¹⁴ Vorermittlungen, in: BRANDES/STEINWEG/WENDE 1988. So wurde Ernst Werner u. a. die „Abneigung gegen jedes nationale Emblem“ vorgehalten. Gegenüber dem Kollegium habe er kurz nach seinem Dienstantritt erklärt, „statt der Fahne würden Sie auch vor einer Unterhose eine Ehrenbezeugung machen.“ (ebd., 65). Die Ablehnung der Fahne als nationales Symbol und der als Provokation gedachte Verweis auf die Unterhose gehörte zu den Erzählungen, die in besonderer Weise mit dem Unterrichtsstil von Ernst Werner in Verbindung gebracht wurden. In den 60er Jahren Weggang bekam sie gleichsam ein Eigenleben. Der Verfasser, der in den späten 60er Jahren das „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ besucht hat, erinnert sich an Äußerungen von Lehrern, die abschätzig davon erzählten, ein früherer Direktor habe anstelle einer Fahne seine Unterhose hissen wollen. Die Geschichte wurde auch im Gespräch mit Ernst Werner im Jahre 1983 thematisiert, wobei er selbst seine Motive für die Ablehnung von nationalen Symbolen noch einmal erläutert hat (ebd., 251).

„[...] irgendwann erreichte mich der Ruf: ‚Kommen Sie und helfen Sie mir, aus Söhnen alter Nazis Menschen zu machen!‘ (Vielleicht hieß es auch - weniger anmaßend -, vernünftige Menschen‘. Ich kann’s nicht mehr genau sagen.)“¹⁵

Die ehemaligen Schüler erinnerten sich, dass sie nach dem Unterricht bei Ernst Werner aus der Schule kamen und ihren Eltern kritische Fragen nach deren Handeln und deren Haltung in der NS-Zeit stellten. Für viele Eltern war das eine Herausforderung, der sie sich nicht stellen wollten. Wie es Volkhard Brandes im Gespräch mit Ernst Werner formulierte: „[...] mein Vater war Mitläufer gewesen, meine Mutter redete immer noch ganz offen für Hitler.“ Mit seinem Vater konnte er über dessen Biografie in der NS-Zeit nicht sprechen. „Das war für ihn so etwas, wo er Angst hatte [...]“ Seine Mutter war nach seiner Erinnerung noch weniger bereit, sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu stellen. Auch Reiner Steinweg erinnerte sich im Gespräch mit Ernst Werner daran, wie er seiner Mutter kritische Fragen zu stellen begann:

„Sie haben uns gezeigt, daß Eltern nicht nur irren können, sondern daß unsere Eltern geirrt haben. Und das war natürlich eine Kränkung für die Eltern, die das von ihren Kindern zu hören bekommen haben. Ich bin nach Hause gekommen und habe meine Mutter gefragt: Was hast Du denn eigentlich damals gemacht? Wie seid Ihr denn auf diese Idee gekommen, diesen Menschen (Adolf Hitler, JS) zu wählen?“¹⁶

In der Bildungslandschaft der 50er Jahre war der Lemgoer Schulkonflikt eine Ausnahme. Lehrer, wie Ernst Werner und Heinz Schultz, gehörten zu einer Minderheit unter den Lehrkräften der Gymnasien in den 50er Jahren. Sie waren umgeben von einer Mehrheit von Lehrern und Lehrerinnen, die - nach dem Abschluss der Entnazifizierung - ihre berufliche Laufbahn ohne jegliche kritische Auseinandersetzung mit ihrer NS-Karriere fortgesetzt und kein Interesse hatten, den Nationalsozialismus im Unterricht zu thematisieren und erst recht nicht über das eigene Handeln und die eigenen beruflichen und politischen Karrieren in der NS-Zeit zu sprechen.¹⁷

¹⁵ HEINZ SCHULTZ, Vorwärts in die Vergangenheit. Die fünfziger Jahre in Lemgo und anderswo, in: EBD., 159/160.

¹⁶ Diskussion mit Ernst Werner, WENDE/STEINWEG/BRANDES/SCHERER 1983, 12 und 17/18. Reiner Steinweg ist im Unterschied zu Volkhard Brandes vaterlos aufgewachsen. Er wurde 1939 geboren und war der älteste von vier Geschwistern. Sein Vater, der Jurist Dr. Reiner Steinweg, wurde als Wehrmachtsangehöriger am 8. Mai 1945 in Serbien durch Partisanen erschossen. Seine Mutter floh mit ihren Kindern im Frühjahr 1945 aus Schlesien zu ihrer Schwester nach Lüdenhausen im damaligen Kreis Lemgo. Zu seiner Biografie vgl. MARCEL M. BAUMANN u.a. (Hg.): *Friedenforchung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie. Reiner Steinweg zum 70. Geburtstag*, Frankfurt 2009, 351-353.

¹⁷ TORSTEN GASS-BOLM, *Das Gymnasium 1945-1980, Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland*, Göttingen 2005, 159-168. MARGRET KRAUL, *Das deutsche Gymnasium 1780-1980*, Frankfurt 1984, 157-194 (mit Beispielen aus Minden).

„Wie der Stein ins Rollen kam“: Volkhard Brandes und der Aufbruch der 60er und 70er Jahre

Im Gespräch über ihren früheren Lehrer haben sich die ehemaligen Schüler die Frage gestellt, welche Bedeutung Ernst Werner für ihren jeweiligen Lebensweg hatte. Für Volkhard Brandes war es einerseits dessen distanzierte Haltung gegenüber der kleinstädtischen Gesellschaft in Lemgo,

„[...] die Konfrontation, die Werner mit dem Lemgoer Bürgertum einging. Das war mir aus dem Herzen gesprochen. Ich empfand dieses Lemgo als ungeheuer erstickend und hatte immer die Sehnsucht rauszukommen. Da ich aber zu jener Zeit noch da drin war, tat es mir gut, daß es jemanden gab, der es wagte, sich mit all denen anzulegen. Das war das, was ich von Werner aufgesogen habe.“

Und andererseits hat Volkhard Brandes im Rückblick sein Bemühen, sich nicht anzupassen, sondern die eigene Identität zu wahren und bei Konflikten zur Not den Bruch zu suchen, auf das Vorbild von Ernst Werner zurückgeführt:

„Sagen kann ich aber, daß ich auf meinem Weg durch die verschiedenen politischen Organisationen und was ich sonst gemacht habe, ich selbst geblieben bin. Es gab sehr oft einen Druck von diesen Organisationen her, mich total einzufügen und mein eigenes Denken abzuschalten. Das habe ich nie mitgemacht.“¹⁸

Volkhard Brandes wurde im Jahre 1939 in Lemgo als Sohn von Kurt und Anneliese Brandes geboren. Sein Vater war von 1937 bis 1967 als Lehrer für Englisch, Französisch und Erdkunde am „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ tätig. Die Situation, in der er und sein jüngerer Bruder Gerd aufwuchsen, hat Volkhard Brandes als ambivalent beschrieben: geprägt von Freiheiten einerseits und von Einengung und Disziplinierung andererseits:

„Mein Bruder und ich waren keine Zimmerkinder. Wir konnten uns – als wir größer wurden – draußen bewegen: im Garten, auf den Wallanlagen, in der Stadt und in der Umgebung. Dennoch spürte ich mich, so weit ich mich zurückerinnern kann, beobachtet, gelenkt, eingeengt und kontrolliert. Nicht nur, daß wir in einer kleinen Stadt aufwuchsen, in der jeder den anderen kannte und in der man nie einen unbeobachteten Schritt tun konnte. Wir selbst wuchsen in einer Familie von Zugereisten heran und sollten es hier unter allgegenwärtigen wachsamen Bürgeraugen ‚zu etwas bringen‘.“¹⁹

¹⁸ Was ein Lehrer in Bewegung zu setzen vermag. Lemgoer Gespräch über Ernst Werner, in: BRANDES/STEINWEG/WENDE 1988, 206.

¹⁹ VOLKHARD BRANDES, Versuch, mich der Vergangenheit zu nähern, in: GERD KOCH/ VOLKHARD BRANDES (Hg.), Erfahrungen – Sozialisten bearbeiten ihre politische Sozialisation, Frankfurt 1980, 45.

Volkhard Brandes war ein Kriegskind: seine frühe Kindheit war durch die Jahre des Zweiten Weltkriegs geprägt, allerdings unter den Bedingungen einer von kriegsbedingten Zerstörungen weitgehend verschonten Stadt:

„Ich kam [...] relativ glimpflich davon, lebte in einer unzerstörten Kleinstadt, floh gegen Ende des Krieges mit meiner Mutter und meinem jüngeren Bruder zu Verwandten aufs Dorf, hatte einen wegen Krankheit nicht eingezogenen Vater.“

Je mehr er sich mit den Erfahrungen der Generation der Kriegskinder, der er angehörte, beschäftigte, desto mehr bewegten ihn Fragen nach den Wirkungen der Kriegszeit auf seine persönliche Entwicklung:

„Ich stelle mir Fragen, auf die ich keine Antwort weiß: Wer war ich, als der Krieg losging und wer, als er zu Ende war? Wie sind sie damals in mich eingedrungen – Eltern, Nachbarn, Kindergärtnerinnen, Kinder – damit ich werde, wie es der Führer befahl?“²⁰

Volkhard Brandes besuchte nach der Volksschule das „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“, an dem auch sein Vater tätig war, und machte im Jahre 1959 Abitur. Seine Heimatstadt Lemgo hat er als „grau, verschlafen, verschlossen“ erlebt.²¹ Sie war für ihn die idealtypische Verkörperung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in der die ideologischen Erblasten von Nationalsozialismus, Rassismus, Kolonialismus und Antisemitismus fortlebten.²² Die Eltern seiner Generation hatten sich in den Konsumwelten des Wirtschaftswunders eingelebt und wehrten kritische Fragen nach ihrer eigenen Biografie in den Jahren der NS-Herrschaft ab.:

„Wir trafen auf eine verstockte und versteinerte Generation, wie es keine andere in diesem Jahrhundert gegeben hat. Sie versuchte zu verdrängen, zu verleugnen, zu vergessen, zu verharmlosen, eigene Schuld auf andere zu verschieben.“²³

Nur den Unterricht bei Ernst Werner und Heinz Schultz verband Volkhard Brandes mit positiven Erinnerungen. Sie wurden für ihn zu Vorbildern:

„Ich erlebte, wie diese Lehrer anders lebten und dachten und dafür den Konflikt mit der ‚geschlossenen Gesellschaft‘ dieser Stadt eingingen [...].“²⁴

²⁰ VOLKHARD BRANDES, Wie ich lernte, mit dem Krieg zu leben, in: HELLMUT LESSING (Hg.), Kriegskinder, Frankfurt 1984, 154 und 156. Vgl. hierzu LU SEEGER/JÜRGEN REULECKE (Hg.), Die „Generation der Kriegskinder“. Historische Hintergründe und Deutungen, Gießen 2009.

²¹ VOLKHARD BRANDES, Was Lehrer in Schülern bewegen können. Lernprozesse im Lemgoer Schulkonflikt der fünfziger Jahre, in: BAUMANN 2009, 336.

²² BRANDES 2009, 341.

²³ BRANDES, „Aus Söhnen alter Nazis Menschen machen“, in: BRANDES/STEINWEG/WENDE 1990, 16.

²⁴ BRANDES 1980, 49.

Trotz der Anregungen, die von diesen Lehrern ausgingen, und eigener erster Erfahrungen mit einem „Hauch von Aufruhr“, wie er es formulierte, vor allem in der Begegnung mit der Musik des Rock ‘n Roll, blieben seine Jugendjahre von der Enge und der repressiven Atmosphäre der Kleinstadt und von der Suche nach anderen Lebensmustern geprägt. Sie waren aus seiner damaligen Perspektive nur außerhalb Lemgos zu finden. Das Abitur eröffnete ihm von daher die lang ersehnte Möglichkeit, das Elternhaus und die kleine Stadt zu verlassen.

Nach einer einjährigen Bundeswehr-Zeit studierte Volkhard Brandes in München Amerikanistik und Romanistik. Seinen Studienort hatte er „nach der geographischen Distanz zu Lemgo“ gewählt: „Ausschlaggebend war für mich die Idee, 600 km zwischen Studienort und Lemgo zu haben.“²⁵ Ende des Jahres 1961 ging er für ein Semester an die Sorbonne in Paris. Im Jahre 1962, in der Zeit der sogenannten Schwabinger Krawalle, kehrte er nach München zurück. Seit dem Beginn seines Studiums hatte Volkhard Brandes ausgedehnte Reisen unternommen, die ihn im Laufe der Jahre in die USA, in die Karibik, nach Afrika und nach Lateinamerika führten.²⁶ Mitte der 60er Jahre lebte er für einige Monate in New York, knüpfte Kontakte zur Bürgerrechtsbewegung und zu linken amerikanischen Gruppen und sammelte Material für seine Dissertation. In München wurde er Mitglied des SDS („Sozialistischer Deutscher Studentenbund“). Auch in anderen linken Organisationen arbeitete er mit.²⁷

Durch die Mitbewohner und -bewohnerinnen in der Wohngemeinschaft, in der Volkhard Brandes lebte, fand er Kontakt zum „Trikont Verlag“, einem der frühen Verlagsprojekte der 68er Bewegung.²⁸ Dort erschienen seine ersten eigenen Publikationen. Der ‚68er Bewegung in Paris galt dabei ebenso sein Interesse wie dem Protest der „Black Panther“-Bewegung in den USA.²⁹ Der schwarzen Bürgerrechtsbewegung galt sein besonderes Engagement. Mit seiner damaligen Partnerin Joyce Burke veröffentlichte er im „Deutschen Taschenbuch Verlag“ ein Buch über die Geschichte und „Organisierung des schwarzen Widerstandes“.³⁰ Sein Studium beendete er mit der Promotion in Amerikanistik und einer Arbeit, die sich ebenfalls mit der Geschichte der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA befasste.³¹

²⁵ Diskussion mit Heinz Schultz in Lemgo, 24. April 1983. Unveröffentlichte Tonbandabschrift, S. 35.

²⁶ Zu den Erfahrungen seiner Reisen vgl. VOLKHARD BRANDES, *Den letzten Calypso tanzen die Toten. Eine tropische Revolutions-Romanze*, Frankfurt 1987.

²⁷ BRANDES 1988.

²⁸ Vgl. hierzu UWE SONNENBERG, *Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren*, Göttingen 2016, 58-62.

²⁹ VOLKHARD BRANDES/JAMES FORMAN (Hg.), *Now. Der schwarze Aufstand*, München 1968; VOLKHARD BRANDES (Hg.), *Merde. Karikaturen der Mairevolte*, Frankreich 1968, München 1968.

³⁰ VOLKHARD BRANDES, *Black Brother. Die Bedeutung Afrikas für den Freiheitskampf des schwarzen Amerika*, Frankfurt 1971.

³¹ VOLKHARD BRANDES/JOYCE BURKE, *USA. Vom Rassenkampf zum Klassenkampf. Die Organisierung des Schwarzen Widerstandes*, München 1970. Das öffentliche Interesse an diesem Thema war so groß, dass das Buch im Jahre 1972 in zweiter, erweiterter Auflage erschien, mit 16. bis 21.000 Exemplaren. Zu den Publikationen von Volkhard Brandes über die schwarze Bürgerrechtsbewegung vgl. auch die kurzen Bemerkungen in: MARTIN KLIMKE, *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton/Oxford 2010, 115-116.

Es war aber kein rein akademisches Interesse, das Volkhard Brandes zur Beschäftigung mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung motiviert hatte. Wie er es in dem *taz*-Interview formuliert hatte:

„Für mich persönlich hatte die Weltrevolution damals Priorität. Mir ging es darum, die Solidarität zwischen den Linken in Deutschland, Frankreich und den USA zu unterstützen.“³²

In Paris, New York und München hatte er sich in den Zentren der „Revolte der sechziger Jahre“ bewegt. Lemgo hatte er weit hinter sich gelassen, worin ihn Besuche bei seinen Eltern bestärkten. So schrieb er nach einer Familienfeier im Jahre 1966 in sein Tagebuch:

„Die Vergangenheit hat mich wieder. [...] Es ist, als sei ich gerade fünf Minuten weg gewesen: die Wohnung, die Menschen, die Sprache, das Denken - alles unverändert. Das Drama des erstickenden Lebens.“³³

In den 70er Jahren lebte Volkhard Brandes in Köln und Frankfurt, arbeitete als Referent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, als Sekretär des „Sozialistischen Büros“, das in Offenbach seinen Sitz hatte, und als Lektor, unter anderem im Verlag 2000 sowie im Verlag Extrabuch. Er verfasste eine Reihe von Publikationen zur politischen Ökonomie und war Mitherausgeber der Handbuch-Reihe „Politische Ökonomie. Geschichte und Politik“ in der „Europäischen Verlagsanstalt“.³⁴

Das „Sozialistische Büro“ („SB“), das im März 1969 gegründet wurde, war eine politische Organisation, in der durch Diskussionen, Publikationen und Netzwerkbildung Perspektiven sozialistischer Politik für die Bundesrepublik entwickelt werden sollten.³⁵ Zahlreiche namhafte linke Intellektuelle schlossen sich ihm an. Das „SB“ gab Zeitschriften heraus („links. Sozialistische Zeitung“ und „express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“) und veranstaltete Kongresse und Tagungen, unter anderem den „Angela-Davis-Solidaritätskongress“ in Frankfurt im Jahre 1972 mit etwa 10.000 Teilnehmern.³⁶

Auf dem Hintergrund der Veränderungen in der linken Bewegung begann im „Sozialistischen Büro“ Mitte der 70er Jahre eine Debatte über das Organisationsverständnis und die Zukunfts-

³² TAZ vom 23. Juli 2018.

³³ BRANDES 1988, 148.

³⁴ VOLKHARD BRANDES, Die Krise des Imperialismus. Grenzen der kapitalistischen Expansion und der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1971. DERS. u. a. (Hg.): Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik. Handbuch, Frankfurt u.a. 1974 ff. Eine detaillierte Bibliographie der Veröffentlichungen von Volkhard Brandes aus den 70er Jahren würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

³⁵ EGON BECKER, Das Sozialistische Büro – Ein unvollendetes Projekt?, in: BARBARA KLAUS/JÜRGEN FELDHOFF (Hg.), Politische Autonomie und wissenschaftliche Reflexion. Beiträge zum Lebenswerk von Arno Klönne, Köln 2017, 161-182; GOTTFRIED OY, Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift „links“. Sozialistische Zeitung (1969-1997), Berlin 2007.

³⁶ ANGELA DAVIS SOLIDARITÄTSKOMITEE (Hg.), Am Beispiel Angela Davis. Der Kongress in Frankfurt. Reden, Referate, Diskussionsprotokolle, Frankfurt 1972, darin: VOLKHARD BRANDES, Fragen revolutionärer Strategie in den USA, 129-133.

perspektiven sozialistischer Politik, in der auch die subjektiven Erfahrungen der Mitglieder zunehmend in den Blick gerieten.³⁷ In diesem Kontext fand im Jahre 1979 eine Tagung über politische Sozialisation statt, unter der Überschrift „Wie bin ich rot geworden?“ Volkhard Brandes hat sich daran beteiligt. Im Zentrum seines Textes „Versuch, mich der Vergangenheit zu nähern“ steht die intensive Auseinandersetzung mit seiner Kindheit und Jugend in Lemgo.³⁸ Nur cursorisch hat er darin auf die Bedeutung verwiesen, die seine ehemaligen Lemgoer Lehrer Ernst Werner und Heinz Schultz als „Vorbilder“, wie er es formuliert hat, für ihn hatten. Einige Jahre später, nun als Redakteur der pädagogischen Zeitschrift „päd.extra“ und als Verleger, hat sich Volkhard Brandes dem Lemgoer Schulkonflikt der 50er Jahre dann ausführlicher zugewandt.

„Dem Schweigen entrissen“: Der Lemgoer Schulkonflikt aus der Perspektive der 80er Jahre

Der Konflikt um Ernst Werner war im Laufe der Jahre vergessen bzw. verdrängt worden. Als das „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ im Jahre 1983 sein 450-jähriges Bestehen feierte, wurde in der Festschrift zwar ein Foto von Ernst Werner abgedruckt, aber der Schulkonflikt der 1950er Jahre blieb unerwähnt.³⁹ Reiner Steinweg, Frank Wende und Volkhard Brandes, die im Jahre 1959 Abitur gemacht hatten und zu den ehemaligen Schülern von Ernst Werner gehörten, waren über die Jahre hinweg mit Ernst Werner in Kontakt geblieben. Sie wollten das Schweigen über den Schulkonflikt der 50er Jahre, der zu seiner Ablösung als Schulleiter geführt hatte, brechen.⁴⁰ Sie führten am 3. März 1983 ein langes Gespräch mit ihm, dem am 24. April 1983 ein Interview mit Heinz Schultz in Lemgo folgte. Beide Interviews und die eigenen Erinnerungen waren die Grundlage für einen Artikel über den Schulkonflikt der 50er Jahre, der im Juni 1983 in der Zeitschrift „päd.extra“ erschien und viel Resonanz fand. Eine von den Autoren vorgeschlagene Diskussion in Lemgo fand allerdings nicht statt, so dass aus ihrer Sicht der Artikel „offiziell totgeschwiegen“ wurde.⁴¹

Ernst Werner starb am 15. Januar 1986. Drei Jahre nach seinem Tod veröffentlichten Volkhard Brandes, Reiner Steinweg und Frank Wende im Verlag „Brandes & Apsel“ ein Buch über Ernst

³⁷ In der Sekundärliteratur zum „Sozialistischen Büro“ wird das politische Wirken von Volkhard Brandes nur beiläufig erwähnt. Über seine politische Arbeit und die Funktionen, die er im „SB“ hatte, erfährt man nur wenig. Wie eine cursorische Durchsicht der Zeitschrift „links“ zeigt, hat er dort zahlreiche Artikel verfasst und war einer der Organisatoren der „Sommerschulen“, die das „SB“ seit 1978 veranstaltet hat. An der Debatte über die Strategie des „SB“ Ende der 70er Jahre hat er sich mit eigenen Beiträgen beteiligt. Vgl. VOLKHARD BRANDES, „Damit wir uns nicht schon selbst im Wege stehen“. Ansatzpunkte eines veränderten Politikverständnisses, in: LINKS. SOZIALISTISCHE ZEITUNG Nr. 122, Mai 1980, 55-58.

³⁸ BRANDES 1980.

³⁹ ENGELBERT-KÄMPFER-GYMNASIUM (Hg.): Engelbert-Kämpfer-Gymnasium Lemgo 1583-1983. Festschrift zur 400-Jahr-Feier, Lemgo 1983.

⁴⁰ Reiner Steinweg, geb. 1939, hat nach dem Studium und der Promotion als Konflikt- und Friedensforscher gearbeitet, u. a. als langjähriger Leiter der Außenstelle Linz des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung. Frank Wende, geb. 1940, war nach Studium und Promotion Fachreferent für Geschichte und Kunstgeschichte an der Deutschen Bibliothek in Frankfurt.

⁴¹ VOLKHARD BRANDES/REINER STEINWEG/FRANK WENDE, „Ich verbiete euch zu gehorchen“. Lemgo: Schulaufuhr in den 50er Jahren, in: PÄD.EXTRA, Nr. 6, 15. Juni 1983, 14-20 sowie Nr. 9, 15. September 1983, 4.

Werner und den Lemgoer Schulkonflikt. Der Band enthält neben Aufsätzen der Herausgeber zahlreiche Beiträge von ehemaligen Schülern und Kollegen, Texte von Ernst Werner selbst und Auszüge aus dem Gespräch, das die Herausgeber im Jahre 1983 mit Ernst Werner geführt hatten. Darüber hinaus gibt es einen umfangreichen Dokumentationsteil mit Zeitungsartikeln, Leserbriefen sowie den Vorermittlungen des Regierungspräsidenten und Ernst Werners Stellungnahme. Das Buch erschien in einer Zeit, in der aus Sicht der Herausgeber die 50er Jahre wieder „in Mode“ gekommen waren. Dem Trend zur 50er Jahre-Nostalgie wollten sie am Beispiel ihrer eignen Erfahrungen die kritische Auseinandersetzung mit der „Adenauer-Ära“ entgegensetzen.⁴²

Über das Erscheinen des Buches wurde sowohl in der lokalen als auch in der überregionalen Presse berichtet. Einige pädagogische Fachzeitschriften veröffentlichten Besprechungen des Bandes. In der Stadt Lemgo selbst wurde das Buch in einer Veranstaltung der „Lippischen Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte“ am 22. November 1988 im „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ vorgestellt. Wolfgang Ulrich, von 1970 bis 1994 Direktor des Gymnasiums, plädierte in seinem Grußwort dafür, die Herausgabe des Buches als Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Schulkonflikt der 50er Jahre zu nutzen. Volkhard Brandes hielt einen Vortrag unter der Überschrift „Aus Söhnen alter Nazis Menschen machen“ und Frank Wende referierte über die Biografie von Wilhelm Kemper, dem Nachfolger von Ernst Werner. Was man in den 50er und 60er Jahren in der Öffentlichkeit nicht thematisiert wurde, wurde nun offen ausgesprochen: die NS-Biografie des früheren Direktors und Nachfolgers von Ernst Werner. In zahlreichen Reden, die Wilhelm Kemper als Schulleiter vor Schülerinnen und Schülern gehalten hatte, hatte er über Demokratie und Freiheit gesprochen und vor den drohenden Gefährdungen gewarnt. Was er in seiner Zeit als Direktor nie angesprochen hatte, war seine eigene NS-Vergangenheit.⁴³

Das Buch und die Diskussionsveranstaltung hatten eine sehr positive Resonanz gefunden. Doch es kam nach der Veranstaltung erneut zu einer kontroversen Debatte über die Person Ernst Werner und den Schulkonflikt. In der *Lippischen Rundschau* erschien ein Artikel über die Veranstaltung, in dem Ernst Werner im Rückblick als „Verführer und Versager“ charakterisiert wurde. Verfasser war Lothar Geisler, der von 1956 bis 1981 als Lehrer am „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ tätig war und seit langem als freiberuflicher Autor für die CDU-nahe Lokalzeitung schrieb.⁴⁴

Die Herausgeber reagierten auf die kontroverse Reaktion mit der Herausgabe eines weiteren Bandes, in dem die Vorträge der Lemgoer Veranstaltung, die kontroversen Artikel und Stellungnahmen sowie die Nachwirkungen des ersten Buches publiziert wurden. Für die Herausgeber hatten die Reaktionen in ihrer Vielfalt gezeigt, dass es ihnen mit dem Buch gelungen war, den über den Lemgoer Schulkonflikt der 50er Jahre „ausgebreiteten Schleier zu zerreißen“. Die

⁴² BRANDES/STEINWEG/WENDE 1988.

⁴³ WENDE 1990.

⁴⁴ LIPPISCHE RUNDSCHAU vom 24. November 1988.

kontroverse Diskussion hatte aus ihrer Sicht verdeutlicht, wie aktuell und brisant die „Begegnung mit unaufgearbeiteter Geschichte“ sein konnte.⁴⁵

„Erziehung zum kritischen Denken“: Der Lehrer Heinz Schultz, der Lemgoer Schulkonflikt und die Schülerbewegung 1967/68

Im Jahre 1993 gaben Volkhard Brandes und Reiner Steinweg zum 80. Geburtstag ihres ehemaligen Klassenlehrers Heinz Schultz (und in Kooperation mit ihm) einen Band heraus, der sich mit dessen Wirken als Lehrer in Rostock (bis 1954) und Lemgo (von 1954 bis 1977) beschäftigte. Der Band umfasste Texte von Heinz Schultz ebenso wie Beiträge ehemaliger Schüler aus Rostock und Lemgo. Es ging den Herausgebern nicht zuletzt darum, „in Lemgo Anerkennung für einen Menschen einzufordern, der dort als Pädagoge und Mensch lange ausgegrenzt worden.“⁴⁶

Neben Ernst Werner hatte der Deutsch- und Philosophielehrer Heinz Schultz im Fokus des Schulkonflikts der 50er Jahre gestanden. Ihm war eine besondere Nähe zu Ernst Werner nachgesagt worden. Wie Ernst Werner stammte er aus Lodz. Im Jahre 1954 hatten sich beide auf einer Tagung in Mülheim/Ruhr wiedergetroffen. Bereits vorher hatte Heinz Schultz, der seit 1949 als Russisch- und Deutschlehrer an einem Gymnasium in Rostock tätig war, von Ernst Werner das Angebot bekommen, als Lehrer nach Lemgo zu wechseln. Da Heinz Schultz mit den politischen Rahmenbedingungen seiner Tätigkeit in Rostock zunehmend unzufrieden war, entschied er sich im Jahre 1954, mit seiner Familie Rostock zu verlassen und in den „Westen“, nach Lemgo, zu ziehen. Am 1. April 1954 fing er als Lehrer am „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ an.⁴⁷

Als „Zonen-Flüchtling“ begegnete man Heinz Schultz im Kollegium „zunächst wohlwollend und rührend“, wie er sich erinnerte, und half ihm und seiner Familie bei der Suche und der Ausstattung der Wohnung. Aber nach einiger Zeit wurde ihm wegen seiner Nähe zu Ernst Werner zunehmend Misstrauen entgegengebracht. Als im Jahre 1956 die Gerüchte verbreitet wurden, die Ernst Werner als „Kommunisten“ abstempelten, geriet auch Heinz Schultz in den Blick des Verfassungsschutzes. Gegen ihn leitete das Regierungspräsidium ebenfalls Vorermittlungen ein. Klassenarbeiten, die er als Klassenlehrer betreut hatte, wurden überprüft. Am 19. Dezember 1956 wurde er von der Schulbehörde aufgefordert, eine Liste der Aufsatzthemen und der Lektüren aus seinem Deutschunterricht zu erstellen und einzureichen. Als die Haltlosigkeit der Vorwürfe offenkundig wurde, wurde auf das angedrohte Disziplinarverfahren verzichtet. Das Angebot des zuständigen Oberschulrats, nach dem Ausscheiden von

⁴⁵ BRANDES/STEINWEG/WENDE1990.

⁴⁶ BRANDES 2009. Als Heinz Schultz im Jahre 2006 starb, widmete ihm die Lippische Landes-Zeitung einen Nachruf, in dem sein Wirken als „Aufklärer“ und sein Bemühen um einen angst- und gewaltfreien Unterricht gewürdigt wurde. Wolfgang Ulrich, der frühere Direktor des „Engelbert-Kaempfer-Gymnasiums“, wurde in dem Beitrag ebenso zitiert wie die ehemaligen Schüler Volkhard Brandes und Reiner Steinweg. LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 7./8. Januar 2006.

⁴⁷ REINER STEINWEG, Heinz Schultz – der Weg zu einer gewaltfreien Unterrichtspraxis. Ein biographischer Versuch, in: VOLKHARD BRANDES/REINER STEINWEG (Hg.): Erziehung zum kritischen Denken. Texte und Wirkungen des Lehrers Heinz Schultz, Frankfurt 1993, 10-44.

Ernst Werner im März 1957 die Schule zu wechseln, lehnt Heinz Schultz ab, nicht zuletzt, um die 1956 übernommene Oberstufenklasse zum Abitur zu führen. Zu dieser Klasse hatten Volkhard Brandes, Reiner Steinweg und Frank Wende gehört.⁴⁸

Auf Grund seiner Haltung war Heinz Schultz im Lehrerkollegium seiner Schule über lange Jahre weitgehend isoliert. Die Anfeindungen reichten bis ins Private. Doch er ließ sich nicht entmutigen und prägte mit seinem angst- und gewaltfreien Unterricht Generationen von Schülern. Das betraf nicht nur die Jahrgänge, die ihn in den späten 50er Jahren als Lehrer erlebt hatten, sondern auch die Schüler, die er in den 60er und 70er Jahren unterrichtete. In den von Schülerprotesten geprägten Jahren 1967 bis 1970 stellte sich Heinz Schultz den Fragen, Forderungen und Diskussionen und versuchte, die davon ausgehenden Anregungen in seinen Unterricht aufzunehmen.⁴⁹

So bot er im Frühjahr 1968 für Schüler und Schülerinnen der 12. und 13. Klassen der Lemgoer Gymnasien eine pädagogische Arbeitsgemeinschaft an. Diskutiert wurde über pädagogische und psychologische Themen, über die in der zeitgenössischen Öffentlichkeit intensiv debattiert wurden. Mit seinem Angebot wurde er erneut – wie in den 50er Jahren – Zielschreibe der Kritik und Ablehnung im Lehrerkollegium. Anlass war ein Flugblatt, das im Herbst 1968 auf dem Schulball der Lemgoer Gymnasien verteilt wurde. Darin wurde an konkreten Beispielen autoritäres Verhalten von Lehrern kritisiert. Die Erregung in Teilen des Lehrerkollegiums und der Elternschaft war groß. Einige der Schüler, die das Flugblatt verfasst und verteilt hatten, gehörten zu den Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft. In einer „Allgemeinen Konferenz“ wurde von der Mehrheit der Lehrkräfte des „Engelbert-Kaempfer-Gymnasiums“ die Pädagogische Arbeitsgemeinschaft als „Unruheherd“ ausgemacht. Heinz Schultz sah sich heftiger Kritik ausgesetzt. Von einem Lehrer wurde gefordert, die Arbeitsgemeinschaft müsse ihre Arbeit einstellen.⁵⁰

Im Jahre 1985 erinnerte sich Heinz Schultz an den Konflikt des Jahres 1968:

„Ich lud die Kollegenschaft mündlich und am nächsten Tag durch Plakatierung auch schriftlich ein, an der nächsten Sitzung der AG teilzunehmen und mitzudiskutieren. Da aber war das Interesse an meinen konspirativen Machenschaften schlagartig verschwunden, erschienen war niemand, auch der besonders eifrig besorgte Kollege nicht, der ein Verbot meiner AG für angebracht hielt.“⁵¹

⁴⁸ STEINWEG 1993, 19/20.

⁴⁹ Auf die 68er Bewegung und ihre Forderung nach antiautoritärer Erziehung hat Ernst Werner nach Erinnerung eines seiner ehemaligen Lemgoer Schüler mit Unverständnis und heftiger Ablehnung reagiert, ganz im Unterschied zu Heinz Schultz. Vgl. BRANDES/STEINWEG/WENDE 1988, 204.

⁵⁰ JÜRGEN SCHEFFLER, Unruhige Zeiten: Ein Kleinstadt- Gymnasium in den sechziger Jahren, in: BRANDES/STEINWEG 1993, 67-68.

⁵¹ HEINZ SCHULTZ, Nach Schulschluß geschrieben. Drei Jahrzehnte Lehrer in einer lieb gewonnenen Kleinstadt, in: EBD., S. 93/94. Erstveröffentlichung: PÄD.EXTRA, Nr. 6, 15. Juni 1985, 16-20.

Zu den Lehrern, die im Rahmen der Konferenz Heinz Schultz und die von ihm angebotene Arbeitsgemeinschaft als mitverantwortlich für den Schülerprotest ansahen, gehörte übrigens auch der Verfasser des Artikels, in dem Ernst Werner 30 Jahre nach seinem Weggang aus Lemgo als „Verführer und Versager“ titulierte worden war.

Schluss: Der Lemgoer Schulkonflikt und die 68er Bewegung

Zu den Themen, die in der neueren Forschung zur 68er-Bewegung intensiv diskutiert werden, gehört die Frage nach den gesellschaftlichen und politischen Wirkungen der Protestbewegung „auf dem Lande“, außerhalb der Groß- und Universitätsstädte.⁵² Zeitgeschichtliche Forschungen der vergangenen Jahre haben verdeutlicht, in welchem Umfang die 68er Bewegung „die Provinz“ erreicht und, vor allem in Gestalt von Jugendzentren und Landkommunen, zur Veränderung des ländlichen Raums beigetragen hat.⁵³ In den Jahren 1967/68 war es vor allem die Schülerbewegung, die mit ihren Protestformen und -inhalten auch die Schulen in den kleineren Städten erreichte, vor allem die Gymnasien.⁵⁴ In Lemgo waren es Konflikte um die kritische Abiturrede einer Schülerin der „Marianne-Weber-Schule“ im Mai 1968 und um das Flugblatt, das im Herbst 1968 auf einem Schulball verteilt wurde, in denen die lokalen Wirkungen der 68er Schülerprotestbewegung vor allem zum Ausdruck kamen.⁵⁵

Die Mehrheit der Eltern und Lehrer und die Direktoren der beiden Lemgoer Gymnasien reagierten mit Distanz und heftiger Ablehnung auf die Forderungen, Vorschläge und Provokationen der protestierenden Schülerinnen und Schüler. Wilhelm Kemper veröffentlichte am 31. Dezember 1968 einen Artikel in der *Lippischen Landes-Zeitung* über die Situation an den Höheren Schulen in Lippe. Er hatte den ihm vorgeschlagenen Titel „Gymnasium im Umbruch“ durch eine aus seiner Sicht „angemessenere Fassung“ ersetzt: „Notstand des Gymnasiums“. Nach seiner Ansicht wurde der Bildungsauftrag des Gymnasiums durch den Schülerprotest und die schulpolitische Reformdiskussion grundlegend in Frage gestellt. Dem drohenden „Niveauverlust“ wollte er entgegenwirken. Für die protestierenden Schüler hatte er kein Verständnis. Aus seiner Sicht handelte es sich bei ihnen um „einige wenige Wirrköpfe“. Den

⁵² DETLEF SIEGFRIED, „1968“ in der ländlichen Gesellschaft. Revolte, Flucht und skeptische Neuaneignung, in: LU SEEGER (Hg.), 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande, Göttingen 2020, 59-74.

⁵³ Der Kreis Lippe ist Gegenstand einer umfangreichen Pionierstudie zur 68er Bewegung auf dem Lande. HANS-GERD SCHMIDT, Die 68er Bewegung in der Provinz. Vom Rock 'n' Roll und Beat bis zur Gründung der Grünen in Lippe, Bielefeld 2013. JULIA PAULUS (Hg.): „Bewegte Dörfer“. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018. SEEGER 2020.

⁵⁴ Zur Schülerbewegung s. DETLEF SIEGFRIED, 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur, Stuttgart 2018, 176-183. Am Beispiel Westfalens: THOMAS GROßBÖLTING, 1968 in Westfalen. Akteure, Formen und Nachwirkungen einer Protestbewegung, Münster 2018, 71-88. CHRISTIANE CANTAUW/JÜRGEN SCHEFFLER (Red.), #mehralsdagegen. Schüler(protest)bewegungen 1968 ff. Begleitheft zur Sonderausstellung im Museum Hexenbürgermeisterhaus Lemgo, Münster/Lemgo 2018.

⁵⁵ MARGRET ROTTLEUTHNER-LUTTER/HUBERT ROTTLEUTHNER, Abitur 1968 – Hintergründiges, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 88/2019, 299-323.

Vertrieb der Schülerzeitung „Mosaik“ hatte er auf dem Schulgelände untersagt. Die Texte nannte er: „zum Teil dumme und stümperhafte, zum Teil vulgäre und schnöde Ergüsse“.⁵⁶

Auch die Reaktionen von Eltern und Lehrern auf die Rede der Abiturientin Margret Lutter (heute: Rottleuthner-Lutter), die sie auf der Abiturfeier der „Marianne-Weber-Schule“, des Lemgoer Mädchengymnasiums, am 31. Mai 1968 gehalten hatte, waren überwiegend distanziert-ablehnend. Die Rede hatte, wie die *Lippische Landes-Zeitung* schrieb, „weite Bevölkerungskreise schockiert“. Der Text der Rede wurde in der lokalen Presse abgedruckt, zusammen mit einer Stellungnahme der Direktorin Käthe Aettner. Sie distanzierte sich darin von der Rede wegen des „scharfen“ Tons und der „undifferenzierte[n] Vorwürfe“, die nach ihrer Ansicht darin erhoben wurden. Mit ihrer Rede sei die Abiturientin geradezu zur „programmatischen Agitatorin“ geworden. „Ein Dialog kann da nicht zustande kommen [...]“.⁵⁷

Die Beispiele verdeutlichen, auf welche Ablehnung die protestierenden Schüler stießen und wie gering das Verständnis für ihre Anliegen war. Zwar führten die Wirkungen der 68er Bewegung mittel- und langfristig zu einer grundlegenden Veränderung der Mentalitäten und der Alltagskultur auch in den kleinen Städten „auf dem Lande“, aber in den Protestjahren 1967 bis 1970 galt die „Provinz“ als Relikt einer konservativen Lebenswelt und „Hort autoritär-traditionaler Charakterstrukturen“.⁵⁸ Es verwundert nicht, dass Volkhard Brandes, wenn er aus den „Zentren der Revolte“ in seine Heimatstadt zurückkam, das Gefühl hatte, von seiner Vergangenheit eingeholt worden zu sein. Ähnlich wie er es ersehnt hatte, war das Ziel vieler Abiturientinnen und Abiturienten in den späten 60er Jahren, die kleinen Städte sobald wie möglich zu verlassen und in die Groß- und Universitätsstädte zu ziehen. Mit wachsender räumlicher und zeitlicher Distanz erschien die kleinstädtische Lebenswelt, in der man aufgewachsen war und in der die Eltern und Großeltern zuhause waren, immer fremder. Wie sich

⁵⁶ WILHELM KEMPER, Notstand des Gymnasiums, in: LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG Nr. 302 vom 31. Dezember 1968. Volkhard Brandes war Wilhelm Kemper im September 1968 persönlich begegnet, und zwar auf der Trauerfeier für seinen Vater, der am 15. September 1968 gestorben war. Anlässlich der Beisetzung hatte Kemper eine Ansprache gehalten. Er hatte die Persönlichkeit des Verstorbenen, der auf dem Bauernhof aufgewachsen war, und vor allem dessen pragmatisch-bodenständige Geisteshaltung gewürdigt. In seiner Rede stilisierte Kemper, der selbst Sohn eines Landwirts war, den Verstorbenen geradezu zu einem Gegenbild der 68er-Generation: „Selbstbewußt war er, da er fest gegründet war, dem Elementaren sich verpflichtet fühlte, dem Soliden, dem Haltbaren, dem Grund und Boden immer näher als den windigen Lüften und gar Luftgespinsten, den Realien mehr zugewandt als dem Irrealen, der einfachen Sittlichkeit mehr als den differenzierten Spekulationen - [...] der geradezu Angst davor hatte, daß junge, mobile, dem Geistigen zugewandte Menschen ihre Existenz verspielen können, wenn sie haltlos, grund- und bodenlos in ferne Horizonte ausschweifen.“ Ob dies eine Anspielung auf das politische Engagement von Volkhard Brandes in den Jahren 1967/68 war, muss Spekulation bleiben. Engelbert-Kämpfer-Gymnasium. Mitteilungen, Jg. 1968/69, H. 16, 5.

⁵⁷ KÄTHE AETTNER, Leserbrief, in: LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 8. Juni 1968. Nachdruck: ROTTLEUTHNER-LUTTER/ROTTLEUTHNER 2019, 307.

⁵⁸ Zitiert in: BERTOLT GIEßMANN, Die Wiederentdeckung der Provinz. Die „Provinzbewegung“ der 1970er Jahre und ihre Perzeption von Stadt und Land, in: PAULUS 2018, 44. Allgemein zu den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in beiden deutschen Staaten Mitte der 60er Jahre ULRICH HERBERT, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Bonn 2014, 783-834 („Deutschland um 1965: Zwischen den Zeiten“).

der Pädagoge Thomas Ziehe erinnerte: „Die gelegentliche Rückkehr war anfangs wie das Eintauchen in eine weit zurückliegende Welt.“⁵⁹

Dass die Welt der Elternhäuser, die man zurückgelassen hatte, dennoch ihre prägende Wirkung nicht verloren hatte, war eine Erfahrung, mit der sich die Generation der 68er Bewegung auseinandersetzen hatte.⁶⁰ Das Beispiel von Volkhard Brandes und Reiner Steinweg zeigt Wege, Formen und Motive dieser Auseinandersetzung. Bei beiden führte sie zur intensiven Rückbesinnung auf ihre Erfahrungen als Schüler und Abiturienten in den 50er Jahren. Mit ihren Buchprojekten über Ernst Werner und Heinz Schultz wollten sie nicht nur den Schulkonflikt der 50er Jahre dokumentieren und das Wirken ihrer Lehrer „dem Schweigen entreissen“, sondern es ging immer auch um die Auseinandersetzung mit der eigenen Elterngeneration. Wie Reiner Steinweg es in einer Rede formuliert hatte, die er im Jahre 2007 vor Schülerinnen und Schülern des „Engelbert-Kaempfer-Gymnasiums“ hielt: „Es gelte immer aufs Neue zu verhindern, dass sich je etwas von dem wiederhole, was unsere Elterngeneration zu verantworten hatte.“⁶¹

Mit ihren Buchprojekten trugen die Herausgeber zum Wandel der Erinnerungskultur in Lemgo bei. Sie gehörten zu den Initiatoren der öffentlichen Ehrung von Ernst Werner an seiner früheren Schule. Aus Anlass seines 100. Geburtstags wurde am 18. Dezember 2007 eine Erinnerungstafel im Eingangsbereich der Schule enthüllt. Zwei Jahre später wurde mit einer Tafel auch an den früheren Direktor Ulrich Walter erinnert, ebenfalls auf Anregung ehemaliger Schüler.⁶² Und im Jahre 2019 wurde eine Stele vor dem „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ errichtet, mit der an Hanne und Klaus Pohlmann erinnert wird. Von 1970 bis 2002 war Hanne Pohlmann dort als Lehrerin für die Fächer Französisch und Geschichte tätig. In zahlreichen Unterrichtsprojekten hat sie zusammen mit Schülerinnen und Schülern die Geschichte der Juden in Lemgo erforscht.⁶³

Wenige Wochen, bevor im November 1988 die Diskussionsveranstaltung über Ernst Werner und den Schulkonflikt stattfand, war in Lemgo die Dokumentations- und Begegnungsstätte Frenkel-Haus im ehemaligen Wohnhaus der jüdischen Familie Frenkel eröffnet worden. An die Stelle des Schweigens über die Geschichte der Juden, ihre Verfolgung in den Jahren der NS-Herrschaft und die Lemgoer Opfer des Holocaust war die Erinnerung an die Ermordeten und die Würdigung der Holocaust-Überlebenden getreten. Seine Rede über das pädagogische Anliegen von Ernst Werner, „aus Söhnen alter Nazis Menschen machen“, beendete Volkhard Brandes mit den Worten:

⁵⁹ THOMAS ZIEHE, Politik als Kulturschock. Zwiespältige Nachgedanken zur Studentenbewegung, in: JOHANNES BASTIAN (Hg.), 1968-1988. Eine Pädagogen-Generation zieht Bilanz, Hamburg 1988, 21.

⁶⁰ CHRISTINE VON HODENBERG, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018, 45-76.

⁶¹ BRANDES 2009, 341.

⁶² Ulrich Walter war einer der Mitveranstalter der Gedenkfeier für die ermordeten lippischen Juden, die am 10. Oktober 1948 im „Engelbert-Kaempfer-Gymnasium“ stattgefunden hatte. Diese bemerkenswerte Gedenkfeier war schon in den 50er Jahren weitgehend in Vergessenheit geraten. Vgl. HANNE POHLMANN/KLAUS POHLMANN/JÜRGEN SCHEFFLER, Lokale Erinnerung im Schatten der Vergangenheit. Die Gedenkfeier für die lippischen Juden in Lemgo 1948, Bielefeld 2009.

⁶³ JÜRGEN SCHEFFLER, Wegbereiter der Holocaust-Erinnerung in Lippe, in: LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE (Hg.), Verwischte Spuren. Erinnerung und Gedenken an nationalsozialistisches Unrecht in Westfalen – eine biografische Suche, Münster 2011, 46-57, hier 52-54.

„Umso mehr freut es mich, daß auch in Lemgo manches in Bewegung gekommen zu sein scheint. Ich habe nicht mehr das Gefühl, hier – wie noch in den fünfziger Jahren – ersticken zu müssen. Vielleicht hat dazu auch Ernst Werner, der bei Nacht und Nebel aus Lemgo Vertriebene, beigetragen. Mag es auch Jahre gedauert haben, bis das offen zu Tage trat. Und vielleicht war damit nicht umsonst, wofür er so rastlos und mit seiner ganzen Kraft eintrat. Zu wünschen ist es – ihm und uns.“⁶⁴

In seinem autobiografischen Rückblick auf die 60er Jahre hat Volkhard Brandes am Schluss das Resümee gezogen,

„[...] daß es eine Erfahrung gibt, die die Jahre überdauert hat und die heute so wichtig ist wie damals – die Kraft zum aufrechten Gang. [...] So lange ein Rest von Hoffnung bleibt, lebt auch der Widerstand gegen Resignation und Verzweiflung. Dieser Widerstand aber braucht, will er eine Zukunft haben, die Besinnung auf die Utopie.“⁶⁵

Als Vorbild für das Erlernen und Behaupten des aufrechten Gangs galt ihm lebenslang sein früherer Lehrer Ernst Werner. Freunde und Wegbegleiter haben in ihrer Traueranzeige an die „Kraft zum aufrechten Gang“ als Lebensmotto von Volkhard Brandes erinnert: „Aufrechter Gang/ widerständig und widerstreitig/freundlich. Einer, für den die Welt nicht so bleiben soll, wie sie ist.“⁶⁶

Nachbemerkung: Ich habe Volkhard Brandes im Jahre 1983 kennengelernt. Ich war als ehemaliger Schüler von Heinz Schultz eingeladen, an dem Gespräch teilzunehmen, das Volkhard Brandes, Reiner Steinweg und Frank Wende in Lemgo mit ihrem früheren Lehrer geführt haben. Auch Johannes Schultz, der Sohn von Heinz Schultz, nahm daran teil. In späteren Jahren habe ich Volkhard Brandes gelegentlich getroffen, auf Veranstaltungen oder zufällig, wenn er seine Mutter in Lemgo besucht hat. An dem Buch „Erziehung zum kritischen Denken“, das im Jahre 1993 zum 80. Geburtstag von Heinz Schultz erschien, habe ich mich mit einem Beitrag beteiligt. Den letzten Kontakt gab es im Sommer 2018, als Reaktion auf die Ausstellung „#mehralsdagegen. Schüler(protest)bewegungen 1968ff.“ im Museum Hexenbürgermeisterhaus (9. Juni bis 16. September 2018). Die Ausstellung war auf Anregung und in Zusammenarbeit mit Christiane Cantauw, Geschäftsführerin der LWL-Kommission für Alltagskultur, und Studierenden des Masterstudiengangs Kulturanthropologie an der Universität Münster erarbeitet worden. Volkhard Brandes hatte angeregt, den Schulkonflikt der 50er Jahre ebenfalls zum Thema einer Ausstellung im Lemgoer Museum zu machen. Da ich Mitte November 2019 in Ruhestand gegangen bin, konnte ich diese Idee in meiner Dienstzeit als Museumsleiter nicht mehr realisieren.

⁶⁴ BRANDES 1990, 22.

⁶⁵ BRANDES 1988, 196.

⁶⁶ Traueranzeige, in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 16./17. Mai 2020. Den Hinweis verdanke ich Dr. Andreas Ruppert.

Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld 1939 bis 1943

von Jürgen Hartmann

Einleitung

Wer sich als Historiker mit der Thematik der Deportationen der jüdischen Deutschen aus ihrer Heimat in die Ghettos und Vernichtungslager des Ostens befasst, stößt unweigerlich auf die regionale Gestapostelle als maßgebliche Organisatorin dieses Geschehens. Selten gerät dabei die erzwungene Verstrickung der regionalen wie lokalen Funktionsträger der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) ins Blickfeld. Die Tätigkeit ihrer Bezirks- wie Zweigstellen oder ihrer Vertrauensmänner, in der Regel handelte es sich dabei um die Vorsitzenden der zu Kultusvereinigungen umgewandelten Synagogengemeinden, bleibt zumeist unberücksichtigt. Dieses lag über Jahrzehnte hinweg neben einer unbefriedigenden Quellensituation auch darin begründet, dass die abgepresste Mitwirkung der RVJD ein für Holocaust-Überlebende schmerzvolles Thema darstellte.¹

Autoren wie Hans-Günther Adler, Hannah Arendt oder Raul Hilberg sahen die Rolle der jüdischen Zwangskörperschaften, ob Reichsvereinigung oder Judenräte, und ihrer Funktionäre sehr kritisch und fällten ein rigoroses Urteil. Sie seien willfährige Instrumente der Gestapo und damit des nationalsozialistischen Regimes zur Verwirklichung seiner Pläne der Vernichtung der deutschen wie europäischen Juden gewesen. Besonders Arendts Auffassung in ihrem Werk „Eichmann in Jerusalem“ von 1964 sorgte für Aufsehen:

„Diese Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte. [...] In Amsterdam wie in Warschau, in Berlin wie in Budapest konnten sich die Nazis darauf verlassen, dass jüdische Funktionäre Personal- und Vermögenslisten ausfertigten, die Kosten für Deportation und Vernichtung bei den zu Deportierenden aufbringen, frei gewordene Wohnungen im Auge behalten und Polizei zur Verfügung stellen würden, um die Juden zu ergreifen und auf die Züge bringen zu helfen – bis zum bitteren Ende, der Übergabe des jüdischen Gemeindebesitzes zwecks ordnungsgemäßer Konfiskation.“²

Diskussionen innerhalb der jüdischen Gemeinschaften hatte es bereits kurz nach Kriegsende gegeben. Sie flammten immer wieder auf, besonders anlässlich von Prozessen gegen Bedienstete des Reichssicherheitshauptamtes und der Gestapostellen, in denen mitunter auch die Rolle der Reichsvereinigung oder „jüdischer Spitzel“ thematisiert wurde. Die Frauenrechtlerin Klara

¹ ESRIEL HILDESHEIMER, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994, 212 f.

² HANNAH ARENDT, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, 209. Das Buch erschien 1963 zunächst in den USA. S. auch H. G. ADLER, Der verwaltete Mensch, Tübingen 1974, z.B. 355 und 382; RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1, Frankfurt 1994, 194 f.

Caro, die im Februar 1945 durch einen Transport mit freigekauften Juden aus dem Ghetto Theresienstadt in die Schweiz und später in die USA gelangen konnte, drückte im New Yorker *Aufbau* mit Blick auf das Verfahren gegen Heinrich Baab, von August 1942 bis Juni 1943 Leiter des „Judenreferates“ der Frankfurter Gestapo, in eindringlicher Weise ihre Verachtung aus:

„Bedauerlicherweise ist auch der Name der Reichsvereinigung in diesem Zusammenhang genannt worden. Die Angestellten der Reichsvereinigung waren die Einzigen, denen in den letzten Schreckensjahren der Zugang zu ‚arischen‘ Behörden gestattet war. So kam es, dass auch unter ihnen sich Schwächlinge fanden, die um scheinbarer Vorteile willen ihre Brüder verrieten. Aber sie trugen das Kainszeichen auf ihrer Stirn. Man kannte sie, und wenn sie mit dem allerletzten Transport ins KZ kamen (das war einer der Vorzüge, die sie sich erkauft hatten, zugleich mit dem Uriasbrief einer ‚bevorzugten‘ Behandlung), so wurden sie stillschweigend gemieden und waren ausgeschlossen von der Schicksalsgemeinschaft, die allein den inneren Halt, den Mut und die Möglichkeit des Ertragens gab.“³

Nach 1945 kam es in einzelnen Fällen zu Schieds- oder Ehrengerichtsverfahren der neu gebildeten jüdischen Gemeinden gegen überlebende und zurückgekehrte Funktionäre der RVJD. Auch im Fall des letzten Vertrauensmannes der nach dem Juni 1943 neuformierten Rest-Reichsvereinigung für die Regierungsbezirke Minden und Münster sowie das Land Lippe, Louis Sternberg aus Paderborn, sollte 1948 auf Betreiben der Jüdischen Gemeinden Bielefelds und Detmolds ein Schiedsgerichtsverfahren in Gang gesetzt werden.⁴

Jüngere Veröffentlichungen über die Reichsvereinigung kommen mit größerer zeitlicher Distanz und mit breiterer Quellenbasis zu anderen und zu differenzierteren Einschätzungen als Arendt, Adler oder Hilberg. Sie zeichnen vielmehr das Bild einer Organisation, die sich im Dilemma der „erzwungenen Verstrickung“ in die Deportationen befand und in diesem Geschehen über keine oder nur äußerst begrenzte Handlungsspielräume verfügte.⁵ Auf diese schwierige Gratwanderung ihrer Mitarbeiter hatte 1978 bereits Hans-Joachim Schoeps in einem Artikel für die Wochenzeitschrift *Die Zeit* hingewiesen.⁶

³ AUFBAU (New York) vom 14. April 1950.

⁴ Vgl. Vorgang Sternberg des Zentralkomitees der befreiten Juden in der Britischen Zone (Norbert Wollheim), 1948; in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ZA), B. 1/28 Nr. 104. Das Schiedsgerichtsverfahren sollte durch die Jüdische Gemeinde Bielefeld durchgeführt werden. Es wurde wegen eines Spruchgerichtsverfahrens gegen Hermann Peters, den letzten „Judenreferenten“ der Gestapostelle Bielefeld, ausgesetzt.

⁵ HILDESHEIMER 1994; BEATE MEYER, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

⁶ HANS-JOACHIM SCHOEPS, Doch nicht mitschuldig. Die Judenräte im historischen Urteil der Nachwelt; in: DIE ZEIT vom 24. November 1978. Aktuell in seinem im Mai 2019 in Rom gehaltenen Vortrag „Zwischen Kollaboration, Verrat und Handlungszwängen. Ein beklemmendes Kapitel europäisch-jüdischer Beziehungsgeschichte in der Zeit der Nazi-Herrschaft“; wiedergegeben unter <https://www.compass-infodienst.de/Julius-H-Schoeps-Zwischen-Kollaboration-Verrat-und-Handlungszwaengen.17360.0.html> (Aufruf: 7. Januar 2021).

Der nachfolgende Beitrag über die Bezirksstelle Westfalen der RVJD in Bielefeld vom Frühjahr 1939 bis zu ihrer Auflösung im Juni 1943 ist ein Resultat der Beschäftigung des Verfassers mit dem „Judenreferat“ der Gestapostelle Bielefeld, deren Ergebnisse noch veröffentlicht werden sollen.⁷ Der Beitrag vermag nur eine Annäherung an eine außergewöhnlich komplexe Thematik darzustellen. Weitere Studien zu den Verhältnissen vor Ort, besonders in Dortmund, sind wünschenswert. Die Weiterführung der RVJD in Form von Vertrauensmännern vom Sommer 1943 bis zum Ende des Nationalsozialismus soll in nächster Zeit am Beispiel des für die Regierungsbezirke Minden und Münster sowie das Land Lippe zuständigen Vertrauensmanns Louis Sternberg aus Paderborn behandelt werden.

Quellsituation und Forschungsstand

Tatsächlich gestaltet sich die Annäherung des Historikers an eine regionale Gliederung der RVJD, in diesem Fall an eine Bezirksstelle, beinahe noch schwieriger als die an die für die Region zuständige Gestapodienststelle. Für die anfangs 18 Bezirksstellen und die 16 Jüdischen Kultusvereinigungen (JKV)⁸ als Verwaltungsstellen im Reich gilt: originäres Aktenmaterial ist nicht mehr vorhanden. Sowohl für die Gestapoleitstelle Münster mit ihrer Außendienststelle Bielefeld als auch für die Gestapostelle Dortmund sind anders als für die Dienststellen in Düsseldorf oder Würzburg ebenfalls keine Bestände mehr erhalten. Die Akten wurden vor Einmarsch der US-Truppen im März 1945 vernichtet. Damit ist ein in die Tiefe gehender Einblick in das erzwungene „Zusammenwirken“ der Bezirksstelle Westfalen, ihrer einzelnen Zweigstellen und auch ihrer Vertrauensmänner mit den Verfolgungsbehörden nicht mehr möglich.

Zahlreiche Sachverhalte bleiben aufgrund dieser dürftigen Überlieferungssituation im Dunkeln und viele Fragen unbeantwortet. Dennoch lässt sich ein – wenn auch oftmals nicht tiefenscharfes – Bild der Organisation und des Wirkens der RVJD-Bezirksstelle Westfalen zeichnen. Ihre breit gefächerten Aufgabenbereiche und ihre umfangreiche Tätigkeit lassen sich mit Hilfe der Korrespondenz mit verschiedenen Behörden, von den Kommunalverwaltungen und der Ortspolizei über die Schulämter bis hin zu den Finanzbehörden, in den westfälischen und lippischen Landes- und Kommunalarchiven beleuchten. Außerdem findet sich noch ein Restbestand von Akten der RVJD-Zentralstelle im Bundesarchiv, welcher Einblicke sowohl in die inneren Abläufe als auch in die durch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und die untergeordneten Gestapostellen in perfider und skrupelloser Weise verursachte und stetig wachsende Drucksituation gewähren.⁹

⁷ Erste Ergebnisse der Studie wurden vom Verfasser in einem Vortrag mit dem Titel „Bürokraten der Vernichtung. Die Judenreferenten der Gestapo Bielefeld“ am 23. November 2017 in Detmold vorgestellt.

⁸ Jüdische Kultusvereinigung war die ab 30. Januar 1939 für alle jüdischen Gemeinden geltende Bezeichnung in Deutschland.

⁹ BUNDESARCHIV (BA), R 8150. Der Bestand wurde vom Verfasser nur teilweise ausgewertet. Eine umfassende Sichtung könnte weitere Erkenntnisse zutage fördern. Aktennotizen der Besprechungen des RSHA mit den Vertretern der RVJD-Zentrale finden sich als Kopie in der Sammlung Max Kreuzberger, s. LEO-BAECK-INSTITUTE (LBI), AR 7183.

Erfreulicherweise bieten weitere Überlieferungen die Möglichkeit, die Arbeit der Bezirksstelle, auch in der Phase der Deportationen, zu erhellen. Dazu zählen die Korrespondenz des von 1942 bis 1945 tätigen Vertrauensmannes Hans Grabowski aus Herford im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe¹⁰, vor allem aber die des von 1941 bis 1943 tätigen Vertrauensmannes Adolf Aron Schreiber aus Anröchte bei Soest im Archiv von Yad Vashem.¹¹ Bedauerlicherweise ist über den Verbleib der kurz nach Kriegsende noch vorhandenen Unterlagen des RVJD-Vertrauensmannes Louis Sternberg aus Paderborn, der bis zuletzt im Rahmen einer Rest-Reichsvereinigung für die Regierungsbezirke Minden und Münster sowie das Land Lippe zuständig war, nichts bekannt.¹² Diese Aussage gilt übrigens in gleicher Weise für die Jüdische Kultusvereinigung beziehungsweise Verwaltungsstellen Dortmund und Bielefeld oder die für das Land Lippe zuständige und bis Ende Juli 1942 existierende Zweigstelle in Detmold mit Eduard Kauders und Moritz Herzberg¹³ sowie für alle weiteren Büros in Westfalen. Und gleichfalls für den ab Mitte 1943 für den Regierungsbezirk Arnberg tätigen Vertrauensmann Dr. Max Rosenbaum.

Im Archiv des Leo Baeck Institute in New York sind in Sammlungen und Familiennachlässen weitere dienliche Dokumente erhalten, auch zu den Bielefelder Bezirksstellen-Mitarbeitern Dr. Max Ostwald und Karl Heumann.¹⁴ Eine Reihe von Aktenvermerken und Schreiben der RVJD-Zentralstelle findet sich in der Sammlung Max Kreutzbergers und im Nachlass des Ehepaares Walter und Johanna Rischowsky.¹⁵ Als Ergänzung erwiesen sich der Bestand der noch erhaltenen Karteikarten der RVJD-Zentrale, zu einem großen Teil bestehend aus Meldungen der Sterbefälle der Bezirksstellen und Jüdischen Kultusvereinigungen sowie Unterlagen der Gestapostellen Düsseldorf und Würzburg, die mittlerweile online im digitalen Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen verfügbar sind.¹⁶

¹⁰ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 109 Jüdische Kultusgemeinde Detmold und Herford, Nr. 1. Hans Grabowski (1890-1959) war Nachfolger des Ende Juli 1942 nach Theresienstadt deportierten Erich Hoffmann. Grabowski betreute bis 1945 die „Mischehen“ im Raum Herford.

¹¹ YAD VASHEM, O.8 Nr. 257 und 313. Adolf Aron Schreiber (1878-1961) war als Vertrauensmann für den Landkreis Lippstadt und für die Stadt Soest tätig. Seine Unterlagen gestatten einen Einblick in die von der Gestapostelle Dortmund aufgezwungene Mitarbeit (Zuarbeit für die Kartothek, Erfassung von im Regierungsbezirk Arnberg bzw. im Kreis Lippstadt lebenden Juden und „Mischlingen“ nach verschiedenen Kriterien, Fürsorgeangelegenheiten, Zusammenlegung in „Judenhäuser“, Vermögensseizug, Organisation der Deportationen, Mitwirkung an Teillisten von für die Transporte vorgesehenen Personen). Der Bestand enthält auch von der RVJD-Bezirksstelle Westfalen versendete Rundschreiben und Anweisungen.

¹² Zu Louis Sternberg (1890-1968) existiert eine schmale Akte im Restbestand der RVJD-Zentrale von 1943, die allerdings wenig Aufschlussreiches bietet. Vgl. BA, R 8150 Nr. 728.

¹³ Eduard Kauders (1886, für tot erklärt) und Moritz Herzberg (1880-1944) wurden Ende Juli 1942 mit ihren Angehörigen nach Theresienstadt deportiert. Zu Herzberg vgl. GUDRUN MITSCHKE-BUCHHOLZ, Lebenslängliche Reise. Briefe der jüdischen Familie Herzberg 1939-1946. Bielefeld 2013. Darin findet sich auf Seite 78 auch eine Fotografie des Türschildes des Detmolder RVJD-Büros aus der Sammlung Wolfgang Haney (Berlin).

¹⁴ LBI, Ostwald Family Collection (Martin Ostwald), AR 11029; Egon Fromm Family Collection, AR 25107. Egon Fromm war verheiratet mit Carola Heumann, einer in die USA emigrierten Schwester Karl Heumanns.

¹⁵ LBI, Walter und Johanna Rischowsky Collection, AR 25033; Max Kreutzberger Collection, AR 7183.

¹⁶ ARCHIV DES INTERNATIONALEN SUCHDIENSTES, Bad Arolsen (ITS Digital Archive), Bestand DE ITS 1.2.4.1. Die 32.300 Karten (Verstorbenen-, Emigranten- und Ausländerkartei) sind digitalisiert und online recherchierbar.

Erwähnt werden muss das umfangreiche Internetangebot www.statistik-des-holocaust.de, welches, von Thomas Freier mit Akribie und Leidenschaft betrieben und gepflegt, zahlreiche Informationen und Dokumente zu den Deportationen aus dem Reichsgebiet und zur „Statistik“ der Reichsvereinigung bereithält. Ebenfalls als nutzbringend stellte sich die Sichtung des vom 28. November 1938 bis Anfang Juni 1943 erschienenen *Jüdischen Nachrichtenblatts* heraus. Neben Bekanntmachungen, Verlautbarungen, Notizen zum immer stärker eingeschränkten Gemeindeleben und Beiträgen zu den Themen Auswanderung und Umschulung enthält das unter der Zensur des RSHA stehende Periodikum aufschlussreiche Klein-, Stellen- und Familienanzeigen.¹⁷

Mit Esriel Hildesheimer, Gudrun Maierhof und Beate Meyer haben sich drei Historiker in jüngerer Zeit um die Erforschung der Reichsvereinigung verdient gemacht. Hildesheimer war der erste, welcher ihr eine Monographie widmete und sich nachdrücklich gegen die harte Beurteilung durch Arendt und Adler wendete. Hervorzuheben sind insbesondere die Arbeiten von Beate Meyer. In mehreren Aufsätzen und einer beeindruckenden Studie hat sie sich ausgiebig mit der Organisation, dem Leitungspersonal, der täglichen Arbeit, vor allem jedoch auch mit dem erzwungenen Zusammenspiel mit Gestapo und nationalsozialistischen Behörden, der „tödlichen Gratwanderung“ der RVJD-Funktionäre, befasst.¹⁸

Hinweis

Biographische Angaben zu vielen im Beitrag aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksstelle Westfalen, der JKV Dortmund und Bielefeld wie zu weiteren in Westfalen für die RVJD tätigen Personen finden sich in einem Verzeichnis im Anhang.

I Die Bezirksstelle Westfalen bis zum Auswanderungsverbot im Herbst 1941

1 Die RVJD, ihre Organisation und ihre Aufgaben

Im Februar 1939 wurde aus der im September 1933 gegründeten Reichsvertretung der Juden heraus die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) als letzte selbständige jüdische Interessenvertretung gebildet.¹⁹ Dem gingen langwierige Verhandlungen mit der Gestapo und große Differenzen mit der Berliner Gemeinde voraus. Im Zusammenhang mit der staatlichen

¹⁷ Herausgeber des von Goebbels genehmigten Blattes war anfangs der Jüdische Kulturbund, der bis zu seiner Auflösung im September 1941 neben der RVJD existierte. Es erschien anfangs zweimal (dienstags und freitags), ab 20. Juni 1941 nur noch einmal in der Woche. Klein- und Familienanzeigen wurden Mitte Dezember 1942 verboten. Zuletzt bestand die Zeitung nur noch aus einem Blatt. Dazu REINER BURGER, Von Goebbels Gnaden. Jüdisches Nachrichtenblatt (1938-1943), Münster 2001.

¹⁸ HILDESHEIMER 1994; GUDRUN MAIERHOF, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933-1943, Frankfurt 2002; MEYER 2011. Zur Überführung der jüdischen Fürsorge in die RVJD s. WOLF GRUNER, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942), Oldenburg 2002.

¹⁹ JÜDISCHES NACHRICHTENBLATT (JNB) vom 17. Februar 1939.

Gewaltaktion vom 9./10. November 1938 waren Organisationen wie der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), die Zionistische Vereinigung, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) oder auch der Jüdische Frauenbund aufgelöst worden. In der RVJD gingen diese Verbände wie alle weiteren Vereine, aber auch Stiftungen auf. Im Mai 1939 wurde der Hilfsverein der deutschen Juden als Abteilung Wanderung eingegliedert. Zwei Organisationen durften vorerst noch weiter eigenständig existieren: das Palästina-Amt der Jewish Agency in Deutschland wurde im April 1941, der Jüdische Kulturbund im September 1941 eingegliedert. Die RVJD war letztlich auch Dachorganisation der Synagogengemeinden, die bereits mit Gesetz vom 28. März 1938 den Status von Körperschaften öffentlichen Rechts verloren hatten und zu Kultusvereinigungen, die nun dem Vereinsrecht unterlagen, degradiert worden waren. Dieser Prozess der Zentralisierung war bereits von der Reichsvertretung in der Absicht der Neuorganisation der jüdischen Selbstverwaltung in Gang gesetzt worden. Die Landesverbände der israelitischen Gemeinden waren am 27. Juli 1938 in der neugestalteten Reichsvertretung der Juden aufgegangen. Sie arbeiteten auch in der Nachfolgeorganisation RVJD als deren Bezirksstellen weiter.

Mit der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 wurde die RVJD schließlich in eine völlig vom Reichsinnenministerium abhängige Zwangsorganisation umgewandelt. Kurz nach Kriegsbeginn übernahm das neugebildete RSHA die Funktion als „Aufsichtsbehörde“.²⁰ Die Bezirksstellen und Jüdischen Kultusvereinigungen im Deutschen Reich unterstanden damit der Weisungshoheit und der Willkür der regionalen Gestapostellen, insbesondere der dortigen „Judenreferate“ und „Judenreferenten“. Die Mitgliedschaft in der RVJD war für alle Personen, die nach den „Nürnberger Gesetzen“ vom September 1935 als Juden galten, verpflichtend.

Die Zentrale der RVJD befand sich wie die der Reichsvertretung in der Kantstraße 158 in Berlin-Charlottenburg. Hier hatte zuvor auch der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden seinen Sitz. Im vom Innenministerium bestimmten Vorstand saßen mit Leo Baeck, Heinrich Stahl, Otto Hirsch, Paul Eppstein und anderen prominente Vertreter des deutschen Judentums. Die Zentrale gliederte sich 1939 in die Finanz- und Gemeindeabteilung, die Abteilung Wanderung (ehemals Hilfsverein), den Bereich Auswanderervorbereitung, die Schulabteilung und die Abteilung Fürsorge.²¹ Insgesamt arbeiteten am 1. Juni 1940 926 Mitarbeiter in der Zentrale und in den Bezirksstellen im Reichsgebiet.²² Dabei handelte es sich um die reine Verwaltung, nicht enthalten war das Personal in Alten- und Siechenheimen, in Krankenhäusern und Anstalten, in Schulen und Kinderheimen, in weiteren Einrichtungen (Gemeinschaftsküchen, Werkstätten, Umschulungslagern), sowie in den größeren und kleine-

²⁰ Der Terminus Aufsichtsbehörde findet sich regelmäßig in den Dokumenten der RVJD-Zentrale für das RSHA, wie auch in den Rundschreiben der Bezirksstelle für die zuständige Gestapostelle.

²¹ Der Organisationsplan ist abgedruckt im JNB vom 21. Juli 1939.

²² Vgl. Aktennotiz Nr. 13 der RVJD-Zentrale, 26./28. Februar 1941; in: BA, R 8150 Nr. 45. Die Angaben dort beziehen sich auf das Personal der Zentrale, sowie der Beratungs- (Abt. Wanderung bzw. ehem. Hilfsverein) und Bezirksstellen. Nach Auflagen des RSHA erfolgte ein Abbau zum 1. Oktober 1940 auf 775 Mitarbeiter. Am 1. Januar 1941 betrug die Zahl 756, wovon weitere 250 Mitarbeiter entlassen werden sollten.

ren Kultusvereinigungen. Beate Meyer geht davon aus, dass im September 1941 reichsweit etwa 6.000 Frauen und Männer in verschiedensten Funktionen für die RVJD tätig waren.²³

Die Aufgaben der RVJD lagen, so schrieb es Artikel I § 2 Absatz 1 der Verordnung vom Juli 1939 fest, primär in der Förderung und der Organisation der Auswanderung sowie der dafür notwendigen Umschulung, Fortbildung und Berufsbildung. Zweite wesentliche Aufgabe war die rapide steigende Wohlfahrtspflege für verarmte, kranke und alte Menschen. Einen weiteren gewichtigen Bereich stellte die Verantwortung für das Schulwesen dar. Die Finanzierung der umfangreichen Aufgaben der RVJD erfolgte durch Pflichtbeiträge und Spenden der Mitglieder, die seit Mai 1939 geltende „Auswandererabgabe“, teilweise durch die Einnahmen aus Immobilienverkäufen sowie durch die Unterstützung von emigrierten Juden und ausländischen jüdischen Organisationen.²⁴ Der Verkauf von Synagogengebäuden und –ruinen, der Friedhöfe und weiterer Immobilien, darunter später die Kinder- und Altenheime, wurde durch die Gemeindeabteilung abgewickelt. Neben diesen großen Aufgaben oblag der RVJD aber auch im durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen fortwährend enger geschnürten Alltag die Unterstützung des kargen Gemeindelebens.²⁵

Als halboffizielles Organ der RVJD diente die letzte noch existierende jüdische Zeitung, das vom RSHA kontrollierte *Jüdische Nachrichtenblatt*. Diese wurde vom Jüdischen Kulturbund herausgegeben und ging erst mit dessen Auflösung im September 1941 gänzlich in die Verantwortung der RVJD über. Die letzte Nummer des Blattes erschien in seiner für das „Altreich“ geltenden Berliner Ausgabe am 4. Juni 1943.

2 Die Anfänge der Bezirksstelle in Bielefeld 1939

Die Herausbildung der RVJD außerhalb Berlins vollzog sich in einem über mehrere Monate dauernden Prozess. Anfang Februar 1939 setzte die RVJD als Nachfolgerin der Reichsvertretung die Gemeinden über 500 Seelen von ihrer Bildung als Gesamtorganisation aller Juden in Deutschland in Kenntnis. Sie übermittelte zugleich die Satzung der Reichsvereinigung sowie eine Mustersatzung für die Kultusvereinigungen, die damit zu Ortsvereinigungen der RVJD wurden.²⁶ Die Paragraphen 15 und 17 der Satzung der RVJD bestimmten, dass die Zentrale in Berlin den JKV auch über ihren eigenen lokalen Wirkungskreis hinaus Aufgaben zuteilen konnte. Selbständig blieben die JKV damit nur in der Erfüllung der Kultusaufgaben.

Die RVJD umfasste 1939 18 Bezirksstellen innerhalb des Reichsgebietes, dabei handelte es sich im Wesentlichen um die früheren Landesverbände jüdischer Gemeinden. Dazu kamen 16 noch selbständige größere Jüdische Kultusvereinigungen (JKV), darunter in Westfalen die in Dort-

²³ MEYER 2011, 182.

²⁴ Vgl. die Aufrufe „Du musst helfen!“ und „Denkt an die Juden im Reich“ im AUFBAU vom 15. November 1939 und 1. März 1940.

²⁵ Die umfangreiche Arbeit der Bezirksstellen wurde in einem Artikel mit dem Titel „Träger jüdischer Arbeit“ von Dr. Fritz Grunsfeld (1908-1991) im JNB vom 19. März 1940 behandelt. Grunsfeld war Bezirksstellenleiter in Leipzig.

²⁶ RVJD-Rundschreiben, 3. Februar 1939; in: LBI, JER 556, box 1 folder 3; sowie vom 14. Februar 1939; in: LBI, JER 556, box 1 folder 1. Zur Bildung der RVJD s. auch JNB vom 17. Februar 1939.

mund. Ausschlaggebend dafür, dass Bielefeld und nicht Dortmund, Sitz der weitaus größten Kultusvereinigung in Westfalen, Standort der Bezirksstelle wurde, war, dass dort im Haus Goldbach 44 der 1881 gegründete Verband der Synagogengemeinden Westfalens ansässig war. Weitere Konstellationen erwiesen sich ebenfalls als sehr günstig. Eine besonders wichtige Aufgabe stellte die seit Jahresbeginn 1939 aufgebürdete Wohlfahrtspflege für sämtliche Juden in Deutschland dar. In Bielefeld befanden sich zwei dafür bedeutsame Organisationen.

Als „Keimzelle“ der Bezirksstelle ist der Soziale Ausschuss für jüdische Wohlfahrtspflege in Westfalen anzusehen, der erst im Gebäude Goldbach 44 und zuletzt am Sitz der Kultusvereinigung in der Niedernstraße 15 untergebracht war. Leiter dieses 1922 gegründeten Verbandes war der im Juni 1939 in die USA ausgewanderte Rabbiner Dr. Hans Kronheim.²⁷ Im Sozialen Ausschuss bereitete man sich bereits im Frühjahr 1939 auf die künftigen Erfordernisse in der Wohlfahrtspflege vor und suchte in einer „westfälischen Großstadt“ Räumlichkeiten für ein Altersheim.²⁸ Eine Rolle spielte außerdem die 1933 auf Initiative des Rechtsanwaltes Dr. Willy Katzenstein gegründete Provinzialstelle für jüdische Wohlfahrtspflege (1938: für jüdische Wirtschaftshilfe) in Westfalen. Katzenstein leitete diese Provinzialstelle, die sich in seinem Wohnhaus in der Viktoriastraße 24 befand.²⁹

Dazu gesellte sich eine für das Ziel der Nationalsozialisten, die Auswanderung des jüdischen Bevölkerungsteils voranzutreiben, maßgebliche Organisation. Es handelte sich um den 1901 gegründeten Hilfsverein der Juden in Deutschland. Dieser hatte, was wiederum Verdienst Katzensteins war, im März 1936 ein Büro in Bielefeld eröffnet. Katzenstein amtierte auch hier als Leiter.³⁰ Die Beratungsstelle befand sich ebenfalls in seinem Wohnhaus. Um 1937/38 existierten 16 Beratungsstellen des Hilfsvereins im Reichsgebiet. Zu der in Bielefeld gehörten die Provinz Westfalen, das Land Lippe und vom Regierungsbezirk Osnabrück die Kreise Grafschaft Bentheim, Osnabrück (mit Stadt Osnabrück), Melle und Wittlage.³¹ Der Hilfsverein ging im April 1939 reichsweit als Abteilung Wanderung in der RVJD auf.³²

Obwohl die JKV Bielefeld keine 1.000 Seelen umfasste, kam ihr offenbar als Sitzgemeinde der herauszubildenden Bezirksstelle eine besondere Rolle zu. Neben der JKV Dortmund durfte sie anfangs Tätigkeiten der RVJD über ihr Hoheitsgebiet hinaus übernehmen, also Dortmund für den Regierungsbezirk Arnsberg, Bielefeld für die Regierungsbezirke Minden und Münster

²⁷ Schreiben JKV Bielefeld (Max Hirschfeld) an Dr. Hans Kronheim, 2. April 1940; in: LBI, Hans Kronheim Collection, AR 3156.

²⁸ Anzeige im JNB vom 17. Februar 1939.

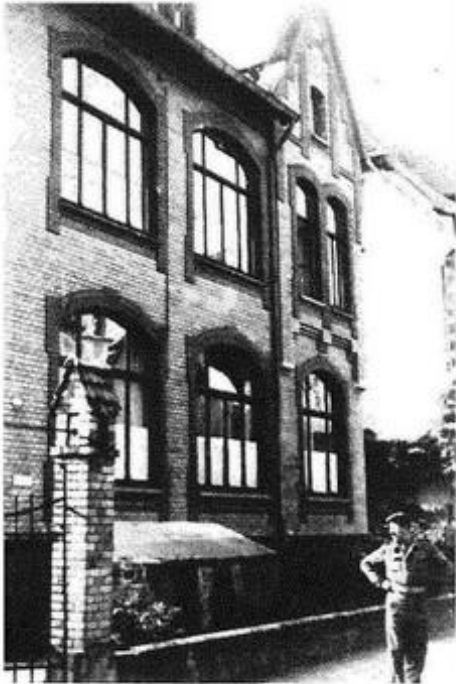
²⁹ Zu Katzenstein s. Würdigungen zum 60. Geburtstag in der JÜDISCH-LIBERALEN ZEITUNG vom 7. September 1934 sowie anlässlich seiner Emigration im JNB vom 24. Mai 1939. Katzenstein war im Januar 1938 für den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden als stellvertretendes Mitglied in den Rat der Reichsvertretung gerückt.

³⁰ Ein Bericht Katzensteins vom 4. Juni 1936 über die Arbeit des Büros und seine Arbeit als Auswandererberater mit zahlreichen statistischen Angaben findet sich in: LBI, AR 7183, box 7 folder 1.

³¹ S. Übersicht in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU vom 19. Oktober 1937. Einem weiteren Zeitungsbericht zufolge bearbeitete das Büro in Bielefeld um 1937/38 täglich etwa 60 Fälle. Vgl. DER ISRAELIT vom 17. Februar 1938. Zur Praxis der Unterstützung s. die Korrespondenz der Synagogengemeinde Detmold mit der Bielefelder Stelle des Hilfsvereins von 1937 bis 1938. ZA, B 1/34 Nr. 96, 787, 798 und 882.

³² Vgl. JNB vom 28. April 1939.

sowie das Land Lippe. Dieses war ab März 1939 mit der Einziehung der Auswandererabgabe der Fall.³³



*Abb. 1: Laerstraße 9, ca. 1945/46.
(Quelle: unbekannt. Aus:
MINNINGER/MEYNERT/SCHAEFFER
1985, 300).*



*Abb. 2: Laerstraße 9, Februar 2021.
(Foto: Jürgen Hartmann).*

Die genannten Organisationen bildeten das Fundament der Bezirksstelle Westfalen, die sich erst ab Mitte 1939 deutlicher herausbildete. Die Abteilung Wanderung, die ehemalige Beratungsstelle des Hilfsvereins, zog Ende Mai von der Viktoriastraße in die Laerstraße 9.³⁴ Der Umzug war der Auswanderung Katzensteins nach England geschuldet, aber auch der Zusammenführung der verschiedenen Organisationen unter einem Dach in einem Haus. Das Gebäude Laerstraße 9 gehörte der Witwe Julie Stern, deren Familie früher Inhaberin einer Wäschefabrik war. Die anfängliche Entwicklung lässt sich nicht genau nachvollziehen. Details dazu gehen auch nicht aus den vorhandenen Rundschreiben oder dem Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939 hervor.³⁵ Als relativ sicher kann gelten, dass kurz nach der gesetzlichen „Anerkennung“ der RVJD durch das nationalsozialistische Regime am 4. Juli 1939 die Bezirksstelle Westfalen bereits weitgehend arbeitsfähig war.

³³ Bekanntmachungen im JNB vom 3. und 24. März 1939.

³⁴ Zum Umzug der Abteilung Wanderung vgl. JNB vom 2. Juni 1939.

³⁵ RVJD-Rundschreiben Nr. 841, 18. September 1939; in: LBI, Collection Reichsvertretung der deutschen Juden, AR 221 box 1 folder 16, sowie Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939, S. 3 f.; in: LBI, AR 221 box 1 folder 10.

3 Der Zuständigkeitsbereich und die Struktur der Bezirksstelle

Der Zuständigkeitsbereich der Bezirksstelle Westfalen umfasste neben den Regierungsbezirken Arnsberg, Minden und Münster noch das Land Lippe. Die JKV Dortmund und in eingeschränkter Weise die JKV Bielefeld blieben als Verwaltungsstellen vorerst für ihre jeweiligen Gemeindebereiche eigenverantwortlich. Verantwortlich waren die Bezirksstelle Westfalen und die JKV Dortmund im Frühjahr 1939 für etwa 8.200 jüdische Bürger, die in den Regierungsbezirken Arnsberg, Minden und Münster sowie im Land Lippe lebten.³⁶ Insgesamt lebten damals noch 213.930 von den Nationalsozialisten als „Rassejuden“ kategorisierte Menschen im „Altreich“.

Volkszählung vom 17. Mai 1939	„Rassejuden“
Regierungsbezirk Arnsberg	3.986
Regierungsbezirk Minden	1.805
Regierungsbezirk Münster	2.173
Land Lippe	226
insgesamt	8.190

Tabelle 1: Ergebnisse der Volkszählung vom 17. Mai 1939 in Westfalen und Lippe

Das Zuständigkeitsgebiet der Bezirksstelle war 1939 nicht deckungsgleich mit dem der drei westfälischen Gestapostellen Münster, Bielefeld und Dortmund. So zählte zu den drei Regierungsbezirken Arnsberg, Minden und Münster zwar das Land Lippe dazu, nicht aber das seit April 1935 ebenfalls zum Bereich der Gestapostelle Bielefeld gehörende Land Schaumburg-Lippe. Dieses unterstand wie der von 1941 bis 1944 der Gestapoleitstelle Münster unterstellte Regierungsbezirk Osnabrück mit der Gestapostelle Osnabrück bis zu ihrer Auflösung im Juni 1942 der RVJD-Bezirksstelle Hannover-Kassel. Beide Bereiche, das Land Schaumburg-Lippe wie der Regierungsbezirk Osnabrück, wurden anschließend in das Zuständigkeitsgebiet der Bezirksstelle Westfalen integriert. Die Mitarbeiter der Bezirksstelle standen also mit der Gestapoleitstelle Münster sowie den Gestapostellen Dortmund und Bielefeld in permanentem Kontakt.³⁷

Im Lauf der vierjährigen Existenz der Bezirksstelle Westfalen kam es fortwährend zu Neustrukturierungen der RVJD. Nach einer Anordnung des Reichsinnenministeriums vom 27. Mai 1941 durften nur noch JKV über 1.000 Seelen eigenständig agieren, alle anderen wurden als regionale Zweigstellen den RVJD-Bezirksstellen untergeordnet.³⁸ Zu jenem Zeitpunkt blieb in

³⁶ Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Mai 1939 lebten in folgenden Städten noch mehr als 100 Juden: Dortmund (1.530), Gelsenkirchen (738), Bielefeld (409), Bochum (351), Münster (335), Herne (189), Hagen (150), Recklinghausen (145), Herford (126), Paderborn (125), Hamm (113) und Minden (105). In Lippe: Detmold (66), Lemgo (28) und Salzuflen (17).

³⁷ Die Gestapostelle Bielefeld wurde mit dem 1. Juli 1941 der Leitstelle Münster als Gestapoaußendienststelle untergeordnet. Die Vertrauensmänner der größeren JKV standen in Kontakt mit den „Judenreferenten“ der Außendienststellen wie Recklinghausen, Gelsenkirchen, Paderborn, Bochum, Hagen oder Hamm.

³⁸ Die Anordnung hatte zur Folge, dass die Jüdischen Kultusvereinigungen unter 1.000 Mitgliedern aus den Vereinsregistern gelöscht wurden. Vgl. das Beispiel Bocholt, wo diese Löschung auf Antrag der Gestapoleitstelle

Westfalen nur die JKV Dortmund mit 1.222 Seelen (Stand: 1. Juni 1941) von dieser Maßnahme ausgeschlossen. Die JKV Bielefeld als Verwaltungsstelle ging dagegen Mitte 1941 in der Bezirksstelle Westfalen auf. Der JKV-Vorsitzende Max Hirschfeld blieb als Vertrauensmann der RVJD für die Bielefelder Juden zuständig und kam bis zu seiner Deportation Ende Juli 1942 nach Theresienstadt in einem Büro der Bezirksstelle unter.³⁹ Nach Hirschfelds Deportation übernahm Karl Heumann aus der Bezirksstelle dessen Zuständigkeit für die Juden in Bielefeld.

An der Spitze der Verwaltungsstelle Dortmund stand bis Sommer 1941 der Vorstandsvorsitzende Arthur Rosenberg. Er wurde im Juli durch die RVJD-Zentrale abberufen, weil er sich mit weiteren Angestellten der JKV gegen Gehaltskürzungen gewendet hatte. Die Zentrale berief ebenfalls die verbliebenen Vorstandsmitglieder Hermann Cahnstein und Dr. Julius Sondheim ab und übertrug die Geschäftsführung übergangsweise dem Bezirksstellen-Leiter Dr. Ostwald. Im August 1941 schließlich kam es zur Bildung eines neuen Vorstandes. Die Leitung lag nun in den Händen des ehemaligen Rechtsanwaltes Willi Meier, als Stellvertreter unterstützten ihn der Büroangestellte Fritz Wolff und der frühere Amtsgerichtsrat Dr. Max Rosenbaum.⁴⁰ Rosenbaum führte die kleine Fürsorgeabteilung, bis er im März 1942 im Zuge des Personalabbaus entlassen wurde.⁴¹ Ihm zur Seite stand die Fürsorgerin Martha Schenkman.

Daneben existierten bis 1941/42 Büros als Zweigstellen der Bezirksstelle in den meisten Städten, in denen es noch eine größere Anzahl jüdischer Bürger gab, unter anderem in Gelsenkirchen (Hugo Sternfeld), Münster (Dr. Erich Simons), Minden (Sally Katzenstein), Herford (Erich Hoffmann) und Paderborn (Siegfried „Fritz“ Kahn). Leiter dieser in Gemeinderäumlichkeiten oder in Wohnungen befindlichen Büros waren in der Regel die Vorsitzenden der Kultusvereinigungen. Sie fungierten als Ansprechpartner der Bezirksstelle vor Ort. Anderenorts wurden Bereiche zusammengefasst. Dieses war beispielsweise für das Land Lippe der Fall, wo ein Büro in Detmold mit Eduard Kauders und als Stellvertreter Moritz Herzberg bestand. In den kleinen Gemeinden wie Lemgo amtierten die Vorsitzenden als Vertrauensmänner, die den regionalen Büros zuarbeiteten und nur selten direkten Umgang mit der Bezirksstelle oder gar mit der Gestapo pflegten.

Die RVJD bemühte sich um die Auflösung der Kleingemeinden und darum, die wenigen verbliebenen jüdischen Bewohner eines Ortes nicht nur an eine Zweigstelle anzuschließen, sondern möglichst ihren Umzug in größere Städte zu forcieren. Diese Konzentrierung geschah auch im Rahmen der so genannten Wohnungszusammenlegung. Besonders im Verlauf der Deportationen kam es ständig zu personellen und zu organisatorischen „Anpassungen“. Diese

Münster Ende Juli 1941 vorgenommen wurde. Dazu JOSEF NIEBUHR/HERMANN OECHTERDING, Buch der Erinnerung. Juden in Bocholt 1938-1945, Bocholt 2013, 107 f.

³⁹ Unter dem Briefkopf „Verwaltungsstelle Bielefeld“ berichtete Max Hirschfeld (1897-1958) dem 1938 in die USA ausgewanderten Rabbiner Dr. Hans Kronheim (1885-1958) von dieser Entwicklung. Vgl. Hirschfeld an Dr. Kronheim, 11. November 1941; in: LBI, AR 3156. S. dazu auch RVJD an Bezirksstellen und JKV unter 1.000 Seelen, 14. Mai 1941; in: LBI, AR 4830, box 1 folder 1.

⁴⁰ Vgl. Vorgang, Juni-August 1941; in: BA, R 8150 Nr. 7.

⁴¹ Liste der im Februar und März 1942 ausgeschiedenen Angestellten der RVJD, ca. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55. Rosenbaum wurde Mitte 1943 die Funktion des Vertrauensmannes für den Regierungsbezirk Arnberg übertragen.

spiegelten sich im Wegfall von Bezirksstellen und eigenständigen JKV und in den internen Kennungen. In den erhaltenen Monatsstatistiken der Zentrale von Juli 1940 bis März 1943 wurde bis Mai 1941 für Westfalen nur die Bezirksstelle geführt, und zwar mit der Kennung IX. Darin befanden sich auch die Angaben der JKV Dortmund. Nach einer Neustrukturierung – bedingt durch die Auflösung von JKV unter 1.000 Seelen – wurden ab Juni 1941 die JKV Dortmund mit der Kennung IV und die Bezirksstelle Westfalen mit der Kennung XX geführt. Bei einer weiteren administrativen Neuordnung zum Juli 1942 erhielt die Bezirksstelle Westfalen die Kennung XI, nun fiel die Eigenständigkeit der JKV Dortmund fort.⁴²

4 Die personelle Besetzung der Bezirksstelle

Die Bezirksstelle unterlag seit Beginn ihres Bestehens zahlreichen personellen Veränderungen. Anfangs hingen diese mit dem Aufbau und den wachsenden Aufgaben zusammen. Der Druck durch die Machthaber, die Emigration zu forcieren, hatte die Einstellung zusätzlicher „Auswandererberater“ erforderlich gemacht. Daneben war mit dem raschen Anstieg der Fürsorgeleistungen weiteres Personal notwendig. 1939/40 musste für emigrierte Mitarbeiter geeigneter Ersatz gefunden werden. Der rapide schmelzende Etat der RVJD zog Kündigungen und ab 1941 für fast alle Beschäftigten Gehaltskürzungen nach sich. Auch wenn Aufgaben zentral von der Hauptstelle in Berlin übernommen wurden, darunter die Einrichtung der Umschulungslager in Bielefeld und Paderborn oder der Betrieb des Kinderheims in Paderborn sowie der Altersheime in Unna, Bielefeld und Detmold, oblag es der Bezirksstelle, damit zusammenhängende Aufträge vor Ort abzuwickeln. Mit einer immer geringer werdenden Personalausstattung hatte die Bezirksstelle eine hohe Verantwortung für ein ausgesprochen breites Aufgabenspektrum in einem flächenmäßig großen Bereich zu tragen. Zuletzt belastete der im Zusammenhang mit den Deportationen von dem RSHA und der Berliner Zentrale immer wieder erzwungene Personalabbau die Arbeit.

Als erste Leiterin der Bezirksstelle Westfalen fungierte die Volkswirtin Dr. Rosa Karfiol.⁴³ Sie war offensichtlich im Frühjahr 1939 über den Sozialen Ausschuss angestellt worden. Rosa Karfiols Zuzug in Bielefeld ist mit dem 9. Februar verzeichnet.⁴⁴ Die damals vierzigjährige Frau kam aus Köln, wo sie auch promoviert worden war und dem Jüdischen Frauenbund angehörte. Sie war mit der Wohlfahrtspflege und Jugendarbeit bestens vertraut. Bereits nach drei Monaten

⁴² Die reichsweite Verringerung der regionalen Gliederungen im Zuge der Deportationen setzte sich bis zum Juni 1943 fort, die Kennung der Bezirksstelle Westfalen änderte sich noch weitere Male: im Dezember 1942 zu VIII, im Februar 1943 zu IX und im März 1943 zu X.

⁴³ Karfiol hatte sich bereits als Studentin der Themen „jüdische Jugendämter“ und „deutsche Frauenbewegung“ angenommen. Sie war seit etwa 1931 im Jüdischen Arbeitsnachweis der Synagogengemeinde Köln als Geschäftsführerin tätig. In der Beilage Die C.V.erin der CV-ZEITUNG umriss Karfiol die damaligen Aussichten in verschiedenen Frauenberufen. Vgl. CV-ZEITUNG vom 11. März 1932, s. auch ROSI KARFIOL, Mittelstandsprobleme. Köln 1934. Zum Studium Karfiols s. Unterlagen im HISTORISCHEN ARCHIV DER UNIVERSITÄT KÖLN. Für Auskünfte danke ich Diplom-Bibliothekarin Waltraud Holst.

⁴⁴ Die in diesem Beitrag angegebenen Meldedaten der RVJD-Mitarbeiter in Bielefeld basieren – soweit nicht anders angegeben – auf MONIKA MINNINGER/JOACHIM MEYNERT/FRIEDHELM SCHAEFFER, Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld 1933-45. Eine Dokumentation jüdischer Einzelschicksale, Bielefeld 1985.

allerdings begann sie mit den Vorbereitungen für eine Auswanderung nach England. Im Januar 1940 verzog sie in ihren Heimatort Elberfeld, von wo aus sie kurz darauf in die USA emigrierte.⁴⁵

Offizielle Stellvertreterin Karfiols war Sophie Koritzer. Sie leitete die aus dem Sozialen Ausschuss und der Provinzialstelle für jüdische Wirtschaftshilfe hervorgegangene Fürsorge-Abteilung.⁴⁶ Zuvor hatte sie als Haushälterin und Kinderfrau beim jüdischen Rechtsanwalt Dr. Julius Kamp in Bielefeld gearbeitet und war nebenbei als Jugendleiterin tätig gewesen. Wahrscheinlich war sie in die vom Sozialen Ausschuss organisierten Kinder- und Jugendfreizeiten eingebunden.⁴⁷ Möglicherweise hatte sie ihre Arbeit gemeinsam mit Rosa Karfiol im Frühjahr 1939 aufgenommen. Ihr Gehalt als Fürsorgerin bei der RVJD betrug 1940 monatlich 200 Reichsmark brutto, 1942 waren es nur noch 163 Reichsmark.⁴⁸

Die Nachfolge Dr. Rosa Karfiols in der Leitung trat der ehemalige Dortmunder Rechtsanwalt und Notar Dr. Max Ostwald an. Der Großteil der Bezirksstellen wurde von Akademikern, nunmehr vorwiegend Juristen, geleitet. Ostwald, der früher für den CV Rechtsfälle übernommen hatte, war im November 1938 in das KL Sachsenhausen verschleppt und mit der Auflage der Gestapo entlassen worden, seine Auswanderung zu betreiben. Seine beiden Söhne waren mit einem Kindertransport über Holland nach England gekommen.⁴⁹ Auch das Ehepaar Ostwald plante seine Auswanderung. Das Umzugsgut sollte Ende Juli 1939 verladen werden.⁵⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte Max Ostwald sich jedoch entschieden, eine Arbeit in der Bezirksstelle anzunehmen. Sein Zuzug mit Ehefrau Hedwig ist zum 3. Oktober 1939 in Bielefeld verzeichnet. Den Dienst trat der Jurist bereits am 1. August 1939 an. Anfangs regelte er rechtliche Angelegenheiten und war außerdem für die Einziehung der Beiträge und die Liquidierung kleinerer Gemeinden zuständig.⁵¹ Nach dem Weggang Karfiols übernahm er die Leitung der Bezirksstelle. Ostwald galt in religiösen Belangen als sehr konservativ.⁵² Nach Amtsantritt Ostwalds und folgenden Restrukturierungen blieb Sophie Koritzer bis zu ihrer Deportation stellvertretende Leiterin und zeichnete weiterhin für die Fürsorge-Abteilung verantwortlich.⁵³ De

⁴⁵ s. Akte der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten (OFF) Münster, 1939-1940, 1956; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 04417.

⁴⁶ Vgl. MAIERHOF 2002, 163.

⁴⁷ Im Sommer 1938 hatte der Ausschuss eine Freizeit durchgeführt, an der 80 Kinder beteiligt waren. Vgl. CV-Zeitung vom 15. September 1938.

⁴⁸ Akte der Devisenstelle des OFF Münster, 1936-1942; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 04784.

⁴⁹ MARTIN OSTWALD, *Memoirs of Martin Ostwald*, Swarthmore-Philadelphia 1989 (Privatdruck); sowie Akte der Devisenstelle des OFF Münster, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 07105.

⁵⁰ S. dazu die Steuerakte Ostwalds; in: LAV NRW OWL, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 201.

⁵¹ JKV Bielefeld (Max Hirschfeld) an Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld, 8. August 1939; in: STADTARCHIV BIELEFELD, Bestand 101,5/Geschäftsstelle V, Nr. 551. Dem Archivdirektor Dr. Jochen Rath danke ich für den freundlichen Hinweis. S. auch Bescheinigung der RVJD-Bezirksstelle Westfalen zur Vorlage beim Finanzamt, 6. August 1940; in: LAV NRW OWL, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 201. Demnach bezog Ostwald vom 1. August bis 31. Dezember 1939 ein Brutto-Gehalt von 1.550 RM. Ostwald hatte sich im September 1939 u.a. mit der Stadt Haltern wegen Fürsorgeleistungen auseinanderzusetzen. Vgl. GRUNER 2002, 240 f. (Anm. 38).

⁵² Vgl. den vom emigrierten Dortmunder Rechtsanwaltskollegen Louis Koppel verfassten Nachruf im AUFBAU vom 18. August 1944. Vielleicht ist die tiefe Religiosität Grund dafür, dass Ostwald den von den Nationalsozialisten erzwungenen Namenszusatz „Israel“ seinem Vornamen voranstellte.

⁵³ Akte der Devisenstelle des OFF Münster, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 4784.

facto scheint Ostwald die Bezirksstelle streng hierarchisch in eher preußisch-autoritärem Stil geführt und seine Stellvertreterin wie die Mitarbeiter wenig eingebunden zu haben.



Abb. 3: Dr. Rosa Karfiol, 1953.
(THE BENNETT BANNER, February 1953).



Abb. 4: Dr. Max Ostwald, undatiert.
(YAD VASHEM, Photo Collections, 14164678).

In der Phase nach der Verordnung vom 4. Juli 1939 wurden mit dem Ausbau der Bezirksstelle weitere Mitarbeiter eingestellt. Dazu zählten vor allem Adolf Stern und Karl Heumann⁵⁴, die später im Zusammenhang mit den Deportationen viele Aufgaben übernahmen. Adolf Stern war Ende August 1939 von Gelsenkirchen nach Bielefeld gekommen, seine Position als „Auswandererberater“ hatte er wahrscheinlich zu Anfang August angetreten.⁵⁵ Bis November 1938 war er als selbständiger Kaufmann tätig gewesen. Anschließend lebte er vom Verkauf seiner Möbel und Geräte sowie von Zuwendungen aus der Verwandtschaft. Stern hatte deshalb mit Ehefrau Regina und der im Oktober 1938 geborenen Tochter Rachel die Emigration nach Brasilien geplant.⁵⁶ Der Plan scheiterte und er zog nach Bielefeld. Ab Ende Juni 1942 lebte die Familie im Gebäude der Bezirksstelle in der Laerstraße 9, das zu dieser Zeit auch „Judenhaus“ war. Karl Heumann lebte seit 1936/37 in Bielefeld. Er stammte aus Hellenthal in der Eifel, wo er

⁵⁴ Heumann selbst schrieb seinen Vornamen sowohl als Karl als auch als Carl.

⁵⁵ Stern verdiente monatlich nach Abzug von Steuern und Krankenkasse etwas über 200 RM, also mehr als Sophie Koritzer. Vgl. Stern an OFP Münster (Devisenstelle), 11. Januar 1940; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 09656.

⁵⁶ Vgl. Akte der Devisenstelle des OFP Münster zu Adolf Stern, 1939-1940; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 09659.

bis etwa 1932 ein kleines Warenhaus geführt hatte.⁵⁷ Er war als Kaufmann in einer Firma beschäftigt.⁵⁸ Das Datum seiner Arbeitsaufnahme in der Bezirksstelle ist nicht bekannt. Womöglich war Heumann in der Bezirksstelle vorwiegend für Finanzangelegenheiten zuständig. Seit September 1939 plante er gemeinsam mit seiner Ehefrau Johanna und den Töchtern Margot und Lore die Auswanderung, erst nach Venezuela, dann in die USA. Beide Vorhaben blieben erfolglos.⁵⁹



Abb. 5: Sophie (Bela) Koritzer, undatiert.
(YAD VASHEM, Photo Collections, 14109507)



Abb. 6: Karl Heumann, undatiert.
(YAD VASHEM, Photo Collections, 14121566)

Als Leiter der Abteilung Wanderung der Bezirksstelle war wahrscheinlich ab Sommer 1939 bis in den Herbst 1941 Werner Hoffmann aus Herford tätig.⁶⁰ Seine Tätigkeit für die RVJD bleibt mangels Quellen im Dunkeln. Zum Personal der Bezirksstelle in der Laerstraße gehörten mit unterschiedlichen Dienstzeiten die Sekretärinnen Anneliese Jonas, Else Kamp und Irmgard Leiser (ab Januar 1942: Zimmt), die für die Buchhaltung der Bezirksstelle verantwortliche Lina Feldheim, die für die Heimbuchführung zuständige Else Weinberg, Alfred Lebach in Telefonzentrale und Registratur sowie Walter Gottschalk in der Kleiderkammer. Zuletzt, im Frühjahr 1943, kam noch Hilde Friedberger aus Münster als Stenotypistin hinzu. Als

⁵⁷ Daraus könnte vielleicht eine besondere Verbindung zum „Judenreferenten“ der Bielefelder Gestapo, dem Kriminalsekretär Wilhelm Pützer, resultiert haben. Pützer war in Kerperscheid bei Schleiden geboren, etwa fünf Kilometer entfernt, und hatte 1925 in Hellenthal geheiratet.

⁵⁸ Aussage des Vorsitzenden der Synagogengemeinde Bielefeld, Max Hirschfeld, im Wiedergutmachungsverfahren Karl Heumann, 22. Juli 1960; in: LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 10302 und 10303.

⁵⁹ Vgl. Akte der Devisenstelle des OFP Münster, in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 03518. S. auch den Briefwechsel Heumanns mit Verwandten in den USA, Januar bis September 1940, Dezember 1942 bis Juni 1943; in: LBI, AR 25107.

⁶⁰ Die Briefbögen der Abteilung Wanderung enthielten den Hinweis auf ein über Hoffmann laufendes Sonderkonto. Vgl. MINNINGER/MEYNERT/SCHAEFFER 1985, 279.

Reinigungskraft war Deborah Zinnemann bis zum Frühjahr 1942 beschäftigt. Für die aufwendige Arbeit während der Deportationen wurden im Frühjahr 1942 zeitweise weitere Schreibkräfte herangeholt.⁶¹

Außerhalb der Verwaltung der Bezirksstelle und den Leitungen ihrer Zweigbüros oder den zumeist nur ehrenamtlich tätigen Vertrauensmännern in den Gemeinden waren zahlreiche weitere Frauen und Männer in Westfalen für die RVJD tätig: das Personal der Alten- und Siechenheime, der Schulen und des Kinderheims, der Umschulungslager und Lehrwerkstätten, der Kleiderkammern und der Gemeinschaftsküche, teilweise auch die jüdischen „Krankenbehandler“ und „Rechtskonsulenten“ oder Bestatter und Friedhofsgärtner.

5 Die Kernaufgabe: Förderung der Auswanderung 1939 – 1941

Als dringlichste Aufgabe der RVJD betrachteten die Nationalsozialisten die Beschleunigung der Auswanderung der jüdischen Deutschen. Bestrebungen jüdischer Organisationen, die für eine Emigration eintraten, wurden bereits vor 1939 gefördert. Das betraf vornehmlich die Arbeit der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD), deren Veranstaltungen von der Gestapo zwar beobachtet, aber nicht untersagt wurden. Im anderen Fall wurden Organisationen, die den Eindruck erweckten, für einen Verbleib in Deutschland zu werben, streng kontrolliert. Die Gestapobeamten griffen in diesen Fällen hart durch. Als der CV eine Veranstaltung mit dem Redner Dr. Walther Ostwald aus Münster in der Bielefelder Synagoge im Mai 1935 durchführte, wurde der Referent festgenommen und nach der „Schutzhaft“ in das KL Esterwegen eingewiesen.

Die jüdische Auswanderung vollzog sich in drei Wellen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten (1933-1935) wanderten 144.000 Menschen aus. Nach dem Erlass der „Rassegesetze“ (1936-1938) waren es 108.000 und nach der Gewaltaktion vom November 1938 bis zum Verbot der Emigration im Herbst 1941 noch einmal 95.000 Personen. Insgesamt handelte es sich also um etwa 350.000 Personen.⁶²

1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	Gesamt
63.400	45.000	35.500	34.000	25.500	49.001	68.000	20.996 ⁶³	5.787	347.184

*Tabelle 2: Die jüdische Auswanderung aus Deutschland 1933 bis 1941.
(zusammengestellt nach www.statistik-des-holocaust.de)*

Bereits Mitte 1936 hatte der für Westfalen zuständige Auswandererberater Willy Katzenstein auf die Schwierigkeiten der jüdischen Auswanderung mit klaren Worten hingewiesen:

⁶¹ Als Kürzel fanden sich im Februar und März 1942 in Schreiben noch: Si. und We.

⁶² Angaben der RVJD, November 1941; in: BA, R 8150 Nr. 31; zit. nach Statistik des Holocaust unter http://statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html (Aufruf: 5. Januar 2021).

⁶³ EBD. In der Zahl für 1940 sind 1.025 Deportierte aus dem Bereich Stettin nach Lublin wie auch 6.721 Deportierte aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet nach Gurs (Frankreich) enthalten.

„Man muss sagen, dass der größte Teil der Juden in Deutschland auf eine Auswanderung in jeder Hinsicht nur sehr mangelhaft vorbereitet ist. Das liegt vor allem in der beruflichen Struktur der jüdischen Bevölkerung begründet. Tüchtige Landwirte, oder für landwirtschaftliche Arbeit geeignete Personen, auch erstklassige Handwerker sind weitaus in der Minderheit. Außerdem fehlen den meisten, auch den Kaufleuten, fast immer die erforderlichen Sprachkenntnisse. In sehr vielen Fällen fehlen auch die für die Erlangung der Einwanderungserlaubnis erforderlichen Beziehungen im Ausland. Von dem Mangel an Geldmitteln für die Ausreise, Existenzbegründung usw. erst gar nicht zu reden.“⁶⁴

Die Lage hatte sich nach den Terroraktionen im November 1938 und der darauffolgenden restlosen Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben noch einmal drastisch verschärft. Allein der Druck auf die rund 30.000 in die Konzentrationslager eingelieferten jüdischen Männer war erheblich. Die Hoffnung vieler jüdischer Deutscher, in ihrer Heimat unbehelligt überleben zu können, war nunmehr endgültig zerstört. Zugleich bedeutete die ablehnende Haltung zahlreicher in Betracht kommender Aufnahmeländer ein großes Hemmnis. Dennoch hatte die Emigration 1939 einen Höhepunkt erreicht. Ab Mai mussten sämtliche Juden in Deutschland den Behörden gegenüber regelmäßig ihre Bemühungen zur Auswanderung anhand von Schriftwechseln mit Botschaften, Konsulaten, Agenturen, Schifffahrtsgesellschaften oder Verwandten im Ausland nachweisen. Anfragen mit der Bitte um Informationen und finanzielle Unterstützung überschwemmten die Abteilung Wanderung der RVJD.

Die sogenannten Kindertransporte, mit denen vom Dezember 1938 bis September 1939 rund 10.000 jüdische Mädchen und Jungen, vor allem nach Großbritannien entkamen, wurden in Westfalen anfangs vom Sozialen Ausschuss und zuletzt von der RVJD-Bezirksstelle betreut. Als Mitarbeiterin und Begleiterin war hier Klara Isenberg im Einsatz.⁶⁵

Die RVJD war mehr noch als ihre Vorgängerin, die Reichsvertretung, bemüht, trotz der sich eklatant verschlimmernden Situation Möglichkeiten zur Emigration zu eröffnen. Die Abteilung Wanderung in Bielefeld mit ihren Mitarbeitern Werner Hoffmann und Adolf Stern sah sich mit einer immensen Zahl von Anfragen konfrontiert. Vieles wurde schriftlich, mitunter auch telefonisch geklärt, weiteres in den Sprechstunden, die auch einmal pro Woche in Dortmund angeboten wurden.

Willy Katzenstein hatte es nüchtern ausgedrückt: häufig verfügten die Auswanderungswilligen nicht über die beruflichen Qualifikationen, die in den Aufnahmeländern gefordert waren. In Argentinien waren landwirtschaftliche „Siedler“, in Palästina ebenfalls Landwirte wie auch Techniker und Handwerker gefragt. Sprachkenntnisse waren nur in seltenen Fällen vorhanden. In mehreren Orten Deutschlands gab es schon seit Jahren sogenannte Hachschara-Lager, die auf die Auswanderung und Besiedelung Palästinas vorbereiten sollten. Ihnen kam in den 1930er

⁶⁴ Bericht Willy Katzensteins, 4. Juni 1936; in: LBI, AR 7183 box 7 folder 1.

⁶⁵ Vgl. MITSCHKE-BUCHHOLZ 2013, 105. S. auch zum Schicksal der Familie Isenberg <https://www.haller-zeitraeume.de/exponate/familie-isenberg>. (Aufruf: 6. Februar 2021).

Jahren eine gestiegene Bedeutung bei der Vermittlung von Fertigkeiten in den Bereichen Landwirtschaft und Gärtnereiwesen zu. Das Landwerk Neuendorf in Brandenburg wurde unter anderem von lippischen Juden besucht, die 1937/38 nach Argentinien auswanderten. Dazu kamen Lehrwerkstätten in verschiedenen Städten für Fächer wie Metallverarbeitung, Feinmechanik oder Holzbearbeitung, aber auch Lehrgänge für Schneider und Frisöre. Für junge Frauen existierten Ausbildungsstätten für Hauswirtschaft, Kinderpflege und Erziehung.

In Westfalen waren durch die Zentrale der RVJD, Abteilung Berufsausbildung und Berufsumschichtung, zur Vorbereitung auf die Emigration zwei Umschulungslager eingerichtet worden: der Hachschara-Kibbuz am Grünen Weg 86 in Paderborn Ende Juni und ein kleineres Lager in der Koblenzer Straße 4 in Bielefeld im September 1939.⁶⁶ Das Bielefelder Lager wurde aufgrund steigender Belegung aus der beengten Situation herausgelöst und im März 1940 zur Schloßhofstraße 73a verlegt. Es trug ab 1941 die Bezeichnung „jüdische Arbeitseinsatzstelle“.⁶⁷ Im Juni 1941 wurde auch das Paderborner Lager als „jüdisches Einsatzlager“ mit rund 100 Personen geführt.⁶⁸



Abb. 7: Aufbau des Lagers am Grünen Weg in Paderborn, 1939.
(Ghetto Fighters House Archives, Cat.-No. 14052)

⁶⁶ Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939, 25 f.; in: LBI, AR 221 box 1 folder 10.

⁶⁷ Hierzu und zum folgenden s. DAGMAR BUCHWALD/MARTIN DECKER, „Möglichst billig neue Heime nach dem Vorbild von Bielefeld“. Das jüdische Lager Schloßhof von 1940 bis 1943; in: BÄRBEL SUNDERBRINK (Hg.), Der Schloßhof. Gutshof, Gasthaus, Jüdisches Lager, Bielefeld 2012, 114-145.

⁶⁸ Zum Umschulungslager in Paderborn s. den Bericht im JNB vom 19. Juli 1940, sowie MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion. Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943. Köln 2000.

Schon im Frühjahr 1937 hatte es von Seiten der Reichsvertretung der Juden Überlegungen gegeben, eine Umschulungsstätte für Handwerksberufe im zum Verkauf stehenden Technikum in Lemgo einzurichten.⁶⁹ In Dortmund wurde im Juni 1937 eine Werkstatt mit Schreinerei und Schlosserei für junge Menschen eröffnet.⁷⁰ Nach dem November 1938 ruhte der Lehrbetrieb für mehrere Monate. Die Einrichtung wurde schließlich durch die RVJD von September 1939 bis zum 15. Mai 1941 weitergeführt.⁷¹ Der Betrieb der Schlosserwerkstatt endete im März 1941 mit der Einberufung des nichtjüdischen Lehrmeisters zur Wehrmacht.⁷² Zur Vermittlung von Sprachkenntnissen bot die RVJD in größeren Städten Kurse in Englisch und Spanisch an. In kleineren Orten wurde nach Möglichkeit und Bedarf Gruppenunterricht organisiert. Einer der zahlreichen Sprachlehrer in Englisch war der gehbehinderte Fritz Grünewald aus Schötmar. Auch das Erlernen von Fertigkeiten des alltäglichen Lebens stand auf dem Programm, es wurden sogar Bügelkurse angeboten.⁷³

Dadurch, dass tausende Menschen erwerbslos geworden waren und zusehends verarmten, waren die Kosten für die Passagen, den Transport des Umzugsgutes, die Gebühren für Visa, die Bord- und Landungsgelder, vor allem aber die Mittel zur Sicherung der ersten Monate oder gar zum Aufbau einer neuen Existenz im Zielland nur noch von sehr wenigen Auswanderungswilligen eigenständig aufzubringen. Die finanzielle Unterstützung mittelloser Mitglieder durch die RVJD geriet 1939 bereits an Grenzen. Für die temporäre Entlastung des vor allem durch Fürsorgeleistungen strapazierten Haushaltes sorgte eine Auswandererabgabe, die ab Mai 1939 an die RVJD gezahlt werden musste. Das nationalsozialistische Regime konterkarierte seine eigenen Bestrebungen, die Auswanderung zu forcieren, indem es immense Abgaben einforderte. Der Krieg mit der Besetzung vieler europäischer Länder durch deutsche Truppen und die Schließung der Grenzen für Flüchtlinge durch viele bisherige Aufnahmeländer machten eine Auswanderung nach dem September 1939 nahezu unmöglich. Mit 68.000 Auswanderern 1939 hatte die jüdische Emigration ihren Höhepunkt erreicht, um schließlich 1941 auf nicht einmal mehr 6.000 Personen abzufallen. Im Zeitraum vom Juli 1940 bis Ende des Jahres 1941 entkamen nur noch rund 180 Menschen aus dem Bereich Westfalen ins Ausland.⁷⁴

Mit dem Verbot der Auswanderung lebten zum 1. November 1941 noch 151.142 Juden im „Altreich“ (einschließlich Sudetenland und Danzig), in Westfalen waren es 5.788, davon 1.229 in Dortmund. Seit dem 16. Oktober 1941 waren nach der Statistik der RVJD innerhalb von zwei Wochen bereits 9.543 Juden aus Deutschland in die Ghettos im Osten „ausgesiedelt“ worden.⁷⁵

⁶⁹ Moritz Rülff (Detmold) an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland (Berlin), 11. Januar 1937, in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 5. Der Kreis Lemgo hatte das Objekt bereits zwischenzeitlich für Schulzwecke erstanden.

⁷⁰ Bericht über die Werkstatt in Dortmund mit zwei Fotografien im JNB vom 27. September 1940.

⁷¹ ULRICH KNIPPING, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches. Dortmund 1977, 116-121.

⁷² S. zu dieser Entwicklung die Aktenvermerke der RVJD-Zentrale über ihre regelmäßigen Vorsprachen im RSHA, 2. April, 20. September und 8. Oktober 1941; in: LBI, Max Kreuzberger Collection, AR 7183, box 2 folder 4.

⁷³ Bügelkursangebote in Dortmund s. JNB vom 3. Januar 1940.

⁷⁴ Monatsstatistiken der RVJD, Juli 1940 bis April 1943; abrufbar unter http://www.statistik-des-holo-caust.de/stat_ger_jkv.html (Aufruf: 12. Januar 2021).

⁷⁵ EBD.

Jüdische Umschulungs- Werkstätten in Dortmund

Schon seit einigen Jahren hat die Jüdische Kultusvereinigung in Dortmund unter Leitung ihres bewährten und rührigen Vorsitzenden, des Herrn Arthur Israel Rosenberg, Ausbildungswerkstätten, die der Auswanderung unserer Jugendlichen dienen, errichtet.

Bei unserem Eintritt in die Schreinerei erteilt der Meister Meisel gerade theoretischen Unterricht. Die Augen der jungen Menschen sind auf ihn gerichtet. Aus ihren Mienen und gespannten Gesichtern kann man ersehen, daß er es vortrefflich versteht, den anscheinend trockenen Unterricht lebendig zu gestalten. Mit größtem Interesse lauschen die Lehrlinge seinen Worten und Erklärungen. Herr Meisel beantwortet gern alle Fragen, die wir an ihn richten. Die Jugendlichen sollen theoretisch und praktisch so weit geführt und gefördert werden, daß sie das Tischlerhandwerk beherrschen. Zur Zeit ist man an der Arbeit eines Herrenzimmers. Stolz zeigt uns ein Junge einen Thoraschrank, der bald seiner eigentlichen Bestimmung übergeben werden soll und kurz vor der Vollendung steht.

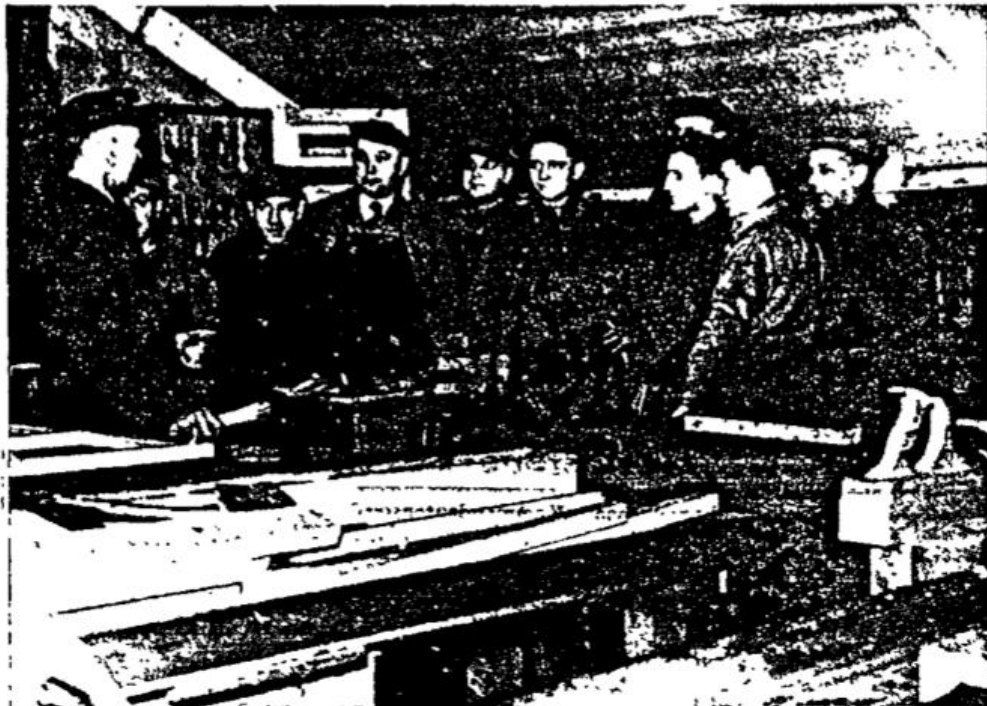
Wir begeben uns zur Schlosserei, schon von weitem hören wir das Dröhnen der Hämmer, hell lodert das Feuer am Schmiedeofen. Inmitten des Lärmes hören wir die hellen Stimmen der Lehrlinge. Aus ihren ernsten Mienen geht hervor, daß sie



In der Schweißerei

vom Ethos der Arbeit durchdrungen sind. Eins unserer Bilder zeigt, wie der Meister Flatow einigen Lehrlingen das Schweißen erklärt. Ein Junge steht am lodernen Schmiedeofen, ein anderer steht hinter ihm, um im gegebenen Augenblick das glühende Eisen weiter zu verarbeiten. Beide haben erst seit einigen Monaten umgeschult. Aber wir haben den Eindruck, daß ihnen ihr neuer Beruf bereits in Fleisch und Blut übergegangen ist. Wir scheiden und nehmen das Wissen mit uns, daß alle diese jungen jüdischen Menschen sich des Ernstes und der Verantwortung ihrer Arbeit bewußt sind.

Mögen sie als bewußte und aufrechte Juden in den Ländern der Einwanderung durch ihr Können und ihre charakterlichen Qualitäten Ehre einlegen und damit zur Förderung der Weiterwanderung beitragen.



Theoretischer Unterricht in der Tischlerei

Aufa.: Curt Israel Marcuse, Dortmund (2)

Abb. 8: Bericht über die Umschulungswerkstatt in Dortmund
im Jüdischen Nachrichtenblatt vom 27. September 1940.

6 Ausufernde Lasten: die Fürsorge

In ihrem Arbeitsbericht für ihr erstes Jahr hatte die RVJD eine schonungslose Bilanz der Situation ihrer Mitgliedschaft gezogen:

„Durch fortschreitende Verarmung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und die gesetzlich übertragene Verpflichtung zur Betreuung der jüdischen Hilfsbedürftigen ist der Umfang und die Bedeutung der jüdischen Wohlfahrtspflege außerordentlich gestiegen. [...] Ende Dezember 1939 beträgt die Gesamtzahl der jüdischen Unterstützungsempfänger ungefähr 52.000 Personen und macht fast 26 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung aus.“⁷⁶

Die Verantwortlichen sahen die RVJD finanziell in hohem Maße strapaziert, gar überfordert:

„Außerordentliche Beihilfen zur Behebung besonderer Notstände können nur ausnahmsweise geleistet werden. In den größeren Gemeinden werden Wohlfahrtsspeisungen durchgeführt. Kleiderkammern stehen in einer Reihe von Kultusvereinigungen für den dringenden Bedarf zur Verfügung. Die jüdische Winterhilfe hat im Winter 1938/39 70.682 Hilfsbedürftige betreut.“⁷⁷

Allein für den Bereich der Bezirksstelle Westfalen wurde die Zahl der Hilfsbedürftigen mit 2.158 und der Umfang der Aufwendungen für 1939 mit rund 67.000 RM angegeben.⁷⁸ In Dortmund unterhielt die JKV eine „Mittelstandsküche“, die im Juni 1939 550 Hilfsbedürftige versorgte.⁷⁹ Eine undatierte Aufstellung der RVJD weist außerdem sechs Kleiderkammern in Westfalen aus: die der Bezirksstelle in der Laerstraße 9, sowie die der JKV Dortmund (Saarbrücker Str. 3), Bielefeld (Niedernstr. 15), Gelsenkirchen (Klosterstr. 21), Münster (Am Kanonengraben 4) und Hagen (erst Grashofstr. 35, dann Karl-Peters-Str. 2).⁸⁰

Die durch Auswanderung gerade vieler junger Menschen noch verstärkte Überalterung stellte ein kaum zu bewältigendes Problem dar. Die mit dem 1. Januar 1939 auf die jüdische Gemeinschaft übertragene Pflicht, nicht nur die Fürsorge und Wohlfahrtspflege selbst zu organisieren, sondern allein für deren Kosten aufzukommen, führte zu zwei Entwicklungen. Einerseits musste die RVJD eigene Bettenkapazitäten in Alters- und Siechenheimen aufbauen. Andererseits bemühte sie sich, den fortschreitenden Prozess der Auflösung der Kleingemeinden durch die Übersiedlung einzelner in kleinen Orten isoliert und oft unbetreut lebender älterer Juden in

⁷⁶ Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939, 32; in: LBI, JER 556, box 1 folder 1. Schon im Sommer 1936 hatte Dr. Hans Kronheim in einem Bericht über die Tätigkeit des Sozialen Ausschusses erklärt, dass 22,5 Prozent der jüdischen Bevölkerung Westfalens unterstützungsbedürftig seien. Vgl. GEMEINDEBLATT DER JÜDISCHEN GEMEINDEN PREUßENS vom 1. August 1936.

⁷⁷ Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939, 35; in: LBI, JER 556, box 1 folder 1.

⁷⁸ EBD., 36.

⁷⁹ In der Mittelstandsküche wurden täglich 130 Portionen ausgegeben. Vgl. JNB vom 20. Juni 1939. Es existierte sogar zeitweilig eine Badeanstalt, die im März 1939 eröffnet worden war, s. JNB vom 16. März 1939.

⁸⁰ Aufstellung, ca. Mitte 1941; in: BA, R 8150 Nr. 37.

die größeren Städte zu beschleunigen. Im Anzeigenteil des *Jüdischen Nachrichtenblattes* fanden sich zunehmend Pensionsgesuche oder auch Angebote an Pensionsplätzen. Diese Absichten stießen mitunter auf Schwierigkeiten, da viele Bürgermeister sich gegen „jüdischen Zuzug“ sperrten. Nur vereinzelt waren jüdische Frauen und Männer, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen der Pflege bedurften, noch in nichtjüdischen, zumeist christlichen, Einrichtungen untergebracht.



Abb. 9: Personalsuche für das Altersheim in Bielefeld im *Jüdischen Nachrichtenblatt* vom 17. Mai 1940.

Als einziges jüdisches Altersheim in Westfalen bestand anfangs das 1905 in Unna, Düppelstraße 7, errichtete und unter Leitung von Emmanuel Goldschmidt befindliche Heim. Hinzu kam im Herbst 1939 ein Altersheim in Bielefeld, Stapenhorststraße 35. Erst Anfang 1942 folgte ein kleines Heim in Detmold, Gartenstraße 6.⁸¹ Eine wohnortnahe Unterbringung bildete die Ausnahme, es existierten lange Wartelisten. Auf dem Gelände des jüdischen Umschulungslagers in der Bielefelder Schloßhofstraße 73a befand sich ab April 1940 auch ein Alters- und Siechenheim, das den Zusatz „Wickenkamp“ trug und den Charakter einer Noteinrichtung aufwies. Die Gründung ging auf die notwendig gewordene Unterbringung von 38 alten Frauen und Männern aus dem Lager Głowna (Posen) zurück.⁸² Im November 1939 war die jüdische Bevölkerung aus Posen und wenige Monate später aus dem Bezirk Schneidemühl in dieses Durchgangslager „ausgesiedelt“ worden. Im April 1940 war ein Teil der in Posen befindlichen Juden aus Schneidemühl nach Bielefeld und nach Radinkendorf überstellt worden.⁸³

Die Versorgung psychisch kranker Menschen erwies sich als besonderes Problem. So existierte mit der seit 1862 bestehenden Israelitischen Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn bei Koblenz nur noch eine einzige Einrichtung in Deutschland, die gerade einmal 190 Plätze aufwies.⁸⁴ Grundsätzlich hatte sich die medizinische Versorgung für Juden, besonders in der Provinz, verschlechtert. In Westfalen waren sie vorwiegend auf wohlwollende nichtjüdische Ärzte angewiesen. Ende August 1939 gelang es, mit Dr. Hans Freudenthal einen jüdischen „Krankenbehandler“ nach Bielefeld zu holen, weil ihm die Bezirksstelle vertraglich ein monatliches Mindesteinkommen garantierte. Die behördliche Genehmigung galt für den Raum Ostwest-

⁸¹ Über eine Anzeige hatte der Soziale Ausschuss im Frühjahr 1939 ein Haus oder eine geräumige Etage in einer westfälischen Großstadt zur Einrichtung eines Altersheims gesucht. JNB vom 17. Februar 1939. Zu Detmold: WOLFGANG MÜLLER, Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder „Judenhauses“ und seiner Bewohner. Detmold 1992. Das Gebäude beherbergte auch die jüdische Schule und einen Betsaal.

⁸² S. dazu BUCHWALD/DECKER 2012, 131 ff.

⁸³ Vgl. Aktennotiz der RVJD-Zentrale über Besprechung im Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa), 4. April 1940; in: BA, R 8150 Nr. 45.

⁸⁴ Die Anstalt wurde zeitweise mit bis zu 290 Patienten belegt.

falen. Seine regelmäßigen Sprechstunden hielt er in der Niedernstraße 15 ab, am Sitz der JKV in Bielefeld.⁸⁵ Zu Beginn des Jahres 1940 wurden mit Dr. Emil Stern und Dr. Franz Cohn zwei „Krankenbehandler“ in Dortmund zugelassen. Auch sie boten ihre Dienste am Sitz der JKV in der Saarbrücker Straße 3 an.⁸⁶ In städtischen und anderen Krankenhäusern wurden jüdische Patienten zwar noch aufgenommen, mussten aber getrennt untergebracht werden. Die nächsten Israelitischen Krankenhäuser befanden sich in Hannover und Köln.



Bielefeld:

Herr Dr. med. Hans Israel Freudenthal ist für den Bezirk Bielefeld, Westfalen und Lippe als Krankenbehandler zugelassen.

Sprechstunden finden statt: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 11 Uhr, Niedernstraße 15, I., sonst nach schriftlicher oder telefonischer Vereinbarung.

Abb. 10: Dr. Hans Freudenthal, ca. 1939 (Foto: Stadtarchiv Peine) und Hinweis im Jüdischen Nachrichtenblatt vom 7. November 1939.

7 Das Schulwesen

Nach der staatlichen Gewaltaktion vom November 1938 waren jüdische Kinder vom Schulunterricht in den öffentlichen Schulen ausgeschlossen worden. Es mussten mit großem Aufwand eigene Schulen eingerichtet oder noch bestehende Religionsschulen umgewandelt werden. In einigen Städten wurde bereits im Januar 1939 von den Kultusvereinigungen „privater“ Schulunterricht angeboten.⁸⁷ Unter dem Dach der RVJD organisierte sich das Schulwesen im Sommer neu. Der Arbeitsbericht der RVJD weist mit der planmäßigen Übernahme am 1. Oktober 1939 15 jüdische Volksschulen mit 398 Schülern im Bereich Westfalen aus: Bielefeld (17), Bochum (27), Burgsteinfurt (14), Detmold (15), Dortmund (57), Gelsenkirchen (61), Hagen (17), Hamm (19), Herford (10), Laasphe (14), Minden (20), Münster (31), Paderborn (75), Recklinghausen (11) und Schmallenberg (10).⁸⁸ Der Arbeitsbericht nennt außerdem 25 Kultus-

⁸⁵ Akte der Devisenstelle des OFP Münster, 1940-1942; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 02093. Vgl. JNB vom 7. November 1939. Zu Dr. Hans Freudenthal s. ARBEITSKREIS „SCHICKSALE JÜDISCHER ÄRZTE IN HANNOVER“ DER ÄRZTEKAMMER NIEDERSACHSEN, BEZIRKSSTELLE HANNOVER (Hg.), Jüdische Ärzte in Hannover. Erinnerung und Gedenken. Hannover 2008, 15.

⁸⁶ JNB vom 19. Januar 1940.

⁸⁷ So in Herford mit dem Lehrer Lewin ab 1. Januar 1939. Vgl. Bescheinigung der Kultusvereinigung Herford, 22. Juli 1939; in: LBI, ME 385.

⁸⁸ Arbeitsbericht der RVJD für das Jahr 1939, 55; in: LBI, AR 221 box 1 folder 10.

beamte in Westfalen und einen in Lippe.⁸⁹ Sowohl Lehrkräfte, Unterrichtsräume wie auch das Lehrmaterial wurden über die RVJD organisiert und finanziert.

Die nachfolgenden Jahre bis zum Verbot jüdischer Schulen am 30. Juni 1942 waren durch wechselnde Problemlagen gekennzeichnet. Die Zahl der Schüler nahm durch Auswanderung und schwache Geburtsjahrgänge ab. Per Erlass vom 26. April 1941 hatte das Reichserziehungsministerium die RVJD zudem angewiesen, Zwergschulen aufzulösen und ihre Schulen in den großen Städten zu konzentrieren. Für den Juni 1941 weist eine unvollständig erhaltene Übersicht der RVJD folgende Schulen und Schülerzahlen aus: Bielefeld (24), Bochum (15), Burgsteinfurt (12), Detmold (13), Hagen (14), Herford (9), Laasphe (15), Minden (14), Münster (25) und Recklinghausen (9).⁹⁰ Die Planungen sahen die Schließung der Schulen in Bochum, Burgsteinfurt, Herford, Laasphe und Recklinghausen im Sommer vor. Im Oktober 1941 blieben damit vorerst die acht Schulstandorte Bielefeld, Detmold (17), Dortmund, Gelsenkirchen (60), Hagen (14), Minden (14), Münster (32) und Paderborn (52) bestehen.⁹¹

Die Auflösung der Zwergschulen schuf neue Probleme. Der Lehrer der Schule in Herford, Erich Lewin, wurde arbeitslos, weil auch eine Vermittlung zur JKV in Neuwied nicht zustande kam.⁹² Die dortigen Kinder mussten nun zum Unterricht ins benachbarte Bielefeld fahren. Die Eltern waren gezwungen, die Fahrtkosten aufzubringen. Später geltende Beschränkungen machten die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel fast unmöglich. Für viele auswärtige Schüler blieb damit nur die Aufnahme durch jüdische Haushalte am Schulort. Die RVJD appellierte in Aufrufen wie „Öffnet Euer Heim!“ und warb für die Übernahme von Schulpatenschaften, da sich zahlreiche Eltern die Zahlung von Kost und Logis nicht mehr leisten konnten.⁹³

8 Erzwungener Zwiespalt: die Rolle der Vertrauensmänner

Wenige Wochen nach dem November 1938 reorganisierte sich das Gemeindeleben. In den nicht oder weniger beschädigten Synagogen fanden wieder Gottesdienste statt. Dort, wo keine Synagoge mehr vorhanden war, wurde in Schulen, Altersheimen oder auch in Gemeindebüros und Wohnungen ein Betsaal eingerichtet. Die RVJD half vereinzelt mit Kultgegenständen aus. Den Vorsitzenden der Kultusvereinigungen kam eine gestiegene Bedeutung als Ansprechpartner für die Gemeindemitglieder zu. Sie hielten nicht nur das Gemeindeleben mit Gottesdiensten und von Zeit zu Zeit kleineren Veranstaltungen aufrecht, sondern vermittelten Unterstützungsleistungen der RVJD, Plätze in Altersheimen oder organisierten Sammlungen. Sie waren jedoch auch Mittler fortwährend neuer antijüdischer Maßnahmen und hatten demnach ihre Gemeinde über die repressiven Gesetze und Verordnungen zu unterrichten. Mehr

⁸⁹ EBD., 6.

⁹⁰ Übersicht der RVJD-Zentrale, ca. Juni 1941; in: BA, R 8150 Nr. 7. Angaben zu Dortmund, Gelsenkirchen und Paderborn fehlen.

⁹¹ Verzeichnis der Orte, an denen sich jüdische Schulen befinden, 20. Oktober 1941; in: BA, R 8150 Nr. 7. Zu Bielefeld und Dortmund keine Angaben. Für Gelsenkirchen, Münster und Paderborn sind jeweils zwei Lehrkräfte angegeben.

⁹² Erich Lewin an JKV Neuwied, 8. Juni 1941; in: LBI, ME 385.

⁹³ Aufrufe der RVJD, Juli 1941; in: LBI, AR 4830, box 1 folder 1.

noch: sie hatten als Vertreter tatkräftig mitzuwirken, um „staatspolizeiliche Maßnahmen“ zu vermeiden.

Eine für viele jüdische Bürger spürbare und einschneidende Maßnahme stellte das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939 dar. Dieses hob nicht nur ihren Mieterschutz auf, sondern ebnete der Zusammenlegung jüdischer Familien in „Judenhäusern“ den Weg. Bevorzugt sollten für diesen Zweck in jüdischem Eigentum stehende Häuser genutzt werden. In die Umsetzung dieses Gesetzes waren die Vertrauensmänner der RVJD vor Ort vor allem im Zuge der Deportationen involviert. Die Behörden nötigten sie, Pläne für die sogenannte Wohnungszusammenlegung zu unterbreiten und für deren Umsetzung Sorge zu tragen.⁹⁴ Für jüdische Familien hatte das zur Folge, dass sie auf engstem Raum mit zuvor weitgehend fremden Personen zusammenleben mussten. Privatsphäre existierte nur noch in seltenen Fällen, Konflikte waren unvermeidlich. In Schwerte, Hamm, Plettenberg und Neheim-Hüsten erfolgte im Frühjahr 1942 die Unterbringung der dortigen jüdischen Bewohner in Baracken.⁹⁵

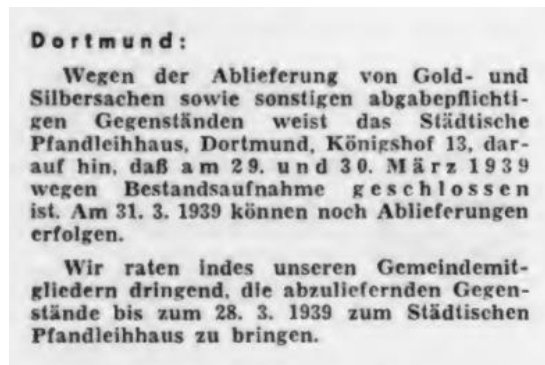


Abb. 11: Ablieferung von Gold- und Silbersachen, Frühjahr 1939. Erinnerung im Jüdischen Nachrichtenblatt vom 24. März 1939.

Eine der vielen Anordnungen, welche die Vertrauensmänner übermitteln mussten, war die ab September 1939 geltende Ausgangsbeschränkung ab 20 Uhr im Winter und 21 Uhr im Sommer. Fast zeitgleich wurden für den Kauf von Lebensmitteln besondere Läden und später Einkaufszeiten zugewiesen. Ab Frühjahr 1940 richtete die RVJD in vielen Orten Kleiderkammern ein, da Juden weder eine Reichskleiderkarte noch Bezugsscheine für Spinnstoffwaren oder Schuhe mehr erhielten. Schließlich wurden sie auch vom Erhalt nichtrationierter Lebensmittel (Fische, Hühner usw.) ausgeschlossen. Von diesen Maßnahmen und den noch folgenden immer tiefer greifenden Einschnitten unterrichtete die RVJD ihre Mitglieder über Rundschreiben der Bezirksstelle oder der Kultusvereinigungen oder mündlich durch die Vertrauensmänner im Anschluss an Gottesdienste und bei anderen Zusammenkünften, ebenso über das *Jüdische Nachrichtenblatt*.

⁹⁴ S. die detaillierten Pläne des Vertrauensmannes Dr. Ernst Simons für die Stadt Münster, 1941-1942; in: STADT-ARCHIV MÜNSTER, Stadtregistratur, Fach 36, Nr. 18 d. Sowie die Planungen von Adolf Schreiber, dem Vertrauensmann für die Kreise Lippstadt und Soest; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

⁹⁵ S. dazu die Ausführungen „Barackenunterbringung im Bereich der Staatspolizeistelle Dortmund“ in der Aktennotiz F 65 der RVJD-Zentrale, 30. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 46.

Als besonders diskriminierend empfanden viele jüdische Deutsche die ab dem 19. September 1941 geltende Polizeiverordnung zum Tragen eines gut sichtbar an der linken Brustseite angebrachten „Judensterns“. Zugleich wurde das Verlassen des Wohnortes ohne Erlaubnis durch die Polizei untersagt. Die Ausgabe des stigmatisierenden Kennzeichens erfolgte in den Orten durch die einzelnen JKV oder die Vertrauensmänner. Die Dortmunder JKV gab die stigmatisierenden Kennzeichen am 17. und 18. September aus. Jeder „Judenstern“ war von den Trägern selbst mit 10 Pfennig zu bezahlen. Vertrauensmann Willi Meier wies in einem Rundschreiben die Gemeindemitglieder auf „behördliche Maßnahmen“ bei Nichtbeachtung der Tragepflicht hin und appellierte eindringlich:

„Wir erwarten von jedem Juden, dass die durch die Einführung der Kennzeichnung noch mehr als bisher gebotene Pflicht zur größten Zurückhaltung in der Öffentlichkeit geübt wird und dass jeder Jude sich noch mehr als bisher dessen bewusst ist, dass er in allem, besonders aber auch in seinem Verhalten in der Öffentlichkeit, die Verantwortung für unsere Gemeinschaft mit zu tragen hat.“⁹⁶

Ein halbes Jahr später wurde die Kennzeichnung der Wohnung mit einem Stern zur Pflicht gemacht. Bis Mitte April 1942 verteilten die JKV Dortmund 354 und die Bezirksstelle Westfalen 1.302, also insgesamt 1.656 solcher Kennzeichen in ihrem Bereich.⁹⁷ In engen zeitlichen Abständen folgten weitere Auflagen. Die Regeln führten zu einer Ghettoisierung der noch nicht in die Lager des Ostens abgeschobenen Menschen. Zugleich ließ man ihnen im „Ghetto Heimat“ nur noch das gerade zum Leben Notwendige. Die Zeiten für den Einkauf der Lebensmittel wurden weiter reduziert. Im Februar 1942 durften nur noch die Büros der RVJD, jüdische „Konsulenten“, „Krankenbehandler“ und „Zahnbehandler“ Zeitungen beziehen.⁹⁸ Im März/April 1942 folgten massive Einschränkungen in der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Jüdische Frauen und Männer, die sich im Arbeitseinsatz befanden, durften Busse und Bahnen nur noch bei mehr als einer Gehstunde oder sieben Kilometern Entfernung nutzen, Schulkinder nur noch bei mehr als fünf Kilometern. Für die Mitarbeiter der RVJD gab es keine Sonderregelungen mehr. Der Besuch von Frisören und das Halten von Haustieren wurden im Mai 1942 untersagt.

Mehr noch: der Staat setzte im weiteren Kriegsverlauf auf die restlose Plünderung jüdischen Besitzes. Fortwährend mussten die Bezirksstellen und JKV für die Zentrale auf Weisung des RSHA noch die letzten Habseligkeiten ihrer Mitglieder erfassen. Im November 1941 wurden anhand von Fragebögen Schreibmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate und Ferngläser registriert. Im Juni 1942 schließlich hatte die Ablieferung zu erfolgen. Im Januar 1942 mussten Woll- und Spinnstoffe, Pelze und Skier erfasst, gemeldet und abgeliefert werden. Im April und Mai erfolgte die Einziehung von metallenen Einrichtungs- und Betriebsgegenständen aus den Küchen von Kinder-, Alters-, Siechen-, Kranken- und Pflegeheimen. Im Juni wurden elektrische Geräte wie

⁹⁶ JKV Dortmund an Gemeindemitglieder, 12. September 1941; in: SAMMLUNG HARTMANN.

⁹⁷ S. Aufstellung der Anzahl der verteilten Wohnungskennzeichen (Stand: 15. April 1942); in: BA, R 8150 Nr. 19.

⁹⁸ S. hierzu und zu den weiteren genannten Verboten und Einschränkungen die zahlreichen Rundschreiben der RVJD-Zentrale an Bezirksstellen und JKV, 1941/42; in: LBI, AR 25033.

Heizöfen, Kochplatten, Staubsauger und Bügeleisen, Plattenspieler und Schallplatten eingezogen. Verbunden waren diese Maßnahmen mit einem beträchtlichen bürokratischen Aufwand. Jedes Mal hatten die Bezirksstellen vorab entsprechende Erhebungen in den Gemeinden durchzuführen und die Zählergebnisse zu melden. Ab Frühjahr 1942 war es Juden strikt untersagt, sich direkt mit Eingaben an die Zentralbehörden zu wenden. Sie mussten den Weg über die Bezirksstelle wählen, die letztlich zu entscheiden hatte, welche Anliegen an die Behörden weiterzuleiten waren. Die Anlässe waren vom RSHA stark beschnitten worden. Der RVJD, vor Ort aber insbesondere den Vertrauensmännern, oblag es, dieses ihren Mitgliedern unter Androhung „staatspolizeilicher Maßnahmen“ im Falle der Missachtung zu vermitteln.⁹⁹

II „Schwere Aufgaben sind uns übertragen worden“ – Die Bezirksstelle in der Zeit der Deportationen 1941 bis 1943

1 Die Situation der Bezirksstelle 1941/42

Seit Mitte 1940 forderte das RSHA zunehmend den Abbau von Personal in Zentrale und Bezirksstellen ein. Im Februar 1941 drängte das „Juden-Referat“ Adolf Eichmanns auf eine deutliche Verringerung in den Bezirksstellen. Es wurden dabei verbindliche Obergrenzen definiert, für Bielefeld waren sechs Mitarbeiter vorgesehen.¹⁰⁰ Dabei handelte es sich vermutlich ausschließlich um die Verwaltung außerhalb des Bereiches Fürsorge. Die Eingriffe setzten sich mit Beginn der Deportationen fort. Ab Herbst 1941 musste sich die RVJD von den noch für sie tätigen nichtjüdischen Mitarbeitern trennen. Bei der JKV Dortmund traf es im November Karl Holtschneider, der als Organist und Chorleiter für sie tätig gewesen war.¹⁰¹ Bei der JKV Bielefeld wurde einige Monate später der Friedhofsgärtner Gustav Vincke entlassen.¹⁰² Im Februar 1942 erfolgte die Weisung, das Reinigungspersonal zu reduzieren. Nach welchen Kriterien von Seiten der Zentrale hier entschieden wurde, ist unklar. Die Kraft der JKV Dortmund, die sowohl die Verwaltungs- als auch die Schulräume reinigte, galt als „unentbehrlich“, die der Bezirksstelle in Bielefeld, Deborah Zinnemann, musste dagegen ausscheiden.¹⁰³

⁹⁹ JKV Dortmund an Gemeindemitglieder, 23. Februar 1942; in: SAMMLUNG HARTMANN. Das JNB wies in seinen Ausgaben vom 13. Februar und 13. März 1942 auf diese Regelung hin.

¹⁰⁰ Vgl. Aktennotiz Nr. 12 der RVJD-Zentrale, 26. Februar 1941; in: BA, R 8150 Nr. 45. Bielefeld stand damit gemeinsam mit der Bezirksstelle in Köln an der Spitze, es folgten Frankfurt, Hannover, München, Leipzig, Brandenburg (jeweils 5), Aussig und Königsberg (jeweils 4), Hamburg, Breslau, Mainz (jeweils 3), sowie Beuthen und Karlsruhe (jeweils 2).

¹⁰¹ Aktennotiz F 26 der RVJD-Zentrale mit entsprechender Übersicht, 11. November 1941; in: BA, R 8150 Nr. 46.

¹⁰² S. Gehaltssteuerbuch der JKV bzw. Verwaltungsstelle Bielefeld, 1942; in: STADTARCHIV BIELEFELD, Bestand 240,1/Jüdische Kultusgemeinde, Nr. 3.

¹⁰³ Bericht der RVJD-Zentrale über Verringerung des Reinigungspersonals, 1. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55. Deborah Zinnemann ist aufgeführt in einer Liste der im Februar und März 1942 ausgeschiedenen Reinigungsangestellten; in: EBD. Wahrscheinlich handelt es sich um Deborah Zinnemann, geboren 14. April 1893, die am 28. Oktober 1938 aus Hagen im Rahmen der „Polen-Aktion“ nach Bentschen deportiert wurde und noch einmal zur Geschäftsabwicklung zurückkehren durfte. Nach Kriegsbeginn war eine „Rückkehr“ nach Polen nicht möglich. Sie lebte bei der Familie Kadden in der Karl-Peters-Straße 2 und suchte eine Stelle in einem Haushalt. Vgl. JNB vom 17. September 1939. Das Melderegister Hagen wurde bei einem Luftangriff vernichtet. Stadtarchiv Hagen an Verfasser, 8. April 2021. Auch in den Meldeunterlagen der Stadt Bielefeld ist sie nicht nachweisbar. Stadtarchiv

Mit der Anordnung, die Information geheim zu halten, hatte Adolf Eichmann den Vertretern der RVJD-Zentrale bei einer Besprechung im RSHA am 24. Oktober 1941 das von Heinrich Himmler beschlossene Auswanderungsverbot für Juden bekanntgegeben. Vorerst sollte die Auswanderungsberatung allerdings noch weiter durchgeführt werden, aber „Telegramme in Auswanderungs-Einzelfällen nicht mehr zur Absendung gelangen“.¹⁰⁴ Erst zwei Monate später war es den Bezirksstellen erlaubt, ihren Beratern „mündlich oder auf anderem möglichst unauffälligem Weg [zu] eröffnen“, dass die Auswanderung aus Deutschland verboten war.¹⁰⁵ Zum Zeitpunkt des Verbots Ende Oktober 1941 lebten noch 5.792 Juden in Westfalen, davon im Bereich der Verwaltungsstelle Dortmund 1.233.¹⁰⁶

2 Die Erfassung der Juden durch die RVJD

Erstmals waren mit der Volkszählung im Mai 1939 die Daten aller nach den nationalsozialistischen Rassegesetzen als Juden geltenden Personen erhoben worden. Das RSHA forderte von der RVJD-Zentrale fortwährend statistisches Material zu verschiedenen Fragestellungen, worauf dort eine kleine Abteilung für diese Zwecke eingerichtet wurde. Im Frühjahr 1941 erging der Befehl an die RVJD, eine detaillierte Statistik über die seit 1933 ausgewanderten Juden zu erstellen. Eine Ende Mai vorgelegte Version befriedigte im RSHA nicht. Wegen angeblicher Mängel drohte Eichmann den Vertretern der RVJD am 4. Juni unverhohlen „Schutzhaft“ und Unterbringung in einem Konzentrationslager an, sowie eine weitere Verringerung der Zahl der Bezirksstellen und JKV.¹⁰⁷ Zwei Tage später forderte Eichmann den gesamten derzeitigen Mitgliederbestand der RVJD „mit größtmöglicher Beschleunigung“ neu zu erfassen und künftig als Kartei zu aktualisieren.¹⁰⁸ Im September meldete die RVJD, ihre Mitglieder bis auf die „nichtmosaischen Juden“ erfasst zu haben. Im Oktober 1941 war die geforderte Kartei fertiggestellt. Die Daten waren durch die Bezirksstellen und die JKV zugeliefert worden, die nun der Zentrale laufend Veränderungen, darunter Umzüge oder Sterbefälle, mitzuteilen hatten. Sie waren außerdem gehalten, den zuständigen Gestapostellen Ausfertigungen ihrer Mitgliederlisten zur Verfügung zu stellen.

Die Gestapo achtete penibel darauf, dass die geforderte einwandfreie Erfassung eingehalten wurde und drohte bei Versäumnissen mit harten Konsequenzen. Am 9. Februar 1942 unterrichtete die Bezirksstelle Westfalen ihre Büros und Vertrauensleute, dass große Mängel fest-

Bielefeld an Verfasser, 6. April 2021. Ihr Schicksal bleibt somit unbekannt. Vermutlich wurde Deborah Zinnemann einer der nächsten Deportationen, vielleicht der ins Ghetto Warschau am 31. März 1942, angeschlossen.

¹⁰⁴ Aktennotiz der RVJD („vertraulich“) über Rücksprache mit SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann, 24. Oktober 1941; in: LBI, AR 25033. Der vorgesehene 25. Auswanderer-Transport durfte noch stattfinden.

¹⁰⁵ Aktennotiz der RVJD über Vorsprache in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 20. Dezember 1941; in: LBI, AR 25033. Der Vertreter des RSHA befahl nun, die Beratung zu unterlassen.

¹⁰⁶ Monatliche Aufstellung der RVJD-Zentrale zur Bevölkerungsentwicklung der Juden in Deutschland für den Oktober 1941; in: WIENER LIBRARY, London, HA 20-1/4/15/A.

¹⁰⁷ Aktennotiz Z 75 der RVJD-Zentrale, 4. Juni 1941; in: LBI, AR 25033.

¹⁰⁸ Aktennotiz Z 78 der RVJD-Zentrale, 6. Juni 1941; in: LBI, AR 25033.

gestellt worden seien und man von der „Aufsichtsbehörde“ angewiesen wurde, diese zu beheben und die Kartei wöchentlich zu aktualisieren. Der Druck wurde direkt weitergegeben:

„Wir machen Sie deshalb darauf aufmerksam, dass wir die Angaben aus Ihrem Bezirk in Zukunft ohne weitere Rückfragen an die Behörde weitergeben werden, und Sie werden bei evtl. Unstimmigkeiten dafür zur Verantwortung gezogen werden.“¹⁰⁹

Als sich ein Mischehepaar polizeilich nicht am neuen Wohnsitz gemeldet hatte, mahnte der Mindener Vertrauensmann Sally Katzenstein sichtlich nervös im April 1943 den für Herford zuständigen Hans Grabowski inständig, ihm unverzüglich die Anschrift mitzuteilen, da er „einen solchen Fall nicht wieder haben“ wollte.¹¹⁰

Hildesheimer und Meyer gehen davon aus, dass diese Karteien zur Durchführung der Deportationen für die Gestapo nicht notwendig gewesen seien.¹¹¹ Tatsächlich verfügten die Gestapostellen seit Herbst 1935 über eine durch Meldungen der Kommunen und Ortspolizeibehörden ständig aktualisierte „Judenkartei“. Die RVJD-Zentralkartei in Berlin war gerade komplettiert, als die Massendeportationen anliefen.¹¹² Die Bezirksstellen erhielten von der Zentrale die Weisung, im Anschluss an eine Deportation die Listen der Betroffenen unter dem Kennwort „Aussiedlung“ zur Streichung einzureichen.¹¹³

3 Die erzwungene Mitarbeit an den Deportationen

Bereits vor der Bekanntgabe des Auswanderungsverbotes waren Züge in Richtung Osten unterwegs. Der erste Transport ging am 15. Oktober 1941 von Wien ins Ghetto Lodz (Litzmannstadt). Juden aus dem „Altreich“ folgten am 16. Oktober mit einem Transport von Luxemburg aus, der auch Männer und Frauen aus dem Bereich Trier umfasste. Danach rollten beinahe täglich Transporte mit jeweils rund 1.000 Menschen in die Ghettos. War das Ziel anfangs Lodz, stellten die Ghettos in Minsk, Riga und Kowno (Kaunas) die Zielorte der sogenannten zweiten Welle dar, die mit dem 8. November einsetzte. Allein nach Riga gingen im Zeitraum vom 27. November 1941 bis 6. Februar 1942 zwanzig Transporte aus dem „Großdeutschen Reich“ ab, darunter zwei aus Westfalen.¹¹⁴

¹⁰⁹ Rundschreiben Nr. 10 der RVJD-Bezirksstelle Westfalen, 9. Februar 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹¹⁰ Sally Katzenstein an Hans Grabowski, 29. April 1943; in: LAV NRW OWL, D 109 Jüdische Kultusgemeinde Herford und Detmold Nr. 1.

¹¹¹ MEYER 2011, 148.

¹¹² BEATE MEYER, Alltagsgeschichtliche Aspekte der Verfolgung. Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Zeit der Deportationen (1941-1943); in: ANDREA LÖW/DORIS L. BERGEN/ANNA HAJKOVA (Hg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, 13-28, hier 16.

¹¹³ MEYER 2011, 151. Die Angaben aus den Bezirksstellen flossen außerdem unter der Rubrik „Abwanderung“ in die Monatsstatistiken der RVJD ein.

¹¹⁴ Vgl. ALFRED GOTTWALDT/DIANA SCHULLE, Die „Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, 52-131.

Insgesamt rollten von Dezember 1941 bis Ende Juni 1943 elf Züge aus dem Bereich der Bezirksstelle Westfalen und der JKV Dortmund in die Ghettos Riga, Warschau, Zamość und Theresienstadt sowie in das Vernichtungslager Auschwitz. 5.673 Menschen sind mit diesen Transporten „in den Osten“ verschleppt worden. Viele starben in den Ghettos, viele wurden von dort in verschiedene andere Lager wie Trawniki und Stutthof oder Vernichtungslager wie Auschwitz und Treblinka überführt und ermordet. Nur wenige überlebten die „Endlösung der Judenfrage“.

	Datum	Ziel	Regierungsbezirke/Länder	Deportierte
01	13.12.1941	Riga	MS, MI, OS, Lippe, SH-Lippe	1.012
02	27.01.1942	Riga	AB, MS	1.003
03	31.03.1942	Warschau	MS, MI, Lippe, SH-Lippe	400
04	30.04.1942	Zamość	AB	790
05	10.07.1942	Auschwitz	MS, MI, OS, Lippe	103
06	29.07.1942	Theresienstadt	AB	808
07	31.07.1942	Theresienstadt	MS, MI, OS, Lippe, SH-Lippe	901
08	02.03.1943	Auschwitz	AB, MI, OS	547
09	12.05.1943	Theresienstadt	MS, MI	40
10	20.05.1943	Theresienstadt	AB	36
11	29.06.1943	Theresienstadt	AB, MI	33
				5.673

Tabelle 3: Die Deportationen aus dem Bereich der RVJD-Bezirksstelle Westfalen 1941 bis 1943.¹¹⁵
(zusammengestellt nach den Monatsmeldungen der RVJD unter www.statistik-des-holocaust.de)

Die Zentrale in Berlin informierte die Bezirksstellen und JKV im Herbst 1941 per Rundschreiben über die neuen anstehenden organisatorischen Aufgaben und erteilte Instruktionen.¹¹⁶ Grundsätzlich lag es in den Händen der regionalen Gestapostellen, in welchem Maße sie die RVJD-Bezirksstellen oder JKV, ihre Zweigbüros und Vertrauensleute in die Deportationsabläufe einbanden.¹¹⁷ Die westfälischen Gestapostellen griffen in den meisten Belangen auf die RVJD-Mitarbeiter als Helfer und Handlanger zu. Die Bezirksstelle in Bielefeld war damit gezwungen, eine arbeitsintensive und psychisch belastende Aufgabe zu übernehmen, bei welcher sie letztlich ohne Chancen auf Einflussnahme blieb. Beate Meyer spricht zu Recht von einem „unausweichlichen Dilemma“.¹¹⁸

¹¹⁵ Als Kürzel für die Regierungsbezirke stehen AB = Arnsberg, MI = Minden, MS = Münster, OS = Osnabrück; SH-Lippe steht für Schaumburg-Lippe.

¹¹⁶ Beispielsweise über die Beschaffung von Materialien wie Handwerkszeug, über den Umgang mit Sonderausgaben und die Meldung der „Abgewanderten“ an die Zentralkartei. Vgl. RVJD-Zentrale an Bezirksstellen, 30. Oktober 1941; in: ITS DIGITAL ARCHIVE, Arolsen Archives, 1.1.0.6/ID 82164567. Ebenso unterrichtete sie über den Höchstbetrag, den Transportteilnehmer mitnehmen durften, sowie die Auflage, ein Sonderkonto W zur Abwicklung der Deportationskosten einzurichten. Vgl. RVJD-Zentrale an Bezirksstellen, 12. November 1941; in: ITS DIGITAL ARCHIVE, Arolsen Archives, 1.1.0.6/ID 82164568.

¹¹⁷ BEATE MEYER, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: BEATE KOSMALA/CLAUDIA SCHOPPMANN (Hg.), Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002, 273-296, hier 287.

¹¹⁸ MEYER 2002.

Jeder Transport bedeutete für die Bezirksstelle, die Vertrauensmänner und die zahlreichen Helfer einen ungemein großen Kraftakt. Schon die Vorbereitungen, in welche sie durch die Gestapo einbezogen wurden, waren schwer zu bewältigen. Sie begannen bei der Mitwirkung an den Deportationslisten sowie der Information der Betroffenen über ihre anstehende „Evakuierung“ und über damit verbundene Vorgaben zum Ablauf, zum Gepäck und zur Vermögensabwicklung. Die Vertrauensmänner und die Helfer aus den Gemeinden unterstützten bei Behördengängen, beim Packen und Verschnüren des Gepäcks und begleiteten die Betroffenen teilweise bis ins Sammellager. Meistens wurden auch die Sammellager von den Mitarbeitern der RVJD ausgewählt. Ihre Ausstattung mit Pritschen, zumeist eher mit Strohsäcken, sowie die Betreuung, Verpflegung und medizinische Versorgung dort gehörten ebenfalls zu ihren Aufgaben. Organisiert wurde nicht nur der Transport der Personen und des Gepäcks zu den Sammellagern, sondern auch von dort zum Zug. Um den Eindruck aufrecht zu erhalten, es handele sich im Osten um einen „Arbeitseinsatz“, gestand die Gestapo der RVJD zu, Werkzeug, Nähmaschinen oder Kanonenöfen anzuschaffen, die mit auf Transport gingen. In Abstimmung mit der Gestapo wurden ein „jüdischer Transportleiter“ ernannt sowie ein Arzt und in der Krankenpflege unterwiesene Frauen ausgewählt.¹¹⁹ Bestimmt wurde außerdem für jeden Waggon ein Ordner, der mit einer Armbinde kenntlich gemacht wurde. RVJD-Mitarbeiter überprüften die von den zur Deportation bestimmten Personen ausgefüllten Vermögenserklärungen, die später von der Gestapo zur endgültigen „Abwicklung“ den Finanzämtern übersandt wurden. Bei den Transporten ins sogenannte Alters-Ghetto Theresienstadt hatte die RVJD-Bezirksstelle noch die Bearbeitung der sogenannten Heimeinkaufsverträge zu übernehmen, mit denen sich die Betroffenen ihren Lebensabend zu sichern dachten. Nach der Deportation stellte die Reinigung der Sammellager noch die einfachste Aufgabe dar. Die für die Finanzen zuständigen Mitarbeiter kümmerten sich um die auf dem Sonderkonto W eingegangenen Gelder der Deportierten zur Abrechnung und Begleichung der Transportkosten. Bezirksstellen-Mitarbeiter und Vertrauensmänner organisierten die Wohnungszusammenlegung, also die weitere Konzentrierung verbliebener jüdischer Haushalte.

Im Nachlass Adolf Schreibers sind auch Dokumente zur ersten Deportation aus Westfalen nach Riga am 13. Dezember 1941 enthalten, darunter ein aufschlussreicher Appell der Bezirksstelle, der offenbar Mitte November 1941 verschickt wurde. Darin unterrichtete sie „streng vertraulich“ und in eindringlicher Weise ihre Büros und Vertrauensleute von dem Bevorstehenden:

„Schwere Aufgaben sind uns übertragen worden. Wir sind für die richtige und rechtzeitige Durchführung der Behörde gegenüber verantwortlich. Im Interesse unserer betroffenen Mitglieder muss schnell und exakt gearbeitet werden. Unsere Vertrauensleute haben sich voll und ganz für das Gelingen und die Durchführung der ihnen gestellten Aufträge einzusetzen. Sie sind daher vorläufig von der Evakuierung verschont. Die von der Behörde mit der Organisation und der Durchführung des ersten Transportes Beauftragten können ihre Aufgabe nur dann restlos lösen, wenn sie Ihre ganze Unterstüt-

¹¹⁹ Bekannt sind die jüdischen Transportleiter für die Deportationen nach Riga am 13. Dezember 1941 (Dr. Alfred Steinberg, Münster) und Theresienstadt am 29. Juli 1942 (Arthur Rosenberg, Dortmund).

zung erhalten. Wir hoffen nicht, dass Sie uns in irgendeinem Punkt im Stich lassen. [...] Es muss alles funktionieren, sonst können Weiterungen eintreten, die niemand verantworten kann.“¹²⁰

Es folgten Anweisungen zur Betreuung und zur Vorbereitung der Betroffenen dieses ersten Transportes, ein Merkblatt für die Helfer war beigelegt. Dieser Appell, der von Ostwald als Leiter sowie von Stern und Heumann als „Beauftragte für den Regierungsbezirk Minden“ für den ersten Transport unterzeichnet war, endete mit den Worten:

„Helfen Sie uns, den Betroffenen ihr Los zu erleichtern. [...] Versuchen Sie vor allen Dingen, die Mutlosigkeit und die Zweifel zu zerstreuen. Sichern Sie jede nur mögliche Hilfe und Erleichterung von uns zu. Wir alle jedoch müssen mehr als unsere Schuldigkeit tun!“¹²¹

3.1 Die Mitwirkung bei der Erstellung der Deportationslisten

Besonders an der Mitwirkung an den Deportationslisten entzündete sich nach 1945 innerhalb jüdischer Gemeinschaften und dann in den 1960er Jahren durch Arendt und Adler die Diskussion um die Rolle der RVJD. Die originalen Transportlisten für den Bereich der Gestapostellen Münster, Dortmund und Bielefeld sind nicht erhalten. In einigen Kommunalarchiven finden sich in den Akten der Bürgermeister oder Ortspolizeibehörden Auszüge aus den Listen mit den Namen der Betroffenen aus den jeweiligen Orten.¹²² Ähnlich verhält es sich mit dem Nachlass des Anröchter Vertrauensmanns Adolf Schreiber in Yad Vashem. Für die Transporte nach Theresienstadt ab Juli 1942 existieren die sogenannten Einganglisten des Ghettos, die ein annäherndes Abbild der endgültigen Deportationslisten darstellen.

Verlässlichen Aufschluss darüber, wie diese Listen entstanden sind, könnten nur die verschollenen Akten der Gestapostellen und der RVJD-Bezirksstelle liefern. Den Aussagen aus Ermittlungsverfahren der 1960er Jahre gegen westfälische Gestapobedienstete sind zwar in Teilen interessante Hinweise zu entnehmen, sie sind aber oftmals dem Ansinnen geschuldet, sich selbst oder die ehemaligen Kollegen der Strafverfolgung zu entziehen. Abgestritten wurde ebenfalls vehement, vom Massenmorden durch Gas oder Erschießungen, also von der „Endlösung der Judenfrage“, etwas gewusst zu haben.¹²³ Damit sind die Angaben in ihrer Glaubwürdigkeit als eher zweifelhaft einzuordnen.

¹²⁰ Rundschreiben der RVJD-Bezirksstelle Westfalen an die Vertrauensleute, o.D. (wahrscheinlich Mitte November 1941), in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.2. Das Dokument findet sich in Anhang 1 dieses Beitrags. Außerdem ist es abrufbar unter <http://collections1.yadvashem.org/search.asp?lang=ENG&rsvr=7>. (Aufruf: 30. Dezember 2020). Fritz Grünewald aus Schötmar, der als Helfer eingeteilt war, wendete sich am 20. November an den Bürgermeister mit der Bitte um Genehmigung von Dienstreisen zur Erledigung seiner Aufgaben.

¹²¹ EBD.

¹²² Für das Land Lippe ist dieses für Lemgo und Bad Salzuflen-Schötmar der Fall.

¹²³ Auch aus den westfälischen Gestapostellen wurden im Sommer 1941 Mitarbeiter aus allen Ebenen zu den Einsatzgruppen im Osten abgeordnet. Personal aus der Gestapoleitstelle Münster und der Außenstelle Bielefeld fand sich vorwiegend in der Einsatzgruppe D.

Der bei der Dortmund untergeordneten Außenstelle Hagen tätige Kriminalsekretär Otto Grothe wick in seiner Aussage von der Strategie der ehemaligen Kollegen ab. Er gab an, dass sowohl die „Judensachbearbeiter“ wie auch deren Vorgesetzte gewusst hätten, dass den deportierten Juden die Vernichtung bevorstand und es sich somit um die „Endlösung der Judenfrage“ handelte.¹²⁴ Grothe schilderte die Arbeit des Hagener „Judenreferenten“, des Kriminalsekretärs August Wigger:

„Er arbeitete mit der Jüdin Fr. [Elfriede, JH] Kadden¹²⁵ zusammen, die 42 mit ihren Angehörigen nach Theresienstadt deportiert und nicht wiedergekommen ist. Sie hatte sich selbst zu diesem Transport gemeldet. [...] Soweit mir bekannt ist, besprach Wigger mit ihr vor Abgang eines Transportes die einzelnen Punkte. Alles andere erledigte sie, wie z.B. die Benennung der Juden, deren Benachrichtigung u.ä.“¹²⁶

Auch Robert Schlüter, der von etwa September 1939 bis November 1943 die Außenstelle Gelsenkirchen führte, die der Leitstelle Münster unterstand, verfuhr angeblich wie Wigger in Hagen. Er selbst habe keine Juden für die Transporte bestimmt, sondern Wert darauf gelegt, dass „die ganze Umsiedlungsaktion äußerst korrekt und sehr human durchgeführt“ wurde. In seiner Aussage führte er aus:

„Ich erinnere mich daran, dass ich nach den bindenden Weisungen des Erlasses und nach den diesbezüglichen Richtlinien den damaligen Obmann der jüdischen Gemeinde in Gelsenkirchen, Stern [= Hugo Sternfeld, JH], zu mir in meine Dienststelle kommen ließ, um mit ihm die näheren Einzelheiten über die Auswahl zu besprechen. [...] Insbesondere wies ich Stern darauf hin, dass er die Auswahl unter dem Gesichtspunkt vorzunehmen hätte, dass die Juden an ihrem Umsiedlungsort ein neues Leben aufgrund ihres handwerklichen Könnens aufbauen können. Die Auswahl der Betroffenen überließ ich also den Juden selbst. Einige Tage vor Beginn der Aktion überbrachte Herr Stern die von ihm erstellte Liste der Betroffenen.“¹²⁷

¹²⁴ Vernehmung Otto Grothe, 15. April 1965; in: LAV NRW WESTF., Bestand Staatsanwaltschaft Dortmund, Verfahren 10 Js 43/64, Nr. 1358. Damals wurde gegen Joachim Illmer, den damaligen Leiter der Gestapostelle Dortmund, und weitere u. a. wegen Beihilfe zum Mord im Zusammenhang mit der Deportation von Juden aus dem Bereich der Stapostellen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster ermittelt.

¹²⁵ Elfriede Kadden, geboren am 10. April 1892 in Hagen, wurde am 29. Juli 1942 über Dortmund nach Theresienstadt deportiert. Sie starb dort am 2. Juli 1944. Ihr Vater Siegmund Kadden saß im Vorstand der Hagener Gemeinde. Freundlicher Hinweis des Stadtarchivs Hagen, 29. März 2021. Elfriede Kadden, die an der Technischen Hochschule Darmstadt studiert hatte, war für die RVJD als Sprachlehrerin und – wie der Eintrag auf der Eingangsliste des Ghettos Theresienstadt verzeichnet – als Fürsorgerin tätig.

¹²⁶ Vernehmung Otto Grothe, 15. April 1965; in: LAV NRW WESTF., Bestand Staatsanwaltschaft Dortmund, Verfahren 10 Js 43/64, Nr. 1358.

¹²⁷ Vernehmung Robert Schlüter, 28. Februar 1963; in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852 Bd. 1. Es handelte sich hier um ein Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Bielefelder Gestapostellenleiter Ernst Diele u.a. wegen Beihilfe zum Mord im Zusammenhang mit den Deportationen von Juden aus dem Bereich der Gestapoleitstelle Münster und der Gestapoaußendienststelle Bielefeld.

Die Aussage des ehemaligen Kriminalkommissars Franz Zimmermann, der innerhalb der Gestapoleitstelle Münster das Dezernat leitete, zu dem auch das „Judenreferat“ unter dem Kriminalobersekretär Heinrich Brodesser gehörte, wies dagegen die Verantwortung nicht den Vertrauensmännern der RVJD, sondern seinen Kollegen, dem stellvertretenden Leiter Dr. Gerhard Bast und dem „Judenreferenten“ Brodesser zu. Diese konnten ebenso wie der Bielefelder „Judenreferent“ Wilhelm Pützer¹²⁸ nicht mehr aussagen, da sie bei oder kurz nach Kriegsende gestorben waren. Zimmermann gab sich als an den Abläufen gänzlich unbeteiligter Gestapobediensteter, und lastete die Auswahl für die Transporte Bast und Brodesser an.¹²⁹ Der ehemalige Vertrauensmann Louis Sternberg aus Paderborn folgte in seiner Aussage vom Oktober 1962 dieser Darstellung:

„Für alle Transporte wurden Listen von der Gestapostelle in Bielefeld aufgestellt, welche die Leitung der Reichsvereinigung in Bielefeld erhielt.“¹³⁰

Sternbergs Angaben zu seiner Tätigkeit, auch zu deren Zeitraum, sind allerdings unpräzise und wegen der Diskussionen in den Nachkriegsjahren um seine Rolle ebenfalls mit Vorbehalt einzuordnen. Dennoch enthalten viele der Aussagen eine partielle Wahrheit vor dem Hintergrund, dass die Erstellung der endgültigen Liste einen längeren Prozess mit mehreren Beteiligten darstellen konnte. Die Frage, wie die Transportlisten im Bereich Westfalen entstanden sind, lässt sich mangels Akten der westfälischen Gestapostellen nicht bis ins letzte Detail klären. Eine Untersuchung über das „Judenreferat“ der Gestapoleitstelle Düsseldorf befasst sich auch mit der Listenerstellung.¹³¹ Die erhaltene Korrespondenz der westfälischen Gestapo mit Polizei oder Finanzämtern in den Kommunalarchiven sowie die Dokumente der RVJD im Bundesarchiv und im Nachlass Adolf Schreibers weisen darauf hin, dass das Verfahren dem der Leitstelle Düsseldorf sehr ähnlich war.

Das RSHA legte die Personengruppe für die einzelnen Deportationsziele durch die jeweiligen „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden“ fest.¹³² Für jeden Zielort wurden Kontingente zur Verfügung gestellt, bis ein Ghetto als ausgelastet galt.¹³³ In Westfalen lag die Federführung für die Transporte in der Regel bei der Gestapoleitstelle

¹²⁸ Wilhelm Pützer (1893-1945) kam 1935 zur Gestapostelle Bielefeld. Anfang 1942 wurde er zum Kriminalobersekretär (KOS) befördert. Vgl. Parteiunterlagen zu Pützer; in: BA, R 9361 III Nr. 156272. Pützer galt als „freundlich“ im Umgang. Er war verhältnismäßig spät, gegen Ende 1939, in die NSDAP eingetreten. Letztlich sorgte er jedoch für reibungslose Abläufe; zudem war Pützer im März 1945 an der Ermordung von Russen bei Halle (Westfalen) beteiligt.

¹²⁹ Vernehmung Franz Zimmermann, 14. März 1963; in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852 Bd. 1.

¹³⁰ Aussage Louis Sternberg, 15. Oktober 1962; in: LAV NRW OWL, D 21 A Nr. 4852 Bd. 2. Sternberg trat wahrscheinlich im Juli 1942 die Nachfolge Fritz Kahns als Vertrauensmann in Paderborn an.

¹³¹ HOLGER BERSCHEL, *Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935-1945*, Essen 2001, 367-376.

¹³² Zahlreiche der Richtlinien finden sich in GOTTWALDT/SCHÜLLE (2005).

¹³³ Anfänglich waren noch Personenwaggons 3. Klasse im Einsatz, dann sogenannte Russenzüge, die mit 700 Zwangsarbeitern aus dem Osten ins Reich rollten, aber mit 1.000 Juden zurückzugehen hatten.

Münster.¹³⁴ Die Gestapostelle Dortmund war in den Fällen verantwortlich, wenn es sich um Deportationen handelte, die ausschließlich den Regierungsbezirk Arnsberg betrafen. Die Abstimmungen darüber, welche Personenzahl die einzelnen Gestapostellen und damit Regierungsbezirke zu stellen hatten, erfolgten intern. Bei Deportationen, die federführend von auswärtigen Gestapostellen organisiert wurden, wie die von der Leitstelle Hannover nach Warschau im März oder die von den Leitstellen Hamburg und Berlin nach Auschwitz Anfang Juli 1942, waren von dort oder vom RSHA Teilkontingente vorgegeben.

Seit Herbst 1935 verfügten die Gestapostellen über eine regelmäßig durch Mitteilungen der Bürgermeister oder Ortspolizeibehörden aktualisierte „Judenkartei“. Im Vorfeld von Deportationen wurden außerdem häufiger Aufträge an die RVJD-Bezirksstelle erteilt, Aufstellungen von Juden nach vorgegebenen Kriterien zu fertigen. Bei diesen Erhebungen ging es einmal um im Arbeitseinsatz stehende Personen, ein anderes Mal um ehemalige Frontkämpfer mit Kriegsauszeichnungen, dann wiederum um Kranke und Körperbehinderte.¹³⁵ Nach Auswertung der vorhandenen Quellen bildeten sowohl die „Judenkartei“ wie auch die von der RVJD angeforderten Übersichten die Grundlagen für die ursprünglichen Deportationslisten, die durch die westfälischen Gestapostellen erstellt worden sind.

Berschel zufolge erfolgte die Auswertung der Kartei nach den vom RSHA vorgegebenen Kategorien. An deren Ende stand eine Übersicht mit Zahl der in Betracht kommenden Personen. Anschließend wurden den Außenstellen Kontingente zugeteilt. Die Auswahl der einzelnen Personen lag dann in den Händen der zuständigen Gestapostelle. Diese vorläufigen Listen wurden dann mit den Richtlinien zur Abwicklung des Transportes auch an die Landräte und Oberbürgermeister gegeben. Erst danach kam es zu „Bereinigungen“ der Liste, die unter der zwangsweisen Mitwirkung der RVJD-Vertreter erfolgten. Dabei mussten Fragen der Streichung und Zurückstellung geklärt werden. Gründe dafür konnten eine Reklamation wegen Arbeitseinsatzes in einem kriegswichtigen Betrieb, die durch Krankheit bedingte Transportunfähigkeit oder die Pflege eines Angehörigen sein. Diese Möglichkeiten nahmen im Verlauf der weiteren Deportationen jedoch stetig ab.¹³⁶ Über die RVJD laufende freiwillige Meldungen von Juden, die ihre Angehörigen begleiten wollten, wurden zumeist akzeptiert. Die Gestapo selbst setzte nach eigenem Gutdünken Personen auch kurzfristig noch auf die Liste. Das konnten Personen sein, die durch „unbotmäßiges“ Verhalten aufgefallen waren, sich Anweisungen widersetzt hatten oder ansonsten mit „Schutzhaft“ oder Konzentrationslager bestraft worden wären.¹³⁷

¹³⁴ Der Leitstelle Münster waren die Gestapostelle Dortmund, die Mitte 1941 zur Außendienststelle herabgestufte Gestapostelle Bielefeld, sowie von 1941 bis 1944 die Gestapostelle Osnabrück mitsamt deren Nebendienststellen unterstellt.

¹³⁵ Verschiedene solcher Aufstellungen finden sich im Nachlass Schreibers; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹³⁶ Zur Deportation über Dortmund nach Theresienstadt am 29. Juli 1942 verfügte die Gestapostelle Dortmund: „Vom Abtransport zurückgestellt können höchstens diejenigen Juden werden, die todkrank darniederliegen.“ S. HERMANN ZABEL (Hg.), „Mit Schimpf und Schande aus der Stadt, die ihnen Heimat war“. Beiträge zu Geschichte der jüdischen Gemeinde Hagen, Hagen 1994, 156 ff.

¹³⁷ BERSCHEL 2001, 370 f.

3.2 Beispiel: die Deportation nach Riga am 13. Dezember 1941

Für den Dezember 1941 waren zwei Deportationen aus Westfalen nach Riga geplant.¹³⁸ Ein für den 12. Dezember 1941 von Dortmund vorgesehener Transport kam erst am 27. Januar 1942 zustande. Die Verzögerung lag wahrscheinlich im Mangel an Zugmaterial begründet.¹³⁹ Somit war die Deportation aus den Bereichen der Gestapoleitstelle Münster sowie der Gestapostellen Osnabrück und Bielefeld am 13. Dezember 1941 die erste „Evakuierung“ von Juden aus Westfalen. Es handelte sich um den neunten Transport aus dem Deutschen Reich, der das „Reichsjudenghetto“ Riga zum Ziel hatte.¹⁴⁰

Nach der Anordnung sollten Juden im geschlossenen Arbeitseinsatz, über 65jährige, Kranke und Gebrechliche sowie jüdische Mischehepartner ausgeschlossen sein. Am 14. November kündigte die RVJD-Bezirksstelle in einem Rundschreiben an alle Mitglieder bald anstehende „Umsiedlungen“ an und vermittelte allgemeine Hinweise zum Gepäck. Zu diesem Zeitpunkt waren ihr also weder der Termin noch die von der Gestapo vorgesehenen Personen bekannt.¹⁴¹ Die Betroffenen in Münster erfuhren etwa am 18. November über das Münsteraner Büro der RVJD das Datum ihrer bevorstehenden „Evakuierung“.¹⁴² Beinahe zeitgleich, am 19. November, sandte die Leitstelle Münster den Oberbürgermeistern und Landräten im Regierungsbezirk Münster neben der Ankündigung der Deportation mit den dafür geltenden Vorschriften eine „Liste über die zu evakuierenden Juden“ aus deren Bereichen. Die Gestapostelle Bielefeld informierte die Landräte im Regierungsbezirk Minden und im Land Lippe am 22. November, ebenfalls mit entsprechenden Namensverzeichnissen.¹⁴³ Parallel dazu bereitete die RVJD-Bezirksstelle die „Deportationsbescheide“ vor, die Termin und Ziel enthielten. Sie wurden am 26. November versandt:

„Wir sind ermächtigt, Ihnen im Auftrag der Behörde mitzuteilen, dass Sie und die weiter unten aufgeführten Familienangehörigen zur Evakuierung nach Riga (Lettland) eingeteilt worden sind. Der geplante Sammeltransport soll voraussichtlich am 13. Dezember 1941 abgehen. Sie erhalten von uns oder

¹³⁸ Auch das Ghetto Minsk stand anfangs als Deportationsziel auf der Agenda. Vgl. Vermerk des Oberbürgermeisters von Münster über eine Besprechung mit der Gestapoleitstelle Münster, 20. November 1941; in: STADTARCHIV MÜNSTER, Stadtregistratur, Nr. Fach 36 Nr. 18d.

¹³⁹ GOTTWALDT/SCHULLE 2005, 135. Interessanterweise waren in Gelsenkirchen die Betroffenen bereits per Einzelmitteilung („Deportationsbescheid“) am 13. November 1941 von ihrer Einteilung zur „Evakuierung nach dem Osten“ unterrichtet worden. Vgl. RVJD-Büro Gelsenkirchen (Hugo Sternfeld) an Familie Schloss, 13. November 1941; s. http://www.stolpersteine-gelsenkirchen.de/deportation_gelsenkirchen_riga_1942_800px.jpg.

¹⁴⁰ Zu den über Bielefeld laufenden Deportationen s. BERND J. WAGNER, Deportationen in Bielefeld und Ostwestfalen 1941-1945; in: DAGMAR BUCHWALD/LUTZ HAVEMANN/UWE HORST/BERND J. WAGNER (Hg.), „Es waren doch unsere Nachbarn!“ Deportationen in Ostwestfalen-Lippe 1941-1945, Essen 2014, 70-129.

¹⁴¹ RVJD-Bezirksstelle an die Mitglieder, 14. November 1941; in: SAMMLUNG NORDSIEK, Minden. Mit freundlichem Dank an Hans Nordsiek für die Überlassung von Kopien.

¹⁴² Vgl. GISELA MÖLLENHOFF/RITA SCHLAUTMANN-OVERMEYER: Die Deportation aus Münster-Osnabrück-Bielefeld, 13. Dezember 1941: Münster; in: WOLFGANG SCHEFFLER/DIANA SCHULLE (Hg.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003, 723-725, hier 724.

¹⁴³ Gestapo Bielefeld an Landräte, 22. November 1941; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.3.

durch die Behörde noch rechtzeitig Bescheid, wann Sie sich in dem noch später zu benennenden Sammelort einzufinden haben.“¹⁴⁴

Nicht nachvollziehbar ist, ob in der Zeit vom 18. November bis zum Versand der Mitteilung am 26. November bereits Änderungen an den von der Gestapo erstellten Listen vorgenommen worden sind. In den letzten beinahe drei Wochen bis zum Transport erfolgten solche nicht nur durch freiwillige Meldungen. Selbst kurzfristige Bitten, mit Familienangehörigen gemeinsam „evakuiert“ zu werden, wurden „wohlwollend“ beschieden, was ebenfalls belegt, dass die Listen bis zuletzt vorläufigen Charakter hatten und die Richtlinien des RSHA für die Gestapo vor Ort dehnbar waren. Das zeigen auch spätere Beispiele. Der Bielefelder „Judenreferent“ Pützer stimmte persönlich dem Wunsch des an beiden Beinen gelähmten Fritz Grünewald aus Schötmar zu, seine Eltern begleiten zu dürfen. Die Familie wurde gemeinsam am 10. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert.¹⁴⁵ Von den beiden Deportationen, deren Ziel Ende Juli 1942 das sogenannte Alters-Ghetto Theresienstadt war, erfolgten jedoch nahezu keine Rückstellungen mehr. Kranke und Gebrechliche aus den Alters- und Siechenheimen wurden mit der Trage zum Zug gebracht. Die Gestapo ließ aber durchaus noch freiwillige Meldungen von jüngeren im „Arbeitseinsatz“ stehenden Menschen zu, die ihre Eltern nicht allein lassen wollten.

Wie ein Verzeichnis der Stadt Münster vom 8. Dezember 1941 belegt, waren dort über ein Dutzend Personen vorwiegend wegen der Pflege von kranken und alten Angehörigen oder – wie der städtische Vertreter verdrossen feststellte – trotz ihres „evakuierungsmöglichen Alters“ zurückgestellt worden. In bürokratischer Kälte versuchte die Stadt Münster zu intervenieren und die genannten deportieren zu lassen. Ihr Motiv war die mit der Deportation einhergehende Räumung von Wohnungen:

„[...] W. Mildenberg (1891 geboren) soll zur Betreuung seines Vaters hierbleiben. Der Grund erscheint nicht stichhaltig. [...] Die ganze Familie Gumprich – 2 Eheleute und 3 Kinder – verbleiben wegen des einige Monate alten Uri, auch hier ist vielleicht eine andere Lösung möglich. [...] Hilde Neuhaus (im evakuierungsmöglichen Alter) [...] Tochter Hänni [Henny, JH] Hertz. Der Vater ist noch nicht 65 Jahre, angeblich krank. Tochter soll zu seiner Betreuung verbleiben. [...]“¹⁴⁶

Die Münsteraner Gestapo folgte den städtischen Vorschlägen allerdings nur in einem Fall, bei Willy Mildenberg. Die weiteren genannten Personen wurden späteren Transporten zugeteilt. Die wahrscheinlich vom RVJD-Büro Münster betriebene Rückstellung der Sekretärin Hedwig Weinberg wurde ebenfalls nicht aufgehoben. Auch anderswo bemühten sich Bürgermeister

¹⁴⁴ RVJD-Bezirksstelle an Meta Blau (Minden), 26. November 1941; in: SAMMLUNG NORDSIEK, Minden. Unterzeichnet ist der Bescheid von Adolf Stern und Karl Heumann.

¹⁴⁵ Vorgang, 6.-9. Juli 1942; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN-SCHÖTMAR, Schötmar III.470.3. Ernst Greenwood, Bruder des Vaters Meinhard, veröffentlichte eine Suchanzeige für die Familie Grünewald im AUFBAU vom 1. Februar 1946.

¹⁴⁶ Stadt Münster (Rechtsrat Sasse) an Gestapoleitstelle Münster, 8. Dezember 1941; in: STADTARCHIV MÜNSTER, Stadtregistratur, Nr. Fach 36 Nr. 18d. Henny Hertz' Vater starb am 24. Dezember 1941.

oder städtische Vertreter vor Deportationen immer wieder darum, Juden aus ihrer Stadt beschleunigt „abzuschieben“.¹⁴⁷

Für die „Judenreferenten“ der Gestapo bestand selbst noch im Sammellager die Option, Personen von der Deportation zurückzustellen wie der Fall Hedwig Schlamm aus Detmold belegt. Die mit ihrer 82jährigen Mutter Adele im „Judenhaus“ und Altersheim Gartenstraße 6 untergebrachte Frau litt unter starken psychischen Problemen. Ein von ihr verzweifelt erbetenes Attest verweigerte der Direktor der Anstalt Lindenhaus. Der gesundheitliche Zustand wie die Lage im Haus hatten sich am Vorabend des Transportes nach Bielefeld so dramatisch zugespitzt, dass die Polizei eine völlig aufgelöste Hedwig Schlamm ins Detmolder Gefängnis einlieferte. Im Sammellager wurde sie im letzten Moment vom Transport zurückgestellt. Die RVJD brachte beide Frauen kurze Zeit später in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz unter.¹⁴⁸

3.3 Beispiel: die Deportation nach Zamość am 30. April 1942

Einen genaueren Einblick in die Vorbereitungen der RVJD für eine Deportation, vor allem in das Zustandekommen der Deportationslisten, gewähren Dokumente aus dem Nachlass des Vertrauensmannes für den Kreis Lippstadt, Adolf Schreiber. Dabei handelt es sich um den Abtransport von 790 Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość am 30. April 1942.¹⁴⁹ Ergänzt werden können diese Unterlagen um Notizen des für die „Abwanderung“ zuständigen Bezirksstellen-Mitarbeiters Adolf Stern, die in einem Bericht eines Revisors der RVJD-Zentrale angeführt werden. Diese darin zitierten Aufzeichnungen Sterns umfassen den Zeitraum vom 7. bis zum 30. April 1942, allerdings ohne Tagesdaten. In Verbindung mit den Dokumenten Schreibers lassen sie sich in eine zeitliche Reihenfolge bringen.

Mit Schreiben vom 25. März 1942 informierte der Leiter der Gestapostelle Dortmund die Landräte im Regierungsbezirk über den anstehenden „Abschub von Juden nach dem Osten“. Die dort nach den aktuellen „Richtlinien zur technischen Durchführung“ erstellte Transportliste lag zur weiteren Bearbeitung bei:

¹⁴⁷ Beispielsweise der Bürgermeister der lippischen Gemeinde Siekholz, der die Deportation von Edith Masse forderte: „Die Gemeinde Siekholz will nun endlich judenfrei werden. [...] Wir bitten deshalb dringend, endlich die notwendigen Maßnahmen zum Abtransport der Jüdin samt ihrem Anhang zu treffen.“ Bürgermeister Siekholz an NSDAP-Kreisleitung Lippe, 19. Februar 1942; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 959.

¹⁴⁸ Hedwig Schlamm an Direktor der Anstalt Lindenhaus, 14. November 1941; sowie Adele Schlamm an Direktor der Anstalt Lindenhaus, 16. Januar 1942; in: LAV NRW OWL, L 107 D Nr. 5143. Die Rückkehr der kranken Frau sorgte demnach bei den Bewohnern des „Judenhauses“ angesichts der räumlichen Enge für heftige Reaktionen: „Was wir hier im Hause an Gehässigkeit der Gemeinde durchmachen müssen, spottet jeder Beschreibung. Die Leute haben vor Wut geschäumt, als die Nachricht kam, dass sie zurückkommen sollte.“ Erhaltenen Listen zufolge wurden Hedwig Schlamm am 22. März 1942 nach Izbica und ihre Mutter Adele am 15. Juni 1942 nach Majdanek oder Sobibor deportiert.

¹⁴⁹ Zu dieser Deportation s. RALF PIORR/PETER WITTE (Hg.), Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość im April 1942, Essen 2012. Auch für die Deportation nach Theresienstadt vom 29. Juli 1942 von Dortmund finden sich im Nachlass Schreibers ergiebige Dokumente.

„In Kürze werden weitere Juden aus dem Regierungsbezirk Arnberg in das Generalgouvernement abgeschoben. Die auf die einzelnen Kreise entfallenen Juden sind aus der beigelegten Namensliste zu entnehmen. [...] Den genauen Termin der Abfahrt werde ich frühzeitig genug bekannt geben. Um die Abfertigung der Juden im Sammellager und den reibungslosen Abschub gewährleisten zu können, bitte ich, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Zu diesem Zweck ist die Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Bielefeld von mir angewiesen worden, den für die einzelnen Kreise zuständigen jüdischen Obmännern aufzugeben, sich in den nächsten Tagen zur Entgegennahme von Weisungen auf der dortigen Dienststelle zu melden. Da die Angelegenheit vorerst noch geheim zu halten ist und die Juden von der bevorstehenden Abschiebung auf keinen Fall erfahren dürfen, bitte ich, den mit Weisung zu sehendem Obmann unter Androhung strengster staatspolizeilicher Maßnahmen zu verpflichten, über die beabsichtigten Maßnahmen gegenüber jedermann das strengste Stillschweigen zu bewahren. Allgemein gelten folgende Richtlinien: a) die zur Abschiebung gelangenden Juden sind von hier aus bestimmt worden. Soweit darunter besonders gebrechliche und somit völlig transportunfähige Juden sind und der Amtsarzt dieses bescheinigt, sind diese mir sofort namhaft zu machen. Gleichzeitig sind auch diejenigen Juden festzustellen, die in einem geschlossenen kriegswichtigen Einsatz stehen und für die eine Zustimmung zur Abschiebung seitens der Rüstungsinspektion, der Landwirtschafts- und Arbeitsämter aus wehrwirtschaftlichen Gründen nicht gegeben werden kann. [...] d) [...] Die Liste mit dem Vermerk der ordnungsgemäßen Übergabe dient als Unterlage für die Abmeldung der Juden bei den einzelnen Meldeämtern in den Melderegistern, in die der Abgang der Juden lediglich als Vermerk „unbekannt verzogen“ aufzunehmen ist. [...] Im Übrigen ist bei den Vorbereitungsarbeiten möglichst weitgehend der jüdische Obmann heranzuziehen.“¹⁵⁰

Die geforderte Mitwirkung kündigte der Bezirksstellen-Mitarbeiter Adolf Stern den Vertrauensmännern per Rundbrief vom 28. März 1942 an. Diese hatten sich am 1. April zu ihrer „Aufsichtsbehörde“, in den Stadtkreisen handelte es sich um die Gestapoaußendienststellen und in den Landkreisen um die Landratsämter, zu begeben, „um dort Aufträge entgegenzunehmen.“ Stern wies ausdrücklich darauf hin, dass diese Vorladung „äußerst vertraulich zu behandeln“ sei und Zuwiderhandlungen durch die Gestapo geahndet würden. Ein Punkt wich augenscheinlich von den bei den drei vorherigen Transporten aus Westfalen üblichen Gepflogenheiten ab: Rücksprachen hatten ausnahmslos mit ihm und niemandem sonst innerhalb der Bezirksstelle zu erfolgen.¹⁵¹ Dieses von der Gestapostelle Dortmund aus unerfindlichen Gründen befohlene Vorgehen verschärfte einen bereits schwelenden Konflikt zwischen dem

¹⁵⁰ RALF PIORR, „Betrifft: Abschub von Juden nach dem Osten“. Dokumente der Deportation; in: PIORR/WITTE 2012, 83-94, hier 90 f.

¹⁵¹ RVJD-Bezirksstelle (Stern) an Schreiber, 28. März 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

Bezirksstellen-Leiter Dr. Max Ostwald und seinem Mitarbeiter Adolf Stern, der schließlich die Zentrale veranlasste, einen Revisor nach Bielefeld zu entsenden.

Am 1. April erschien der Vertrauensmann Adolf Schreiber aus Anröchte im Landratsamt in Lippstadt und erhielt den Auftrag, die ihm vorgelegte Liste von Juden um Angaben zu deren derzeitigen Arbeitsstellen zu ergänzen. Die geforderten Ergänzungen sandte Schreiber noch am gleichen Tag zurück und meldete zwei Mitglieder der Familie Hammerschlag aus Anröchte als krank und „z.Zt. wahrscheinlich nicht transportfähig“.¹⁵² Angaben zu den Verhältnissen in Geseke musste er erst von dort anfordern, diese sowie zwei weitere Krankmeldungen lieferte er nach.¹⁵³ In den Notizen Adolf Sterns findet sich als erster Eintrag:

„1) Auf Anforderung der Staatspolizeistelle, Dortmund. Erfassung der im Arbeitseinsatz stehenden Juden des Regierungsbezirks Arnsberg. Nach Berichten unserer Vertrauensleute war eine Gesamtliste der Arbeitnehmer einschl. Angehörigen (Ehefrauen und Kinder bis 14 Jahren) zu fertigen und vorzulegen. Über die Art der einzelnen Arbeitsbetriebe sowie über die Arbeitnehmer waren mündliche Besprechungen erforderlich.“¹⁵⁴

Der „Abwanderungsbeauftragte“ Stern fasste also die einzelnen Meldungen der Vertrauensmänner in einer neuerlichen Gesamtliste mit Angaben zum Arbeitseinsatz für die Gestapo zusammen. In einem weiteren Schritt wurden die aufgeführten Personen von Stern mit den einzelnen Vertrauensmännern in Hinblick auf ihre Transportfähigkeit durchgesprochen:

„2) Rücksprache mit den Vertrauensleuten über den Gesundheitszustand der in der Abwanderungsliste erfassten Personen, sowie Anweisungen und Vorschläge zur Betreuung und schnellen Durchführung der Abwanderungsorder nach Bekanntgabe des festen Termins. Diese Besprechungen wiederholten sich gleichmäßig in Laasphe, Brilon, Anröchte und mit dem Vertrauensmann von Soest. (Bei dieser Gelegenheit Besprechung von Umsiedlungsfragen für den Kreis Warburg in Warburg am 13.4.1942).“

Die vorläufigen Listen erfuhren somit noch laufend Änderungen. Wegen Krankheit Transportunfähige wurden bis Sommer 1942 noch zurückgestellt. Bis März 1942 reichte ein ärztliches Attest aus, das über die RVJD-Bezirksstelle an die Gestapo weitergeleitet wurde. So hatte Berta Sternberg in Paderborn eine Woche vor dem Transport nach Warschau Ende März 1942 Nachricht über ihre Zurückstellung durch die Gestapo erhalten.¹⁵⁵ Im Vorfeld der Deportation nach Zamość mussten solche Bescheinigungen durch den Amtsarzt überprüft werden. Der

¹⁵² Schreiber an Landratsamt Kreis Lippstadt, 1. April 1942, sowie handschriftliche „Aufstellung der [unlesbar] Arbeit stehenden Juden, soweit solche in der mir dort vorgelegten Liste aufgeführt sind“, o. D.; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹⁵³ Landrat Kreis Lippstadt an Schreiber, 17. April 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹⁵⁴ Kurt Ehrlich an RVJD-Zentrale, 5. Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

¹⁵⁵ RVJD-Bezirksstelle an Berta Sternberg, 23. März 1942; in: STADT- UND KREISARCHIV PADERBORN, S1/114/87. Das Schreiben wurde von Karl Heumann und Adolf Stern unterzeichnet. Sie wurde später nach Theresienstadt verschleppt und überlebte.

Amtsarzt des Kreises Lippstadt sah in keinem Fall Hemmnisse für die Transportfähigkeit vorliegen.¹⁵⁶

Neben der Organisation des Transportes zu den Sammelstellen und vor allem der finanziellen „Abwicklung“ blieb das Thema Listen weiter bestehen, wie der folgende Eintrag Sterns belegt:

„3) Auf Veranlassung der Staatspolizeistelle Dortmund-Hörde Besprechung mit den Vertrauensleuten in obigem Sinne [siehe zu 2, JH].“

Dabei kann es sich nur um einen Termin am 23. April 1942 gehandelt haben. Per Telegramm war Schreiber am Vortag durch Stern zu einer dringenden Besprechung um 10 Uhr nach Dortmund gebeten worden.¹⁵⁷ Wieder einmal wurden Änderungen am Verzeichnis der für die Deportation nach Zamość vorgesehenen Personen vorgenommen. Die nun „fertige“ Liste der betroffenen Personen aus den Bereichen Soest und Lippstadt wurde Schreiber durch die Bezirksstelle mit Schreiben vom 24. April in zweifacher Ausfertigung zugestellt:

„Sie wollen die eine Liste für sich behalten, um anhand dieser Aufstellung die Vermögens-Erklärungen und Rundschreiben zu übermitteln. Die zweite Liste können Sie der dortigen Behörde zur Verfügung stellen. Sollten sich innerhalb Ihres Bezirks Veränderungen irgendwelcher Art ergeben, oder sollten Irrtümer in der Liste enthalten sein, so wollen Sie uns diese sofort, möglichst telefonisch, mitteilen. Heute gehen die vorgesehenen Rundschreiben über die zur Mitnahme zugelassenen Gegenstände und sonstige Mitteilungen über die Vorbereitungen heraus.“¹⁵⁸

Erst spät war Adolf Stern somit das vorgesehene Deportationsdatum mitgeteilt worden. Es handelte sich um eine Besprechung am 23. oder 24. April bei der Gestapo in Dortmund-Hörde:

„4) Vorladung der Staatspolizeistelle Dortmund-Hörde. Bekanntgabe des voraussichtlichen Termins der Abwanderung am 30.4.42. Besprechung der Bedingungen und die Art der Zusammenziehung der Leute sowie Verteilung der Vermögenserklärungen. Einziehung der Spenden für das Sonderkonto W, Transport des Gepäcks, Sammellokal und Verpflegung. Besprechung mit dem Vertrauensmann in Schwelm für den Ennepe-Ruhrkreis und in Hagen für die Stadt Hagen.“

Die Betroffenen erfuhren durch das genannte Rundschreiben vom 24. April von ihrer Deportation:

¹⁵⁶ Landrat Kreis Lippstadt an Adolf Schreiber, 17. April 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹⁵⁷ Telegramm der RVJD-Bezirksstelle (Stern) an Schreiber, 22. April 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257. Schreiber besorgte sich sogleich beim Bürgermeister die polizeiliche Erlaubnis zum Verlassen seines Wohnortes und zur Nutzung der Eisenbahn.

¹⁵⁸ RVJD-Bezirksstelle an Adolf Schreiber, 24. April 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

„Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle in Dortmund werden Sie davon in Kenntnis gesetzt, dass Sie und Ihre nachstehend aufgeführten Familienangehörigen [...] zu einem Arbeitseinsatz im Osten bestimmt sind. Sie, wie Ihre Angehörigen haben sich zu diesem Zweck am [...] in [...] um [...] Uhr einzufinden, bezw. in Ihrer Wohnung bereit zu halten. [...].“¹⁵⁹

Am 26. April übermittelte Schreiber die „berichtigte Abwanderungs-Liste“ mit 64 Personen aus seinem Bereich an das Landratsamt in Lippstadt.¹⁶⁰ Im Anschluss an die Listenerstellung regelte Adolf Stern in ständigem Austausch mit der Gestapostelle die vielen weiteren Aufträge:

„5) Vorladung der Staatspolizei Dortmund-Hörde. Abfertigung und Einholung der Abwanderer aus dem Regierungsbezirk Arnsberg. Streichung der Kranken und aus dem Arbeitseinsatz Reklamierten und Aufstellung der endgültigen Abwanderungsliste. Abnahme und Kontrolle der einzelnen Landkreistransporte sowie Anrollen des Gepäcks, Betreuung und Verpflegung der Transportteilnehmer und endgültige Abfertigung des Transportes am 30.4.1942. Zur Betreuung und Information der Abwanderer aus dem Präsidialbezirk Bochum zweimalige Anwesenheit von Dortmund aus in Bochum.“¹⁶¹

Noch in den letzten Tagen vor dem Transport ins Sammellager wurde die Liste zur „endgültigen Abwanderungsliste“ bereinigt. Die Spielräume der Einflussnahme durch den RVJD-Vertreter scheinen dabei allenfalls minimal gewesen zu sein, handelte es sich doch vorwiegend um den Ausschluss kranker oder von ihren Arbeitgebern reklamierter Juden. Eine „Ersatzstellung“ ist in diesen ein bis drei Tagen offensichtlich nicht mehr verfolgt worden. Die letztgültige Liste wurde der Transportleitung zur Übergabe am Deportationsziel mitgegeben. Das Verfahren der Listenerstellung scheint sich in Westfalen bis auf die letzten Deportationen der im „geschlossenen Arbeitseinsatz“ stehenden Personen, der Zurückgestellten und „Privilegierten“ 1943 nicht wesentlich geändert zu haben.

3.4 Listenerstellung und „Spielräume“

Unabhängig der vom RSHA in den Richtlinien vorgegebenen Personengruppen konnten die „Judenreferenten“ der Gestapo nach eigenem Gutdünken davon abweichen. Ob es in solchen Fällen Vereinbarungen mit Vertretern der RVJD gegeben hat, ist nicht belegbar. Die Gestapo zögerte offensichtlich nicht, Problemfälle oder „störende Elemente“ „abzuschieben“. Dabei konnte es sich um schwer unterzubringende kranke oder gebrechliche Menschen handeln wie die zum Christentum übergetretene Hedwig Löwenthal aus Lemgo, oder um Personen, die

¹⁵⁹ „Deportationsbescheid“ der RVJD-Bezirksstelle Westfalen (Adolf Stern), Datum des Poststempels; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹⁶⁰ Schreiber an Landratsamt Lippstadt, 26. April 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

¹⁶¹ Kurt Ehrlich an RVJD-Zentrale, 5. Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

gegen Auflagen verstoßen, sich nicht konform verhalten hatten oder denen Haft im Konzentrationslager bevorstand. Das scheint bei Renate Frankenstein aus Bösingfeld der Fall gewesen zu sein. Sie war im Juni 1942 wegen „Rassenschande“ festgenommen worden und wurde mit ihren Eltern dem nächsten Transport am 10. Juli nach Auschwitz angeschlossen. Andere hatten schlichtweg ihren Nutzwert für die Gestapo verloren und galten als „sperrig“. Das galt wahrscheinlich für Max Ostwald, den Bezirksstellenleiter. Hier könnten auch Intrigen seiner Mitarbeiter oder sogar eine „Übereinkunft“ mit dem für die „Abwanderungen“ zuständigen Angestellten Adolf Stern mit der Gestapo eine Rolle gespielt haben.

Obwohl sie vorerst von der „Evakuierung“ ausgenommen sein sollten, mussten RVJD-Mitarbeiter ständig damit rechnen, plötzlich auch ihren Namen auf einer Transportliste zu finden. Die „Ordnungsmäßigkeit der Arbeit“ sollte zwar aufrechterhalten werden, aber „auch eine Abwanderung von Mitarbeitern der Reichsvereinigung nach Maßgabe der Verringerung der jüdischen Bevölkerung [war] unvermeidlich“.¹⁶² Für die Mitarbeiter der Bezirksstelle und die involvierten Vertrauensmänner stellte somit nicht nur die geforderte Mitwirkung an den Deportationen eine psychische Belastung dar, dazu gesellte sich vielfach die Sorge, als entbehrlich erachtet und dem nächsten Transport zugewiesen zu werden. In zahlreichen Gestapobezirken fanden sich bereits in den ersten Monaten Mitarbeiter der Bezirksstellen auf den Listen. Anfang März 1942 befahl Eichmann deshalb, diese unbedingt auszunehmen, da sich ansonsten die Abwicklung der nachfolgenden Transporte erschweren könnte. Für Westfalen ließen sich solche Fälle bis dahin nicht feststellen.¹⁶³ Bei den Vertrauenspersonen sah es hingegen etwas anders aus. Am 27. Januar 1942 wurde Dr. Willi Stern, der Vertrauensmann für Recklinghausen, nach Riga deportiert. In diesem Fall war jedoch nahezu die gesamte jüdische Einwohnerschaft der Stadt von der Deportation betroffen. Aus der Reihe fällt dagegen die Deportation von Max Kornberg, Vertrauensmann für Bad Salzuflen und Schötmar, am 31. März 1942 nach Warschau, obwohl noch zahlreiche jüdische Einwohner zurückblieben.

Neben der Transportunfähigkeit durch Krankheit oder wegen einer vorliegenden Reklamation durch den Arbeitgeber existierte ein weiterer, jedoch eher unsicherer Weg, der Deportation zumindest vorübergehend zu entgehen oder einem späteren Transport nach Theresienstadt zugeordnet zu werden: die Bestechung. Für den Bereich der Bezirksstelle Westfalen und der JKV Dortmund finden sich für den Zeitraum bis Juni 1943 keine Hinweise auf Fälle von Rückstellungen, die auf Gefälligkeiten basierten. Es sind weder Vorwürfe der Korruption gegen Gestapobedienstete noch gegen RVJD-Funktionäre bekannt.¹⁶⁴ Das schließt nicht aus, dass es dennoch solche Vereinbarungen gegeben haben könnte. In anderen Teilen des Reichsgebietes zogen Fälle dieser Art bereits während der NS-Zeit harte Konsequenzen nach sich. In Berlin wurden im Oktober 1942 die Mitarbeiter des „Judenreferats“ der Gestapoleitstelle wegen

¹⁶² Aktennotiz Z 118 der RVJD-Zentrale, 20. März 1942; in: LBI, AR 25033.

¹⁶³ Eine Ausnahme könnte der „Auswandererberater“ Werner Hoffmann dargestellt haben. Das Datum seines Ausscheidens ist nicht bekannt.

¹⁶⁴ Anschuldigungen dieser Art waren nach 1945 jedoch gegenüber dem letzten Vertrauensmann für den Bereich der Gestapoleitstelle Münster (Regierungsbezirke Münster, Minden, sowie Land Lippe) ab Juli 1943, Louis Sternberg aus Paderborn, und dem letzten „Judenreferenten“ der Gestapoaußendienststelle Bielefeld ab Juni 1944, Hermann Peters, erhoben worden.

Bestechlichkeit suspendiert.¹⁶⁵ In Köln besaß der Vorsitzende der JKV den Ruf als korrupter „Judenkommissar“, der geprägt von starkem Geltungsbedürfnis und Skrupellosigkeit agierte, wie die Überlebende Klara Caro berichtete:

„Es ist viel über die Aufstellung und Herausgabe der sogenannten Transportlisten an die Gestapo, besonders nach der Befreiung, debattiert worden. Es ist klar, dass eine Weigerung den Tod bedeutet hätte, und nichts an unserem Geschick geändert hätte. Die Gestapo hätte so oder so Mittel und Wege, vielleicht noch rigorosere, gefunden, um ihre Maßnahmen durchzuführen. Das Traurige und Erschütternde, was mir auch von einigen anderen Städten bestätigt wurde, ist die Tatsache, dass die Listenverfertiger Bestechungen annahmen, auf Grund derer sie Menschen zurückstellten, oder dass sie Transporte benutzten, um ihnen Unbequeme fortzuschicken.“¹⁶⁶

Um einer Deportation letztlich zu entgehen, blieben zwei Möglichkeiten: die des Selbstmordes und die der Flucht. Nicht nur, aber gerade bei älteren Menschen, besonders bei jenen, die einsam in kleinen Dörfern lebten, erwuchs aus der starken Reglementierung des Alltagslebens, der mangelhaften Versorgung, vor allem aber auch aus der mit Kennzeichnung und Separierung in „Judenhäusern“ verbundenen Ghettoisierung eine ungemein große psychische Last, die sich in Depressionen und Lethargie ausdrückte. In diesen Fällen konnte die Ankündigung der Deportation auslösendes Moment dafür sein, allein oder gemeinsam mit den engsten Angehörigen den Freitod zu wählen. Die „Reise ins Unbekannte“ anzutreten und weit entfernt von der Heimat unter noch schwereren Bedingungen zu leben, schien unvorstellbar. Später mochten zu dieser Entscheidung ausbleibende Post oder vereinzelte Nachrichten von bereits deportierten Verwandten über die grauenhaften Bedingungen der Zugfahrt oder über die schmerzvollen Entbehrungen und dramatischen Zustände in den Ghettos beigetragen haben.¹⁶⁷ Diese bitteren Erfahrungen ließen die vielleicht vorhandene Hoffnung auf ein erträgliches Leben zerrinnen. Berichte über Massenerschießungen oder gar den Massenmord durch Gas in den Vernichtungslagern drangen zum weitestgehend isoliert in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerungsteil vermutlich erst sehr spät, mitunter nie durch.¹⁶⁸

¹⁶⁵ Vgl. MEYER 2011, 181 f.

¹⁶⁶ KLARA CARO, Der Untergang des deutschen Judentums in der Zeit 41 bis 42; in: LBI, ME 59.

¹⁶⁷ Zu den Verhältnissen in Sammellager und Zug während der Deportation über Bielefeld nach Riga im Dezember 1941 die Postkarten Edith Blaus aus Minden. Vgl. MARIANNE NORDSIEK, Die Deportation Mindener Jüdinnen und Juden nach Riga; in: ARNO HERZIG/KARL TEPPE/ANDREAS DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen, Münster 1994, 143-155, hier 149-151. Noch schrecklicher klangen die Mitteilungen Hilde Dembers aus Köln von der Deportation nach Lodz am 21. Oktober 1941. Hier ist von Menschen die Rede, die sich noch im Sammellager und im Zug vergifteten und tot unter ihnen lagen. Vgl. LBI, Renate Grumach Collection, AR 6329 box 2 folder 7.

¹⁶⁸ Der ehemalige Hagener Gestapobeamte Grothe sagte aus, die Jüdin Elfriede Kadden hätte bereits im Winter 1941/42 davon gewusst, dass „die Juden, die deportiert wurden, vernichtet werden sollten. Sie machte mich darauf aufmerksam. Nach dem ersten Transport von Hagen aus, ich glaube, es war Ende 1941 oder Anfang 1942, traf ich sie zufällig auf der Straße. Wir unterhielten uns. Dabei sagte sie mir, dass sie erfahren habe, dass einige Leute, die abtransportiert wurden, schon tot wären. Sie nannte mir auch Namen. Woher sie es wusste, sagte sie mir nicht.“ Vgl. Aussage Grothe, 15. April 1965; in: LAV NRW WESTF., Bestand Staatsanwaltschaft Dortmund (Nr. 1357-1366), Verfahren 10 Js 43/64. Ein seltenes Zeugnis des Massenmords durch Gas in Auschwitz ist der Brief des gebürtigen Oerlinghausers Walter Windmüller vom April 1943 an den Magdeburger Vertrauensmann der RVJD. Vgl. JÜRGEN

Bereits vor der ersten Deportation nach Riga im Dezember 1941 wurden Selbstmorde verübt. Die Witwe Else Rosenberg aus Bielefeld wählte diesen Weg.¹⁶⁹ Die Zahl stieg im Vorfeld der Deportationen ins sogenannte Alters-Ghetto Theresienstadt. Der Bielefelder Museumsleiter Dr. Eduard Schoneweg nannte in der „Kriegschronik“ hämisch die Zahl von zehn Selbstmorden vor dem Transport vom 31. Juli 1942.¹⁷⁰



*Abb. 12: Rudolf (2.v.l.) und Ruth Demant (4.v.l.) flüchteten vor der Deportation nach Auschwitz.
(Yad Vashem, Photo Collections, 14298582)*

Die Flucht als Ausweg ist dagegen offenbar nur selten in Erwägung gezogen und noch seltener ausgeführt worden. Aus Bielefeld sind zwei Fälle bekannt, aus Münster ein weiterer Fall. Es handelte sich um Erna Loevinsohn, das Ehepaar Rudolf und Ruth Demant sowie Henriette Hertz. Erna Loevinsohn war vor dem Transport ins Warschauer Ghetto Ende März 1942 nach Belgien geflohen. Dort wurde sie von der SS festgenommen, nach Bielefeld zurückgeschickt und

HARTMANN, Oerlinghausen – Hannover – Magdeburg – Auschwitz, Leben und Tod des Walter Windmüller; in: ROSENLAND 18/2016, 33-43.

¹⁶⁹ S. Todesanzeige mit der Formel „nach längerem Leiden von uns gegangen“ im JNB vom 6. Januar 1942.

¹⁷⁰ Eintrag in der Kriegschronik der Stadt Bielefeld, 29. Juli 1942, in: STADTARCHIV BIELEFELD, KC, 1942, Teil 2. Aus Bielefeld sind fünf Fälle von Suizid bekannt: William Neuberg und Eduard Wertheimer (21. Juli), Abraham Neugarten (24. Juli), Franz Friedmann (26. Juli) sowie Salomon Herzfeld (29. Juli). Aus Minden weitere zwei Fälle: Adolf Strauss (24. Juli) und Eva Rosenfeld (27. Juli). Aus Münster ein Fall: Frieda Grünwald (26. Juli). Für Friedmann findet sich eine Todesanzeige im JNB vom 21. August 1942, in welcher der Tod als Folge eines „langen, schweren Herzleidens“ umschrieben wurde.

einem Transport von Berlin – vermutlich nach Riga – angeschlossen. Sie überlebte nicht.¹⁷¹ Rudolf Demant war bis zur Auflösung der jüdischen Schulen Lehrer in Bielefeld:

„[...] ich wusste, dass auch der Tag der ‚Ausreise‘ für uns kam, schließlich kamen wir heimlich zu dem Entschluss, uns nicht wie die Hammel zur Schlachtbank führen zu lassen, ich ahnte, was uns bevorstand, und ich hatte recht. Ich sprach vom Fluchtplan zu keinem, wir bereiteten uns zur Flucht vor. [...] Am 7.7.1942 wurde ich zum Arbeitseinsatz vom Arbeitsamt befohlen, Lackierer in der Fahrradfabrik von Duerkopf [Dürkopp, JH] in Bielefeld, das war das Gefährlichste was es nur gab, dass die feuergefährlichen Stoffe beim Bombenangriff alliierter Flieger sofort ein Großfeuer auslösten, was schon mehrfach vorgekommen war. – Am 5.7.1942 erhielten wir die Aufforderung zum Abtransport zum 7.7.1942. – Nachts, vom 5. zum 6. Juli 1942 flüchteten wir mit dem Zug nach Köln und blieben am Bahnhof unentdeckt, obwohl wir den Stern trugen. Ein Jude durfte nicht mit dem Zug fahren, daher hatte ich mir eine Fahrerlaubnis von der Polizei (Stadt) geholt für einen Tag von B. weggehen zu dürfen, um in Köln einen Arzt aufzusuchen. In Köln nahmen wir heimlich unseren Judenstern ab und fuhren in der nächsten Nacht nach Süddeutschland (Bruchsal) [...].“¹⁷²

Das Ehepaar tauchte unter und entging damit der Deportation nach Auschwitz. Es konnte sich bis Kriegsende im Raum Freiburg versteckt halten. Henriette Hertz aus Münster war wegen ihres kranken Vaters im Dezember 1941 zurückgestellt worden. Vor der Deportation Ende Januar 1942 nach Riga tauchte sie mit Hilfe nichtjüdischer Bekannter unter und überlebte.¹⁷³

3.5 Die Mitwirkung bei der Durchführung der Deportationen

Neben der Mitarbeit an den Deportationslisten bedeuteten, wie auch die Notizen Sterns zeigen, die Transporte insgesamt eine große logistische Aufgabe sowohl für die Mitarbeiter der Bezirksstelle wie auch die Vertrauensmänner der JKV und die zahlreichen rekrutierten Helfer. Für die Vertrauensmänner in den Städten und Gemeinden endete die Aufgabe nicht mit der Übermittlung der Deportationsbescheide, der Richtlinien, der Merk- und Formblätter. Sie organisierten und führten die Helfermannschaft, die bis zur Abfahrt ins Sammellager die betroffenen Gemeindemitglieder unterstützte und sich bemühte, Trost und Zuversicht zu spenden.

In den Tagen vor der ersten Deportation nach Riga aus Westfalen waren viele Betroffene noch nach Bielefeld oder Herford gefahren, wo der „Krankenbehandler“ Dr. Hans Freudenthal im

¹⁷¹ MINNINGER/MEYNERT/SCHÄFFER (1985), 134.

¹⁷² Bericht von Rudolf Demant, 12. Januar 1960, in: YAD VASHEM, O.1 Nr. 269. Abrufbar unter <http://collections1.yadvashem.org/search.asp?lang=ENG&rsvr=7> (Aufruf: 10. Januar 2021). Vgl. Liste Überlebender aus Baden mit dem Ehepaar Demant in Freiburg im AUFBAU vom 19. Juli 1946.

¹⁷³ S. GISELA MÖLLENHOFF/RITA SCHLAUTMANN-OVERMEYER, Jüdische Familien in Münster 1918-1945. Teil 1: Biographisches Lexikon, Münster 1995, 185-186.

Auftrag der RVJD Impftermine anbot.¹⁷⁴ Freudenthal verfasste gemeinsam mit Sophie Koritzer ein Merkblatt mit Gesundheitshinweisen. Auch für die folgenden Transporte blieb Freudenthal wichtig. Gegenüber dem Finanzamt schilderte er kurz vor der eigenen Deportation im Juni 1943 seine Arbeit:

„Im Jahre 1942 wurde der größte Teil meiner Patienten, die nur aus Juden bestehen, umgesiedelt. Der Rest im Jahre 1943. Durch die Arbeiten im Jahre 1942, die in Schutzimpfungen im ganzen Bezirk, Sanitätskursen, Sanitätsdienst in den Sammellokalen, wie in gehäuften Attesten, Besuchen und Beratungen bestanden, ist die Einnahme für das Jahr 1942 ganz bedeutend gestiegen. Zur Zeit betreue ich jedoch nur noch ca. 70 Juden im Falle ihrer Erkrankung. Für das Jahr 1943 ist daher nur mit einem Einkommen von ca. 500 M für das ganze Jahr zu rechnen.“¹⁷⁵

Die RVJD und die Vertrauensmänner organisierten auch den Transport des Gepäcks und schließlich der Betroffenen ins Sammellager, ob per Lastwagen, Bus oder Zug. Neben örtlichen Polizeibeamten begleiteten mitunter Helfer aus den JKV die Überstellungen ins Sammellager. Bei der ersten Deportation nach Riga aus Bielefeld waren unter anderem Adolf Sternheim und Isaak Katz aus Lemgo, Max Kornberg aus Bad Salzuflen und Alfred Selbiger aus Minden unter den Helfern. Selbiger blieb sogar für weitere Aufgaben als Ordner im Sammellager. Hier waren außerdem Frauen aus der JKV Bielefeld tätig, die mit dem „Krankenbehandler“ Sanitätsdienst leisteten und Essen bereitstellten. Die von der Bezirksstelle eingesetzten Mitarbeiter hatten zuvor für Pritschen oder Strohlager Sorge getragen, auf denen die zahlreichen Frauen, Männer und Kinder ein, zwei oder auch drei Nächte verbrachten. Die „Strohgarnitur“ musste übrigens von jedem „Transportteilnehmer“ bezahlt werden. In dieser Zeit organisierten die RVJD-Mitarbeiter die „letzte Enteignung“ in Form des Ausfüllens der sogenannten Vermögenserklärungen, soweit diese noch unvollständig waren. Unter den Helfern im Sammellager „Eintracht“ befand sich auch der Bielefelder Lehrer Rudolf Demant, der ein halbes Jahr später flüchtete:

„Der erste Transport von Bielefeld ging ab am ersten Chanukkatag 1941. Als Helfer mit erlaubtem Zutritt von der Gestapo sah ich das Leid bei der Sammlung des Transportes, das die Juden erdulden mussten. Beim Übernachten auf bloßem Boden eines großen Saales in einem Restaurant [...] ich war zugegen, als man den Juden die Wäsche, die Uhren, alles irgendwie wertvolle abnahm, sah, wie man ihnen zu essen gab, was noch gut war, da die vorerst zurückgebliebenen mit Lebensmitteln und Essen aushalfen. Ich sah wie man sie verfrachtete auf leider Nimmerwiedersehen.“¹⁷⁶

¹⁷⁴ Gesuch mehrerer Juden an den Bürgermeister in Schötmar zur Genehmigung, 26. November 1941; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.3

¹⁷⁵ Freudenthal an Finanzamt Bielefeld, 17. Juni 1943; in: LAV NRW OWL, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 108.

¹⁷⁶ Bericht des Rudolf Demant, 12. Januar 1960, in: YAD VASHEM, O.1 Nr. 269. Abrufbar unter <http://collections1.yadvashem.org/search.asp?lang=ENG&rsvr=7>. Demant war seit 15. Juli 1941 als Nachfolger von Leopold Frohsinn an der jüdischen Schule in Bielefeld beschäftigt. Vgl. MEYNERT, 115.



Abb. 13: Am Vorabend der Deportation. Dr. Freudenthal (re.) im Einsatz in der „Sammelstelle“, 1941.
(Stadtarchiv Bielefeld)

Von dem Geschehen rund um die Deportation nach Riga existiert eine Fotoreihe im Bielefelder Stadtarchiv.¹⁷⁷ Was dort nicht zu sehen ist, ist die „bürokratische Abwicklung“ direkt nach der Ankunft durch die Gestapo-Beamten und die Mitarbeiter der RVJD. Zu sehen ist Dr. Hans Freudenthal im Gespräch mit einigen der Betroffenen. Nicht zu sehen oder eindeutig zu identifizieren sind Helfer oder gar Mitarbeiter der Bezirksstelle, die mit einer Armbinde versehen waren. Nur auf einem Foto, das zeigt, wie die von Bielefeld aus „Evakuierten“ im Bahnhof den Zug besteigen, scheint der Bezirksstellen-Leiter Dr. Max Ostwald zu erkennen sein.

Für die Mitarbeiter der RVJD und die Helfer war mit der Abfahrt des Zuges die Arbeit bei weitem nicht abgeschlossen. Neben der Reinigung und Wiederherrichtung des Sammellagers waren die finanziellen Belange zu regeln. Die Kosten des Transportes und letztlich der Deportation wurden von den Juden selbst getragen. Dafür gab es das sogenannte Sonderkonto W der Bezirksstelle, auf das die Betroffenen zuvor eingezahlt hatten.

¹⁷⁷ Dazu MONIKA MINNINGER, Bilder einer Abschiebung. Eine Fotoserie zur Bielefelder Judendeportation; in: WESTFÄLISCHE FORSCHUNGEN, 58/2008, 441-460.



Abb. 14: Auf dem Bielefelder Bahnhof besteigen die Betroffenen aus dem Regierungsbezirk Minden den Zug ins Ghetto Riga. Bei der Person links im Bild handelt es sich möglicherweise um Dr. Max Ostwald. (Stadtarchiv Bielefeld)

3.6 Die „Heimeinkaufsverträge“

Mit den Deportationen ins Ghetto Theresienstadt kam die aufwendige Abwicklung der sogenannten Heimeinkaufsverträge als Aufgabe hinzu. Am 19. Juli 1942 wandte sich die Bezirksstelle an die „Teilnehmer des Abwanderungstransportes nach Theresienstadt“. Darin warb sie für den Abschluss eines Heimeinkaufsvertrages. Damit sollte die Möglichkeit gegeben sein, „für sich und seine Mitwanderer die Mittel für die späteren Lebenshaltungskosten von seinem jetzigen Vermögen sicherzustellen.“ Abgeschlossen werden musste ein solcher Vertrag in allen Fällen, in denen noch ein Barvermögen von über 1.000 Reichsmark vorhanden war. Für diejenigen, die über diese Mittel nicht verfügten, legte die Bezirksstelle nahe, dass:

„[...] die notwendigen Mittel von einem Dritten zur Verfügung gestellt werden können. Wir bitten Sie, auch diese Möglichkeit innerhalb Ihrer Heimatgemeinde oder Ihrer näheren Verwandtschaft zu prüfen und sich nützlich zu machen.“¹⁷⁸

Das Schreiben schloss mit den Worten:

„Wir nehmen an, dass diese neue fürsorgliche Bestimmung Ihnen vor Ihrer Abreise eine Beruhigung mit auf den Weg gibt und in der Lage ist, Ihnen die Sorgen für die nächsten Lebensjahre zum großen Teil wieder abzunehmen.“

Zahlreiche dieser „Heimeinkaufsverträge“ sind im Sommer 1942 geschlossen worden. Sie trugen dazu bei, den Betroffenen die Illusion zu vermitteln, sie erwarte am Zielort ein ruhiger

¹⁷⁸ Rundschreiben der RVJD-Bezirksstelle, 19. Juli 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257. Ein Muster des Heimkaufvertrages liegt bei.

Lebensabend. Ein Teil dieser Verträge aus dem Bereich Westfalen ist im Bestand der RVJD im Bundesarchiv erhalten.¹⁷⁹

4 Der Personalabbau im Frühjahr und Sommer 1942

Im Lauf des Deportationsgeschehens wurden die RVJD-Zentrale, die Bezirksstellen und selbständigen JKV immer wieder genötigt, Personal abzubauen und damit verbundene Neustrukturierungen vorzunehmen. Einen tiefen Einschnitt stellte die Phase nach den beiden Deportationen nach Riga dar. Von Seiten des RSHA wurden Entlassungen eingefordert. Diese betrafen von Frühjahr bis Sommer 1942 die Abteilungen Fürsorge und Schulwesen.

In Westfalen hatte dieses Diktum Auswirkungen auf die Gemeinschaftsküche in Dortmund und die Kleiderkammern. In der „Mittelstandsküche“ der JKV Dortmund, die im Februar 1942 wöchentlich 264 Portionen ausgab, durfte von drei Angestellten nur die Köchin bleiben.¹⁸⁰ Die Kleiderkammer der JKV Dortmund wurde fortan ohne eigenes Personal durch Gemeindemitglieder betrieben, die in Bielefeld nebenbei von drei Verwaltungskräften.¹⁸¹ Fürsorge-Sammlungen wurden durch die Bezirksstelle nicht mehr mit eigenem Personal, sondern ehrenamtlich durchgeführt. In Dortmund verblieb dafür noch eine Kraft.¹⁸² Die RVJD-Zentrale wies ihre untergeordneten Gliederungen an, für „abgewanderte Kräfte“ der Fürsorgeabteilungen nur in begründeten Fällen Ersatzstellungen vorzunehmen.¹⁸³

Auch Lehrkräfte wurden entlassen. Zum 1. April 1942 wurden im gesamten Reichsgebiet Lehrkräfte abgebaut und vereinzelt wiederum Schulen aufgelöst. In Dortmund war es Alice Schanzer, im Bereich der Bezirksstelle waren es mit Max Alexander (Detmold), Julius Voos (Münster) und Margot Neumann (Paderborn) gleich drei Lehrkräfte. In Dortmund und Paderborn verblieb damit jeweils eine Lehrkraft. Im Falle von Detmold und Münster hieß es lapidar: „Schule durch Abwanderung aufgelöst.“¹⁸⁴ Zum Zeitpunkt des Verbots jüdischer Schulen am 30. Juni 1942 existierten noch Schulen in Bielefeld (Lehrer: Rudolf Demant), Hagen (Lehrer: Leopold Hartmann) und Minden (Lehrer: Sally Katzenstein).¹⁸⁵ Insgesamt sind in einer Liste einschließlich der Lehrkräfte 15 im Februar und März 1942 „ausgeschiedene Angestellte“ der Bezirksstelle und der JKV Dortmund verzeichnet.¹⁸⁶

¹⁷⁹ Vgl. die Verträge mit den Transportnummern XI/1 bis 200, XI/210 bis 350, XI/352 bis 442; in: BA, R 8150 Nr. 574-576.

¹⁸⁰ Übersicht Speisungen und Personal der RVJD-Zentrale, ca. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸¹ Übersicht Kleiderkammern der RVJD-Zentrale, ca. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸² Übersicht Fürsorge-Sammlungen der RVJD-Zentrale, ca. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸³ Rundschreiben der RVJD-Zentrale, 11. Februar 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸⁴ Vgl. Liste der zum 1.4.42 abgebauten Lehrkräfte der RVJD-Zentrale, undatiert; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸⁵ Übersicht der Schulen der RVJD, 15. Juni 1942; in: BA, R 8150 Nr. 7. Dortmund und Gelsenkirchen sind in dieser Aufstellung nicht aufgeführt.

¹⁸⁶ Aufgeführt sind für die JKV Dortmund vier Personen: Helga Baruch, Alice Schanzer, Else Katz und Max Rosenbaum, für die Bezirksstelle Westfalen elf Personen: Ruth Auerbach, Irma Leeser, Irma Moses, Inge Rosenbaum, Emil Weiss, Hermann Simons, Max Alexander, Julius Voos, Dr. Margot Neumann, Albert Rosenthal und auch Adolf Stern. Vgl. die Liste der RVJD-Zentrale, undatiert; in: BA, R 8150 Nr. 55. Zur wieder aufgehobenen

Der Betrieb des Kinderheims in Paderborn mit 40 Kindern wurde ab März 1942 nur noch von vier Angestellten und zwei Lernschwestern aufrechterhalten.¹⁸⁷ Im Fall dieses Kinderheims, in dem außerdem die Schule untergebracht war, trugen kommunale Behörden massiv zur Auflösung bei. Das 1863 als jüdisches Waisenhaus eröffnete Gebäude stand als begehrte Immobilie im Fokus der Stadt Paderborn. Der Bürgermeister beschlagnahmte im Spätherbst 1941, kurz vor der ersten Deportation aus dem Bezirk, das Haus. Das RSHA wirkte zwar auf eine Rücknahme der Maßnahme hin, letztlich bedeutete diese Intervention nur einen kurzen Aufschub. Eine Räumung des Heimes und die Zusammenfassung der Kinder in einem anderen Heim, genannt wurde die Israelitische Gartenbauschule Ahlem bei Hannover, sei vorzubereiten, lautete die Direktive an die RVJD. Anfang Januar 1942 lag das Angebot des Bürgermeisters vor. Durch das RSHA wurde der Auftrag, die Überführung der Kinder zu planen, erteilt.¹⁸⁸ Im Mai wurde das Heim schließlich verkauft und die RVJD-Zentrale ordnete an, die „Verlegung“ der Kinder durchzuführen.¹⁸⁹ Die noch verbliebenen Kinder, die Leiterin Liese Dreyer, der Lehrer David Köln und seine Familie sowie die Kindergärtnerin Ella Feldmeier kamen Ende Mai und Anfang Juni für die kurze Zeit bis zu ihrer Deportation in Ahlem unter.¹⁹⁰

Die RVJD-Zentrale übte immensen Druck auf den Bielefelder Bezirksstellen-Leiter Ostwald aus, endlich auch in der Verwaltung Kosten einzusparen. Mitte März 1942 drängte sie:

„Der Personalbestand der Bezirksstelle ist im Verhältnis zu anderen Stellen tatsächlich übersetzt. Die Gesamtseelenzahl der Bezirksstelle Westfalen betrug
am 1. Dezember 1940 = 5.850 Seelen
am 1. Dezember 1941 = 4.570 Seelen
am 1. März 1942 = 3.120 Seelen

Durch Abwanderung und natürliche Verminderung der jüdischen Bevölkerung ist binnen weniger als 1 ½ Jahren eine Verminderung von 2.700 Seelen und seit dem 1. Dezember vorigen Jahres eine Verminderung von 1.450 Seelen eingetreten. Dieser Bevölkerungsschwund hat für die Bezirksstelle außerhalb der ehemaligen Wanderungsabteilung nicht nur keine Herabsetzung des Personalbestandes zur Folge gehabt, sondern es ist am 1.1. noch ein Sachbearbeiter der ehemaligen Abteilung Wanderung hinzugekommen¹⁹¹, so dass eine Verteuerung eingetreten ist, soweit es sich um das Personal der Bezirksstelle handelt. Das ließe sich vorübergehend rechtfertigen für den Augenblick der Neueinrichtung der Antragstelle und der Nacharbeiten zu den Abwanderungen (Wohnungszusammenlegung u.ä.). Auf die Dauer und

Kündigung Adolf Sterns, der als Sachbearbeiter für die „Abwanderungen“ als unentbehrlich galt, siehe die weiteren Ausführungen im Beitrag.

¹⁸⁷ Übersicht Kinder- und Jugendlichenheime der RVJD-Zentrale, ca. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁸⁸ Aktennotizen vom 10. Dezember 1941, 7. Januar, 12. Februar und 3. März 1942; in: LBI, AR 7183 box 2 folder 4. Über Wochen gab es Differenzen um den Kaufpreis, da die Stadt bemüht war, diesen mit fadenscheinigen Begründungen deutlich zu senken.

¹⁸⁹ Vgl. Vorgang zum Verkauf des Kinderheims Paderborn, Dezember 1941, Februar-Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 114.

¹⁹⁰ Dazu MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 1988, 382 f.

¹⁹¹ Gemeint ist hier wahrscheinlich Adolf Stern.

besonders im Augenblick einer allgemeinen Personalverminderung, ist es unmöglich, dass bei einer Zusammenschumpfung der Seelenzahl der Bezirksstelle um fast die Hälfte die Zahl der Sachbearbeiter gegenüber dem Stand zur Zeit der fast doppelten Seelenzahl erhöht bleibt. [...] Wir müssen Sie deshalb ersuchen, wozu wir ermächtigt sind, Herrn STERN zum 31.3.1942 zu kündigen.“¹⁹²

4.1 Die RVJD-Bezirksstelle und der Fall Adolf Stern

In Abstimmung mit der Zentrale beabsichtigte Ostwald als Bezirksstellenleiter, seinem Mitarbeiter Adolf Stern zu kündigen. Ein zum Teil erhaltener Vorgang über den folgenden, sich mehrere Wochen hinziehenden Konflikt um Stern, an dem die RVJD mit Zentral- wie Bezirksstelle, das RSHA sowie die Gestapostellen Dortmund und Bielefeld beteiligt waren, gewährt einen beklemmenden Blick in die von Misstrauen, Konkurrenz und Furcht vor der Deportation geprägte Atmosphäre innerhalb der Bezirksstelle. Er belegt ebenso die skrupellose und perfide Instrumentalisierung der Mitarbeiter durch die Gestapo, wie auch die geradezu luziferische Haltung des RSHA. Adolf Stern war innerhalb der Bezirksstelle hauptsächlich für die „Abwanderung“ zuständig. Im Februar hatten sich zwischen Ostwald und ihm Differenzen entwickelt, die auf ohne Abstimmung erfolgte Verhandlungen Sterns mit dem Paderborner Bürgermeister wegen des dortigen Kinderheims zurückzuführen waren. Stern erhielt eine offizielle Rüge durch Ostwald.¹⁹³ Außerdem sprach dieser wenig später die Kündigung aus. Am 3. März wurde Ostwald bei der Gestapostelle Bielefeld einbestellt, um über die einzelnen Mitarbeiter und ihren Verbleib zu sprechen. Ihm wurde dabei aufgegeben, Stern auf keinen Fall zu entlassen, da dieser für sie in „Abwanderungs- und Wohnungszusammenlegungsangelegenheiten“ tätig sei. Ostwald erfuhr außerdem, dass Stern an ihm vorbei bereits mit dem Gestapobeamten über die drohende Entlassung gesprochen hatte.¹⁹⁴

Ungeachtet des Geschehens hielt die Zentrale die Forderung nach Entlassung Sterns mit ausdrücklichem Einverständnis des RSHA aufrecht.¹⁹⁵ Adolf Stern sei zum 31. März zu kündigen. Aber die Kündigung Sterns wurde wiederum nicht wirksam, da die Bielefelder Gestapo erneut Einwände erhob. In einem Bericht der RVJD-Zentrale für das RSHA wird ersichtlich, wie die westfälischen Gestapostellen in perfidem Spiel Ostwald als Leiter brüskierten und ignorierten. Im Vorfeld der Deportation nach Zamość am 30. April 1942 hatte die Gestapo Stern angewiesen, „strenge Diskretion“ über seine Tätigkeit zu halten. Dieser hatte daraufhin die Vertrauensmänner im Regierungsbezirk Arnsberg seinerseits instruiert, Mitteilungen ausschließlich an ihn zu richten. Bei einer Besprechung im RSHA am 15. April mit dem SS-Hauptsturmführer Richard Gutwasser beklagten die RVJD-Vertreter, dass Ostwald als Vorgesetzter weder über durch die Gestapostelle Dortmund erteilte Aufträge an Stern noch durch die Leitstelle Münster unterrichtet worden sei. Die Zentrale forderte mit Billigung Gutwassers Ostwald

¹⁹² RVJD-Zentrale (Dr. Arthur Lilienthal) an Bezirksstelle Westfalen, 18. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51. Vgl. zum Fall Stern auch MEYER 2011, 264-267.

¹⁹³ Schriftwechsel RVJD-Zentrale und Bezirksstelle, Februar-März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁹⁴ Bezirksstelle (Ostwald) an RVJD-Zentrale, 3. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 55.

¹⁹⁵ Vermerk der RVJD-Zentrale über Besprechung im RSHA, 5. März 1942; in: BA, R 8150 Nr. 46.

immer noch auf, Sterns Kündigung aufrecht zu erhalten. Damit war die Order verbunden, einen Ansprechpartner für die „auswärtigen Staatspolizei(leit)stellen“ innerhalb der Bezirksstelle sicherzustellen:

„Wir bitten, diese Frage so zu regeln, dass der Verkehr mit den Staatspolizei(leit)stellen der Leiter der Bezirksstelle in der Regel selbst übernimmt, wobei er im Falle der Abwesenheit erforderlichenfalls in seinem Bürodezernat von dem sowieso künftig in den Räumen der Bezirksstelle ehrenamtlich tätigen Vertrauensmann für Bielefeld, Hirschfeld, vertreten, erforderlichenfalls auch sonst entlastet werden kann.“¹⁹⁶

Doch auch Gutwassers neuerliche Weisung zur sofortigen Kündigung Sterns blieb folgenlos. Das RSHA insistierte offenbar selbst zu keinem Zeitpunkt bei den zuständigen Gestapostellen. Ein sichtlich aufgebrachter und zugleich ohnmächtiger Max Ostwald informierte am 21. April die RVJD-Zentrale telefonisch über sein Gespräch mit dem „Judenreferenten“ der Gestapo Bielefeld, welchen er von der Entscheidung aus Berlin in Kenntnis gesetzt hatte:

„Darauf sei ihm eröffnet worden, dass bis heute Abend die Kündigung des Stern zurückzunehmen und Stern wieder in die Arbeit einzureihen sei, und zwar so, dass er nur die Behördenaufträge zu erledigen hätte, anderenfalls Ostwald dafür stramm zu stehen habe, d.h., er sei dafür verantwortlich. Im Lauf der Erörterung sei auch eine Bemerkung gefallen, dass Ostwald anderenfalls woanders hingebacht würde, doch könne er, Ostwald, nicht behaupten, dass das ernst gemeint gewesen sei.“¹⁹⁷



*Abb. 15: Wilhelm Pützer, „Judenreferent“ der Gestapostelle Bielefeld, 1939.
(BA, R 9361 III Nr. 156272)*

¹⁹⁶ RVJD-Zentrale an Bezirksstelle, 18. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

¹⁹⁷ Aktenvermerk der RVJD-Zentrale, 21. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

Die RVJD-Zentrale verzichtete nun auf weitere Schritte und ordnete noch am gleichen Tag an, Stern an seinem Arbeitsplatz zu belassen.¹⁹⁸ Der Bezirksstellenleiter bemühte sich dennoch in den nächsten Wochen, Stern loszuwerden, indem er Nachweise für Versäumnisse suchte und schließlich hoffte, sie in Form eines eher unbedeutenden Vorfalls gefunden zu haben. Die Zentrale hegte nun offenbar Zweifel an den Kompetenzen Ostwalds und bemühte sich um ein Bild der Situation, indem sie Anfang Mai 1942 den Revisor Kurt Ehrlich nach Bielefeld entsandte.

Der nicht komplett erhaltene Aktenvorgang belegt die durch stetigen Druck geprägte Situation, in welcher sich die Bezirksstelle und ihr Leiter befanden. Das Verhältnis zur Gestapo war von Einschüchterungen und Drohungen geprägt. Der „Judenreferent“ der Bielefelder Gestapostelle, Wilhelm Pützer, erschien regelmäßig zu Kontrollbesuchen in den Büros.¹⁹⁹ Die Tatsache, dass wichtige Mitglieder des Vorstandes der RVJD in Berlin willkürlich verhaftet und wegen angeblicher Widersetzung gegen Befehle in Konzentrationslager eingewiesen wurden, von wo sie nicht mehr lebend zurückkehrten oder gebrochen entlassen wurden, dürfte sich innerhalb der RVJD herumgesprochen haben.²⁰⁰ Ebenso war ihnen vermutlich die große Vergeltungsaktion des RSHA in Folge des Anschlags der Gruppen um Herbert Baum auf die Propaganda-Ausstellung „Das Sowjet-Paradies“ zur Kenntnis gelangt, bei welcher 500 Berliner Juden als Geiseln festgesetzt worden waren. 250 von ihnen wurden im KL Sachsenhausen Ende Mai 1942 erschossen.²⁰¹

Spürbar ist außerdem die große Sorge der einzelnen RVJD-Mitarbeiter, aus dem Kreis der privilegierten Personen herauszufallen, die vorerst angeblich von der Deportation ausgenommen sein sollten. Sophie Koritzer, Leiterin der Fürsorge-Abteilung, berichtete dem Revisor einerseits von der „starken Arbeitskraft“ Sterns. Zur Arbeit der Wohnungszusammenlegung nach den Deportationen merkte Koritzer allerdings an, dass sie das „hätte auch machen können“ und Stern „sie davon systematisch ferngehalten hat, um seinerseits die Arbeit in die Hände zu bekommen.“ Stern war es demzufolge, der „die unmittelbaren Transportangelegenheiten im Wesentlichen bearbeitet“ hat. Die Unterhaltungen ergaben nach Ehrlichs Bericht, „dass Dr. Ostwald mit den meisten Mitarbeitern der Bezirksstelle schlecht steht und offenbar bei allen seinen Mitarbeitern recht unbeliebt ist.“²⁰²

Ostwald insistierte weitere Male bei der „hiesigen Behörde“, der Gestapoaußenstelle Bielefeld, und erhielt schließlich scheinbar Rückendeckung. Stern wurde aufgefordert, seinen Vor-

¹⁹⁸ Aktenvermerk der RVJD-Zentrale, 21. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

¹⁹⁹ Vgl. Aussage des ehem. Vertrauensmanns der JKV Bielefeld, Max Hirschfeld, in einem Vermerk der Stadt Bielefeld (Amt für Wiedergutmachung), 11. März 1958; in: LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 364.

²⁰⁰ Paul Eppstein war im August 1940 für vier Monate verhaftet worden. Er kehrte psychisch stark beeinträchtigt zurück. Im Januar 1943 nach Theresienstadt deportiert, wurde er dort Judenältester. Dr. Julius Seligsohn hatte gegen die Deportationen aus Baden und der Pfalz protestiert und wurde im November 1940 festgenommen und ins KL Sachsenhausen eingeliefert, wo er im Februar 1942 umkam. Otto Hirsch wurde im Februar 1941 ohne ersichtlichen Grund festgenommen und wenig später ins KL Mauthausen überstellt. Er starb dort im Juni 1941.

²⁰¹ MEYER 2011, 190-194. Der New Yorker AUFBAU berichtete am 19. Juni 1942 darüber.

²⁰² Vermerk der RVJD-Zentrale (Kurt Ehrlich) über ein Gespräch mit Sophie Koritzer, 24. April 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

gesetzten über vorenthaltene Vorgänge zu unterrichten. Kurt Ehrlich berichtete daneben über eine innerhalb der JKV Dortmund umgehende Sorge. Ein Mitarbeiter, wahrscheinlich der als Vertrauensmann tätige Vorsitzende Willi Meier, befürchtete, „dass durch die verstärkte Abwanderung in Dortmund die dortige Stelle eines Tages eingegliedert und Bielefeld unterstellt wird.“ Gemeinsam mit Adolf Stern hatte er deshalb den Versuch unternommen, den Regierungsbezirk Arnsberg der Bezirksstelle in Bielefeld zu entziehen und der Verwaltungsstelle Dortmund einzugliedern. Ehrlich konstatierte: „Tatsache ist, dass von Dortmund aus konstant auch weiterhin versucht wird, Herrn Dr. Ostwald zu umgehen.“²⁰³

Der Revisor erblickte entgegen der Zentrale aufgrund der zahlreichen Aufgaben keine weiteren Spielräume für einen Personalabbau. Für den Boten der JKV Bielefeld, Siegmund Cohn, sah er jedoch keine Verwendung mehr. Dessen Aufgaben könnten, wie Ehrlich kühl anmerkte, vom „vitaleren Lebach“ erledigt werden: „Cohn ist ein Mann nahe der 70er Jahre, dem vielleicht damit geholfen werden könnte, dass man ihn in einem Altersheim unterbringt.“²⁰⁴ Er empfahl außerdem, dass für die Wohnungszusammenlegung nach den „Abwanderungen“ künftig Sophie Koritzer mit in Anspruch genommen werden sollte. Kurt Ehrlich erstellte noch drei knappe Übersichten zur Neustrukturierung der Bezirksstelle. Die erste betraf die „räumliche Umgruppierung“, die zweite die „Verteilung der Arbeiten und engere Zusammenarbeit der Sachbearbeiter“, die dritte „sonstige Dienstanweisungen“. Sie liefern Aufschlussreiches über den Personalstamm der Bezirksstelle in der Laerstraße 9 und deren Aufgabenbereiche im Mai 1942.²⁰⁵ Ergänzt durch weitere Angaben ergibt sich das folgende Bild:

Raum	Verantwortlich	Sekretärin	Aufgabenbereich
Büro 1	Dr. Max Ostwald	Anneliese Jonas	Leitung
Büro 2	Karl Heumann	Else Kamp oder Irma Zimmt	Buchhaltung, Finanz- u. Berichtswesen
Büro 3	Max Hirschfeld		JKV Bielefeld
Büro 4	Sophie Koritzer		Fürsorge, Altersheime, Wohnungszusammenlegung
Vorderzimmer (drei Räume):			
Verschlag	Adolf Stern	Else Kamp oder Irma Zimmt	Abwanderungsangelegenheiten
Übergang	Alfred Lebach		Registratur, Telefonzentrale
Vorderzimmer	Else Weinberg Lina Feldheim Sophie Einstein		Heimbuchführung Buchführung Bezirksstelle Buchführung JKV Bielefeld
Kleiderkammer	Walter Gottschalk		

Tabelle 4: Personal und Aufgaben in der RVJD-Bezirksstelle Westfalen, Mai 1942.

Ehrlich führte noch ein abschließendes Gespräch mit dem „Judenreferenten“ Wilhelm Pützer in der Gestapoaußenstelle Bielefeld. Der Kriminalobersekretär hätte, meinte der Revisor feststellen

²⁰³ Bericht des Revisors Ehrlich für die RVJD-Zentrale, 5. Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

²⁰⁴ Siegmund Cohn (geboren 24. Dezember 1872 in Bremen) wurde am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert.

²⁰⁵ Anlagen zum Bericht des Revisors Kurt Ehrlich, 5. Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

zu können, nun ein anderes Bild von Max Ostwald. Dieses scheint allerdings nur für kurze Zeit von Bestand gewesen zu sein, denn überraschenderweise wurde Ostwald dem Transport am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt zugewiesen. Unterlagen über seine Ablösung sind nicht erhalten, so bleiben die tatsächlichen Gründe unbekannt. Denkbar ist ein weiteres Schwelen des Konflikts zwischen Ostwald und Stern, der schließlich zu Ungunsten Ostwalds gelöst wurde. Adolf Stern wie Karl Heumann oder Sophie Koritzer besaßen für die westfälischen Gestapostellen in Hinblick auf die noch anstehenden Deportationen sicherlich einen größeren Nutzen als der „sperrige“ Bezirksstellenleiter. Vielleicht hatte er aber auch „gerade zu stehen“ für andere „Versäumnisse“.

Max Ostwald und seine Ehefrau traf die kurzfristige Zuteilung zum Transport – am 21. Juli noch hatte er ein Rundschreiben der Bezirksstelle unterzeichnet – unverhofft und mit voller Wucht. Die beiden ins Exil gelangten Söhne des Ehepaares erhielten über Umwege einen Brief ihrer Mutter aus Theresienstadt. Dieser datierte vom 18. Oktober 1944, dem Tag als Hedwig Ostwald nach Auschwitz transportiert wurde. Darin berichtete sie insbesondere über den Tod ihres Ehemannes im September 1943. Von Schmerz und Verbitterung gezeichnet schrieb sie:

„Euer guter Vater hat seine Tätigkeit als Leiter der Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland mit der gleichen Liebe, Hingabe und Gewissenhaftigkeit ausgeübt wie seinen früheren Beruf. [...] Als wir dann Ende Juli 1942 plötzlicher und unerwarteter als wir je gedacht die Aufforderung bekamen, uns dem Transport nach Theresienstadt anzuschließen, kamen wir beide mehr aus der Fassung als je vorher, denn es spielten dabei Intrigen von Mitarbeitern mit, die dem guten Papa zu größtem Dank verpflichtet gewesen wären.“²⁰⁶

4.2 Die Auflösung der Altersheime und die Deportationen nach Theresienstadt im Juli 1942

Der eklatante Mangel an freien Plätzen in Altersheimen hatte dazu geführt, dass ältere, vor allem verwitwete Menschen in kleinen Orten, die zudem keine pflegenden Angehörigen mehr hatten, in großer Isolation und auf sich gestellt lebten. Nur für wenige fand sich ein Platz. Während Emma Lipper aus Blomberg im April 1940 noch im Altersheim Unna unterkommen konnte, blieb für Hedwig Löwenthal aus Lipperreihe oder Antonie Meyer aus Kachtenhausen 1941/42 nur die Unterbringung in ohnehin schon beengten „Judenhäusern“, in der Hoffnung, dass sich andere dort lebende Bewohner um sie kümmerten. Vereinzelt nahmen Haushalte auch sogenannte Pensionäre auf, um ihre finanzielle Situation etwas aufzubessern. Das *Jüdische Nachrichtenblatt* war voll von solchen Anzeigen. Die vierköpfige Familie des Bezirksstellen-Mitarbeiters Karl Heumann betreute seit 1940 drei ältere Frauen und teilte sich die winzige Wohnung mit ihnen.

²⁰⁶ Hedwig Ostwald an die Söhne Martin und Ernst, 18. Oktober 1944; in: LBI, AR 11029. S. Todesanzeige der Söhne für Dr. Max Ostwald; in: AUFBAU vom 4. August 1944. Dazu auch MARTIN OSTWALD 1989, 85.

Bereits im Frühjahr 1942 konnte die RVJD nur noch eingeschränkt auf das Altersheim in Unna zugreifen. Der Bürgermeister der Stadt erteilte keine Zuzugsgenehmigungen mehr. SS-Hauptsturmführer Richard Gutwasser wies die RVJD an, über die zuständige Gestapostelle Dortmund auf den Bürgermeister einzuwirken. Wie in den weitaus meisten Fällen hatte das keinerlei Erfolg, vielmehr fand die Haltung des Bürgermeisters Bestätigung, zumal dieser die Immobilie für die Stadt erwerben wollte. Das RSHA befahl nun der RVJD, wegen des Verkaufs zu verhandeln. Bis dahin sollten die verfügbaren Heimplätze allerdings genutzt werden. Ungeachtet dessen hielt die Stadt Unna das Zuzugsverbot aufrecht. Mittlerweile befand man sich im April, und wiederum traf das RSHA keine Entscheidung zu Lasten der Kommune oder der zuständigen Gestapostelle, im Gegenteil: Gutwasser verlangte von der RVJD einen schriftlichen Bericht. Die nüchterne Notiz der RVJD-Vertreter zu dessen Vorlage am 20. April 1942 lautete:

„HSTF Gutwasser stellt eine Anweisung betreffend Erteilung der Zuzugsgenehmigung für die Unterbringung von Alten in den freien Heimplätzen in Aussicht, damit das Grundstück, bis es verkauft wird, voll ausgenutzt werden kann.“²⁰⁷

Insgesamt waren im März 1942 im Bezirk Westfalen 113 Betten in den Alten- und Siechenheimen erfasst. Noch im Februar lag die Zahl der Mitarbeiter bei 14 Personen. Nunmehr war sie auf acht verringert worden. Neben zwei Wirtschaftsleitern, zwei Küchen- und vier Hauswirtschaftskräften kümmerten sich außerdem fünf unbesoldete Lernschwestern um die Bewohner. Ausgebildete Pflegekräfte gab es der Übersicht nach nicht.²⁰⁸ Zum 1. April 1942 existierten folgende Alters- und Siechenheime in Westfalen:²⁰⁹

Ort	Anschrift	Charakter	Insassen	Besoldete Mitarbeiter
Bielefeld	Stapenhorststr. 35	A	30	3
Bielefeld	Schloßhofstr. 73a	[S, JH]	[k.A.]	
Detmold	[Gartenstr. 6, JH]	A	12	-
Unna	Düppelstr. 7	A/S	66	9

Tabelle 5: Alters- und Siechenheime der RVJD in Westfalen, April 1942.

Im April erteilte der Bürgermeister wieder Zuzugsgenehmigungen für Unna. Im gleichen Monat wurde eine Baracke als Siechenheim auf dem Gelände Schloßhofstraße 73a in Bielefeld errichtet.²¹⁰ Wie zuvor bei den Schulen stand nun die endgültige Auflösung der Altersheime bevor. Die beiden Deportationen der Älteren ins Ghetto Theresienstadt im Juli 1942 waren gleichbedeutend mit dem Ende der jüdischen Altersheime in Westfalen. Beinahe sämtliche Bewohner wurden nun deportiert. Für die besonders schweren und nicht transportfähigen Fälle

²⁰⁷ Aktennotizen vom 10. Februar, 21. März, 11. und 20. April 1942; in: LBI, AR 7183, box 2 folder 4.

²⁰⁸ Übersicht Alters- und Siechenheime der RVJD-Zentrale, ca. März 1942; in: EBD.

²⁰⁹ Vgl. Aufstellung Alters- und Siechenheime außerhalb Berlins (Stand: 1.4.1942); in: BA, R 8150 Nr. 480. In der Aufstellung steht A für Alters-, S für Siechenheim.

²¹⁰ Bericht der RVJD-Zentrale für das RSHA, 8. Mai 1942; in: BA, R 8150 Nr. 50. Vgl. BUCHWALD/DECKER 2012, 134 f.

blieb das Siechenheim Wickenkamp auf dem Gelände Schloßhofstraße 73a in Bielefeld bestehen, wo sich auch die „jüdische Arbeitseinsatzstelle“ befand. Mitte Juli hatte die Bezirksstelle in einem Rundschreiben verkündet, wie das aussehen sollte:

„Um die mangelnden Pflegekräfte zu ersetzen, ist beabsichtigt, die Schwerkranken und Siechen unseres Bezirkes in Siechenheimen zusammenzufassen. Wir müssen in den nächsten Tagen die Unterlagen über diese Fälle vorlegen und bitten deshalb um sofortige Ausfüllung und Rücksendung der Fragebogen.“²¹¹

Nach der Schließung des Altenheims in Unna Ende Juli 1942 kamen die letzten sieben transportunfähigen Alten nach Bielefeld ins Siechenheim, mit ihnen die Pflegerin Grete Weisner und ihre Tochter Ruth. Die Tochter Ellen hatte bereits zuvor als Haushaltshilfe bei einem Ehepaar in Bielefeld gearbeitet. Aus dem Regierungsbezirk Arnsberg wurden die transportunfähigen Kranken vorerst in einem provisorischen Siechenheim in Dortmund in der ehemaligen Schule untergebracht.²¹²

Im November 1942 war das Siechenheim Wickenkamp mit neun Personen belegt. Übergangsweise für einen Monat übernahm Johanna Heumann, Ehefrau Karl Heumanns, die Leitung.²¹³ Da die RVJD mit einem „Anwachsen der Belegungsziffer“ rechnete, wurden endlich zur Betreuung, vorerst nur für einen Monat, zwei Mitarbeiterinnen eingestellt: Grete Weisner als Pflegerin und ihre 18-jährige Tochter Ellen als Hausgehilfin.²¹⁴ Im Dezember stieg die Belegung auf 15 bis 16 Personen an, weil das Siechenheim in Dortmund nach und nach aufgelöst und die Bewohner nach Bielefeld verlegt wurden. Einer der letzten war Leo Rosenberg, der am 19. Februar 1943 ins Siechenheim Wickenkamp gebracht und am 12. Mai 1943 nach Theresienstadt deportiert wurde.²¹⁵ Es handelte sich bei den Alten „durchweg um Fälle schwerer Siechheit, da bei der Abwanderung nur die schwersten Kranken- und Siechenfälle, die nach amtsärztlicher Ansicht eine Reise nach Theresienstadt nicht überstehen würden, seitens der örtlichen Aufsichtsbehörden von der Teilnahme am Abwanderungstransport zurückgestellt wurden.“²¹⁶

Grete Weisner übernahm auch weiterhin die Pflege, musste aber mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit als Ersatz für die Fürsorgerin Irene Kaufmann dienen. Kaufmann, die bis zur Deportation der Bewohner im Altersheim in Unna gearbeitet hatte, war im November als amerikanische Staatsangehörige interniert worden.²¹⁷ Weisners Tochter Ellen blieb ebenfalls im Siechenheim Wickenkamp tätig. Zwischen August 1942 und dem 19. Mai 1943 wurden mindestens 31 schwer

²¹¹ Rundschreiben Nr. 31 der RVJD-Bezirksstelle Westfalen, 13. Juli 1942; in: YAD VASHEM, O.8 Nr. 257.

²¹² KNIPPING 1977, 131.

²¹³ Johanna (Henny) Heumann an Familie Fromm, 22. Juni 1943; in: LBI, AR 25107. Sie kümmerte sich auch anschließend weiter um die kranken Menschen.

²¹⁴ Vermerk der RVJD-Zentrale, 14. November 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

²¹⁵ Dazu HUBERT SCHNEIDER, *Leben nach dem Überleben. Juden in Bochum nach 1945*, Berlin 2014, 260.

²¹⁶ RVJD-Zentrale an Reichsinnenministerium, 24. Dezember 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

²¹⁷ In einem Brief an die Redaktion des AUFBAU schilderte Irene Kaufmann nach Kriegsende ihren Abschied von der RVJD. Vgl. „Die Letzten der Reichsvereinigung“ im AUFBAU vom 21. September 1945.

kranke Menschen nach Bielefeld in das letzte jüdische Siechenheim im RVJD-Bezirk Westfalen verlegt.²¹⁸

4.3 Die Neustrukturierung der RVJD in Westfalen im Sommer 1942

Eine Zäsur stellten die Deportationen nach Theresienstadt im Sommer 1942 ebenfalls für die gesamte Organisationsstruktur der RVJD dar. Sie führte zur Auflösung von Bezirksstellen und zur Übernahme der dort lebenden Juden durch größere. Somit änderte sich auch das Zuständigkeitsgebiet der Bezirksstelle Westfalen. Zum 1. Juli wurde die Bezirksstelle Hannover-Kassel abgewickelt. Deren bisheriger Bereich Schaumburg-Lippe wurde nun der Bezirksstelle in Bielefeld angegliedert. Als die Betreuung der jüdischen Bewohner im Regierungsbezirk Osnabrück an die Bezirksstelle Nordwestdeutschland in Hamburg übergehen sollte, insistierte die Gestapostelle Bielefeld, da der Regierungsbezirk zum Bereich der Leitstelle Münster gehörte. Auch er wurde daher dem Bezirk Westfalen zugeordnet.²¹⁹ Mit Stand vom 1. September 1942 umfasste dieser noch 1.367 Personen.

Zugleich war nun nicht nur Personal aus Altersheimen wie Emmanuel Goldschmidt, der Leiter des Heims in Unna, nach Theresienstadt „abgeschoben“ worden, sondern auch Personen aus dem Kreis derjenigen, die vorerst wegen ihrer Mitwirkung von der „Evakuierung“ ausgenommen werden sollten. Vertrauensmänner der JKV waren betroffen, darunter Max Hirschfeld aus Bielefeld, Hugo Sternfeld aus Gelsenkirchen, Eduard Kauders aus Detmold, Adolf Sternheim aus Lemgo. Einige von ihnen übernahmen im Ghetto Aufgaben des Judenrats wie Max Hirschfeld als Gebäudeältester.²²⁰ In größerem Umfang aber traf es erstmals auch die Bezirksstelle selbst. Neben dem Leiter Max Ostwald wurden seine Stellvertreterin und Leiterin der Fürsorge, Sophie Koritzer, die für die Heimbuchführung zuständige Else Weinberg und die Sekretärin Else Kamp deportiert. Aus der JKV Dortmund wurden die Fürsorgerin Martha Schenkman und die Sekretärin Helga Baruch, aus der JKV Bielefeld neben Max Hirschfeld der Bote Siegmund Cahn und die Sekretärin Sophie Einstein nach Theresienstadt deportiert.

Mit dieser Entwicklung wurde eine Neuregelung notwendig, um den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können. Die mit der Zentrale und den Gestapostellen abgesprochene Organisation wurde in einem Rundschreiben der Bezirksstelle, an deren Spitze nach der „Abschiebung“ Max Ostwalds nun sein Kontrahent Adolf Stern getreten war, den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben²²¹:

²¹⁸ BUCHWALD/DECKER 2012, 135-136.

²¹⁹ Interner Vermerk der RVJD-Zentrale, 4. Juni 1942 sowie RVJD-Zentrale an RSHA, 1. und 12. Juni 1942; in: BA, R 8150 Nr. 51.

²²⁰ Max Hirschfeld als Hausältester für das Gebäude Badhausgasse 2. Vgl. Vermerk des Polizei-Reviers Münster, 29. November 1946; in: ITS DIGITAL ARCHIVE, Arolsen Archives, 6.3.1.1/S, ID 86582601.

²²¹ Rundschreiben der RVJD-Bezirksstelle Westfalen Nr. 33, 30. September 1942; in: LAV NRW OWL, D 109 Jüdische Kultusgemeinde Herford und Detmold, Nr. 1.

Zuständigkeitsbereich	Vertrauensmann bzw. Stelle
Bielefeld-Stadt	Carl Heumann, Bielefeld
Kreise Halle, Wiedenbrück	Bezirksstelle Westfalen
Kreise Minden, Herford, Lübbecke und Schaumburg-Lippe	Sally Katzenstein, Minden
Stadt- und Landkreis Paderborn, Kreis Büren und Land Lippe	Louis Sternberg, Paderborn
Kreise Warburg und Höxter	Max Willon, Brilon
Reg.-Bez. Münster mit Ausnahme des Präs.-Bez. Recklinghausen und der Städte Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop	Dr. Erich Simons, Münster
Präs.-Bez. Recklinghausen	Sally Neugarten, Herne
Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop	David Herstein, Gelsenkirchen
Reg.-Bez. Osnabrück	Hermann Heymann, Osnabrück
Groß-Dortmund, Kreise Unna, Iserlohn, Altena, Städte Iserlohn, Lünen, Lüdenscheid	Verwaltungsstelle Dortmund
Präs.-Bez. Bochum und Ennepe-Ruhrkreis	Sally Neugarten, Herne
Kreise Brilon, Meschede und Arnsberg	Max Willon, Brilon
Kreis Wittgenstein, Stadt- und Landkreis Siegen	Max Präger, Laasphe
Kreise Lippstadt und Soest	Adolf Aron Schreiber, Anröchte

5 Die letzte Phase der Bezirksstelle 1943

Über mehr als ein halbes Jahr erfolgten nun keine weiteren Deportationen aus Westfalen. Die Arbeit der neugeordneten Bezirksstelle war anfangs geprägt von der finanziellen Abwicklung der beiden großen Transporte nach Theresienstadt, dann vom Verkauf noch vorhandener Grundstücke. Neben Friedhöfen handelte es sich nicht mehr um größere Objekte. Die einzige Ausnahme war das Gebäude der ehemaligen Marks-Haindorf-Stiftung in Münster am Kanonengraben 4, in dem zuletzt die jüdische Schule untergebracht war und das als „Judenhaus“ für zahlreiche Familien gedient hatte. Im September und Oktober 1942 rangen Stadt wie Gestapoleitstelle Münster um das Objekt. Nach der Suspendierung der Gestapostelle Bielefeld und Angliederung der Gestapostelle Osnabrück war Personal von dort zur Leitstelle abgezogen worden. Die entstandenen Raumnöte sollten durch den Kauf des Gebäudes am Kanonengraben gelöst werden. Tatsächlich wurde das Gebäude ab Januar 1943 an die Leitstelle Münster vermietet, die dort das Grenzpolizeikommissariat unterbrachte.²²²

Bis Ende Februar 1943 veränderte sich die jüdische Bevölkerungszahl innerhalb des Gebietes der Bezirksstelle Westfalen nur geringfügig. Es lebten noch 1.348 von der Statistik erfasste Per-

²²² Vgl. Bericht der RVJD-Zentrale mit beiliegendem Vertrag vom 1. Dezember 1942, 22. März 1943; in: BA, R 8150 Nr. 114. Der Vertrag wies gegen eine jährliche Miete von 300 RM eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1945 aus. S. auch Vorgang im STADTARCHIV MÜNSTER, Stadtregistratur, Fach 36, Nr. 18 d. Hinweis auf Grenzpolizei-Kommissariat s. Aussagen von Erich Haubach, 10. Oktober 1960, und Hermann Berbenich, 24. April 1969; in: LAV NRW WESTF., Ermittlungen gegen unbekannt wegen Tötung (Zwinger, Münster), Verfahren 6 b Js 30/67, Bde. 507-510.

sonen dort. Vorwiegend waren das jüngere im Arbeitseinsatz in Betrieben befindliche Frauen und Männer, dazu kamen etwa 200 weitere junge Leute in den beiden „Arbeitseinsatzstellen“ in Bielefeld und Paderborn, sowie die durch eine „Mischehe“ vor der Deportation geschützten Personen und das verbliebene für die RVJD tätige Personal. Die Bezirksstelle Westfalen, einschließlich der JKV Dortmund, verzeichnete Ende Januar 1943 noch 13 besoldete Mitarbeiter: sechs in der Verwaltung, sechs in der Fürsorge und eine Person im Bestattungswesen.²²³

5.1 Die Auflösung der Arbeitslager Bielefeld und Paderborn im Februar/März 1943

Im gesamten Reichsgebiet fanden am 26. und 27. Februar 1943 Festnahmen von Frauen und Männern, die in heimischen Unternehmen Zwangsarbeit leisteten, in ihren Wohnungen und in den Betrieben statt. Diese später als „Fabrikaktion“ bezeichnete Maßnahme bedeutete zugleich das Ende der bestehenden Arbeitseinsatzlager in Bielefeld und Paderborn. Mit einem Schreiben vom 24. Februar 1943 hatte die Verwaltungsstelle Dortmund, Unterzeichner waren Adolf Stern und Willi Meier, die in Unternehmen beschäftigten jüdischen Zwangsarbeiter angewiesen:

„Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle – Dortmund haben Sie zwecks Überprüfung Ihres Arbeitseinsatzes persönlich am Sonnabend, den 27. Februar 1943, vormittags 10 Uhr im jüdischen Gemeindehaus Dortmund, Kampstraße 14, möglichst mit Ihren Arbeitspapieren zu erscheinen. Dieser Aufforderung ist unbedingt nachzukommen. Sie ist ggf. dem Arbeitgeber auf Verlangen vorzulegen. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so haben sie mit den strengsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen.“²²⁴

Die Staatspolizeistelle Dortmund informierte die Landräte und Oberbürgermeister in einem vertraulichen Schreiben über den Zweck der Maßnahme:

„Im Zuge der vorgesehenen Entjudung des Reichsgebietes sind mit Wirkung vom 27. Februar 1943 aus dem Regierungsbezirk Arnsberg die im Arbeitseinsatz befindlichen Juden aus dem Arbeitsprozess mit dem Ziele ihrer teilweisen Evakuierung nach dem Osten herausgenommen worden.“²²⁵

Überall wurden am 27. Februar 1943 die im Arbeitseinsatz stehenden Juden festgesetzt. Für die Lager in Bielefeld und Paderborn wurden durch die Gestapo die Einstellung der Arbeit und das Verbot des Verlassens verfügt. Am 1. März wurden die 98 jüdischen Insassen aus dem Lager am Grünen Weg in Paderborn, die bis dahin städtische Arbeiten ausführten, mit dem Zug ins

²²³ Statistische Übersicht über die Zahl der Mitarbeiter der RVJD, 1.-31. Januar 1943; in: BA, R 8150 Nr. 53. Insgesamt waren es in Zentrale und Bezirksstellen 1.022.

²²⁴ Zit. nach HUBERT SCHNEIDER, *Leben nach dem Überleben. Juden in Bochum nach 1945*, Essen 2014, 247.

²²⁵ Gestapostelle Dortmund an ihre Außendienststellen, die Oberbürgermeister und Landräte, 26. Februar 1943; in: YAD VASHEM, O.51 Nr. 215. Der Betreff lautete: Entjudung des Reichsgebietes.

Sammellager nach Bielefeld überführt.²²⁶ Hier kamen sie mit rund 80 Insassen des Bielefelder Lagers an der Schloßhofstraße 73a, die Zwangsarbeit für eine Tiefbau-Firma leisteten, zusammen. Weitere festgenommene Frauen und Männer aus Osnabrück, Paderborn und kleinen Orten waren dort ebenfalls konzentriert worden. Unter ihnen befand sich Personal der Bezirksstelle und der JKV Dortmund. Fünf Angestellte, davon vier Büroangestellte seien „zur Abwanderung gekommen“, berichtete die RVJD-Zentrale dem RSHA Ende März. Es handelte sich um die Buchhalterin Lina Feldheim, den Registrator Alfred Lebach und die Sekretärin Irma Zimmt in der Bezirksstelle in Bielefeld sowie den Büroangestellten Fritz Wolff in der Verwaltungsstelle Dortmund. Außerdem wurden mehrere Vertrauensmänner und weiteres Personal „evakuiert“.²²⁷ Insgesamt wurden am 2. März 1943 547 Personen mit dem Zug von Bielefeld nach Auschwitz abtransportiert. Die meisten Männer aus den Lagern gelangten nach Auschwitz III (Monowitz) zum Arbeitseinsatz.

5.2 Das Ende der Bezirksstelle im Mai/Juni 1943

Neben dem Bezirksstellenleiter Adolf Stern arbeiteten nun nur noch der Sachbearbeiter Karl Heumann und die Sekretärin Anneliese Jonas im Gebäude Laerstraße 9. Sie wohnten auch dort, denn das Gebäude diente für sie und ihre Familien als „Judenhaus“. Da noch immer zahlreiche kleine Grundstücksliquidationen vorzunehmen waren, wurde der Bitte um eine weitere Schreibkraft stattgegeben. Die Gestapoleitstelle Münster stimmte der Übersiedlung der Stenotypistin Hilde Friedberger nach Bielefeld zu.²²⁸

In der letzten erhaltenen Monatsstatistik der RVJD sind für den Bezirk Westfalen mit Stand vom 30. April 1943 noch 790 Personen erfasst. 109 von ihnen sollten innerhalb der nächsten acht Wochen ins Ghetto Theresienstadt „abgeschoben“ werden. Am 5. Mai 1943 versandte die RVJD-Bezirksstelle an 40 Personen, vorwiegend Vertrauensmänner und ihre Angehörigen, kurz gefasste Deportationsbescheide:

„Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle, Bielefeld, sind Sie [...] zu dem am 12. Mai 1943 nach Theresienstadt abgehenden Umsiedlungstransport zugeteilt worden. Sie werden erst am Dienstag, den 11. Mai 1943, zum Sammellokal ‚Eintracht‘, Klosterplatz, abgeholt werden. Nach

²²⁶ Akte der Gestapostelle Paderborn zur Auflösung des Arbeitslagers, 1943; in: ITS DIGITAL ARCHIVE, Arolsen Archives, 1.2.1.2/ID 11199802-11199836.

²²⁷ RVJD-Zentrale an RSHA, 22. März 1943; in: BA, R 8150 Nr. 51, sowie Veränderungsliste zum Mitarbeiter-Verzeichnis, 1. März 1943; in: BA, R 8150 Nr. 53. Aufgeführt sind die Vertrauensmänner Max Frankenthal (Schmallenberg), Hermann Heymann (Osnabrück), Hugo Lindemeyer (Hamm), Sally Neugarten (Herne, Präsidialbezirk Bochum), Albert Rosenthal (Hagen), sowie die Köchin Else Katz (Gemeinschaftsküche, Dortmund), der Friedhofsgärtner Fritz Flanter (Dortmund) und die Fürsorgerin Frieda Neugarten (Präsidialbezirk Bochum). Eine weitere Liste für die jüdische Arbeitseinsatzgruppe in Paderborn weist als „abgewandert“ aus: Ludwig Kuttner (Lagerleiter), Marga Fuld (Wirtschaftsleiterin) und Sophie Schlaume (Köchin). Weitere Verzeichnisse, beispielsweise für die Arbeitseinsatzstelle Bielefeld, fanden sich nicht.

²²⁸ EBD.

den bereits ergangenen Hinweisen hoffen wir, dass Sie mit Ihren Vorbereitungen soweit abgeschlossen haben.“²²⁹

Auf den Einganglisten des Ghettos Theresienstadt (XI/2) finden sich die „Rechtskonsulenten“ Dr. Albert Daltrop und Dr. Gustav Meyer aus Bielefeld, Personal der ehemaligen „Arbeits-einsatzstelle“ an der Schloßhofstraße, Bewohner des Siechenheims Wickenkamp, die Pflegerin Grete Weisner mit ihren Töchtern Ruth und Ellen, die kurz zuvor in die Bezirksstelle versetzte Hilde Friedberger sowie die Vertrauensmänner Dr. Erich Simons aus Münster und Sally Katzenstein aus Minden. In einem kurzen Brief vom 6. Mai hatte der ehemalige Lehrer und Prediger von seinem Freund Hans Grabowski, dem in Mischehe lebenden Vertrauensmann in Herford, Abschied genommen:

„Meine lieben Grabowskis! Ich komme heute mit einer Überraschung für Sie, indem ich Ihnen berichte, dass wir uns an dem Theresienstadt-Transport, der am 12.5. fährt, beteiligen. Ich möchte mich deshalb, auch namens meiner Frau, von Ihnen auf diesem Wege verabschieden und Ihnen, sowie allen Bekannten, ein herzliches ‚Leben Sie wohl‘ entbieten. Gleichzeitig danke ich Ihnen für die freundliche Aufnahme, die ich stets bei Ihnen gefunden habe und Ihnen, lb. Herr Grabowski, herzlichen Dank für alle Ihre Bemühungen. Ich habe wenig Zeit, deshalb nur noch freundliche Grüße für Sie und alle dortigen Bekannten von Haus zu Haus. Ihr Sally Katzenstein.“²³⁰

Mit dem Transport vom 12. Mai 1943 hatte die Verschleppung der letzten sogenannten Privilegierten aus Westfalen eingesetzt. Am 20. Mai folgte von Dortmund ein Transport aus dem Regierungsbezirk Arnsberg mit 36 Personen. Darunter befanden sich neben dem „Rechtskonsulenten“ Dr. Jakob Koppel aus Dortmund die Vertrauensmänner Max Präger aus Laasphe, Max Willon aus Brilon und Adolf Schreiber aus Anröchte.

Einen Tag später teilte das RSHA mit einem Fernschreiben allen Gestapostellen im Reichsgebiet die Anordnung Himmlers mit, dass die Juden aus dem Reich und Böhmen und Mähren bis spätestens zum 30. Juni 1943 „abzubefördern“ seien. Diese Weisung betraf nun auch die letzten bei der RVJD beschäftigten Frauen und Männer, es sei denn, es handelte sich um Mischehepartner:

„Damit werden diese Einrichtungen praktisch aufgelöst. An ihrer Stelle wird, soweit für die Durchführung behördlicher Anordnung im Hinblick auf die noch zurückbleibenden Juden erforderlich, eine sogenannte ‚Vereinigung jüdischer Mischehenpartner‘ mit dem Sitz in Berlin errichtet, deren Personal sich ausschließlich aus zurückbleibenden Mischehenpartnern zusammensetzt.“²³¹

²²⁹ Rundschreiben der RVJD-Bezirksstelle Westfalen, 5. Mai 1943; in: STADTARCHIV BIELEFELD, Sammlung Judaica, Nr. 53; zit. nach WAGNER 2014, 112.

²³⁰ Sally Katzenstein an Hans Grabowski, 6. Mai 1943; in: LAV NRW OWL, D 9 Jüdische Kultusgemeinde Herford und Detmold, Nr. 1.

²³¹ Fernschreiben des RSHA, 21. Mai 1943; in: ITS DIGITAL ARCHIVE, Arolsen Archives, 1.1.0.2/ID 82164796.

Mit dem 10. Juni 1943 verfügte das RSHA die angekündigte Auflösung der RVJD mitsamt ihrer Bezirksstellen. Mitarbeiter der Gestapostelle Bielefeld beschlagnahmten wahrscheinlich noch am selben Tag die Unterlagen und das vorhandene Vermögen der Bezirksstelle Westfalen in der Laerstraße 9 und versiegelten die Büroräume.²³²

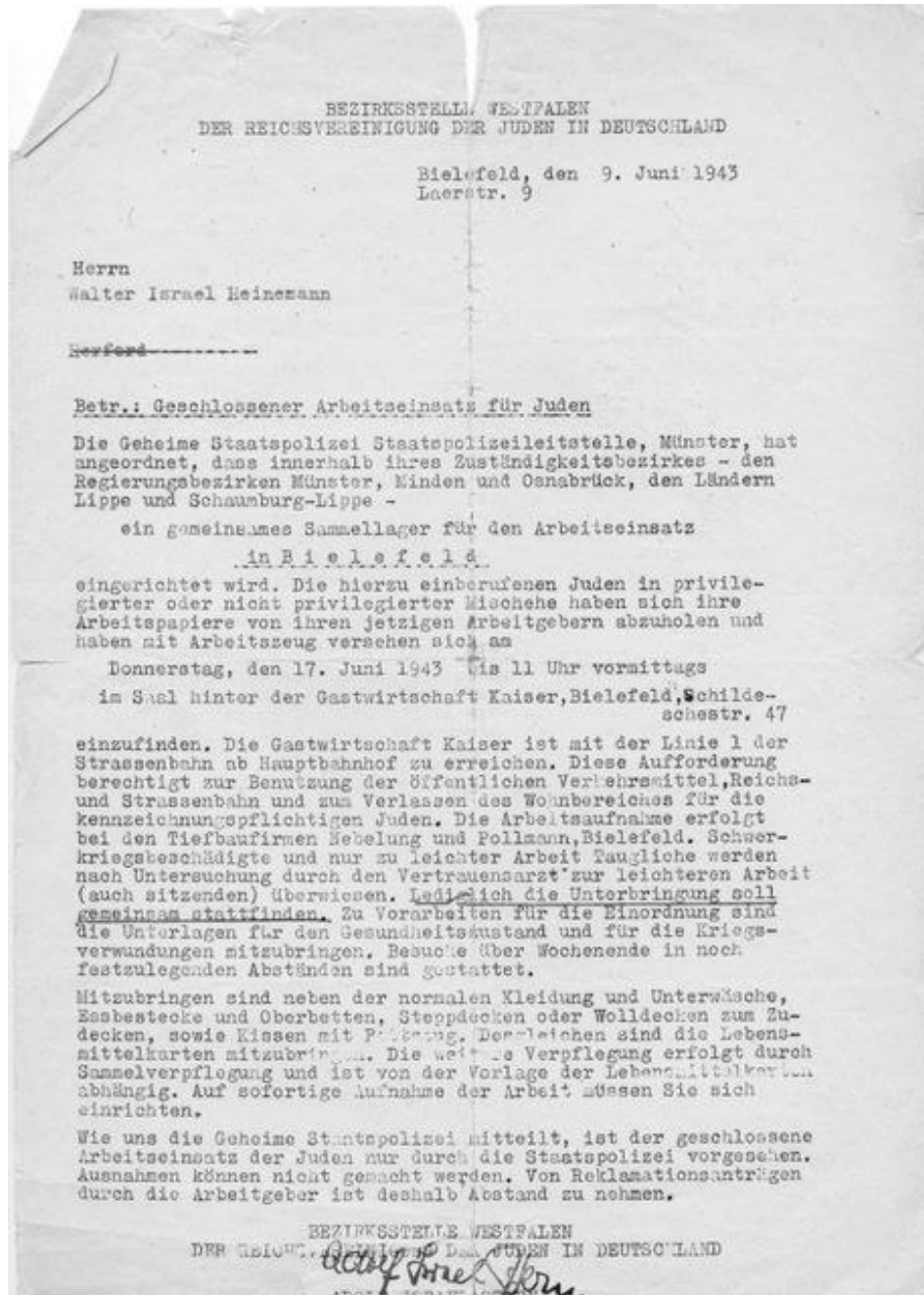


Abb. 16: Die letzte Anweisung der Bezirksstelle Westfalen für die in „Mischehe“ lebenden jüdischen Männer, Juni 1943.
(Stadtarchiv Herford)

²³² Vgl. Monatsbericht des Regierungspräsidenten Ober- und Mittelfranken für Juni 1943, 7. Juli 1943; in: BAYERISCHES HAUPTSTAATSARCHIV, StK 106679; zit. nach OTTO DOV KULKA/EBERHARD JÄCKEL, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, Düsseldorf 2004, 525 (Dok. 693). Darin findet sich der Hinweis auf die Anordnung dieser Maßnahme durch das RSHA.

Zu den letzten „Amtshandlungen“ der Bezirksstelle einen Tag vor der Auflösung gehörte die Anordnung des geschlossenen Arbeitseinsatzes für die verbliebenen jüdischen männlichen Ehegatten aus den Mischehen im Bezirk. Die Anweisung dazu war von der Gestapoleitstelle Münster erfolgt. In der Bielefelder Gastwirtschaft „Kaiser“ in der Schildescher Straße 47 wurde ein „gemeinsames Sammellager“ für den Bezirk Westfalen eingerichtet. In diesem „Lager Kaiser“ hatten sich die Angeschriebenen mit Kleidung, Essbesteck und Bettzeug zum 17. Juni 1943 bis 11 Uhr einzufinden.²³³ Andere Arbeiten und in Gang gesetzte Grundstücksverkäufe wie des Friedhofs in Oerlinghausen blieben unerledigt liegen.²³⁴

Für die verbliebenen Angestellten und ihre Familien stand die Abschiebung in das Ghetto Theresienstadt unmittelbar bevor. Karl Heumann schrieb am 22. Juni an Verwandte:

„Unsere Tätigkeit hier wird bald beendet sein, und werden wir dann zu Hennis Mutter ziehen. Sobald wie eben möglich werden wir Euch von dort schreiben.“

Am 29. Juni 1943 verließ ein Transport mit 33 Frauen, Männern und Kindern den Bielefelder Bahnhof in Richtung Theresienstadt.²³⁵ Die Eingangsliste des Ghettos verzeichnet unter dem Kürzel XI/3 Adolf Stern mit Mutter, Ehefrau und Tochter, Karl Heumann mit Frau und Töchtern, den Arzt Dr. Hans Freudenthal und die mit ihm liierte Sekretärin Anneliese Jonas. Aus der Verwaltungsstelle Dortmund finden sich Willi Meier und die ehemalige Sekretärin Helga Baruch. Die letzten Bewohner der „Judenhäuser“ wie auch des Siechenheims wurden mit diesem Transport ebenfalls „verschickt“.

Damit waren alle nicht in Mischehe lebenden „Volljuden“ aus Westfalen deportiert. Wie für andere Deportierte auch stellte das „Vorzugs-Ghetto“ Theresienstadt für die ab Juli 1942 abtransportierten „Privilegierten“ in fast allen Fällen nur den „Vorhof zur Hölle“ dar. Bereits ab Spätsommer 1942 setzten Transporte in das kurz zuvor in Betrieb genommene Vernichtungslager Treblinka II und wenige Wochen später nach Auschwitz II (Birkenau) ein. Vom Personal der RVJD-Bezirksstelle Westfalen in der Laerstraße 9 in Bielefeld kehrte niemand lebend zurück.

Aus der Gruppe der im Juli 1942 nach Theresienstadt deportierten Mitarbeiter verstarb Dr. Max Ostwald im September 1943 im Ghetto an einem langjährigen Leiden. Sophie Koritzer wurde im Oktober 1944 nach Auschwitz überstellt. Dieses Schicksal traf im Laufe des Jahres 1944 die meisten der im Mai und Juni 1943 nach Theresienstadt deportierten Mitarbeiter. Adolf Stern und seine Familie wären vielleicht noch davor bewahrt worden. Der frühere Leiter der RVJD-Bezirksstelle Norddeutschland in Hamburg, Dr. Max Plaut, war im Juli 1944 mit Sondergenehmigung der Gestapo und im Tausch gegen Auslandsdeutsche nach Palästina

²³³ RVJD-Bezirksstelle Westfalen an Dr. Ernst Goldstein in Bielefeld, 9. Juni 1943; Kopie im Besitz des Verfassers. Unterzeichnet ist diese Anordnung von Adolf Stern.

²³⁴ Vorgang über Verkauf des Friedhofs an die Stadt, 1942-1944; in: KREISARCHIV LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 190.

²³⁵ Die einzige Überlebende der Familie, Karl Heumanns Margot, erinnert sich, dass es sich um Personenwagen der 3. Klasse handelte, die eingesetzt wurden. Margot Heumann an Verfasser, 22. Januar 2021.

gelangt. Auf einer von ihm dort erstellten Liste für eine anstehende Freikaufaktion befand sich neben weiteren ihm bekannten in Theresienstadt befindlichen RVJD-Funktionären auch Adolf Stern mit Familie.²³⁶ Sie wurde jedoch Ende Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert. Karl Heumann und seine Familie waren im Mai 1944 ebenfalls dorthin gekommen. Seiner überlebenden Tochter Margot zufolge handelte es sich um eine freiwillige Meldung. Heumanns Schwester in den USA unterrichtete im September 1945 die Verwandten über das Wenige, was sie über Umwege von einem jungen Überlebenden über das Schicksal ihres Bruders erfahren hatte:

„Im Winter 44/45 beim Anmarsch der Russen sind beide von den Deutschen nach Buchenwald evakuiert worden. Leider besteht wenig Hoffnung, dass der Ib. Carl noch unter den Lebenden weilt. Er hatte in Auschwitz schon geschwollene Hände und Füße vor Schwäche. Sie mussten den Weg durch das ganze Riesengebirge zu Fuß machen. [...] Der junge Mann hat den Ib. Carl schon während des Transportes nicht mehr gesehen.“²³⁷

6 Das Wissen um die „Endlösung“

Was wussten die Mitarbeiter der RVJD, besonders der Bezirksstelle Westfalen und der JKV Dortmund, über die tatsächlichen Verhältnisse und das drohende Schicksal in den Ghettos und Lagern des Ostens? Verfügtten sie bedingt durch ihre Arbeit und durch ihre Nähe zu den Verfolgungsinstanzen über bessere Informationen als der jüdische Bevölkerungsteil insgesamt? Waren sie blind und ahnungslos angesichts ausbleibender Nachrichten oder angesichts von Gerüchten? Oder aber verrichteten sie in Kenntnis des Massenmordens stillschweigend ihre Tätigkeit und trugen wissend dazu bei, Menschen in den Tod zu schicken?

Seit Beginn der Deportationen warteten die Angehörigen daheim begierig auf Lebenszeichen und Nachrichten der „Abgeschobenen“. Wegen stark steigender Anfragen von Verwandten aus dem Ausland in der Zentrale der RVJD erteilte das RSHA kurz vor Weihnachten 1941 die Anordnung, diese nur so kurz wie möglich zu beantworten, gegen eine einfache Antwort „etwa Mitte Oktober abgewandert“ sei nichts einzuwenden.²³⁸ Wenige Wochen später teilte das RSHA mit, dass „sich bei der Post die Briefe an abgewanderte Personen, insbesondere nach Minsk und Riga, häufen“, es allerdings „unerwünscht“ sei, dass die deutsche Feldpost damit belastet werde. Der Briefwechsel sei daher einzuschränken. Ähnlich verhielt es sich wenig später mit dem Postverkehr ins Ghetto Litzmannstadt.²³⁹ Das ab Sommer 1942 durch die Postsperre verstärkte Ausbleiben von Nachrichten aus den Ghettos des Ostens ließ zwar Zweifel und Ahnungen aufkommen, aber die letzte Gewissheit fehlte. In erhalten gebliebenen Schreiben an Angehörige im Ausland wurde zunehmend dieser Mangel an Post angesprochen und ebenso zunehmend wuchs die Sorge. Es mag der Zensur oder dem Ansinnen geschuldet gewesen sein, die Nächsten nicht zu beunruhigen, aber selbst Andeutungen lassen sich nicht erkennen. Selbst

²³⁶ Vgl. Aufstellung Max Plauchs, undatiert (ca. August/September 1944); in: LBI, AR 7094.

²³⁷ Carola Fromm an Verwandte, 5. September 1945; in: LBI, AR 25107.

²³⁸ Aktennotiz der RVJD-Zentrale, 20. Dezember 1941; in: LBI, AR 25033.

²³⁹ Aktennotizen Z 116 und Z 117 der RVJD-Zentrale, 3. und 19. Januar 1942; in: LBI, AR 25033.

die Angestellten der Bezirksstelle scheinen bis zuletzt keinerlei Kenntnis über das tatsächliche Geschehen gehabt zu haben.

Aus den Sammellagern vor dem Abtransport versendete Briefe zeugten teilweise von den schlechten Zuständen dort. Aus dem Zug ins Ghetto geworfene oder an Zwischenstationen Soldaten oder Passanten in die Hand gedrückte Karten klangen mitunter dramatisch. Auch die Post aus den Ghettos lieferte Eindrücke von einer miserablen Versorgung und ebensolchen Unterkünften. In den Briefen war auch davon zu lesen, dass Angehörige mit unbekanntem Ziel weiter deportiert wurden. Da die verbliebenen Juden aufgrund der Isolierung keinen Kontakt zu Fronturlaubern hatten, drangen keine oder nur sehr vereinzelt Nachrichten von Massenerschießungen an sie durch. Die nichtjüdischen Volksgenossen waren, wie sich aus Stimmungsberichten von Gestapo und SD lesen lässt, bereits im Herbst 1941 weitaus besser informiert. Aus den Vernichtungslagern erreichte 1942/43 kaum eine Karte oder ein Brief die Heimat und die schwindende Zahl von Angehörigen.²⁴⁰

Die Unwissenheit über das Schicksal der Nächsten nagte an den Verbliebenen. Fragen und Zweifel begleiteten den ohnehin schon schweren Alltag und entmutigten selbst gefestigte Menschen. Die Dortmunderin Edith Sondheim, Ehefrau des bis Mitte 1941 tätigen JKV-Vorstandsmitglieds Dr. Julius Sondheim, wartete über Wochen auf Lebenszeichen der am 29. Juli 1942 nach Theresienstadt deportierten Bekannten:

„[...] aber bisher kam keinerlei Post, nirgend wohin, das hört man aus allen Städten. Und Post, die versucht wurde, nach dort zu senden, kam mit dem Vermerk an die Absender zurück: „Zurück“.“²⁴¹

Mitte Dezember 1942 schrieb sie an die emigrierte Freundin in Schweden:

„Weitere Nachrichten als die beiden von denen ich Dir schrieb, sind hier überhaupt noch nicht eingetroffen und das waren absolut belanglose Karten, für die Angehörigen allerdings ein Lebenszeichen.“²⁴²

Erst vor Weihnachten 1942 konnte sie über eine Karte der ehemaligen Fürsorgerin Martha Schenkman berichten, in der diese vom Tod ihrer Eltern und von ihrer Arbeit im Ghetto schrieb. Im Februar 1943 resümierte Edith Sondheim in einem letzten Brief, denn sie wurde mit ihrem Mann wenige Tage später nach Auschwitz deportiert:

„Nach hier kamen bis jetzt nur ganz, ganz wenig Nachrichten von dort, die lauteten aber relativ nett zufrieden; aus einem anderen Brief aus dem Kreis Lublin²⁴³, – die Nachrichten gehen auch über die Reichsvereinigung – erfuhren wir, dass der Winter dort nicht so stramm gewesen ist. Auch von Kurt

²⁴⁰ Eine der wenigen Ausnahmen stellt der bereits erwähnte Brief Walter Windmüllers vom April 1943 aus Auschwitz dar. Vgl. HARTMANN 2016.

²⁴¹ Edith Sondheim an Ilse Kaufmann (Stockholm), 4. September 1942; in: WIENER LIBRARY, P.III.c. No. 157.

²⁴² Edith Sondheim an Ilse Kaufmann, 14. Dezember 1942; in: EBD.

²⁴³ Es handelt sich um die Deportation vom 30. April 1942 nach Zamość.

Windmüller kamen ein paar Zeilen, es ginge ihm gut, er sei in einem großen Lager mit vielen Bekannten zusammen. Allerdings von seiner Mutter erwähnte er kein Wort, dass sie getrennt wurden, schrieb er ganz am Anfang einmal.²⁴⁴

Der Bezirksstellen-Leiter Dr. Max Ostwald schien vor seiner eigenen Deportation Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt noch keine schrecklichen Befürchtungen gehegt zu haben:

„Meine Geliebten,
wenn wir übermorgen weggehen, so ist es uns am schwerlichsten, dass wir nun vorläufig nichts voneinander hören werden. Aber auch das muss überwunden werden. Im Übrigen ist es uns ein tröstlicher Gedanke, dass wir uns in bester Reisegesellschaft, bei der sich viele liebe Bekannte und Freunde befinden, in dem Gedanken an dem Geschehe der Gemeinschaft teilzunehmen, wohl fühlen werden. So sehe ich den Dingen mit Ruhe entgegen und bleibe Fatalist, wie ich nun mal bin, lasse alles an mich herankommen, nur von dem Wunsche geleitet, dass es euch fernerhin gut ergehen möge. Und nun lebt wohl, meine sehr lieben. Unsere Gedanken werden euch stets auf allen Wegen begleiten, und wir hoffen auf ein baldiges Wiedersehen. Ich schliesse euch in meine Arme und verbleibe in herzlicher Liebe Euer getreuer Max.“²⁴⁵

Der Mangel an Nachrichten sorgte offensichtlich so sehr für Sorgen und Unruhe, dass der Bezirksstellen-Leiter Adolf Stern sie im November 1942 mit einer Mitteilung an die Vertrauensleute zu zerstreuen versuchte. Darin wurde eine aus Theresienstadt eingegangene „neue Nachricht“, deren Inhalt kurz war, wiedergegeben:

„Meine lieben ... [Auslassung im Original], ich hoffe, dass Sie unsere Karte erhalten haben, auch heute kann ich Ihnen von uns sagen, dass wir gesund sind und ein Gleiches von Ihnen hoffen. Elfriedes Eltern geht es sehr gut, sehen gut aus und sind auch soweit ganz zufrieden. Wir würden uns freuen, mal von Ihnen zu hören. Theklas Kusine haben wir gesprochen. Mit vielen herzlichen Grüßen für Sie alle sind wir Ihre gez. ... [Auslassung im Original]“²⁴⁶

Beinahe zur gleichen Zeit schrieb Anneliese Jonas, bis zuletzt Sekretärin der Bezirksstelle, an ihren Cousin Herbert Jonas in den Niederlanden, in spürbar großer Besorgnis, was sie bisher über ihre deportierte Schwester Else gehört hatte:

„Die l. [liebe] Else kam am 31. März mit einem Transport nach Warschau. Nach zweimonatigem Dortsein bekam sie schließlich Arbeit und schien ganz

²⁴⁴ Edith Sondheim an Ilse Kaufmann, 20. Februar 1943; in: WIENER LIBRARY, P.III.c. No. 157.

²⁴⁵ Max Ostwald an Schwägerin, 26. Juli 1942; in: LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 364. Seine Frau Hedwig fügte dem Brief ähnlich lautende Zeilen hinzu.

²⁴⁶ RVJD-Bezirksstelle an Vertrauensmänner, 21. November 1942; in: LAV NRW OWL, D 9 Jüdische Kultusgemeinde Herford und Detmold, Nr. 1.

zufrieden. Am 15. Juli heiratete sie Max Birnbaum (früher Hameln). Am 12. August kam sie plötzlich von W. fort, und als Max abends von der Arbeit kam, war sie nicht mehr da. Noch ein paar Wochen später schrieben mir Bekannte, dass auch Max fortgekommen wäre, und bis heute habe ich immer noch kein Lebenszeichen von beiden. Ich darf gar nicht an zu denken fangen. Das Gleiche ist mit den l. Eltern. Ich warte täglich auf Post aus Th. und immer vergebens. [...] Es sind zwar bis jetzt 3 Nachrichten in unserem Bezirk eingegangen, die sogar ganz zufriedenstellend lauteten. Also hoffen wir weiter.“²⁴⁷

Auch Ende 1942 stellte sich die Situation unverändert dar:

„Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was ich für Monate hinter mir habe und wie sehr ich heute noch darunter leide, von allen meinen Lieben getrennt zu sein und noch nicht einmal ein Lebenszeichen zu erhalten. Aber was hilft alles Klagen. Man muss eben Mut behalten und die Hoffnung auf ein Wiedersehen nicht aufgeben.“²⁴⁸

Im März 1943 hatte Anneliese Jonas noch immer keine Nachricht von ihrer Schwester und ihren Eltern erhalten.²⁴⁹ Ihr letzter Rot-Kreuz-Brief vom 25. Juni an Angehörige aber lautete:

„Liebste! Ein Jahr ohne Eure Nachricht. Fahre 28.6. zu Eltern. Von diesen erste Nachricht erhalten, sind gesund [...]“²⁵⁰

In einem Telegramm an seine Schwester Carola in den USA vom 11. Juni 1943, dem Tag nach der Auflösung der RVJD, schrieb Karl Heumann:

„Wir hoffen Euch gesund. Von Vater länger keine Nachricht. Hennys [die Ehefrau Johanna, J.H.] Vater gestorben, wir ziehen auch zur Mutter. Grüßt alle herzlichst.“

Briefe von Adolf Stern sind nicht bekannt.²⁵¹ Bis zur Auflösung der Bezirksstelle scheinen den dort Beschäftigten, anders als mittlerweile den durch Zeitungsberichte informierten Angehörigen in Übersee, keine als verlässlich eingestuft Informationen über das Morden in den Vernichtungslagern zur Kenntnis gelangt sein.

²⁴⁷ Anneliese Jonas an Herbert Jonas, o.D. (ca. Herbst 1942); in: SUSANNE HEIM U.A., Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1939, Band 6: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren Oktober 1941 bis März 1943, Berlin/Boston 2019, Dokument 208.

²⁴⁸ BERNHARD GELDERBLOM, Die Juden von Hameln von ihren Anfängen im 13. Jahrhundert bis zu ihrer Vernichtung durch das NS-Regime, Holzminden 2011, 158-161, hier 159.

²⁴⁹ Rot-Kreuz-Brief an den Bruder in London, 30. März 1943; abgedruckt in: GELDERBLOM 2011, 160.

²⁵⁰ GELDERBLOM 2011, 161.

²⁵¹ Noch lebende Angehörige des Bruders in den USA, mit denen der Verfasser Kontakt aufnahm, verfügen weder über Briefe, noch über Fotos Adolf Sterns. Letztere existieren nur von der Ehefrau Regina und der Tochter Rachel.

Schluss

Die „jüdische Selbstverwaltung“ bewegte sich von Beginn an unter dem Diktat des RSHA. Das Personal, besonders der Bezirksstelle, hatte über die vier Jahre bis zur Auflösung 1943 in einem stetig wachsendem Maß psychisch äußerst aufreibende und belastende Tätigkeiten zu verrichten. Auf der einen Seite waren dafür die Auflagen der Zentrale in Berlin verantwortlich, die auf den massiven Druck des RSHA zurückgingen. Auf der anderen Seite waren es die Kontrolle und die Willkür der Gestapo, sowie die Übergriffe vieler Bürgermeister und verschiedener Behörden, zu deren Instrument und Spielball die RVJD-Vertreter fortwährend wurden. Anfänglich war neben einem hohen Verantwortungsbewusstsein der Wille vorherrschend, Auswanderung, Fürsorge und Schulwesen für die Gemeinschaft zu organisieren und aufrechtzuerhalten. Erschwert wurde diese zunehmend von dem Gefühl der Ohnmacht begleitete Arbeit schließlich dadurch, dass sie nicht nur als Mittler ihren Mitgliedern die sich permanent verschärfenden antijüdischen Anordnungen der „Aufsichtsbehörden“ verkünden mussten, sondern verpflichtet waren, deren Einhaltung zu kontrollieren. Damit erschienen sie einigen ihrer Glaubensgenossen durchaus als Instrument oder verlängerter Arm der Gestapo. Die letzten beiden Jahre waren gekennzeichnet durch die unfreiwillige Mitwirkung an der restlosen Enteignung und Plünderung von Vermögen, Hab und Gut und letztlich an den Deportationen. Ein Nichtfunktionieren oder der Versuch, sich zu entziehen, hätten die Ahndung seitens der Gestapo zur Folge gehabt. „Schutzhaft“, Einlieferung in ein Konzentrationslager oder Zuteilung zum nächsten Transport wie im Fall Max Ostwalds standen als offene Drohungen immer im Raum. Das war auch durch Schicksale wie das des Vorstandsmitglieds Otto Hirsch, der im Juni 1941 nach vier Monaten im KL Mauthausen ums Leben kam, für nahezu jeden Mitarbeiter sichtbar. Der Druck von verschiedenen Seiten, die Furcht davor, als Mitarbeiter überflüssig und „abgeschoben“ zu werden, konnte wie im Fall Adolf Stern gar zu einer vergifteten Arbeitsatmosphäre und zu Intrigen zwischen Kollegen führen. Spielräume, um „Schlimmeres zu verhüten“ und beispielsweise Erleichterungen für einzelne Mitglieder zu erreichen, waren minimal und wiederum abhängig vom Wohlwollen der Gestapo. Dieses galt letztlich in gleicher Weise für die Deportationen. Im besten Falle ließ sich anfangs noch ein zeitlicher Aufschub oder die Zuteilung zu einem späteren Transport nach Theresienstadt erwirken, im weiteren Verlauf reduzierten sich diese Optionen deutlich. Alle Mitarbeiter der RVJD, ob in der Berliner Zentrale, in den Bezirksstellen oder Jüdischen Kultusvereinigungen oder als Obmänner vor Ort steckten damit spätestens mit dem Verbot ihrer Auswanderung in einem unlösbaren Dilemma, aus dem es kein Entrinnen gab.

Dank

Für Unterstützung und Hinweise bedanke ich mich bei Dr. Jochen Rath (Stadtarchiv Bielefeld), Wilhelm Grabe (Stadt- und Kreisarchiv Paderborn), Christoph Laue (Stadtarchiv Herford), den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtarchive Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Münster und Peine sowie des Bundesarchivs. Dank gebührt außerdem Hans Nordsiek (Minden), Thomas Freier (Mainz), Bernhard Gelderblom (Hameln) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn). Ein besonderer Dank richtet sich an Margot Heumann (USA) und Ralph Webster (USA).

RVJD-Bezirksstelle Westfalen (Bielefeld) an Vertrauensleute, o.D. [November 1941]

Streng vertraulich!
An die
Vertrauensleute
der Bezirksstelle Westfalen.

Richtlinien für die Unterstützung der jüdischen Umsiedler.

Schwere Aufgaben sind uns übertragen worden. Wir sind für die richtige und rechtzeitige Durchführung der Behörde gegenüber verantwortlich. Im Interesse unserer betroffenen Mitglieder muss schnell und exakt gearbeitet werden. Unsere Vertrauensleute haben sich voll und ganz für das Gelingen und die Durchführung der ihnen gestellten Aufträge einzusetzen. Sie sind daher vorläufig von der Evakuierung verschont. Die von der Behörde mit der Organisation und der Durchführung des ersten Transportes Beauftragten können ihre Aufgabe nur dann restlos lösen, wenn sie Ihre ganze Unterstützung erhalten. Wir hoffen nicht, dass Sie uns in irgendeinem Punkt im Stich lassen.

Was wir von Ihnen verlangen ist notwendig; die Fristen sind uns von der Aufsichtsbehörde gestellt. Es muss alles funktionieren. Sonst könnten Weiterungen eintreten, die niemand verantworten kann. Die endgültige Liste der Transportteilnehmer wird Ihnen so früh wie möglich zugestellt. Sie wollen uns sofort aus den für den Transport in Aussicht genommenen Leuten diejenigen mitteilen, die nach Ihrer Ansicht durch schwere Krankheit nicht transportfähig sind und durch ansteckende Krankheiten andere gefährden könnten. Die Gründe und Unterlagen hierfür sind uns sofort (möglichst telefonisch) bekanntzugeben. Ferner wollen Sie Angaben über Mischehe, Überalterung, schwere Krankheiten gewissenhaft aufnehmen und sich hierbei des anliegenden Fragebogens bedienen. Der Fragebogen soll möglichst vom Vertrauensmann selbst ausgefüllt werden. Weitere Formulare stehen Ihnen auf Anforderung sofort zur Verfügung.

Die Betreuung der Betroffenen hat sofort einzusetzen. Jeder betroffenen Familie ist außerdem ein besonderer Helfer zuzuteilen. Seine Hilfe soll sowohl auf Verminderung der Arbeiten als auch auf seelische Betreuung eingestellt sein (siehe Merkblatt).

Von jedem Teilnehmer sind sofort RM 50.- als Freigrenze zur Mitnahme einzuziehen und uns per bar oder Postanweisung einzuzahlen. Minderbemittelte sind uns sofort zu melden. Zur Aufbringung der entstehenden Kosten und Deckung der Fehlbeträge ist sofort ein dringender Appell an alle schon Betroffenen und nicht Betroffenen zu richten. Barbeträge und Spenden von Sperrkonten sind entgegenzunehmen. Für die letzteren benötigen wir sofort die vorgeschriebenen schriftlichen Anträge an die Devisenstelle, damit wir die Genehmigung geschlossen einholen können. Die Behörde hat die Freigabe für diesen Zweck auch nach der Vermögensaufstellung genehmigt.

²⁵² YAD VASHEM, O.8 Nr. 257/2.

Der Leistungsappell muss sich auch auf Sachwerte erstrecken und soll besonders warme Kleidung, Decken, Schuhwerk und Koffer umfassen. Diese gesammelten Gegenstände sind sofort der nächsten Kleiderkammer zuzuführen.

Es wird dringend empfohlen, dass sich die Betroffenen schnellstens einer freiwilligen Schutzimpfung gegen Typhus unterziehen. Sofern der Vertrauensarzt der Bezirksstelle in Bielefeld nicht erreicht werden kann, soll der Vertrauensmann einen geeigneten Arzt für die schnelle Impfung interessieren. (Rückfragen über diese Frage erbitten wir über unsere Abteilung Fürsorge vorzunehmen).

Es ist uns gestattet worden, dass für 50 Mann ein Kanonenofen mitgenommen werden darf. Teilen Sie uns bitte umgehend mit, ob in Ihrem Bezirk solche Öfen zur Verfügung stehen. Es ist uns eröffnet worden, dass bei der Kontrolle des Gepäcks strengstens nach Verbotenem gefahndet wird. Die Teilnehmer sind deshalb dringend darauf hinzuweisen, dass für Übertretungsfälle schwere Strafen zu erwarten sind. Jeder einzelne schädigt somit sich und die Gemeinschaft. Er behindert die Zusammenarbeit mit der Behörde und schränkt unsere Hilfsmöglichkeit ein.

Schlagen Sie uns geeignete Personen für Ordner und Sanitätspersonal vor.

Wir erhielten die Erlaubnis, für jeden Transportteilnehmer einen Strohsack zu beschaffen, derselbe wird mit dem großen Gepäck befördert und jedem einzelnen in Rechnung gestellt. Wenn möglich, erfolgt auch gemeinsamer Einkauf der Arzneipäckchen. Lassen Sie sich von allen Evakuierten Adressen der Angehörigen im In- und Ausland geben, die wir in unserer Abteilung Wanderung in den Akten niederlegen wollen. Bei Rentenbeziehern bitten wir Sie, uns eine Fotokopie des Rentenbescheids zu beschaffen.

Für alle sich ergebenden Fragen stehen unsere Rufnummern Bielefeld 3140 und 4728 zwecks Auskunft zur Verfügung. Rufen Sie uns an, sofern Sie im Zweifel sind oder selbst Rat und Auskunft benötigen.

Helfen Sie uns, den Betroffenen ihr Los zu erleichtern. Sorgen Sie dafür, dass das Freigepäck nur mit nützlichen Sachen ausgefüllt wird. Versuchen Sie vor allen Dingen, die Mutlosigkeit und die Zweifel zu zerstreuen. Sichern Sie jede nur mögliche Hilfe und Erleichterung von uns aus zu. Wir alle jedoch müssen mehr als unsere Schuldigkeit tun!

Bezirksstelle Westfalen
Die Beauftragten für den Regierungsbezirk Minden
gez. Adolf Israel Stern, Karl Israel Heumann
Der Bezirksstellenleiter
gez. Dr. Israel Max Ostwald

Anhang 2

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RVJD in Westfalen und ihre Schicksale

Bei der nachfolgenden Aufstellung handelt es sich um eine Auswahl.

RVJD-Bezirksstelle Westfalen, Bielefeld

Feldheim, Lina (geb. Katzenstein)

Geboren am 26. September 1899 in Kassel. Lina Feldheim arbeitete seit 1939 als Buchhalterin für die Bezirksstelle. Sie wurde mit ihrem Ehemann und ihren zwei Töchtern am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Friedberger, Hilde

Geboren am 11. November 1910 in Rheine. Hilde Friedberger war Sekretärin des Münsteraner Vertrauensmannes Dr. Erich Simons. Anfang März 1943 kam sie als Stenotypistin zur Bezirksstelle nach Bielefeld. Von dort wurde sie am 12. Mai 1943 nach Theresienstadt deportiert.

Gottschalk, Walter

Geboren am 27. Juni 1894 in Bielefeld. Walter Gottschalk führte die Aufsicht über die Kleiderkammer der Bezirksstelle. Er wurde am 10. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert.

Heumann, Karl

Geboren am 7. Dezember 1898 in Hellenthal/Eifel. Heumann hielt sich seit Mai 1937 dauerhaft in Bielefeld auf. Die Ehefrau Johanna („Henny“) und die beiden Töchter Margot und Lore folgten im April 1938. Im August 1939 nahm er seine Tätigkeit als Sachbearbeiter bei der Bezirksstelle auf. Nach der Deportation des Bielefelder Vertrauensmanns Max Hirschfeld im Juli 1942 übernahm Heumann zusätzlich dessen Funktion. Gemeinsam mit Frau und Kindern wurde er am 29. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert. Die Familie wurde am 16. Mai 1944 nach Auschwitz überstellt. Es überlebte nur die Tochter Margot.²⁵³

Hoffmann, Werner

Geboren am 17. April 1899 in Hagen. Hoffmann war für einen unbekanntem Zeitraum Leiter der Abteilung Wanderung (ehem. Hilfsverein) in der Bezirksstelle. Er wohnte in Herford. Hoffmann wurde am 13. Dezember 1941 von Bielefeld ins Ghetto Riga deportiert. Am 10. August 1944 wurde er ins KL Stutthof überstellt.

²⁵³ Todeserklärungen Karl, Johanna und Lore Heumann durch das Amtsgericht Bielefeld; in: LAV NRW OWL, D 23 Bielefeld Nr. 3932; sowie Wiedergutmachungsangelegenheiten, 1959-1960; in: LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 10302 und 10303. Nach einer Auskunft des ITS in Arolsen an das Amtsgericht Bielefeld vom 19. November 1974 wurde Johanna Heumann am 20. Juli 1944 von Auschwitz ins KL Stutthof (Häftlingsnr. 51575) überstellt und ist dort am 1. Oktober 1944 verstorben.

Isenberg, Klara Ruth (Cläre, Kläre)

Geboren am 3. August 1911 in Halle/Westfalen. Klara Isenberg war mitverantwortlich für die Organisation der Kindertransporte und daher mehrere Male als Begleitperson in England. Ab dem 11. September 1939 in Bielefeld im „Judenhaus“ Koblenzer Straße 4 gemeldet. Nach Auflösung des dortigen Umschulungslagers kam sie am 23. März 1940 in die Arbeitseinsatzstelle Schloßhofstraße 73a. Ihre Auswanderungsabsichten scheiterten im März 1940. Klara Isenberg wurde am 31. März 1942 gemeinsam mit ihren Eltern nach Warschau deportiert.

Jonas, Anneliese Vera

Geboren am 5. Juni 1908 in Hameln. Anneliese Jonas war gelernte Stenotypistin und Kontoristin. Später absolvierte sie Kurse zur Ausbildung als Krankenpflegerin im Israelitischen Krankenhaus in Berlin. Anneliese Jonas kam Ende November 1939 nach Bielefeld. Sie war bis zur Auflösung der Bezirksstelle die letzte Sekretärin. Seit Ende September 1942 teilte sie sich ein Zimmer mit Karl Heumanns Tochter Margot in der Laerstraße 9. Anneliese Jonas, die mit Dr. Hans Freudenthal liiert war, wurde am 29. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert, von dort am 5. Oktober 1943 nach Auschwitz.²⁵⁴



*Abb. 17: Anneliese Jonas, undatiert.
(Bernhard Gelderblom)*

Karfiol, Dr. Rosa

Geboren am 3. Februar 1899 in Elberfeld. Die Volkswirtin Rosa Karfiol kam Anfang 1939 von Köln, wo sie studiert und promoviert hatte, nach Bielefeld und wurde Leiterin des Sozialen Ausschusses und der daraus entstehenden Bezirksstelle. Anfang 1940 verzog sie nach Elberfeld, um von dort im Februar in die USA auszuwandern. In den USA wirkte sie für mehr als 25 Jahre am Bennett-College in Greensboro, einer Hochschule für schwarze Frauen. Sie starb am 6. August 1968 in New York.

²⁵⁴ Zu Anneliese Jonas s. u.a. GELDERBLOM 2011, 158-161.

Kamp, Else (geb. Süßkind)

Geboren am 9. Juni 1899 in Bielefeld. Else Kamp arbeitete zeitweise als Sekretärin der Bezirksstelle. Sie wurde mit ihrem Ehemann Leonhard am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort am 19. Oktober 1944 nach Auschwitz.

Koritzer, Sophie „Bela“

Geboren am 3. September 1900 in Leipzig. Sophie Koritzer war von Frühjahr 1939 Leiterin der Fürsorge-Abteilung und stellvertretende Leiterin der Bezirksstelle. Auf eine Auswanderung nach Uruguay verzichtete sie wegen ihrer kranken Mutter Jeanette, die verarmt und krank in Wien lebte und schließlich in einem „Judenhaus“ in Gütersloh unterkam. Ihr in Berlin lebender Bruder Paul war 1939 wegen „Landesverrats“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Er wurde später ins KL Buchenwald eingeliefert und im Oktober 1942 nach Auschwitz verlegt. Er kam am 17. Januar 1943 ums Leben. Sophie Koritzer wurde am 31. Juli 1942 gemeinsam mit ihrer Mutter nach Theresienstadt deportiert. Die Mutter starb am 11. April 1943. Sophie Koritzer wurde am 19. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Lebach, Alfred

Geboren am 9. Juni 1891 in Goslar. Lebach lebte mit seiner Frau Hilde seit Juni 1939 in Bielefeld. Innerhalb der Bezirksstelle oblagen ihm die Telefonzentrale wie auch die Registratur. Das Ehepaar Lebach wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Leeser, Irmgard - s. Zimmt, Irmgard

Ostwald, Dr. Max

Geboren am 6. Juni 1884 in Sichtigvor (Kreis Arnshagen). Max Ostwald war als Rechtsanwalt und Notar in Dortmund tätig. Gemeinsam mit Frau Hedwig zog er nach Bielefeld und nahm zum 1. August 1939 seine Arbeit in der Bezirksstelle auf. Die Söhne Martin und Ernst waren im Dezember 1938 mit einem Kindertransport über Holland nach England entkommen. Ostwald übernahm von Rosa Karfiol die Leitung der Bezirksstelle. Das Ehepaar wurde überraschend der Deportation nach Theresienstadt am 31. Juli 1942 zugewiesen. Ostwald starb am 7. September 1943 im Ghetto, die Ehefrau kam am 19. Oktober 1944 nach Auschwitz.²⁵⁵



Abb. 18: Todesanzeige der Söhne für Dr. Max Ostwald
im Aufbau (New York) vom 4. August 1944.

²⁵⁵ Todeserklärung von Dr. Max Ostwald durch das Amtsgericht Bielefeld, 7. August 1950; in: LAV NRW OWL, D 23 Bielefeld Nr. 2462. Als Sterbedatum ist dort der 3. September 1943 festgehalten. S. auch Wiedergutmachungsangelegenheiten, 1960; in: LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 364.

Stern, Adolf

Geboren am 2. Oktober 1904 in Amöneburg (Kreis Marburg). Adolf Stern zog im August 1939 mit Ehefrau Regine und Tochter Rachel von Gelsenkirchen nach Bielefeld und war als „Auswandererberater“ in der Bezirksstelle tätig. Ab Ende 1941 war Stern insbesondere zuständig für die „Abwanderungen“ (Deportationen). Nachdem Max Ostwald Ende Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert worden war, übernahm Stern die Leitung der Bezirksstelle bis zu ihrer Auflösung am 10. Juni 1943. Die Familie wurde am 29. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert. Von dort erfolgte der Transport nach Auschwitz am 28. Oktober 1944.²⁵⁶

Weinberg, Else (geb. Strauß)

Geboren am 24. November 1888 in Dortmund. Die verwitwete Else Weinberg zog im September 1940 von Dortmund nach Bielefeld und organisierte die Heimbuchführung in der Bezirksstelle. Sie wurde am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und kam dort am 31. Juli 1944 ums Leben.

Zimmt, Irmgard (geb. Leiser)

Geboren am 8. Juni 1913 in Osnabrück. Irmgard Leiser kam im Mai 1939 nach Bielefeld und war als Sekretärin in der Bezirksstelle tätig. Am 2. Januar 1942 heiratete sie Georg Zimmt.²⁵⁷ Das Ehepaar wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

JKV bzw. Verwaltungsstelle Bielefeld

Cohn, Siegmund

Geboren am 24. Dezember 1872 in Bremen. Siegmund Cohn arbeitete vor seiner Deportation am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt als Bote der JKV Bielefeld.

Einstein, Sophie

Geboren am 14. Dezember 1889 in Buchau/Riedlingen. Sophie war eine Nichte des Physikers und Nobelpreisträgers Albert Einstein. Sie arbeitete zuletzt als Sekretärin der JKV Bielefeld und wurde am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt, von dort am 23. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Hirschfeld, Max

Geboren am 26. September 1877 in Bielefeld. Max Hirschfeld war Kaufmann und langjähriger Teilhaber einer Wäschefabrik. Als Vorsitzender der JKV wurde er nach deren Auflösung Mitte 1941 als Vertrauensmann für Bielefeld in die Bezirksstelle eingegliedert. Hirschfelds Deportation erfolgte am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt. Dort war er zeitweise „Hausältester“. Er überlebte und war bis zu seinem Tode am 16. Januar 1958 Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde in Bielefeld.

²⁵⁶ Todeserklärungen von Adolf, Regina und Rachel Stern, 1950; in: LAV NRW OWL, D 23 Bielefeld Nr. 2585; sowie Wiedergutmachungsangelegenheiten, 1960; in: LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 10366 und 10367.

²⁵⁷ Heiratsanzeige im JNB vom 9. Januar 1942.

Katzenstein, David

Geboren am 9. März 1880 in Rhina. David Katzenstein arbeitete als Bote für die JKV Bielefeld. Er wurde am 10. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert.

Weiss, Emil

Geboren am 1. Mai 1880 in Bielefeld. Emil Weiss war Gemeindesekretär der JKV Bielefeld. Er wurde mit Frau Anne und Tochter Lore am 31. März 1942 nach Warschau deportiert.

JKV bzw. Verwaltungsstelle Dortmund

Baruch, Helga (geb. Herz)

Geboren am 5. Februar 1915 in Dortmund. Helga Baruch arbeitete als Stenotypistin für die JKV Dortmund. Gemeinsam mit Ehemann Ludwig wurde sie am 29. Juni 1943 nach Theresienstadt und von dort am 23. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Flanter, Friedrich (Fritz)

Geboren am 21. oder 23. Mai 1889 in Posen. Fritz Flanter war Friedhofsgärtner der JKV Dortmund. Er wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Meier, Willi

Geboren am 25. November 1882 in Dortmund. Der Dortmunder Notar und Rechtsanwalt Willi Meier war seit Juli 1941 Leiter der Verwaltungsstelle. Er wurde am 29. Juni 1943 mit seiner Ehefrau Olga nach Theresienstadt deportiert und von dort am 16. Oktober 1944 nach Auschwitz.

Rosenbaum, Dr. Max

Geboren am 13. November 1886 in Dortmund. Max Rosenbaum war bis 1933 Amtsgerichtsrat. Noch im Mai 1942 zeichnete er innerhalb der JKV Dortmund verantwortlich für die Fürsorgeabteilung, dann wurde er wegen Personalabbaus entlassen. Nach der Deportation von Willi Meier im Juni 1943 übernahm er die Funktion des Vertrauensmannes für den Regierungsbezirk Arnsberg. Im September 1944 wurde er in ein Arbeitslager in Weißenfels, dann in eines in Halle/Saale und von dort am 12. Januar 1945 nach Theresienstadt deportiert. Rosenbaum überlebte und wurde nach der Rückkehr nach Dortmund wieder als Richter eingesetzt. 1954 ging er als Landgerichtsdirektor in den Ruhestand. Rosenbaum starb 1959.

Rosenberg, Arthur

Geboren am 19. Februar 1890 in Bremerhaven. Arthur Rosenberg war bis zum Juni 1941 Leiter der Verwaltungsstelle. Wegen Differenzen hatte die RVJD-Zentrale ihn abgesetzt. Rosenberg wurde mit Ehefrau Elsa und Tochter Gerda am 29. Juli 1942 von Dortmund nach Theresienstadt deportiert. Er war der jüdische Transportleiter dieser Deportation. Er starb dort am 4. August 1944.²⁵⁸

²⁵⁸ S. auch Todesanzeige der Angehörigen im AUFBAU vom 1. November 1946.



Abb. 19: Traueranzeige für die Familie von Arthur Rosenberg im Aufbau (New York) vom 1. November 1946.

Schenkman, Martha (geb. Landau)

Geboren am 25. September 1897 in Aldenhoven bei Düren. Martha Schenkman arbeitete in der Verwaltungsstelle als Fürsorgerin. Sie wurde am 29. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Sie überlebte und emigrierte mit ihrem Ehemann nach England.

Sondheim, Dr. Julius

Geboren am 14. September 1879 in Hörde. Rechtsanwalt und Notar. Julius Sondheim gehörte bis Sommer 1941 zum Vorstand der Verwaltungsstelle, er wurde mit Ehefrau Edith am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Wolff, Fritz

Geboren am 14. August 1888 in Hagen. Fritz Wolff war bis zu seiner Deportation am 2. März 1943 nach Auschwitz als Büroangestellter in der Verwaltungsstelle Dortmund tätig.

Vertrauensmänner in den Büros bzw. Zweigstellen

Frankenthal, Max (Schmallenberg)

Geboren am 14. Februar 1883 in Schmallenberg. Max Frankenthal wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Grabowski, Hans (Herford)

Geboren am 15. August 1890 in Berlin. Hans Grabowski übernahm im August 1942 die Funktion des Vertrauensmanns als Nachfolger von Erich Hoffmann. Er wurde am 20. Februar 1945 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Grabowski war nach 1945 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Herford. Er starb 1959.

Herstein, David (Gelsenkirchen)

Geboren am 22. April 1882 in Krakau. David Herstein war ab August 1942 Nachfolger von Hugo Sternfeld. Herstein überlebte als Gestapogefangener und starb 1951.

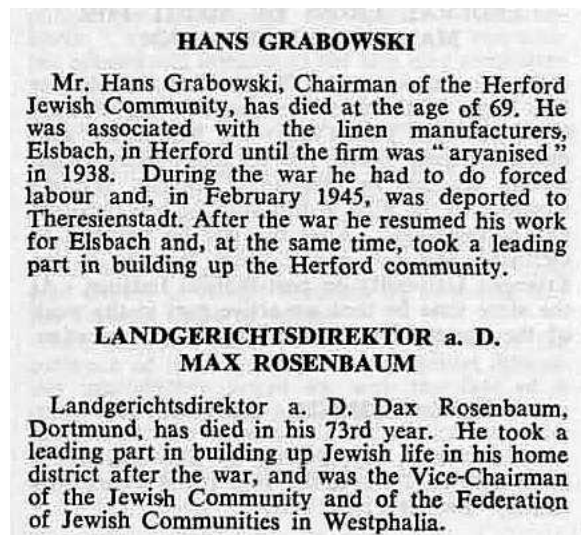


Abb. 20: Mitteilungen über den Tod des ehemaligen Herforder Vertrauensmanns Hans Grabowski und des ab Mitte 1943 für den Regierungsbezirk Arnsberg zuständigen Vertrauensmann Dr. Max Rosenbaum im AJR (Association of Jewish Refugees, London) Journal, November 1959.

Heymann, Hermann (Osnabrück)

Geboren am 2. Februar 1894 in Osnabrück. Hermann Heymann war seit 1940 Vertrauensmann der JKV in Osnabrück. Er wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Hirschberg, Willy (Recklinghausen)

Geboren am 25. Oktober 1883 in Dierdorf. Willy Hirschberg war seit 1936 Vorsteher der Gemeinde. Nach 1938 fanden die Gottesdienste in seinem Haus Bismarckstraße 3 statt. Hirschberg starb am 12. August 1941 an einem Herzinfarkt.

Hoffmann, Erich (Herford)

Geboren am 26. Februar 1890 in Koblenz. Erich Hoffmann war früher Kaufmann und seit vielen Jahren Gemeindevorsitzender. Der Herforder Vertrauensmann wurde am 31. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt und von dort am 23. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Kahn, Siegfried („Fritz“) (Paderborn)

Geboren am 24. Juli 1878 in Paderborn. Der ehemalige Kaufmann und Frontkämpfer Fritz Kahn war seit 1931/32 2. und später Vorsitzender der Synagogengemeinde Paderborn. Kahn wurde am 10. Juli 1942 von Bielefeld nach Auschwitz deportiert.

Katzenstein, Sally (Minden)

Geboren am 10. April 1890 in Jesberg. Der Lehrer und Prediger Sally Katzenstein und Vertrauensmann für Minden wurde am 13. Mai 1943 nach Theresienstadt und von dort am 29. September 1944 nach Auschwitz deportiert.

Kauders, Eduard (Detmold, Land Lippe)

Geboren am 27. Februar 1886 in Hamburg. Der Vertrauensmann für das Land Lippe, Eduard Kauders, wurde am 31. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Er wurde am 12. Oktober 1944 einem Transport nach Auschwitz zugeteilt.

Lindemeyer, Hugo (Hamm)

Geboren am 1. Februar 1884 in Oerlinghausen. Der Kaufmann Hugo Lindemeyer war über viele Jahre Vorsitzender der Synagogengemeinde, dann Vertrauensmann in Hamm. Er wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Neugarten, Sally (Herne, Präsidualbezirk Bochum)

Geboren am 17. Juli 1882 in Mengede. Sally Neugarten wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Präger, Max (Laasphe)

Geboren am 19. Oktober 1893 in Laasphe. Max Präger wurde am 20. Mai 1943 von Dortmund ins Ghetto Theresienstadt und von dort am 6. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Rosenthal, Albert (Hagen)

Geboren am 23. April 1879 in Annen. Albert Rosenthal war der letzte Vertrauensmann in Hagen und wurde mit Ehefrau Selma am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Schreiber, Aron Adolf (Anröchte, Kreise Lippstadt, Soest)

Geboren am 8. März 1878 in Anröchte. Adolf Schreiber wurde am 20. Mai 1943 von Dortmund nach Theresienstadt deportiert. Schreiber gelangte von dort mit einem Transport von 1.200 freigekauften Juden, der am 6. Februar 1945 abging, in die Schweiz. Schreiber starb 1961.

Simons, Dr. Erich (Münster)

Geboren am 16. April 1896 in Olfen. Dr. Erich Simons wurde am 12. Mai 1943 nach Theresienstadt deportiert. Von dort erfolgte am 9. Oktober 1944 der Transport nach Auschwitz.

Stern, Dr. Willi (Recklinghausen)

Geboren am 2. Dezember 1896 in Sendenhorst. Der ehemalige Amtsgerichtsrat Dr. Willi Stern folgte auf Hirschberg als Vertrauensmann in Recklinghausen. Stern wurde am 27. Januar 1942 mit den Juden der Stadt über Dortmund nach Riga deportiert. Von dort wurde er am 1. Oktober 1944 ins KL Stutthof und dann ins Arbeitslager Burggraben überstellt. Er arbeitete dort im Außenkommando Danzig-Schichau, eine Schiffswerft. Sein Tod ist mit dem 30. Dezember 1944 verzeichnet.

Sternberg, Louis (Paderborn)

Geboren am 14. Februar 1890 in Soest. Louis Sternberg betrieb bis 1938 ein Radiogeschäft. Nach der Deportation von Fitz Kahn im Juli 1942 übernahm er dessen Aufgabe als Vertrauensmann für Paderborn, ab August auch für die Kreise Paderborn, Büren und das Land Lippe. Sternberg lebte in einer Mischehe. In Folge der Neuformierung der RVJD im Sommer 1943 übernahm er die Funktion als Vertrauensmann für die Regierungsbezirke Münster, Minden und das Land Lippe. Im September 1944 wurde er mit jüdischen Mischehepartnern und „Mischlingen“ zum Arbeitseinsatz nach Zeitz deportiert, übte seine Funktion aber weiterhin aus. Er entging den

letzten Deportationen nach Theresienstadt im Februar 1945.²⁵⁹ Sternberg starb 1969 in Paderborn.

Sternfeld, Hugo (Gelsenkirchen)

Geboren am 17. Juli 1897 in Kassel. Hugo Sternfeld war von Beruf Versicherungsagent. Er wurde am 31. Juli 1942 von Gelsenkirchen über Münster und Bielefeld nach Theresienstadt deportiert. Von dort wurde er am 28. September 1944 nach Auschwitz deportiert. Sein Nachfolger als Vertrauensmann war David Herstein.

Willon, Max (Brilon)

Geboren am 15. Juni 1894 in Niederalme. Max Willon wurde am 20. Mai 1943 von Dortmund nach Theresienstadt deportiert, von dort erfolgte seine Deportation nach Auschwitz am 29. September 1944.

Einrichtungen der RVJD

(Altenheime, Schulen, Umschulungslager, Arbeitseinsatzstellen, Ärzte)

Alexander, Max

Geboren am 10. Juni 1897 in Hannover. Max Alexander war Lehrer der Schule in Detmold. Er wurde mit Ehefrau am 31. März 1942 nach Warschau deportiert.

Cohn, Dr. Franz

Geboren am 2. Oktober 1893 in Breslau. Dr. Franz Cohn kam aus Dresden nach Dortmund, wo er als „jüdischer Krankenbehandler“ praktizierte. Er wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.



Abb. 21: Suchanzeige für Liese Dreyer im Aufbau (New York) vom 19. Juli 1946.

²⁵⁹ Seine Tätigkeit als Vertrauensmann von Mitte 1943 bis 1945 wird Thema eines in einer der nächsten Ausgaben von ROSENLAND erscheinenden Beitrags sein.

Dreyer, Liese

Geboren am 10. Juli 1895 in Rietberg. Liese Dreyer war Leiterin des jüdischen Waisenhauses bzw. Kinderheims sowie der Schule in Paderborn. Nach dem Zwangsverkauf kam sie mit dem Lehrer David Köln und den verbliebenen Schülern nach Ahlem bei Hannover. Von dort wurde sie am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.²⁶⁰

Demant, Rudolf

Geboren am 13. März 1901 in Gelsenkirchen. Rudolf Demant wechselte im Juli 1941 als Lehrer nach Bielefeld. Gemeinsam mit Ehefrau Ruth flüchtete er vor der drohenden Deportation nach Auschwitz am 10. Juli 1942. Das Ehepaar konnte in Baden untertauchen. Rudolf Demant starb 1990 in den USA.

Freudenthal, Dr. Hans

Geboren am 13. August 1898 in Peine. Dr. Hans Freudenthal und seine nichtjüdische Ehefrau lebten in Trennung. Sie und die beiden Kinder wohnten in Frankfurt. Als „jüdischer Krankenbehandler“ kam Freudenthal im Oktober 1939 von Peine nach Bielefeld. Später unterhielt er eine Beziehung mit Anneliese Jonas, der Sekretärin der Bezirksstelle. Freudenthal wurde am 29. Juni 1943 mit den letzten Mitarbeitern der Bezirksstelle nach Theresienstadt deportiert und von dort am 5. Oktober 1943 nach Auschwitz.²⁶¹

Fuld, Marga (geb. Levy)

Geboren am 18. März 1914 in Wangerooge. Marga Fuld war Wirtschaftsleiterin im Arbeitslager in Paderborn. Mit Ehemann Alwin und Sohn Dan wurde Marga Fuld am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Goldschmidt, Emanuel

Geboren am 18. Juli 1867 in Sterbfritz. Emanuel Goldschmidt war lange Zeit Lehrer an der jüdischen Schule in Dortmund und auch innerhalb der Gemeinde aktiv tätig. Zuletzt war Goldschmidt Leiter des Altersheims in Unna. Er wurde am 29. Juli 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er am 2. Juni 1943 starb.²⁶²

Hartmann, Leopold

Geboren am 5. Juli 1889 in Mayen. Leopold Hartmann war Lehrer in Hagen. Er wurde am 29. Juli 1942 nach Theresienstadt und dann am 1. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert.

Jaruslawsky, Ernst

Geboren am 25. Juni 1895 in Marienburg (Westpreußen). Ernst Jaruslawsky kam Anfang September 1939 mit seiner späteren Ehefrau Lotte Wobser von Gut Winkel in Spreenhagen in das Umschulungslager Koblenzer Straße 4 in Bielefeld. Wenig später übernahm er in der Arbeitsstelle Schloßhofstraße 73a die Leitung. Ernst, genannt Jarus, und Lotte Wobser heirateten

²⁶⁰ Ihre Schwester Ida Herz veröffentlichte eine Suchanzeige im AUFBAU vom 19. Juli 1946.

²⁶¹ Todeserklärung Dr. Freudenthals durch Amtsgericht Bielefeld, 1950; in: LAV NRW OWL, D 23 Bielefeld Nr. 2359.

²⁶² Seine Angehörigen in Palästina und den USA veröffentlichten eine Todesanzeige im AUFBAU vom 11. August 1944. Ein kleiner Nachruf mit Angaben zu seiner Arbeit in Dortmund s. AUFBAU vom 25. August 1944.

am 27. August 1940.²⁶³ Ernst Jaruslawsky starb am 8. Januar 1942 – nach Erinnerungen einer Schwägerin wegen der Aufregung über die Deportation seiner Schwester nach Riga an einem Herzinfarkt.²⁶⁴

Jaruslawsky, Lotte (geb. Wobser)

Geboren am 24. Januar 1911 in Preußisch Holland (Ostpreußen). Lotte Wobser war Tochter eines nichtjüdischen Kaufmanns und dessen jüdischer Ehefrau. Lotte wurde gemeinsam mit ihrer Schwester 1926 konfirmiert. Sie arbeitete bis 1935 als Haushalts- und Handarbeitslehrerin in Preußisch Holland und kam von dort nach Gut Winkel, einem jüdischen Umschulungslager in Spreenhagen. Gemeinsam mit Ernst Jaruslawsky kam sie 1939 nach Bielefeld in die Arbeits-einsatzstelle an der Schloßhofstraße. Im August 1940 heiratete sie den Lagerleiter Jaruslawsky. Nach dessen Tod am 8. Januar 1942 übernahm sie zeitweise die Leitung. Lotte Jaruslawsky wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.



*Abb. 21: Foto der Wobster-Töchter, Lotte rechts im Bild, undatiert. (Ralph Webster)
Heiratsanzeige von Ernst Jaruslawsky und Lotte Wobser
im Jüdischen Nachrichtenblatt vom 30. August 1940.*

Katz, Else

Geboren am 11. Juni 1880 in Werl. Else Katz war Köchin in Dortmund. Sie wurde am 30. April 1942 nach Zamość deportiert.

Kaufmann, Irene

Geboren am 22. August 1901 in München. Irene Kaufmann arbeitete als Fürsorgerin und als Pflegerin im Altersheim Unna. Mit der Auflösung des Heimes kam sie im August 1942 nach Bielefeld. Da sie die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß, wurde sie Ende November 1942 festgenommen und im Internierungslager Liebenau festgesetzt. 1944 erfolgte im Austauschwege die Ausreise über Lissabon in die USA. Dort starb sie am 26. September 1994.

²⁶³ Heiratsanzeige im JNB vom 30. August 1940.

²⁶⁴ NADINE SPRUNG, Das Leben von Gertrude Sprung geb. Wobser – Biografie einer jüdischen Familie, o.O. 2016. Wie Ehefrau Lotte in der Todesanzeige berichtete der Sohn von Lottes Bruder Udo von einer „heart attack“. Vgl. RALPH WEBSTER, A Smile in one Eye. A Tear in the Other, North Charleston 2016, 290. Todesanzeigen der Ehefrau Lotte sowie der Belegschaft der Arbeitseinsatzstelle im JNB vom 30. Januar 1942, außerdem eine Danksagungs-anzeige der Ehefrau für Beileidsbekundungen im JNB vom 20. März 1942.

Köln, David

Geboren am 23. Dezember 1887. David Köln war Lehrer in Paderborn. Nach Auflösung des Kinderheims und der Schule in der Gartenbauschule Ahlem untergebracht, wurde er am 23. Juli 1942 über Hannover nach Theresienstadt und von dort am 29. Januar 1943 nach Auschwitz deportiert.

Kuttner, Ludwig

Geboren am 9. April 1908 in Frankfurt. Ludwig Kuttner war Lagerleiter der Arbeitseinsatzstelle am Grünen Weg in Paderborn. Er wurde mit Ehefrau und seinen beiden Söhnen am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Neumann, Dr. Margot

Geboren am 3. Oktober 1902 in Wüstegiersdorf/Niederschlesien. Dr. Margot Neumann hatte in Breslau Jura studiert und erhielt 1933 Berufsverbot. Ihre Dissertation „Die Rechtsstellung des unehelichen Kindes“ erschien 1934. Neumann war zuletzt Lehrerin im Kinderheim in Paderborn. Sie wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Rosenbaum, Inge

Geboren am 2. Januar 1920 in Detmold. Inge Rosenbaum war seit dem 1. März 1940 in Bielefeld, Stapenhorststraße 35, gemeldet. Sie war als Hausangestellte im Altersheim tätig. Am 31. März 1942 wurde sie nach Warschau deportiert.

Schanzer, Alice

Geboren am 22. Oktober 1897 in Dortmund. Alice Schanzer war Lehrerin in der Schule in Dortmund. Sie wurde am 30. April 1942 nach Zamość deportiert.

Steinitz, Sophie (geb. Schlaume)

Geboren am 21. November 1914 in Krojanke. Sophie Steinitz war Köchin in der Arbeitseinsatzstelle in Paderborn. Sie wurde mit ihrem Mann Kurt am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Stern, Dr. Emil

Geboren am 21. Juni 1878 in Hörde. Dr. Emil Stern war Arzt und zuletzt „jüdischer Krankenbehandler“ in Dortmund. Er starb am 18. April 1940.²⁶⁵

Voos, Julius

Geboren am 3. April 1904 in Kamen. Dr. Julius Voos war 1939 Leiter der Schule in Münster. Am 30. März 1942 kam er nach Bielefeld zum Arbeitseinsatz in einer Fahrradfabrik. Voos, seine Ehefrau Steffi und Sohn Heinz (Denny) wurden am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert. Voos starb dort am 2. Januar 1944 im Krankenbau.

²⁶⁵ Zu seinem Tod s. die Meldekarte der JKV Dortmund an die RVJD-Zentrale, 20. April 1940; in: ITS DIGITAL ARCHIVES, Arolsen Archives, 1.2.4.1/ID 12675735.

Wachsmann, Hans

Geboren am 7. Juni 1901 in Königshütte/Oberschlesien. Hans Wachsmann war von ab Mitte Juni 1942 Leiter der Arbeitseinsatzstelle in Bielefeld. Er wurde am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert.

Weisner, Grete

Geboren am 4. Januar 1897 in Unna. Die Pflegerin Grete Weisner kam mit der Auflösung des Altenheims Unna ins Siechenheim Bielefeld. Sie wurde mit ihren Töchtern Ruth und Ellen am 13. Mai 1943 nach Theresienstadt deportiert. Die drei Frauen wurden am 12. Oktober 1944 einem Transport nach Auschwitz zugeteilt.

Rezensionen

Roland Linde, Lemgo auf dem Weg in die Moderne. Die Stadtgeschichte 1618 – 1918. Hg. vom Verein Alt Lemgo e. V., Selbstverlag des Lippischen Heimatbundes, Detmold 2020 – 320 S., zahlreiche Abb., 25 €

Als Roland Linde 2015 eine Geschichte der Entstehungs- und Glanzzeit Lemgos vorlegte (*Lemgo in der Zeit der Hanse. Die Stadtgeschichte 1190 -1617*), kam schnell der Wunsch nach einer Fortsetzung der *Erzählung* auf. Das historische Erzählen meint dabei die Darstellung einer chronologischen Entwicklung in einer für die interessierten Stadtbürgerinnen und Stadtbürgern attraktiven Form, es bedeutet nicht die Glättung der historischen Sprünge und Widersprüche, und es akzeptiert die Lücken, wenn die Überlieferung keine klare Aussage zulässt.

Der nun vom Autor dargestellte Zeitraum – von ihm in die beiden Großkapitel „Die alte Stadt (1618-1849)“ und „Die neue Stadt (1850-1918)“ eingeteilt - ist von zwei Kriegen eingefasst, die große Teile Europas zerstörten. Mehrfach wurde Lemgo im Dreißigjährigen Krieg besetzt und geplündert, und nach der Glanzzeit der Hansestadt wurde damit ein Niedergang beschleunigt, der sich über mehr als zwei Jahrhunderte hinzog und Lemgo zu einer unbedeutenden Kleinstadt werden ließ. Diese Entwicklung verlief nicht linear, sondern spannungsvoll, sowohl auf sozioökonomischem als auch auf kulturgeschichtlichem Gebiet. Linde strukturiert diesen Abschnitt sehr klar, beginnend mit der Erfahrung von äußerer Gewalt im Krieg und innerer bei der Verfolgung der „Hexen“ und „Zauberer“ aus den Reihen der Stadtbewohner, er beleuchtet die von einem Rückgang bestimmte Bevölkerungsentwicklung, die Reduzierung des wirtschaftlichen Lebens auf kleinräumliche Bedürfnisse, um zuletzt liberale Denkansätze in der Zeit der Aufklärung und die politische Entwicklung hin zur bürgerlichen Revolution von 1848 zu würdigen. Vor Leserin und Leser entsteht so ein Bild der Stadt, das zwischen den Polen „Hexennest“ und „westfälisches Leipzig“ oszilliert.

Der Autor erweist dabei nicht nur seine profunde Kenntnis des Forschungsstandes, sondern bindet die mikrohistorischen Erscheinungen in die makrohistorischen Zusammenhänge ein - es geht immer um Lemgo, aber um die Stadt in einer Wechselwirkung mit Entwicklungen in größeren Zusammenhängen. Widersprüche werden benannt und erklärt, Urteile zu fällen versteht Linde jedoch nicht als seine Aufgabe und lässt so seiner Leserschaft die Freiheit, aus dem Angebotenen zu eigenen Schlüssen zu kommen. Zugleich wird deutlich, dass die Geschichte einer Stadt von Menschen gemacht und erlebt, oft auch erlitten wird, und so werden auch einzelne Persönlichkeiten plastisch vor Augen geführt – von Feldherren des großen Krieges über Angehörige des lippischen Grafen- und später Fürstenhauses bis zu Bürgermeister, Handwerkern und, wenn die Quellen es zulassen, einfachen Menschen der Stadt. Gerade bei der Erscheinung der „Hexenverfolgung“ ist es beeindruckend, individuelle Täter auf der einen Seite, aber auch Opfer auf der anderen Seite in ihren sozialen Zusammenhängen und in ihren Denkweisen vorgestellt zu bekommen. Aus diesem eher dumpfen Milieu der beengten Kleinstadt ragen dann aber auch Gestalten heraus, die der Aufklärung verpflichtet waren, so der weit über die Stadt hinaus bekannte Naturforscher, Arzt und Asienreisende Engelbert Kaempfer, so Angehörige der Buchhandels- und Gelehrtenfamilie Helwing oder auch der politische Denker

Christian Conrad Wilhelm Dohm, der sich in Preußen früher als andere für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in den deutschen Ländern einsetzte. Linde macht die Entwicklung in diesem Zeitraum auch im Stadtbild fest, er benennt die Stagnation des Bauens in der langen Zeit des Niedergangs hervor, die dennoch einzelne hervorragende und zum Teil bis heute erhaltene Bauwerke zuließ.

Im zweiten Teil des Buches beschreibt Linde den langsam beginnenden, sich aber dann beschleunigenden Wiederaufstieg Lemgos zu einer Stadt, die den Anschluss an die moderne Zeit zuletzt geschafft hatte. Hatte das Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert zuerst noch zu einer verstärkten Emigration vor allem in die USA geführt - so gründete ein aus Lemgo ausgewandertes Brüderpaar in Chicago eine Süßwarenfabrik -, so bot die Industrialisierung neue Möglichkeiten einer befriedigenden Existenz in der Heimat. Die Eisenbahn, die Lemgo 1896 erreichte, war Motor und ist Symbol dieser Veränderung, die sich auf allen Gebieten vollzog. Neue Zweige von Produktion, Gewerbe und Handel entstanden, Lemgos Gewerbefleiß wirkte wieder weit über die Stadt hinaus, und zuletzt lassen sich die Veränderungen auch wieder im Stadtbild deutlich erkennen, wie Linde an mehreren Beispielen nachweist. Dabei gerät, am Beispiel des „Hexenbürgermeisterhauses“, auch erstmals ein moderner und bis heute wirksamer Widerspruch in den Blick – das Ringen zwischen dem Wunsch nach einer Überwindung des Alten durch Abriss und dem aufkommenden Denkmalschutz, der gerade dieses Alte als Teil städtischer Identität versteht und es erhalten will.

Auch für diesen Zeitraum wird auf wirkmächtige Individuen hingewiesen, etwa auf die Industriellen Paul Kracht (Mechanische Leinenweberei) oder Moritz Kabaker (Zigarrenherstellung), auf Ärzte und Bürgermeister, die Weichen in der medizinischen Versorgung und in der Modernisierung von Verwaltung und Infrastruktur legten, oder auf politische Köpfe wie Heinrich Drake, der dann im 20. Jahrhundert für Jahrzehnte die lippische Landespolitik bestimmen sollte. Politisch wächst seit 1848 der Anspruch auf Teilhabe an politischer Macht, er kann sich jedoch erst nach einem erneuten Ausbruch von europaweiter Gewalt durchsetzen, dem Weltkrieg, an dessen Ende die Revolution vom November 1918 stand, aus der Lippe als demokratische Republik hervorging.

Eine Stadtgeschichte sollte nützlich und unterhaltend sein. Mit der Lektüre dieser zweiten Monographie Roland Lindes zu Lemgo begeben sich Leserin und Leser auf eine Reise, aus der sie verändert zurückkehren, bereichert um Einsichten in die widersprüchlichen Elemente der historischen Entwicklung und berührt von den Tiefpunkten und Höhepunkten im Leben einer städtischen Gesellschaft. Die hervorragend ausgesuchten und treffend platzierten Abbildungen ergänzen die lebendige Erzählung und fordern geradezu dazu auf, die Stadt zu Fuß zu durchqueren und sich auf das Gelesene und Gesehene einmal ganz einzulassen. Wer sich als Lemgoer Bürgerin und Bürger auf diese Reise begibt, wird sich der Identität als Teil einer Stadtgesellschaft bewusst, die mehr bedeutet als den Eintrag im Melderegister. Es sollte nicht überraschen, wenn auch dieser Band sehr bald den Wunsch nach einer Fortführung hervorrufen wird.

Andreas Ruppert

Michael Raveh, Shmuel Raveh (1925-1986). Die Geschichte meines Vaters [Schriften des Städtischen Museums Lemgo, Bd. 21], Bielefeld, Verlag für Regionalgeschichte, 2020. – 127 S., zahlr. Abb., 12,40 €

„Ich bin israelische Bürgerin, werde aber immer ein Lemgoer Kind bleiben“ – so hat Karla Raveh es nicht nur formuliert, sondern auch gelebt. Sie kam 1927 in Lemgo zur Welt und ist dort 2017 auch gestorben. Ihr Schicksal mit dem Tod fast aller Angehörigen und dem eigenen Leidensweg ist dokumentiert und sie hat davon immer wieder berichtet, vor allem vor jungen Leuten, die sie durch ihre Offenheit und Klarheit meist schnell für sich gewann. Sie kannte im Gespräch kein Ressentiment – allerdings war ihr auch die Idee einer „Versöhnung“ fremd.

Als Überlebende mehrerer Konzentrationslager kehrte sie 1945 in ihre Heimatstadt zurück, wie es viele Überlebende in der Hoffnung taten, Angehörige wiederzufinden. Sie traf niemanden mehr an, aus der jüdischen Gemeinde war nur Adolf Sternheim zurückgekehrt. Sie begegnete aber auf der Straße dem jungen polnischen Juden Shmuel Rubin. Mit dieser Begegnung begann für beide in ähnlicher Weise Gezeichnete ein neues Leben. Sie heirateten 1949 und wanderten im gleichen Jahr nach Israel aus, doch der Kontakt nach Lemgo riss nie ganz ab. Als Karla Raveh 1986 erstmals einer Einladung dorthin folgte, war ihr Mann selbstverständlich dabei. Bei den späteren regelmäßigen Besuchen, die sie selbst hochbetagt noch unternahm, wurde sie manchmal von ihren Söhnen begleitet. Shmuel aber war schon im gleichen Jahr 1986 nach schwerer Krankheit gestorben und hatte keinen Anteil mehr an diesem neuen Lebensabschnitt seiner Frau.

Michael Raveh stellt nun seinen Vater in den Mittelpunkt und macht ihn als eigenständige Persönlichkeit kenntlich, auch wenn viele Leerstellen bestehen bleiben. Shmuel Raveh selbst hat nur wenige eigene Aufzeichnungen hinterlassen, die weiter auszuführen ihn der frühe Tod hinderte, dazu kommen Erinnerungen aus Gesprächen in der Familie, zuletzt sind es die präzisen Aussagen eines polnischen Zeitzeugen, die in den Fluss der Erzählung eingebaut sind. Shmuels Erinnerungen an Kindheit und Jugend in der polnischen Kleinstadt Dęblin sind von einer gewissen Verklärung gekennzeichnet, die den Antisemitismus erst mit dem Einmarsch der Deutschen einsetzen lässt. Es sind die dem 1969 veröffentlichten Yizkor-Buch (= Memorbuch) für Dęblin entnommenen Schilderungen des erwähnten Zeitzeugen, die das grauenhafte Schicksal der dortigen Gemeinde nach dem deutschen Einmarsch schildern, von der Getto-bildung über Zwangsarbeit bei mangelhafter Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern bis hin zur Teilung der Gemeinde in Nicht-Arbeitsfähige, die entweder an Ort und Stelle oder in Sobibor ermordet wurden, und in Arbeitsfähige, die in mehreren vor Ort eingerichteten Arbeitslagern eine geringe Chance zum Überleben hatten. Die Wehrmacht betrieb ein solches Arbeitslager, nachdem sie den bei Dęblin liegenden Flughafen der polnischen Luftwaffe übernommen und genutzt hatte. Es war das einzige Lager, das bis kurz vor den Einmarsch der Roten Armee bestehen blieb.

Shmuel Rubin gehörte zu den Arbeitsfähigen, aber er wollte über sein Schicksal in den Lagern später nicht sprechen, vermutlich konnte er es auch nicht, wie so viele, die solches Schicksal

erlebt hatten. Auch das Yizkor-Buch blieb von ihm unbeachtet im Schrank, wie sein Sohn Michael bezeugt. Die Eckdaten sind jedoch bekannt. Beim Vorrücken der Roten Armee wurde er im Juli 1944 nach Czeŝochowa und im Januar 1945 nach Buchenwald verbracht und kam von dort als Schlosser in das KZ Mittelbau-Dora, wo die Rüstungsindustrie unter mörderischen Bedingungen KZ-Häftlinge für sich arbeiten ließ. Im April 1945 floh er in der Nähe von Hameln aus einem sog. Todesmarsch, doch wäre der Versuch fast gescheitert - angeschossen fanden ihn amerikanische Soldaten. Im Lazarett der Anstalt Eben Ezer bei Lemgo wurde er versorgt; bei Spaziergängen in der Stadt sprach er Karla Frenkel an, von der er schon gehört hatte. Aus dieser Zeit von 1945 bis 1949 hätte man gerne mehr erfahren – wie es etwa dem jungen und mittellosen Shmuel Rubin gelang, in Lemgo ein gut gehendes Haushaltswarengeschäft einzurichten, oder etwas mehr über seine Lebenslust, von der Karla später sagte: „Er war durch die Hölle gegangen und wollte nun leben, am liebsten gleichzeitig von allem genießen.“ Was dachte Shmuel Rubin über die Deutschen, warum war Lemgo zuletzt doch keine Option, warum fiel die Wahl auf Israel, während auch die USA zur Diskussion standen?

In Israel hatte Shmuel einen schweren Anfang, wie vermutlich alle Immigranten, aber er meisterte ihn, ging zur israelischen Marine, erst als Soldat, dann als Zivilangestellter. Er und seine Frau erhielten eine Wohnung, 1954 und 1958 kamen die Söhne Michael und Danny zur Welt, und es begann ein Familienleben mit dem Bemühen um eine Normalität, in der die Kinder nicht mit den schrecklichen Erfahrungen ihrer Eltern belastet werden sollten. Für einen beruflich bedingten Auslandsaufenthalt verlangte der Staat einen hebräischen Familiennamen im Pass, nach längerer Überlegung fiel die Entscheidung für „Raveh“.

Lemgo hat Karla Raveh nie losgelassen. Nachdem Hanne Pohlmann¹, Lehrerin in Lemgo, im Jahr 1985 auf sie zugegangen war, arbeitete sie ihre Erinnerungen aus, die dann in Lemgo veröffentlicht wurden. 1986 kam es zum ersten Besuch von Karla und Shmuel Raveh in „ihrer“ Stadt, und sie waren erstaunt über das Interesse, das man ihnen entgegenbrachte – Shmuel berichtet in einem Brief an seine Kinder von den täglichen Einladungen und Empfängen bis hin zum Eintrag ins Goldene Buch der Stadt.

Für Karla Raveh begann damals ein neuer Lebensabschnitt, in ihrem Elternhaus erhielt sie eine Wohnung, im Erdgeschoss entstand eine Gedenkstätte, eingerichtet und betreut von Jürgen Scheffler, der auch das vorliegende Buch herausgab und um ein ausführliches Nachwort ergänzte. Shmuel Raveh aber blieb den Vielen, die seine Frau seitdem kennen- und schätzen gelernt haben, weitgehend unbekannt. Es ist gut, dass das vorliegende Lebensbild nun diesem Vergessen eines Mannes entgegen wirkt, dessen Leben in so merkwürdiger Weise mit Lemgo verbunden war.

Andreas Ruppert

¹ S. den Nachruf auf Hanne Pohlmann in ROSENLAND 12 (September 2011), 69-71.

Wolfgang Günther, Oliver Nickel und Ulrike Pastoor (Hg.), Das Sozialwerk Stukenbrock. Impulse für Forschung und Musealisierung (Schriften des Fördervereins der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne e. V. Bd. 1; Schriften des Landeskirchlichen Archivs der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bd. 25), Bielefeld 2020 – 164 S., zahlr. Abb. – 14,90 €.

Die Senne ist eine schöne und sehr eigene Landschaft, die ihren Charakter auch dank der militärischen Nutzung weitgehend bewahren konnte. Im Innern bietet sie ein ganzes historisches Mosaik: von ehemaligen Bauernhöfen, die weichen mussten, bis zu einem Dorf, das aufgelöst wurde, über Hilfs- und Pflegeeinrichtungen der Bethelschen Anstalten, über mehr als 100 Jahre alte Kasernenanlagen bis zu modernen „Kampfdörfern“, mit ehemaligen Kriegsgefangenenlagern und zwei Friedhöfen für die dort Verstorbenen, mit dem britischen Internierungslager Eselheide und auf seinem Gelände dem „Sozialwerk“, mit Einrichtungen des Justizvollzugs bis zu einem aktuellen Auffanglager für Asylbewerber. Das dunkelste Kapitel aber war das Stalag (Stammlager) 326, das Wehrmachtlager für vor allem sowjetische Kriegsgefangene, die hier unter unvorstellbaren Bedingungen zu überleben versuchten und zu Zehntausenden starben. Ihr Schicksal verdeckt die Nachkriegsgeschichte des Lagergeländes, als es erst von den Briten für die Internierung von NS-Tätern, dann im Auftrag des Landes NRW 20 Jahre lang als „Sozialwerk Stukenbrock“ und seit 1970 als Polizeischule „Erich Klausener“ für die Landespolizei genutzt wurde. Seit 1996 gibt es im ehemaligen Arrestgebäude die kleine, wegen ihrer Lage auf dem Gelände der Polizeischule erschwert zugängliche, doch von einem sehr engagierten Team geleitete Stalag-Gedenkstätte. Seit Jahren gibt es Überlegungen, den Zugang zu erleichtern und die Ausstellung zu erweitern, nicht nur, um das Geschehen im Stalag ausführlicher darzustellen, sondern auch um die weiteren Nutzungen der Anlage in die Präsentation miteinbeziehen zu können.

Nach der Auflösung des Internierungslagers Eselsheide richtete das Land NRW zum 1. Januar 1948 das „Sozialwerk“ mit der Aufgabe ein, vor allem älteren und hilfsbedürftigen Flüchtlingen und Vertriebenen, Erholung suchenden Kindern und Jugendlichen sowie Kriegsblinden eine zumindest temporäre Bleibe zu geben. Für die konkrete Arbeit wurden das Evangelische Hilfswerk, die Caritas, die AWO, das Deutsche Rote Kreuz und der Westfälische Blindenverein gewonnen. Blindenverein und DRK stiegen früh wieder aus, während das Evangelische Johanneswerk das Sozialwerk dominierte. Über die Jahre veränderte sich die betreute Klientel, die Einrichtung verlor zuletzt an Bedeutung und wurde Ende 1969 aufgelöst.

Im Oktober 2018 gab es zu Fragen der historischen Aufarbeitung und der musealen Gestaltung der Nachkriegsnutzungen eine vom Förderverein der Gedenkstätte und dem Landesarchiv der Evangelischen Kirche von Westfalen getragene Tagung, deren Beiträge hier vorgelegt werden. Die Texte zur Forschungslage vermitteln vor allem, wo überall noch Einzeluntersuchungen fehlen - die Wendung „steht noch aus“ findet sich durchgängig im gesamten Band. Wolfgang Günther, Leiter des Landeskirchlichen Archivs, benennt mehrere solcher offenen Fragen und weist zugleich auf viele noch nicht ausgewertete Unterlagen in den Archiven hin. Es sind spannende Fragen, etwa die zur Konkurrenz zwischen Caritas und Diakonie einerseits, beider zur AWO andererseits, oder nach dem ungewöhnlichen Wirken einer evangelischen Einrichtung in einem katholischen Umland. Die beiden Beiträge von Frank Stückemann

beleuchten die innere Organisation des evangelischen Trägers, gehen aber auf diese Fragen nicht ein. Man erfährt viel über die leitenden Personen und über die Entwicklung des Evangelischen Hilfswerks bzw. ab 1951 des Evangelischen Johanneswerks, einen kleinen Einblick in den Lageralltag gibt dabei die 16 Punkte umfassende Hausordnung von 1952. Die Sicht der katholischen Seite oder die der AWO fehlen ansonsten ganz.

Substantiell für die Frage der musealen Nutzung sind die beiden Beiträge von Oliver Nickel, dem Leiter der Gedenkstätte. Er analysiert die Entwicklung des Baubestands mit dem Ergebnis, dass aus der Zeit des Stalag nur noch drei Gebäude existieren – die ehemalige „Entlausung“, das Arrestgebäude und jene Baracke, die 1949 zur evangelischen Lagerkirche umgebaut wurde. Tatsächlich gibt es auch aus der Nachkriegszeit kein Gebäude im authentischen Zustand mehr – wie aber geht man damit um? In einem weiteren Beitrag blickt er auf die Gräber der während ihres Aufenthaltes im Sozialwerk Verstorbenen auf dem katholischen Gemeindefriedhof Stukenbrocks und auf das Denkmal, das an sie als Opfer der Vertreibung erinnert. Pfarrerin Pia Winkler schildert zuletzt die Entwicklung „ihrer“ evangelischen Lagerkirche und wünscht sich sowohl eine weitere kirchliche Nutzung als auch die Einbeziehung in die künftige Gedenkstättenarbeit.

Zur Problematik der Musealisierung kommen mit Andrea Kamp, Angela Steinhardt und Thorsten Heese Fachleute aus Berlin, Friedland und Osnabrück zu Wort, die z.T. weit ausholend den Rahmen von „Flucht und Vertreibung“ samt den Folgeerscheinungen bis zur heutigen Flüchtlingsaufnahme, skizzieren. Wie die museale Nutzung von Gebäuden, die Zeugnis für ganz unterschiedliche Funktionen ablegen, konkret aussehen könnte, beschreibt Kirsten John-Stucke, Leiterin des Kreismuseums Wewelsburg, am Beispiel des Ensembles von ehemaliger Häftlingsküche und Barackenanbau auf dem Gelände des einstigen Konzentrationslagers Niederhagen in Wewelsburg. Ziel sei es, die aufeinanderfolgenden Funktionen in den sanierten Gebäuden erkennbar zu machen, ohne dabei auf eine Rekonstruktion oder gar Inszenierung zu setzen. Sie verweist auf die wachsende Bedeutung der materiellen Zeugnisse, seit die persönlichen Aussagen von Zeitzeugen nicht mehr abgerufen werden können.

Deutlich wird in allen Beiträgen die Einschätzung, dass eine museale Darstellung alle aufeinanderfolgenden Nutzungen veranschaulichen müsse, auch wenn dabei eine Gefahr besteht, auf die Andrea Kamp hinweist: Dass eine positive Bewertung des Ortes, wie sie durch die Leistungen des Sozialwerks gerechtfertigt wäre, den großen Schatten des Stalag zu relativieren drohe. Sie betont, dass „nur eine konsequente Information über alle historischen Schichten einer Unsicherheit im Umgang mit dem historischen Geschehen und einer Konkurrenz unterschiedlicher Perspektiven auf den Ort entgegenwirken“ könne.

Der vorliegende Band benennt Forschungslücken und gibt Impulse - Leserinnen und Leser sind angeregt, sich darauf einzulassen, um mit Interesse und Sympathie die weitere Entwicklung der Gedenkstätte in Stukenbrock zu begleiten und dem dort arbeitenden Team das beste Gelingen zu wünschen.

Andreas Ruppert

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: etwa 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Herbst 2021.

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2021.